

# Nordost- Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Wendepunkte der  
deutsch-polnischen Beziehungen  
im 20. Jahrhundert:  
1918 – 1939 – 1945 – 1990

---

Neue Folge Band II/1993 Heft 1

---

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg

# Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte  
Neue Folge

Das Nordost-Archiv beschäftigt sich mit der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Geographisch wird dieser Raum annähernd begrenzt von der Ostsee und den Karpaten im Norden und Süden, von der Oder und Newa im Westen und Osten. Ethnisch umschließt er die Hauptsiedlungsgebiete der Polen, Litauer, Letten und Esten und beträchtliche Teile des Siedlungsgebietes der (Groß-, Weiß- und Klein-)Russen, über Jahrhunderte auch der Juden und Deutschen.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen die Deutschen, die einst, wie sonst nur noch die Juden, in nahezu dem ganzen Raum ansässig gewesen sind und ihn zu Zeiten in erheblichem Maße geprägt haben. Allerdings können die Deutschen nicht isoliert gesehen werden. Als Nachbarn, als Eroberer oder Kolonisten, Herren oder Untertanen, Mehrheit oder Minderheit haben sie immer und überall in so enger Berührung mit den anderen ethnischen Gruppen gestanden, daß die deutsche so wenig wie die polnische oder estnische Geschichte Ostmitteleuropas zu verstehen und zu beurteilen ist, wenn man sie ausschließlich vom Blickpunkt eines einzelnen Volkes betrachtet.

Das Nordost-Archiv wird:

- die Deutschen stets als Element des Raumes sehen, den sie mit anderen geteilt haben. Den grundlegenden Bezugsrahmen bietet deshalb auf unterer Ebene die Landesgeschichte, auf höherer Ebene die Geschichte der Gesamtregion;
- dem Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen besondere Beachtung zuwenden. Neben den „objektiven“ Beziehungen, z.B. in Handel und Kultur, sind auch „subjektive“ Aspekte zu behandeln, insbesondere „das Bild vom Anderen“, die Vorstellungen, die die Gruppen wechselseitig voneinander ausgebildet, tradiert und verändert haben;
- die weite und anhaltende Verbreitung der Deutschen im nördlichen Ostmitteleuropa zu historischen Vergleichen nutzen;
- Autoren aus allen Ländern des nördlichen Ostmitteleuropa zusammenführen und dazu beitragen, daß überkommene nationalhistorische Sehweisen untereinander konfrontiert, aneinander abgearbeitet und womöglich miteinander ausgeglichen werden.

Aus der Zielsetzung der Zeitschrift ergibt sich, daß ihre Schwerpunkte in Zeiten liegen, in denen der deutsche Anteil an der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa besonders hoch gewesen ist: im späteren Mittelalter, der frühen Neuzeit und den späteren Jahrhunderten bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Das Nordost-Archiv hält sich aber auch offen für Fragen der Zeitgeschichte und der Gegenwart, wenn sie die Deutschen und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn berühren.

Die halbjährlich erscheinenden Hefte gruppieren sich jeweils um einen gemeinsamen Gegenstand. Die Themen beziehen sich auf einzelne Orte, eine Landschaft oder Sachfragen, die die Gesamtregion betreffen, und schließen grundsätzlich alle Bereiche der historischen Wirklichkeit ein.

# Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Wendepunkte der  
deutsch-polnischen Beziehungen  
im 20. Jahrhundert:  
1918 – 1939 – 1945 – 1990

Neue Folge Band II/1993 Heft 1

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg

**Herausgeber:**

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk  
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg  
Postfach 2323, D-21313 Lüneburg  
Telefon (04131) 37097  
Telefax (04131) 391143

**Redaktionskollegium:**

Dr. Eckhard Matthes (verantwortlich)  
Sabine Bamberger M. A. (Redaktion)  
Dr. Eckhard Jäger  
Dr. des. Konrad Maier (Redaktion)  
Prof. Dr. Rex Rexheuser  
Dipl.-Bibl. Ulrich Ribbert  
Prof. Dr. Karl-Heinz Ruffmann  
Dr. Joachim Tauber

Verantwortlich für dieses Heft:  
Prof. Dr. Rex Rexheuser

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministers des Innern

**Bezugsbedingungen:**

Nordost-Archiv erscheint halbjährlich jeweils im Juni und Dezember.  
Preis pro Heft 35 DM, Jahresabonnement 60 DM zuzüglich Versandkosten.  
Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Gesamtherstellung: Nordlanddruck GmbH, Lüneburg

Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg

ISSN 0029-1595

Das Thema des nächsten Heftes (Dezember 1993):

**Zwischen Staatsnation und Minderheit. Litauen, das Memelland und das Wilnagebiet in der Zwischenkriegszeit**

mit Beiträgen u.a. von:

- K.-H. Ruffmann: Deutsche und litauische Memelpolitik in der Zwischenkriegszeit. Ein Vergleich.
- C. Laurinavičius: Aus der Geschichte des provisorischen litauischen Komitees von Wilna (April–Juni 1919).
- A. Butrimas: Die Darstellung der deutsch-litauischen Beziehungen in litauischen Geschichtslehrbüchern.
- V. Žalys: Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik (1923–1939).
- R. Žepkaitė: Die fehlende Hauptstadt. Litauens Politik im Zeichen der Wilnafrage.
- A.E. Senn: Perspektiven der „Nationalitätenfrage in Litauen“.
- A. Skrzypek: Die polnische Minderheitenpolitik im Wilnagebiet (1916–1939).
- M. Klein: Die versäumte Chance zweier Kulturen.
- P. Łossowski: Das Wilna-Problem in der polnischen Außenpolitik 1918–1939.

Schwerpunkte der Folgehefte:

Deutsche in St. Petersburg und Moskau (Juni 1994)

450 Jahre Universität Königsberg (Dezember 1994)

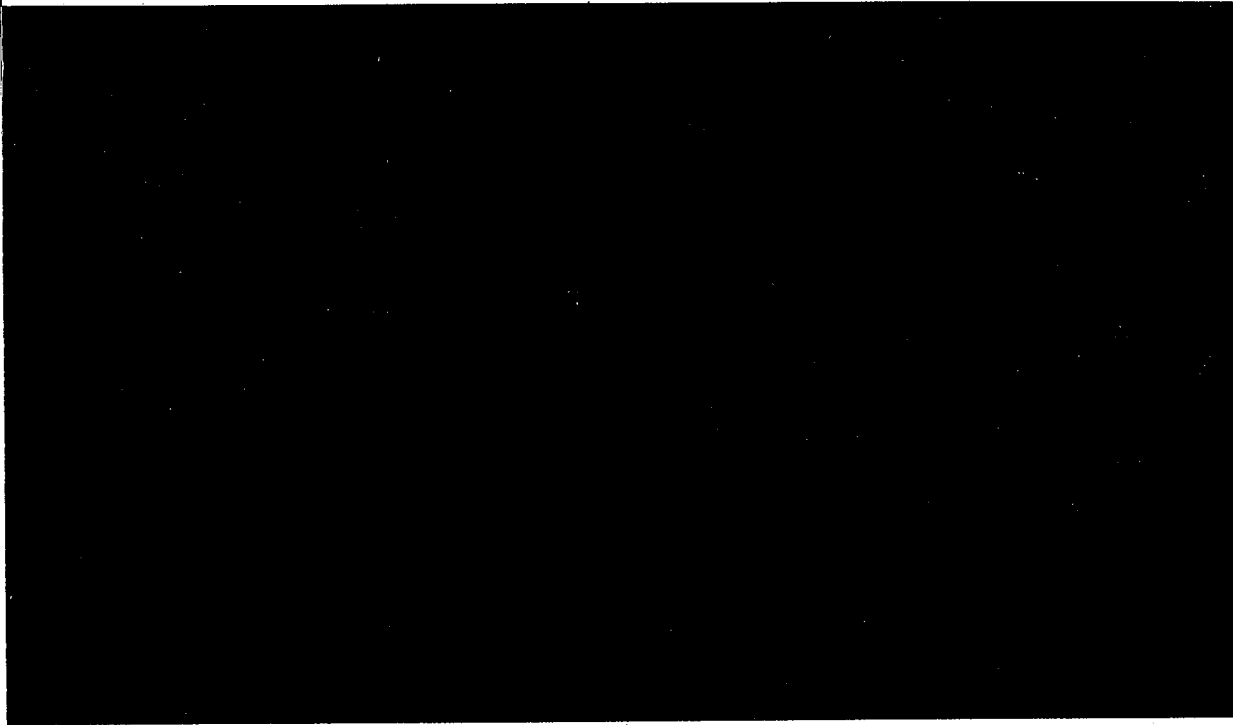
Geschichte sichtbar machen. Museen und ihre Region

1945–1995. Vertreibungsgebiete und ihre Bevölkerung

Völker im Nordosten — Das Bild vom Anderen in Geschichte und Gegenwart

Die Ansichtspostkarte als historische Quelle

Denkmalpflege in den Baltischen Staaten



The bottom half of the page is mostly blank white space, with a few scattered small black specks or artifacts, likely from the scanning process. There is no legible text or other content in this section.

# Wendepunkte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert: 1918 – 1939 – 1945 – 1990

Rex Rexheuser: Editorial .....	5
<b>Abhandlungen und Forschungsberichte</b>	
Jerzy Holzer (Warschau): 1918 Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des pol- nischen Staates .....	7
Andreas Lawaty (Darmstadt): 1918 Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des pol- nischen Staates .....	19
Tomasz Szarota (Warschau): 1939 Der Anfang des Zweiten Weltkrieges, Deutschlands Expansion und die Zerstörung des polnischen Staates .....	35
Wolfgang Jacobmeyer (Münster): 1939 Der Anfang des Zweiten Welt- krieges, Deutschlands Expansion und die Zerstörung des polnischen Staates .....	51
Czesław Madajczyk (Warschau): 1945 Das Ende des Zweiten Weltkrie- ges, Deutschlands Zusammenbruch und die zweite Wiederherstellung des polnischen Staates .....	65
Peter Böhning (Bielefeld): 1945 Das Ende des Zweiten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die zweite Wiederherstellung des polnischen Staates .....	83
Adam Krzemiński (Warschau): 1990 Das Ende des Kalten Krieges, Deutschlands Vereinigung und die Anerkennung der polnischen West- grenze .....	97
Christoph Kleßmann (Potsdam): 1990 Das Ende des Ost-West-Kon- fliktes, Deutschlands Vereinigung und die Anerkennung der polnischen Westgrenze .....	105
<b>Mitteilungen</b>	
Erstes Oldenburger Symposium „Interethnische Beziehungen in Ostmit- teleuropa als historiographisches Problem der 1930er/40er Jahre“, Ol- denburg, 30. November bis 3. Dezember 1992 (Michael Garleff) . . .	117
Die Beziehungen zwischen den Staaten Litauen und Polen in der Geschichte Mitteleuropas: Vergangenheit und Perspektiven. Ein Sympo- sium in Wilna, 10. bis 12. November 1992 (Vytautas Žalys) .....	121

## Rezensionen

Stanisław Achremczyk, Historia Warmii i Mazur. Od pradziejów do 1945 roku (Geschichte Ermlands und Masuriens. Von der Urgeschichte bis zum Jahre 1945). (Grzegorz Jasiński) . . . . .	127
Beiträge zur deutsch-polnischen Nachbarschaft. Festschrift für Richard Breyer zum 75. Geburtstag. (Witold Molik) . . . . .	134
Marion Gräfin Dönhoff, Polen und Deutsche, die schwierige Versöhnung. Betrachtungen aus drei Jahrzehnten. (Jerzy Serczyk) . . . . .	140
Zbigniew Dworecki, Problem niemiecki w świadomości narodowo-politycznej społeczeństwa polskiego województw zachodnich Rzeczypospolitej 1922-1939 (Das deutsche Problem im national-politischen Bewußtsein der polnischen Gesellschaft in den westlichen Woiwodschaften der Republik Polen 1922-1939); Mniejszości narodowe i wyznaniowe w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920-1939). Zbiór studiów (Die nationalen und konfessionellen Minderheiten in der Woiwodschaft Pommerellen in der Zwischenkriegszeit <1920-1939>. Sammlung von Studien). (Wolfgang Kessler) . . . . .	143
Die evangelischen Christen Deutschlands und Polen 1919-1939. Ein historisches Symposium. (Stefan W. Kotowski) . . . . .	149
Peter Fischer, Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939. (Przemysław Hauser) . . . . .	155
Romuald Gelles, Sprawy polskie w szkole niemieckiej w latach 1919-1939 („Polen“ im deutschen Schulunterricht der Jahre 1919-1939). (Wolfgang Jacobmeyer) . . . . .	158
Stefan Kowal, Społeczeństwo Wielkopolski i Pomorza Nadwiślńskiego w latach 1871-1914. Przemiany demograficzne i społeczno-zawodowe (Die Gesellschaft Großpolens und Pommerellens 1871-1914. Demographische und beruflich-soziale Veränderungen). (Hans-Jürgen Bömelburg) . . . . .	161
Jerzy Krasuski, Między wojnami. Polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej (Zwischen den Kriegen. Die Außenpolitik der Zweiten Republik). (Hans-Werner Rautenberg) . . . . .	164
Marian Mroczko, Polska myśl zachodnia 1918-1939 (Kształtowanie i upowszechnianie) (Der polnische West-Gedanke 1918-1939 <Entwicklung und Verbreitung>). (Joachim Rogall) . . . . .	168
Oberschlesien als Brücke zwischen Polen und Deutschen. Symposium vom 8.-9. Mai 1990 in Opole/Polen. (Matthias Weber) . . . . .	175
Polacy i Niemcy. Z badań nad kształtowaniem heterostereotypów etnicznych. Zbiór studiów pod redakcją Kazimierza Wajdy (Polen und Deutsche. Forschungen zur Herausbildung ethnischer Heterostereotype. Eine Sammlung von Studien, hrsg. v. Kazimierz Wajda). (Hans Henning Hahn) . . . . .	181
Hugo Rasmus, Pommerellen/Westpreußen 1919-1939. (Kazimierz Wajda) . . . . .	184
Bastiaan Schot, Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära; Bastiaan Schot, Stresemann, der deutsche Osten und der Völkerbund. (Sabine Bamberger) . . . . .	187
Jerzy Tomaszewski, Rzeczpospolita wielu narodów (Die Republik der vielen Völker). (Horst-Dieter von Enzberg) . . . . .	191
Die Autoren der Abhandlungen . . . . .	204



## Editorial

Mit zwei Ausnahmen gehen die acht in diesem Heft veröffentlichten Beiträge zurück auf die Referate einer Tagung „Wendepunkte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert: 1918 – 1939 – 1945 – 1990“, die das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg vom 5. bis 7. Oktober 1992 mit finanzieller Unterstützung der Niedersächsischen Landesregierung veranstaltet hat. Andreas Lawaty war durch Krankheit verhindert und hat seinen nicht gehaltenen Vortrag zum Stichjahr 1918 freundlich für den Druck zur Verfügung gestellt. Adam Krzemiński, der auf der Tagung vornehmlich Wandlungen der literarischen Rezeption Deutschlands in Polen seit 1945 behandelt hatte, gab seinem Beitrag zum Stichjahr 1990 für dieses Heft eine stärkere Wendung ins Aktuell-Politische.

Nach dem Muster der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen wurde in Lüneburg jedes einzelne Thema zweifach erörtert, je von einem polnischen und deutschen Fachmann. Auch die anderen Tagungsteilnehmer, ältere Studenten und jüngere Wissenschaftler, waren in strenger Parität aus beiden Ländern eingeladen. Die Referate und Diskussionen zeigten aber bald, daß Rücksichtnahmen auf den nationalen Proporz im Begriff sind, bei der Erörterung deutsch-polnischer historischer Probleme sehr an Dringlichkeit zu verlieren. An der Bereitschaft zu sachlich-kritischer Beurteilung der Rolle des eigenen Landes fehlte es auf keiner der beiden Seiten. Bei Kontroversen gruppierten sich die Kontrahenten kaum noch nach der nationalen Zugehörigkeit. Und die Hauptfrage, die Referenten und Diskutanten beschäftigte, stellte nicht Deutsche gegen Polen, sondern galt dem Konferenzthema: ob und inwieweit die Stichjahre 1918, 1939, 1945 und 1990 tatsächlich als „Wendepunkte“ in den deutsch-polnischen Beziehungen zu bezeichnen seien. Es zeigte sich, daß man wenigstens zwischen staatsrechtlichen, aktuell-politischen und mentalitätsgeschichtlichen Gesichtspunkten zu unterscheiden habe. Unter jedem von ihnen nahm die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen, nach der Fortdauer und Umkehr von Tendenzen eine andere Gestalt an.

Rex Rexheuser



## ABHANDLUNGEN UND FORSCHUNGSBERICHTE

### **1918 Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates**

von Jerzy Holzer

Entsprechend den Prämissen unserer Konferenz möchte ich die polnisch-deutschen Beziehungen aus der Sicht der Probleme des damaligen Polens untersuchen. Ich berücksichtige demnach in erster Linie die Situation Polens und die von den Politikern (und in gewissem Maße auch von einer breiteren Bevölkerungsschicht) getragenen Auffassungen von den polnischen Interessen. Ich hoffe, daß das deutsche Gegenreferat ähnlich aufgebaut ist, so daß wir dadurch zu einem Gesamtbild gelangen.

Das Jahr 1918 schien tatsächlich zu einem Wendepunkt in der Geschichte Polens und Deutschlands und damit zugleich in den polnisch-deutschen Beziehungen werden zu wollen. Immerhin hatte sich ja die Stellung beider Länder in Europa grundlegend verändert. Polen, das über mehr als ein Jahrhundert lediglich ein geographischer oder historischer Begriff gewesen war, wurde nunmehr zu einem unabhängigen Staat und zum Völkerrechtssubjekt. Jenes Werden läßt sich selbstredend als Prozeß verstehen, und man könnte hier seine einzelnen Etappen nennen, die von den ersten, vagen, verschiedenen internationalen Deklarationen oder sogar praktischen Schritten seit 1914 dazu geführt hatten, daß Polen zunächst einige staatliche Kompetenzen eingeräumt wurden, wengleich stets in einem unbestimmten und eher verkleinerten Raum, der sich von den geographischen oder historischen Begriffen unterschied.

Mit seiner militärischen Niederlage hatte Deutschland nicht allein seine Großmachtstellung und seine beinahe ein halbes Jahrhundert gehegten Aspirationen auf eine Vormachtstellung in Europa, sondern sogar seine vollständige Souveränität eingebüßt. Als es der Formel „Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden“ zustimmte, verzichtete es ja zumindest verbal auf die Grundlagen seiner Souveränität und unterwarf sich damit tatsächlich den Siegermächten. Da Polen wiederum als Alliiertes anerkannt worden war, sollte ihm auch ein winziger Bruchteil jener Kollektivdominanz über Deutschland zufallen.

Eine derartige Sicht allerdings verriete weitgehende Naivität. Polen war zwar als unabhängiger Staat wiedererstanden. Ihm fehlten aber unzweideutig festgeschriebene Grenzen, es stritt sich außerdem nicht allein mit Deutschland, sondern so gut wie mit allen seinen übrigen Nachbarn. Polens Stellung in der europäischen Politik war schwach. Und selbst als es zum Völkerrechtssubjekt geworden war, blieb es doch meistens lediglich ein Objekt der internationalen „Realpolitik“. Umgekehrt lag der Fall bei Deutschland. Freilich hatte es seine Souveränität mit der Kapitulation in Frage gestellt, wurde auch im Innern von Revolution und Konterrevolution, von Verfallserscheinungen und schließlich extremistischen Bestrebungen gebeutelt und erschüttert, doch sein Potential blieb weiterhin ein gewaltiges. Demnach war es zwar eine zusammengebrochene Großmacht, hörte aber für ganz Europa — darunter auch die Siegermächte der Koalition — nicht auf, ein Grundpfeiler der internationalen Ordnung zu sein.

In der Tat lassen sich Polen und Deutschland nur im Kontext des Zusammenbruchs der europäischen Gesamtordnung betrachten, jener Ordnung, deren Elemente teils noch auf die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815, teils hingegen, und zwar gerade sofern sie Deutschland betrafen, auf die Versailler Entscheidungen von 1871 zurückgingen. Beim Zusammenbruch der europäischen Ordnung wurden von Anfang an irreversible und lediglich vorübergehende Veränderungen unterschieden. Zu ersteren gehörte das Verschwinden des Habsburger Reiches und damit die Entstehung einer instabilen Zone im südlichen und mittleren Osteuropa. Zu letzteren dürfen wir den Zusammenbruch der deutschen und russischen Großmachtstellung rechnen. Zwar dehnte sich damit jene instabile Zone neuer Staaten auf bestimmte Territorien der beiden geschwächten Imperien aus, doch weder in London oder Paris noch in Warschau oder Prag hätte man sich dazu hinreißen lassen anzunehmen, daß damit schon die Großmachtgeschichte Deutschlands und Rußlands ihr Ende gefunden hätte.

Auch eben dies war mitbestimmend für die internationale Stellung Deutschlands und Polens. Das einzige, was man hätte tun können, wäre eine Verlängerung oder Verkürzung des Zeitraumes gewesen, da Deutschland am Boden lag. Übrigens betrifft das ganz genauso Rußland. Bei allem kam es darauf an, was für eine europäische Ordnung man aufbauen und welche Rolle man dabei Deutschland zuweisen wollte. Frankreich gedachte sich die unverrückbare Hegemoniestellung als europäische Kontinentalmacht zu sichern, war demnach daran interessiert, die Zeit der Schwäche seines deutschen Hauptgegenspielers maximal in die Länge zu ziehen. Angesichts dessen hätte man es in Paris freilich gern gesehen, daß Rußland erneut zur Großmacht aufstiege. Diese Träume allerdings muß-

ten aufgegeben werden. Ein weißes Rußland ließ sich nicht wiederherstellen. Das bolschewistische hingegen bildete wiederum eine Gefahr für die gesamte soziale, ökonomische und geistige Ordnung Europas. Es konnte auch niemandem entgehen, daß der russische Revolutionsexpansionismus der deutschen Nachkriegsfrustration und Deutschlands Revanchegehlüsten stärker ähnelte als den französischen Träumen, den eigenen Erfolg zu zementieren. Ein als Großmacht wiedererstehendes Deutschland konnte Frankreich beim besten Willen nicht gebrauchen. Doch die Wiederherstellung eines wenigstens begrenzt starken deutschen Staates brauchte Großbritannien, bemühten sich doch die Engländer konsequent, nicht zuzulassen, daß sich irgendein Staat auf dem Kontinent zur vorherrschenden Großmacht mauserte, gleich, ob es sich dabei um Frankreich oder Deutschland handelte.

Die Einstellung der Siegermächte zu Polen leitete sich von ihrer Haltung gegenüber Deutschland ab. Frankreich suchte im Osten nach Ländern, die bereit gewesen wären, außenpolitisch in seinem Schlepptau zu agieren. Eine vollends befriedigende Lösung fand es hier allerdings nicht. Polen war zwar dazu geneigt, die französische Politik des Drucks auf Deutschland mitzutragen, zog aber andererseits Frankreich mit in seine eigenen Konflikte und anschließend in die sowjetische Bedrohung hinein. Die Kleine Entente war aus Furcht vor Ungarn zusammengezimmert worden. Von deren Mitgliedsstaaten grenzte lediglich noch die Tschechoslowakei an Deutschland und fühlte sich zu diesem Zeitpunkt keineswegs sonderlich von ihm bedroht. Zu allem Überfluß waren Polen und die Tschechoslowakei auch untereinander noch zerstritten, wengleich beide Länder gleichermaßen um eine Zusammenarbeit mit Frankreich buhlten.

Trotz des später auch formal besiegelten Bündnisses waren die polnisch-französischen Beziehungen niemals von den aus ganz unterschiedlichen Interessen resultierenden Widersprüchen frei. Vor allem aber konnte Frankreich Polen nur wenig bei all dem helfen, was man in Warschau als besonders gefährlich betrachtete, nämlich dabei, die wirtschaftliche Überlegenheit der Deutschen und damit deren Druckpotential auszugleichen. Andererseits raubten die deutsche Frage und die Konkurrenz zwischen England und Frankreich Polen die Chance, britische Unterstützung zu gewinnen. Wenn auch polnische Politiker 1918 durchaus von einer Annäherung an Großbritannien oder dessen Schutzmachtrolle träumten, ließ sich dieses Kalkül dennoch nicht verwirklichen. Wollten die Engländer doch, daß Deutschland nicht vollends am Boden liege, und das wiederum erforderte, seine territorialen Einbußen zugunsten des entstehenden Polens in vertretbaren Grenzen zu halten.

Freilich gab es auch übereinstimmende Punkte in der französischen und britischen Politik. Beide Staaten bemühten sich um eine Neuordnung Europas. Die Siegermächte wollten und mußten in ihrem Interesse dem Vormarsch der bolschewistischen Revolution einen Riegel vorschieben. Und trotz aller Interessenunterschiede hinsichtlich der Zukunft Deutschlands waren sie sich einig in der Einschätzung, daß es sich bei ihm um das am stärksten von einer Revolution bedrohte Land Europas handelte. Sogar Frankreich mußte das in sein Kalkül einbeziehen und seine Bestrebungen zur Schwächung des besiegten Gegners mäßigen.

Naturgemäß sah Polens Politik „lokaler“ oder „provinzieller“ aus. Selbstverständlich wäre Polen eine Revolution in Deutschland alles andere als lieb gewesen, dennoch fürchtete es sich in erster Linie vor der mit Bajonetten aus dem Osten eingeschleppten Revolution im eigenen Land. Um dieser Gefahr Herr zu werden, mußte es die Sicherheit der anderen Grenzen gewinnen, auch jener im Westen. Polen mußte die deutsche Frage in Kategorien direkter Augenblicksgefahren sehen. Deshalb war es an Deutschlands Schwäche interessiert.

Hier nun wollen wir unmittelbar zu den bilateralen polnisch-deutschen Beziehungen übergehen. Das Jahr 1918 eröffnete eine mehrere Jahre anhaltende Zeitspanne von nur teilweise politischen, vielmehr in hohem Maße auch militärischen Auseinandersetzungen um den Verlauf der Grenze zwischen beiden Ländern. Politisch hatte man miteinander zunächst auf der Pariser Friedenskonferenz, später bei den Plebisziten in Ostpreußen und Oberschlesien gerungen. Mit der Waffe in der Hand wurde beim Posener Aufstand und den drei Schlesischen Aufständen, von denen der dritte für längere Zeit beinahe ganz Oberschlesien erfaßte, gekämpft. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Polen seit Jahrhunderten nicht mehr bewaffnet gegen Deutsche gekämpft hatten, abgesehen von Episoden, die über bilaterale Konflikte hinausgegangen waren, etwa die Auseinandersetzungen mit Preußen am Ausgang der Polnischen Adelsrepublik, während der Napoleonischen Kriege oder im Völkerfrühling. Die damalige Nachkriegsrealität allerdings schien Roman Dmowskis theoretische Erörterungen von der erstrangigen Bedeutung des polnisch-deutschen Gegensatzes zu bestätigen. Der dazu parallel verlaufende polnisch-russische Gegensatz ließ sich weniger eindeutig in nationalen Kategorien auffassen.

Die bewaffneten polnisch-deutschen Kämpfe sind zwar für Polen nicht die einzige Front gewesen, sie waren es, einmal abgesehen von Auseinandersetzungen im Innern, aber für Deutschland. Dort, wo Deutschland ansonsten noch territoriale Einbußen hinnehmen mußte, also im Elsaß oder den schmalen, an Belgien und Dänemark abgetretenen Landstrichen,

sollte es zu keinerlei Blutvergießen kommen. In Polen war man sich genau der besonderen Tragweite bewußt, die der deutsche Revisionismus einer östlichen Grenzverschiebung beimaß. Andererseits meinte Polen, die ehemaligen preußischen Teilungsgebiete seien ihm schlechterdings unentbehrlich, um die eigene Unabhängigkeit zu gewährleisten. Sogar eventuelle Korrekturen mußten strategisch überaus wichtige Landstriche betreffen, nämlich das für Polens Wirtschaft so maßgebliche Oberschlesien oder seinen einzigen Seezugang zur Welt, also Pommerellen mit der dazugehörigen Küstenregion.

Demnach mußte das eventuelle Wiedererstehen einer Großmacht Deutschland jedem polnischen Politiker schier den Schlaf rauben. Die Grenzrevision gegenüber Polen spielte in den Bestrebungen zur Wiederherstellung der Großmachtstellung des Reiches eine Rolle von weitaus größerer Tragweite, als ihr eigentlich zukam. Trotz der französisch-britischen Konkurrenz lag die Unantastbarkeit der Westgrenze auf der Hand. Ja, nach der militärischen Niederlage durfte man sich überhaupt Expansionsgelüste in dieser Richtung ein für alle Male aus dem Kopf schlagen. Damit aber wurde die Ostexpansion, und zwar natürlich auf Kosten Polens, buchstäblich zum Symbol hochstilisiert. Wenn wir einmal absehen von dem Vorsatz, das winzige, internationalisierte und erst später Litauen einverleibte Memelgebiet zurückzugewinnen, konnte lediglich die Herausgabe der Polen angeschlossenen Gebiete ans Reich in den Kategorien eines Territorialzuwachses von einem Trendumschwung zeugen — vom Zusammenbruch des Imperiums hin zu erneuter Machtentfaltung und Größe. Territoriale Kategorien aber beherrschten damals das politische Denken der Deutschen, sowohl bei den politischen Eliten als auch bei den Millionen einfacher Bürger.

Ebensowenig dürfen wir auch die Befürchtungen unterschätzen, die die polnischen Politiker hinsichtlich der Gefahr einer deutsch-russischen Verständigung hegten. Wenn die Westmächte unmittelbar nach der deutschen Niederlage 1918 sie eher in einer revolutionären Gemeinsamkeit Moskaus mit Berlin erblickten und erst in weiterer Zukunft den „Geist von Rapallo“ in der Außenpolitik oder in der von Seeckt verwirklichten Linie der Heeresleitung zu fürchten begannen, so wurden in Polen von vornherein übereinstimmende Gefahren aus dem Westen und dem Osten gesehen, selbst wenn sie nicht aufeinander abgestimmt waren. In den entscheidenden Augenblicken des polnisch-sowjetischen Krieges 1920 wurde Deutschlands Bereitschaft zur Mitwirkung an einer erneuten Teilung Polens diskret, doch vernehmlich angedeutet.

Natürlich wäre dabei zu bedenken, ob sich die deutschen Politiker und Militärs tatsächlich über die Aussicht gefreut hätten, daß die Rote Armee

bis an die deutsche Grenze gelangte, selbst wenn jene um 100 oder 200 Kilometer weiter nach Osten verschoben worden wäre. Allerdings hat es ganz den Anschein, als ob sie Polen vielmehr als einen „Saisonstaat“ betrachteten, der so oder so mit der Wiederherstellung der Großmachtstellung Deutschlands und Rußlands zum Untergang verurteilt war. Wenn demnach Polen einem sowjetischen Überfall zum Opfer fiel, wäre es wohl vernünftiger gewesen, sich in die ganze Aktion einzuschalten und von ihr zu profitieren. In Warschau hatte man die Lehre von 1920 nicht vergessen, und die Angst vor dem „Geist von Rapallo“ existierte bereits vor diesem Geist, nahm praktisch die Annäherungsversuche zwischen Moskau und Berlin vorweg.

Ganz bestimmt fürchtete man in Warschau auch eine deutsche Revolution. Ihr eventueller Erfolg hätte eine noch größere Gefahr heraufbeschworen. Andererseits wurden Deutschlands Instabilität im Innern, seine innenpolitischen Verfassungsprobleme eher freudig begrüßt. Je länger dieser Zustand anhielt, je schwächer Deutschland war, desto weiter rückte auch die Gefahr des wiedererstehenden Großmachtreiches in die Ferne. Andererseits durfte Polen als innenpolitisch relativ stabilisiertes Land und nach außen nicht nur als Teil des „cordon sanitaire“ gegen Rußland, sondern gar als „barrière sanitaire“ zwischen Rußland und Deutschland auftreten. Trotz aller englischen Bestrebungen, Deutschland gegen eine allzu große Schwächung abzuschirmen, galt also: solange Deutschland in seinen Grundfesten erschüttert war, solange hatte der „Geist von Locarno“ keine Daseinsberechtigung und damit auch nicht die Angst, Polen könnte vollkommen an den Rand der europäischen Ordnung gedrängt werden.

Die Art, wie man in Polen an die polnisch-deutschen Probleme heranging, hing auch von der mehr oder minder deutlich in ideologische Prinzipien eingebetteten politischen Gesamtsicht ab. Besonders deutlich wurde das bei den Nationaldemokraten, die nach 1918 zwar nachhaltig das polnische Denken beeinflussten, doch nicht imstande waren, ans Regierungsruder zu kommen. Nationalistische Beweggründe waren es, die die Nationaldemokraten dazu veranlaßten, im Westen solche Grenzen zu erkämpfen, die das gesamte ethnisch-polnische Element umfaßten.

Ihrer Auffassung nach ließ sich, je mehr ethnisch polnisches Element man im Westen einbringen konnte, bei der Grenzziehung im Osten desto weiter gehen, also in jenem Raum, in den die polnische Kultur ausgestrahlt hatte und wo Polen sozial und ökonomisch überlegen war. Darin steckte zweifellos eine ideologisch determinierte Überschätzung dessen, wieviel der ethnische Faktor für die Errichtung eines starken Staates zu leisten vermag. Sollte sich doch sehr schnell herausstellen, daß ein beträchtlicher Teil der Schlesier, obgleich wasserpolnisch sprechend, unter dem Ein-



druck der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten anfang, wankelmütig zu werden und langsam an der noch während der Aufstände und beim schlesischen Plebiszit an den Tag gelegten Option für Polen zu zweifeln. Wir können nur erahnen, was für eine Belastung die Masuren geworden wären, hätte man sie ohne Plebiszit einfach Polen einverleibt, wenn gleich sie in ethnischer Hinsicht vorzüglich in die Vorstellungen der Nationaldemokraten paßten.

Aus der Sicht der Piłsudski nahestehenden Politiker wurde über Polens Schicksal im Osten und nicht im Westen entschieden. Konnte Polen doch einzig und allein als übernationaler, am besten föderativer Staat die Kraft gewinnen, um sich künftig gegen das unvermeidliche Wiedererstehen der Großmachtstellung Deutschlands und Rußlands abzusichern. Die von den Nationaldemokraten vorgetragenen und nach einem Vierteljahrhundert von den Kommunisten übernommenen Vorwürfe, die Piłsudski-Anhänger hätten auf Polens Westgebiete verzichtet, stimmen natürlich nicht. Waren es doch gerade Piłsudski-Anhänger, die den Anstoß für die Erhebungen in Großpolen oder Oberschlesien gaben, weil sie weniger als die Nationaldemokraten an diplomatische Lösungen, weit stärker an vollendete Tatsachen glaubten. Allerdings stimmt es schon, daß ihr stärkeres Augenmerk dem Osten galt. Dort schlummerten die größten Hoffnungen. Dorthin gelenkt wurden die Hauptkräfte des winzigen militärischen Potentials des neuen Staates.

Gemeinsam hingegen hegten Piłsudski-Lager und Nationaldemokratie die Überzeugung, daß Polen bei einem frontalen, bewaffneten Zusammenstoß mit Deutschland keinerlei Erfolgchancen hätte. Der ganze Unterschied bestand darin, daß die Nationaldemokraten die beschränkten bewaffneten Aktionen der Polen diplomatisch unterstützen wollten, während die Piłsudski-Anhänger zwar gleichfalls diese Aktionen zu begrenzen gedachten — denn niemals wurde dabei ja reguläres polnisches Militär eingesetzt —, die diplomatische Initiative aber ganz ihren nationaldemokratischen Konkurrenten überließen. In der internationalen Öffentlichkeit brachte ihnen das mitunter den Ruf ein, politisch stärker einer Verständigung mit Deutschland zuzuneigen, wengleich sich die Piłsudski-Anhänger diesbezüglich wohl kaum irgendwelchen Illusionen hingegeben haben dürften, da zur Verständigung mit Deutschland doch die Bereitschaft Berlins fehlte.

Wie dem auch sei, die Frage der polnisch-deutschen Grenze, also zunächst ihre Festlegung oder Erkämpfung, anschließend hingegen ihre Sicherung und Verteidigung gegen den deutschen Revisionismus, spielte die allerwichtigste Rolle in den Beziehungen Polens zu Deutschland. Dabei sollten wir zwei, von der Zeit und der gesamteuropäischen Situa-

tion bestimmte Haltungen unterscheiden. Als nach 1918 die mit Blutzoll bezahlte polnisch-deutsche Grenze am Konferenztisch ausgehandelt worden war, spielte jeder Handbreit Boden, der zu Polen gekommen war, für den neuen Staat zwar eine wichtige, nicht aber die ausschlaggebende Rolle. Zäh war um den Grenzverlauf gerungen worden, obwohl man sich keinerlei Illusionen hingab, alles erringen zu können, was Polen gern gehabt hätte. Anders nahm sich die Lage nach der Grenzfestlegung aus. Irgendwelche Zugeständnisse kamen dann nicht mehr in Frage. Hätte jedes Klein-Beigeben doch einen gefährlichen Präzedenzfall für die Zugehörigkeit aller einstigen preußischen Provinzen zu Polen geschaffen, und das wäre für die staatliche Unabhängigkeit selbst gefährlich geworden.

Das zweitwichtigste Problem in den polnisch-deutschen Beziehungen bildete die Minderheitenfrage. Für Polen besaß die Gegenwart einer deutschen Minderheit eine unvergleichlich größere Tragweite als das Vorhandensein einer polnischen Minderheit für Deutschland. Obwohl beide Minderheiten in ihrer Größenordnung in etwa miteinander vergleichbar waren, so verriet die deutsche eine wachsende Tendenz, während die polnische schrumpfte. Beträchtlich beeinflusst wurde dieser Trend von dem indifferenten Nationalbewußtsein der Einwohnerschaft in den Grenzräumen, insbesondere in Oberschlesien und in Masuren. Ganz allgemein allerdings läßt sich sagen, daß die Niederlage Deutschlands und die Entstehung eines unabhängigen Polens bei der national indifferenten Bevölkerung nur kurzzeitig zu verstärkten Sympathien für Polen führten. Die folgenden Jahre bescherten keinem der beiden Länder politische oder ökonomische Erfolge, doch trennte sie ein ganz deutlich sichtbares Wohlstandsgefälle, das einstmals mitten durch Polen, zwischen der preußischen Provinz einerseits und der russischen und österreichischen andererseits, verlaufen war. Auch der durch Deutschlands Niederlage entstandene psychologische Schock sollte vorübergehen. Die Sympathie für Deutschland nahm zu. Die Zahl der Bejager Polens ging zurück.

Die Bedeutung der deutschen Minderheit in Polen resultierte nicht allein aus ihrer Anzahl, sondern ebenso aus dem Grad ihrer Organisiertheit, ihrer Offensivität, ihrem Wohlstand und ihrer relativ weit oben angesiedelten Stellung innerhalb der sozialen Stufenleiter. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß die meisten Deutschen, die nach der Gründung des unabhängigen Staates in Polen ansässig waren, zuvor die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches besaßen und in der Provinz Posen, in Pommerellen oder Oberschlesien zum Herrenvolk gehört hatten. Dieselbe Stellung hatten die Deutschen auch in dem zu Österreich gehörenden Teschener Schlesien innegehabt. Zur nationalen Minderheit degradiert zu werden, mußte einfach schmerzhaft für sie sein. Um so schwieriger war es,

sich damit abzufinden, denn sowohl Deutschland als auch Polen verstanden sich ja als Nationalstaaten, selbst wenn verfassungsmäßig sämtlichen Bürgern ungeachtet ihrer Nationalität die gleichen Rechte eingeräumt wurden. Ja mehr noch: Die zahlreichen deutschen Siedlungszentren in der russischen und österreichischen Provinz (oder besser in deren Hauptteil, in Galizien), die sich zuvor mit ihrem Minderheitenstatus abgefunden hatten, kamen jetzt unter den Einfluß ihrer besser organisierten und auch weitaus kampflustigeren Landsleute aus der preußischen Provinz. Das Klima, in dem auf polnischem Boden Polen und Deutsche zusammenlebten, verschlechterte sich gegenüber früher ganz deutlich, wenngleich es in der preußischen Provinz auch vorher als Folge der Germanisierungspolitik und einer Bevorzugung der dort lebenden Deutschen in den verschiedensten Formen schon nicht gerade das beste gewesen war.

Die seit 1918 an den Tag gelegten Bestrebungen Berlins, polenfeindliche Machenschaften von Polens Nachbarn oder ethnischer Minderheiten in Polen zu unterstützen, hingen nur zu einem Teil mit der Frage der deutschen Minderheit zusammen. Zum anderen betraf es Litauer, Weißrussen, Juden und vor allem die Ukrainer. Bei den in Polen ansässigen nationalen Minderheiten spielte die deutsche Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade eine Vermittlerrolle für Berlin. Es zeigten sich deutliche Bestrebungen zur Blockbildung sämtlicher Minderheiten und zur Schaffung einer extrem oppositionellen Front, die zentrifugal agierte.

Schließlich existierte noch weiterer Konfliktstoff. Polen befürchtete eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland und die Vormachtstellung der Deutschen in der Wirtschaft des jungen, neuen Staates. Natürlich waren jene Befürchtungen, ins deutsche Schlepptau zu geraten, nicht aus der Luft gegriffen. Bis 1918 hatte schließlich das gesamte preußische Teilungsgebiet einen Bestandteil des deutschen Wirtschaftsorganismus gebildet. Doch damit nicht genug. Deutschland war nun einmal der tonangebende Außenwirtschaftspartner auch für die beiden anderen Teilungsgebiete. Mit dem, was sich am Ende des Ersten Weltkrieges ereignet hatte, wurden auch die Verbindungen Galiziens zu den Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie abgeschnitten. Die Beziehungen Kongreßpolens zu Rußland hingegen wurden nach dem Sieg der Bolschewiki beinahe vollkommen abgeblockt. So paradox es auch anmuten mag, aber Deutschlands Rolle für Polens Wirtschaft sollte nach dem Zwischenspiel von deutscher Revolution und Konterrevolution doch recht beträchtlich zunehmen. Die polnischen Politiker fürchteten diesen Tatbestand, sahen sich auch intensiv nach Kontakten zu anderen Ländern um, doch erst der von Deutschland in großem Stil entfesselte Zollkrieg, der 1925 zur Schwächung der polnischen Wirtschaft begonnen wurde, führte — übrigens

wiederum auf paradoxe Weise, weil entgegen den Absichten seiner Initiatoren — zu einer weitgehenden Loslösung Polens von seinem westlichen Nachbarn.

Einfacher schien es zu sein, den deutschen Wirtschaftseinfluß innerhalb Polens zu drosseln, wo die Deutschen — obwohl vor 1918 nicht immer Reichsangehörige — eine starke Position als Vertreter des Kapitals und des Großgrundbesitzes innehatten. In Warschau hoffte man, Deutschlands Stellung zu schwächen und das deutsche Kapital von französischem verdrängen zu lassen. In gewissem Maße verwirklichten sich diese Hoffnungen, u.a. in Oberschlesien, doch grundlegend sollte sich kaum etwas ändern. Die Bodenreform wiederum sollte in der ehemals preußischen Provinz vor allem zur Schwächung des deutschen Junkertums genutzt werden. Auch hier gingen die Pläne teilweise, wenngleich nur schleppend und oftmals mit starken Konflikten und juristisch recht anfechtbar in Erfüllung (denn der sogenannte Kleine Versailler Vertrag schützte ja nationale Minderheiten vor Diskriminierung, die Speerspitze der Agrarreform in den Westgebieten zielte aber eindeutig auf die Bekämpfung des Deutschtums).

Wenn wir uns das Gesamtbild der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nach 1918 betrachten, so läßt sich diese Jahreszahl nur teilweise als Wendepunkt akzeptieren. Zuvor waren die Deutschen an der Aufrechterhaltung des formalen Status quo und zugleich einer ethnischen Expansion innerhalb ihrer Grenzen interessiert gewesen. Die Polen bemühten sich, dieser ethnischen Expansion die Stirn zu bieten, wollten hingegen auf lange Sicht die deutsche Herrschaft in der preußischen Provinz erschüttern. Jetzt war den Polen an der Aufrechterhaltung des formalen „Versailler“ Status quo und zugleich an der ethnischen Expansion innerhalb ihrer Grenzen gelegen. Diese Expansion hatte allerdings bei weitem nicht das Ausmaß, das zuvor die deutsche besessen hatte, denn eine Polonisierung war so gut wie aussichtslos. Vielmehr ging es um eine Verstärkung des ethnisch polnischen Elements in Wirtschaft und Gesellschaft.

Unverändert hingegen blieb die Konflikträchtigkeit der polnisch-deutschen Beziehungen, ja, diese Konflikte verdichteten sich zusehends. Da einerseits massenhaft Konfliktstoff vorlag und sich andererseits beide Länder strikt als Nationalstaaten verstanden, verhieß das auf lange Sicht Erfolgchancen für Deutschland. Und das in jeder Hinsicht: der Einwohnerzahl, des Territoriums, des Wirtschaftsniveaus, der Entwicklung von Volksbildung, Wissenschaft und Kultur, der Disziplin seiner Bürger und schließlich, resultierend aus allen diesen Faktoren, der militärischen Stärke, bei der Deutschland Polen haushoch überlegen war. Die deutsche

Bedrohung blieb für Polen nach wie vor ein aktuelles Problem. Unter diesem Aspekt bildete 1918 wahrhaftig keinen Wendepunkt, selbst wenn sich Polens Stellung vorübergehend etwas verbessert hatte.

### **Literatur**

- Andrzej Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921–1939* (Konzeptionen der Nationalitätenpolitik der polnischen Regierungen in den Jahren 1921–1939). Wrocław (u.a.) 1979 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku. 3.).
- Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker. Braunschweig 1985.
- Jerzy Krasuski, *Między wojnami. Polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej* (Zwischen den Kriegen. Die auswärtige Politik der Zweiten Republik). Warszawa 1985.
- Marian Mroczo, *Polska myśl zachodnia 1918–1939* (Der polnische Westgedanke 1918–1939). *Dzieje polskiej granicy zachodniej* (Die Geschichte der polnischen Westgrenze). Bd. 6, Poznań 1986.
- Janusz Pajewski, *Odbudowa państwa polskiego 1914–1918* (Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914–1918). 2. Aufl., Warszawa 1980.
- Polska – Polacy – mniejszości narodowe* (Polen, die Polen und die nationalen Minderheiten). Wrocław (u.a.) 1992 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku. 8.).
- Harry Kenneth Rosenthal, *German and Pole. National Conflict and Modern Myth*. Gainesville, Fl. 1976.
- Jerzy Tomaszewski, *Rzeczpospolita wielu narodów* (Die Republik vieler Völker). Warszawa 1985.
- Roman Wapiński, *Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej* (Die Nationaldemokratie 1893–1939. Studien zur Geschichte nationalistischen Denkens). Wrocław 1980.

1000

1000

1000

1000

# 1918 Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates

von Andreas Lawaty

Das Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete für Polen und Deutschland einen Neubeginn. Es war ein Neubeginn im positiven, wertenden Sinn, denn Polen konnte seinen Aspirationen auf nationale Selbstbestimmung eine staatliche, territoriale Form verleihen, Deutschland wiederum gelang der Übergang in eine parlamentarische Demokratie. So gesehen, hätte auch für die deutsch-polnischen Beziehungen ein positiver Neubeginn erwartet werden können.

Deutschland war immerhin das erste Land, das, bereits am 21. November 1918, einen Botschafter — den Pazifisten und Kritiker Bismarckscher Polenpolitik Harry Kessler — nach Polen entsandte und damit den neuen Staat offiziell anerkannte. Er wurde bei seinem Antrittsbesuch von Piłsudski mit „friedlichen und freundschaftlichen Erklärungen“ bedacht. (Freilich mußte er wenige Tage später vor einer aufgebrachten Menge fliehen.) In der deutschen Armee in Polen bildeten sich Soldatenräte, die um ein gutes Verhältnis zu den Polen und sogar um Verständnis für deren nationales Anliegen bemüht waren.<sup>1</sup> Es gab Ansätze einer neuen Politik und Versuche einer Verständigung mit Polen, die von den zur damaligen Zeit einflußreichen pazifistischen Kreisen initiiert wurden. In den Akten des Auswärtigen Amtes ist ein Memorandum vom 25. Dezember 1918 über die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen erhalten geblieben, in dem auf die Notwendigkeit der Überwindung gegenseitiger Animosität hingewiesen wurde, und das selbst im Falle gewisser territorialer Verluste, die „für die deutsche öffentliche Meinung schmerzhaft sein werden“. „Sollte es den Deutschen gelingen (die Animosität zu überwinden)“ — schrieb der Autor weiter —, „dann werden sie nach dem Friedensvertrag zwar einige Gebiete an Polen abgeben müssen, zugleich aber ganz Polen für sich gewinnen und damit auch den Schlüssel zum Osten“.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Piotr Łosowski, *Zerwane pęta. Usunięcie okupantów z ziem polskich w listopadzie 1918 roku* (Zerrissene Fesseln. Die Verdrängung der Besatzungsmächte aus polnischem Gebiet im November 1918). Warszawa 1986, S. 95 ff.

<sup>2</sup> Zitiert bei: Przemysław Hauser, *Niemcy wobec sprawy polskiej. Październik 1918 – czerwiec 1919* (Deutschland und die polnische Frage. Oktober 1918 – Juni 1919). Poznań 1984, S. 49-50.

Diese Ansätze hatten allerdings — zumindest im Hinblick auf ihre politische Wirksamkeit — nur eine kurze Geschichte. Die nationalistische Denkweise setzte sich mit aller Wucht durch, als 1919 im Vorfeld des Versailler Friedensvertrages klar wurde, daß die Alliierten den Deutschen die alleinige Schuld am Krieg, gewaltige Reparationen und umfangreiche Gebietsabtritte — dazu noch zugunsten des aufmüpfigen Neulings Polen — aufbürden wollten. Die Bedingungen waren in der Tat schwer für ein an die eigene nationale Größe gewöhntes Volk, das zwar des Krieges überdrüssig war, diesen und die Niederlage jedoch nicht in den eigenen Städten und Dörfern erleben müssen. Daß der Friedensvertrag die Großmacht Deutschland vor eine schwierige Probe stellen würde, war bereits an den Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November 1918 deutlich. Der konservative Historiker und Publizist Hans Delbrück schrieb am Tag davor an seinen polnischen Briefpartner Stanisław Turno, Deutschland werde es lernen müssen, mit einem großen nationalen Unglück umzugehen, ähnlich wie es die Polen vor über 100 Jahren und die Franzosen nach 1871 — erfolgreich — getan hätten.<sup>3</sup> Ihm hat freilich nicht nur die Niederlage, sondern auch die Novemberrevolution in Deutschland zugesetzt, deren Ausgang ungewiß war. Der Krieg, die ins Rutschen geratene Landkarte Europas und die kommunistische Revolution in Rußland schärften zwar das Bewußtsein für die im Gang befindliche Epochenwende, brachten jedoch kaum Klarheit in die Zukunftsperspektiven. Die damals 29 Jahre alte Schriftstellerin Maria Dąbrowska schrieb in ihrem Tagebuch am 11. November 1918, sie fühle sich in mancher Hinsicht eher dem Ancien Régime denn der kommenden Welt zugehörig. Von einer moralisierenden Perspektive aus sah sie in Rußland und Deutschland den Sieg des Materialismus und nicht der Volksideale. „Nationen älteren Zuschnitts“ — schrieb sie in ihrem Tagebuch — „wären eher bereit unterzugehen, als solch entwürdigende Bedingungen anzunehmen, die die Koalition den Deutschen auferlegt hat; doch das Volk, das nach einem ‚neuen Leben‘ strebt, kriecht demütig und akzeptiert sie. Ich finde in mir mehr Verständnis für diejenigen Marinesoldaten in Kiel, die sich entschlossen haben, den Waffenstillstand abzulehnen und der ganzen Welt in einer aussichtslosen Seeschlacht den Handschuh zu werfen, als für diejenigen, die die Avantgarde der Revolution bilden. Daraus wird zwar doch einmal die Idee und reine Schönheit emporkommen, zunächst aber wird es vor allem um die

---

<sup>3</sup> Brief vom 10.11.1918 aus Berlin, bei: Adam Galos, Stanisław Turno i Hans Delbrück (Stanisław Turno und Hans Delbrück), in: *Polski Kwartalnik Historyczny* Sobótka 44 (1989), Nr. 3, S. 357.



Bäume gehen.“<sup>4</sup> Dąbrowska war nicht deutschlandfreundlich, aber die eingepägten Kategorien nationaler Würde haben sie zu einem Urteil bewogen, das, auf den deutschen Umgang mit den Verlusten im Osten angewandt, Polen nichts Gutes versprach. Das Wiedererwachen des verletzten nationalen Stolzes in Deutschland hat nämlich den Lernprozeß verhindert, den Delbrück zurecht für notwendig hielt.

Der neue deutsche Nationalismus richtete sich gegen „Versailles“, das die völkerrechtliche und geopolitische Basis für die Existenz Polens bildete; er richtete sich mit der „Dolchstoßlegende“ auch gegen die für die Annahme des „Friedensdiktats“ verantwortlich gemachten demokratischen Kräfte, von denen allein — wenn überhaupt — eine Verständigung mit Polen ausgehen konnte. Er hat die Demokraten — ohne daß sie sich dessen bewußt wurden — erpreßt und zum Handlanger nationalistischer Politik gemacht, womit sie ihre eigene Existenz letztlich untergraben haben. In den Augen des neuen Nationalismus war nämlich nicht nur Polen, sondern auch die Weimarer Republik ein „Saisonstaat“, mit dem Unterschied, daß auf ihren Trümmern ein neues deutsches Reich zu neuer Größe aufblühen, Polen dagegen wieder untergehen sollte.

Eine scheinbar unlösbare Spannung beherrscht das Bild der deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit. Diese Spannung materialisierte sich in verschiedenen Bereichen, war jedoch am sichtbarsten dort, wo es um die deutsch-polnische Grenze ging: Das konsequente Festhalten an dem Anspruch auf die Revision dieser Grenze deutscherseits entsprach der ebenso konsequenten Weigerung der polnischen Seite, jene zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Doch hat nicht eine viel schwerer wiegende Grenzverschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg, zwar infolge einer viel schwereren Niederlage Deutschlands und erst nach Jahrzehnten sowie in einer völlig anderen europa- und weltpolitischen Lage, eine politische, völkerrechtliche und, wie es scheint, weitgehend auch gesellschaftliche Akzeptanz gefunden? Was wäre, wenn ... wenn es den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland nicht gegeben hätte? Hätte die Zeit die Wunden vielleicht doch geheilt, hätte die Einsicht in die eigenen Interessen die beiden Staaten zu einem dauerhaften (nicht nur, nach Hitlers Art, taktischen) Kompromiß und zur Zusammenarbeit finden lassen?

Diese spekulative Frage soll nur helfen, einen weniger schicksalhaften Akzent auf die Analyse der Hypothesen zu setzen, die die Annäherung

---

<sup>4</sup> Maria Dąbrowska, *Dzienniki 1914–1932, wybór i przypisy*: Tadeusz Drewnowski (Tagebücher 1914–1932, Auswahl und Anmerkungen: Tadeusz Drewnowski). Bd. 1, Warszawa 1988, S. 124.

beider Nachbarvölker erschwert haben. Es waren historisch gewachsene, durch den Verlauf des Krieges und die Umstände des Neubeginns nach 1918 sogar verstärkte Grundeinstellungen: des Mißtrauens, der Angst, der Verachtung bis hin zur Feindseligkeit. Es waren aber auch politische Entscheidungen und selbstverschuldete Phantasielosigkeit, die einen Entfremdungsprozeß zwischen beiden Nationen und damit auch ihre Anfälligkeit für Stereotypen und Demagogie förderten. Die konfliktfreundige Politik und Publizistik trägt dabei eine große Verantwortung, denn — zahlreiche autobiographische Zeugnisse belegen es — das Potential friedlichen Zusammenlebens in den national gemischten Gebieten war keineswegs geringzuschätzen. Daß der historische Neubeginn der beiden Völker nicht zu einem wirklichen Neubeginn ihrer Beziehungen wurde, ist allerdings nicht nur aus dem Zuschnitt dieser Beziehungen zu erklären, sondern hat auch viel mit der internationalen Einbettung der nationalen Politik sowie mit den politischen, sozialen, kulturellen und „nationalpsychologischen“ Entwicklungen des jeweiligen Landes zu tun.<sup>5</sup>

Es mag abwegig erscheinen, für die Überlegungen darüber, welche Bedeutung das Jahr 1918 für die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen hatte, ein Briefzitat aus dem Jahre 1861 als Bezugspunkt zu nehmen. Doch selten ist der materielle und emotionale Gehalt der preußisch-deutschen Polenpolitik, die bis 1918 und darüberhinaus Geltung behielt, in zwei Sätzen so plastisch umschrieben worden wie in dem Brief des Romanciers Gustav Freytag an seinen schlesischen Freund Theodor Molinari. Darin bekennt er, daß er sich gerne gegen die Polen engagieren würde, und schlägt als Idee vor: „(...) eine Adresse an die Deutschen in Posen durchzubringen, worin mit Stolz auf die Eroberungen des deutschen Geistes und Arbeitskraft hingewiesen, gegen das abgeschmackte Geschwätz von dem politischen Unrecht der *ersten* polnischen Teilung hingewiesen würde — durch die erste wurde Elbing, Culm, das deutsche Westpreußen den Polen wieder entrissen, Ostpreußen mit uns verbunden, und der Besitz Posens ist eine Nothwendigkeit, Westpreußen zu decken. Es ist nur zu bedauern, daß wir uns nicht besser abgerundet haben.“<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Vgl. zusammenfassend, unter Betonung der deutschen Seite: Heinrich-August Winkler, Im Schatten von Versailles. Das deutsch-polnische Verhältnis während der Weimarer Republik, in: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, hrsg. v. Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty u. Rüdiger Stephan. München 1992, S. 95-103.

<sup>6</sup> Brief vom 21. April 1861 aus Leipzig, abgedruckt in: Gustav Freytag an Theodor Molinari und die Seinen. Bisläng unbekannte Briefe aus den Beständen der Universitätsbibliothek Wrocław. Frankfurt/M. (u.a.) 1987, S. 30 f. (Trouvaillen. Editionen zur Literatur- und Kulturgeschichte. 1.).

Diese Haltung ist immer mehr zum Allgemeinut, zur Selbstverständlichkeit geworden. Als während des Ersten Weltkrieges die „polnische Frage“ erneut auf die Tagesordnung trat, war die Wiederherstellung eines polnischen Staates für Deutschland, wenn überhaupt, nur in den Grenzen „Kongreßpolens“, also des russischen Teilungsgebietes, denkbar.<sup>7</sup> Das waren auch die Grenzen des von den beiden Kaisern am 5. November 1916 proklamierten „Königreichs Polen“. Die Frage der künftigen Einbeziehung Galiziens und der politischen Kontrolle über das neue Staatsgebilde war Gegenstand der Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Abtretungen aus dem preußischen Teilungsgebiet standen nicht zur Disposition. Im Gegenteil, in der Heeresleitung und in politischen Kreisen wurden verschiedene Vorschläge gehandelt, wie die Ostgrenze des Reiches „besser abgerundet“ werden könnte.<sup>8</sup> 1918 jedoch und in den folgenden Jahren, als die Niederlage eingestanden werden mußte, wurden auch die „Eroberungen des deutschen Geistes und Arbeitskraft“ Stück für Stück durch die Nation in Frage gestellt, von der man über Jahrzehnte geglaubt hatte, daß sie gar nicht in der Lage sei, einen eigenen Staat zu unterhalten.

Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg kannte auch verschiedene Ebenen von Solidarität innerhalb der Konflikte, die das Kaiserreich geprägt haben: Es waren vor allem die Kooperation des Zentrums mit den Polen in der Verteidigung des (politischen) Katholizismus und die besondere Rolle, die die Sozialdemokratie mit der Verteidigung polnischer sozialer und nationaler Interessen in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich gespielt hat. Die Kritik an der preußischen Polenpolitik flaute jedoch im Zuge der veränderten Eigeninteressen und der enger zusammenwachsenden deutschen Nationalgemeinschaft im Vorfeld des Ersten Weltkrieges ab. Noch wichtiger für die Haltung nach 1918 ist die Tatsache, daß auch diejenigen, die Verständnis für die Anliegen der polnischen Bürger im Deutschen Reich gehabt hatten, die preußisch-deutsche Staatsraison im Hinblick auf die polnische

---

<sup>7</sup> „Seit jeher“ — schreibt der polnische Historiker J. Krasuski — „hatten sich die Deutschen daran gewöhnt, Polen mit diesem kleinen Gebiet des (sic) Kongreßpolen zu identifizieren. Es gab noch nach dem II. Weltkrieg ausgesprochen polenfreundliche deutsche Autoren, denen dieser Fehler unbewußt unterlief.“ S. Jerzy Krasuski, Grundfragen der deutsch-polnischen Beziehungen in der Periode zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 11. bis 17. Juni 1984 in Augsburg, Red. Wolfgang Jacobmeyer. Braunschweig 1984, S. 11.

<sup>8</sup> Vgl. Immanuel Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Lübeck 1960.

Frage nicht antasteten. Darin lag ein wesentlicher Unterschied zu der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“, die deutscherseits die Existenzberechtigung eines französischen Staates nie in Frage gestellt hat. Anders als Frankreich — schreibt Adam Krzemiński in seinem jüngst erschienenen Essay — gebührte Polen „in den letzten 200 Jahren nicht einmal die Ehre, ein ‚Erbfeind‘ zu sein.“<sup>9</sup> Polen wurde als lästig, manchmal als gefährlich oder mitleiderregend, nicht jedoch als ebenbürtig wahrgenommen. Es ist daher als Erfolg zu verbuchen, daß sich in Deutschland und in der deutschen Polenpolitik nach 1918, nach dem polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 und insbesondere nach der erneuten Übernahme der Staatsführung durch Piłsudski 1925 dennoch das Bewußtsein ausbreitete, daß Polen nicht nur ein „Saisonstaat“ von Gnaden der Alliierten sei.

Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich hatte die Vormachtstellung in Europa und nicht das Auslöschen der politischen Existenz des anderen zum Gegenstand. Grenzverschiebungen infolge der Niederlage im Westen waren in Deutschland als schmerzhaft empfunden worden, aber dennoch zu verkraften gewesen, vor allem, wenn damit dem republikanischen „Reich“ die Integration in das europäische Mächtesystem parlamentarischer Demokratien ermöglicht werden konnte. Elsaß-Lothringen war außerdem für die preußisch-deutsche Staatsraison letztlich doch nicht zentral. Auch das war ausschlaggebend dafür, daß die deutsch-französische Verständigung in Locarno 1925 möglich wurde. Auf längere Sicht hätte vielleicht — paradoxerweise — das Desinteresse, das der Westen Deutschlands an den entfernten, weniger entwickelten Gebieten des Ostens hatte, dazu führen können, daß bei steigender Bedeutung Polens auch über diese Gebiete ein Kompromiß hätte gefunden werden können. Dem standen aber die nach wie vor politisch wirksame preußische Staatsraison und eine ihr dienende und in der Funktionalisierung nationaler Gefühle äußerst effiziente Propaganda im Wege.<sup>10</sup> Überhaupt ist die Kontinuität preußischer Elemente in der Weimarer Außenpolitik, worauf Klaus Zernack besonders hinweist, in der sonst durchaus detaillierten und fundierten Forschung zu wenig beachtet worden. Dabei muß konstatiert werden: „Die Weimarer Republik, deren stabilster innerer Pfeiler das republikanische, meist sozialdemokratisch regierte neue Preußen war, blieb außenpolitisch in der alten preußischen Hegemonialtradi-

<sup>9</sup> Adam Krzemiński, *Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay*. München 1993, S. 7.

<sup>10</sup> Aufschlußreich dazu Peter Fischer, *Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939*. Wiesbaden 1991.

tion stecken.“<sup>11</sup> Dies gilt sowohl für die besondere Rolle, die der Sowjetunion in der deutschen Ostpolitik zugewiesen wurde — mit all den gespaltenen Reaktionen, die auf den polnisch-sowjetischen Krieg 1920/21 erfolgten<sup>12</sup> —, wie für die kompromißlose Haltung in der Territorialfrage und die Einfügung „Mitteleuropas“ in das deutsche Einflußgebiet. Der langjährige preußische Ministerpräsident Otto Braun, ein Sozialdemokrat, war neben dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg Ehrenmitglied des Deutschen Ostbundes, dessen Motto lautete: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren gehen“, und der seiner lautstarken Propaganda wegen selbst dem Auswärtigen Amt in dessen Ostpolitik in die Quere kam. Immerhin hat sich auch der Ostbund Grenzen gesetzt, wie auf einer Sitzung der Organisation im Oktober 1929 betont wurde: „(...) daß man unbedingt in jeder Propaganda so tun müsse, als ob man daran glaube, daß auf friedlichem Wege sich eine Änderung der Grenzen erzielen lasse; man dürfe nicht durchblicken lassen, daß man in Wirklichkeit nur glaube, daß durch Machtpolitik oder durch einen Krieg sich die Grenzen nur verändern lassen würden“.<sup>13</sup>

Am deutsch-französischen Beispiel wird ein weiterer tiefgreifender Unterschied deutlich: Frankreich war ein gehaßter, nicht aber ein verachteter Feind. 1917 konnte in Max von Boehns Kulturgeschichte Frankreichs des 19. Jahrhunderts ein Satz erscheinen, der für die damalige Zeit recht mutig war: „Wer die Geschichte der deutschen Kultur in den letzten Jahrhunderten betrachtet, der wird überall (...) dem mächtigen Einfluß Frankreichs begegnen und inne werden, daß wir uns eine deutsche Kultur ohne Einwirken der französischen überhaupt nicht vorzustellen vermögen.“<sup>14</sup> Die Anziehungskraft, die Frankreich auf die Künstler der Weimarer Republik ausübte, hat diesen Tatbestand bestätigt und fortgesetzt. Dagegen bildeten die deutsche Kultur und Wissenschaft — von Ausnahmen abgesehen — keine tragfähige Brücke zur Überwindung deutsch-polnischer politischer Antagonismen. Zu tief hatte sich die Vorstellung von einem West-Ost-

---

<sup>11</sup> Klaus Zernack, Polen in der Geschichte Preußens, in: Handbuch der Preußischen Geschichte, hrsg. v. Otto Büsch. Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 441.

<sup>12</sup> Vgl. Gerhard Wagner, Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg 1920. Wiesbaden 1979. Wagner sieht in der deutschen rußlandfreundlichen Neutralitätspolitik den Ausdruck der Annahme, daß die Sowjetunion Polen militärisch besiegen und Deutschland in der Revision von „Versailles“ unterstützen könnte. Gegen eine Ausbreitung der sowjetischen Revolution hätten die Alliierten ohnehin Deutschland verteidigen müssen.

<sup>13</sup> Zitiert bei: Fischer, Publizistik (wie Anm. 10), S. 57 ff.

<sup>14</sup> Zitiert in: Karl Ferdinand Werner, Deutsch-französische Nachbarschaft: eine historische Besinnung, in: Frankreich und Deutschland: zur Geschichte einer produktiven Nachbarschaft. Bonn 1986, S. 9.

Kulturgefälle und vom deutschen Kulturträgetum eingepägt, zu weit war die Unkenntnis der polnischen Kultur verbreitet. Die sich in der Weimarer Republik mehrenden Einrichtungen der Ostforschung waren wiederum bei aller wissenschaftlichen Seriosität nicht in der Lage, ihre Untersuchungen vom nationalen Auftrag loszulösen.<sup>15</sup> Der allgemeine Zivilisationsprozeß, der dazu führte, daß die Einbindung Polens in die europäische Kultur seit dem Mittelalter mit wesentlichen Impulsen aus dem Westen und Süden Europas verbunden war, diente als Legitimation für die geistige und politische Suprematie Deutschlands über Polen — und dies mit der gleichen Beweiskraft, mit der *mutatis mutandis* eine Suprematie Frankreichs oder Italiens über Deutschland hätte nachgewiesen werden können. Unterschiedliche Einstellungen gegenüber Polen und Franzosen lassen sich auch in der deutschen belletristischen Verarbeitung der rheinischen und der oberschlesischen Krise beobachten. Sie war stark nationalistisch geprägt und überwiegend von minderem literarischem Wert. Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, daß den Polen schlimmere Grausamkeiten unterstellt wurden als den Franzosen; auch rassistische Angriffe wurden gegen die Polen und die Schwarzen, die mit der französischen Armee ins Rheinland gekommen waren, gerichtet, nicht jedoch gegen die Franzosen.<sup>16</sup>

Von besonderer Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen war der Wandel des Nationsbegriffes, der in Deutschland fast alle Gesellschaftsschichten erfaßte, sich aber auch in Polen weitgehend durchsetzte: „Nationales Denken in der Republik von Weimar“ — schreibt Otto Dann — „war stets *volksnationales* bzw. *volksdeutsches Denken*. Das volksnationale Denken ist dadurch charakterisiert, daß die Nation primär als eine ethnische Einheit gesehen bzw. die ethnische Zusammengehörigkeit als die Grundlage der politischen Gemeinschaftsbildung betrachtet wird. Nicht der gemeinsame Staat, sondern das gemeinsame Volkstum (Ethnie)

<sup>15</sup> Aus polnischer Sicht: Henryk Olszewski, *Nauka historii w upadku. Studium o historiografii i ideologii historycznej w imperialistycznych Niemczech* (Geschichtswissenschaft im Niedergang. Eine Untersuchung der Historiographie und historischen Ideologie im imperialistischen Deutschland). Poznań 1982. Über die Auswirkungen auf das Polenbild in der Weimarer Schule vgl. Romuald Gelles, *Sprawy polskie w szkole niemieckiej w latach 1919–1939* („Polen“ im deutschen Schulunterricht der Jahre 1919–1939). Wrocław (u.a.) 1991.

<sup>16</sup> William Niven, *The Literary Treatment of the Upper Silesian and Rhenish Crises During the Weimar Republic*, in: *German Life and Letters* 40 (1986), Nr. 1, S. 39 ff. Zum literarischen Polenbild in der Zwischenkriegszeit vgl. Jan Chodera, *Die deutsche Polenliteratur 1918–1939. Stoff- und Motivgeschichte*. Poznań 1966. Chodera betont alle nationalistischen Motive der Literatur. Eine breitere Perspektive kennzeichnet die Arbeit von Dorothea Friedrich, *Das Bild Polens in der Literatur der Weimarer Republik*. Frankfurt/M. 1984.

gilt als die Grundlage einer Nation.“ Dieses Prinzip spiegelt sich auch in dem von Präsident Wilson am Ende des Ersten Weltkrieges verkündeten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und war insofern kein deutsches Spezifikum.<sup>17</sup>

Das Denken in volksnationalen Kategorien mußte auch keineswegs zu Nationalismus und Expansionismus führen. Dennoch, indem das Deutschtum (bzw. umgekehrt das Polentum) über alle Staatsgrenzen hinweg als eine besondere Gemeinschaft erfahren wurde, war in einer Zeit des Umbruchs und der Grenzziehungen der Schritt zu kulturellen, politischen und territorialen Ansprüchen hin erleichtert worden. In den ethnisch gemischten Gebieten, insbesondere dort, wo Germanisierungs- und (Re-)Polonisierungsprozesse tiefe Spuren hinterlassen hatten (z.B. in Schlesien und Masuren), war die Volkstumsfrage ohnehin nicht immer eindeutig zu beantworten gewesen und damit um so besser für einen Streit zwischen Deutschen und Polen geeignet. Die Vermengung der objektiven (Sprache, Kultur) und subjektiven (Identität, Zugehörigkeitsgefühl) Kriterien einer Volkszugehörigkeit wurde durch den Versuch, ethnische und territoriale Kontinuitäten seit der Frühgeschichte herzustellen, noch komplizierter und für politische Funktionalisierung anfälliger.

Die Anwendung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ allein war in Mitteleuropa nicht dazu geeignet, den Frieden zu sichern, da eine Deckung von Staats- und Volksgrenzen nicht möglich war. Eigentlich hat Deutschland infolge der Territorialverluste eine nationale Konsolidierung erlebt, weil ein Großteil der früheren nationalen Minderheiten nunmehr außerhalb der neuen Republik lebte. „Doch was dies an gesteigerter politischer Integrationskraft hätte erbringen können“ — stellt Jürgen Kocka fest — „wurde bei weitem wettgemacht durch (...) das ungemein verschärfte Problem der Volksdeutschen“.<sup>18</sup> Das unerklärte Ziel der Weimarer Außenpolitik blieb es, die deutsche Minderheit in Polen als Problem am Leben zu erhalten, um ein festes Argument für eine künftige Grenzrevision in der Hand zu haben. Auch die partielle Annäherung zwischen Polen und Deutschland im Zuge von Stresemanns Außenpolitik in der zweiten Hälfte der 20er Jahre hat daran nichts geändert.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*. München 1993, S. 264.

<sup>18</sup> Jürgen Kocka, *Das Problem der Nation in der deutschen Geschichte 1870–1945*, in: *Ders., Geschichte und Aufklärung. Aufsätze*. Göttingen 1989, S. 98.

<sup>19</sup> Vgl. Norbert Krekeler, *Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen*. Stuttgart 1973. Sehr wertvoll ist das Buch über Stresemanns Polenpolitik von Piotr Madajczyk, *Poli-*

Das neue Polen war dagegen, im Unterschied zu Deutschland, viel stärker mit einem Anteil an nationalen Minderheiten, der ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte, belastet (nach sprachlichen Kriterien waren es 1931 13,9% Ukrainer, 8,7% Jiddisch sprechende Juden, 3,1% Weißrussen und 2,3% Deutsche). Dies war die Folge von mehreren Faktoren: 1. Das alte Polen, an dessen Grenzen es anzuknüpfen galt, war kein ethnisch einheitlicher Staat gewesen; 2. Die Teilungsmächte haben auf dem polnischen Territorium während ihrer Herrschaft eine eigene Siedlungs- und Bevölkerungspolitik betrieben, die, zeitweise mit Ausnahme von Galizien, gegen Polen gerichtet war; 3. Wenn sich Polen zwischen Deutschland und Rußland behaupten wollte, mußte es die territorialen Voraussetzungen für eine unabhängige wirtschaftliche, politische und militärische Existenz erhalten — wozu die Alliierten zuerst mehr, dann immer weniger bereit waren; die Reduktion Polens auf ethnisch und politisch völlig unumstrittene Gebiete hätte die Wiedererstehung dieses Staates zur Fiktion gemacht; 4. Die polnische Nationalbewegung, beseelt von der Gunst der Stunde, versuchte in (spontanen) bewaffneten Aufständen sich die Territorien zu sichern, die ethnisch kein einheitliches Gesicht hatten bzw. deren Angliederung an den polnischen Staat für den polnischen Staat nicht unumstritten war (z.B. die Aufstände in Posen, Oberschlesien, Lemberg).

Aus polnischer Sicht sollte durch die neue Staatsgründung das Unrecht der Teilungen wiedergutmacht und der „historischen Gerechtigkeit“ Genüge getan werden. Der Weltkrieg und die Niederlage aller drei Teilungsmächte dienten, so gesehen, einer gerechten Sache. Doch konnte der Staat Polen-Litauen, der Ende des 18. Jahrhunderts nach einer inneren Krise den zu Großmächten aufgestiegenen Nachbarn einverleibt worden war, nicht am Anfang des 20. Jahrhunderts unter denselben Voraussetzungen wiederhergestellt werden: Völker wie Litauer und Ruthenen (Ukrainer), die ein selbstverständlicher Bestandteil des alten Polen gewesen waren, haben in dieser Zeit ein Erwachen des eigenen nationalen Bewußtseins oft gerade im offenen Konflikt zu ihrer „polnischen“ Vergangenheit erlebt, was ihnen die Integration in ein neu entstandenes Polen erschwerte. Die Deutschen wiederum, die selbst in stark deutschbesiedelten Gebieten wie im königlichen Preußen ebenfalls ein selbstverständli-

---

tyka i koncepcje polityczne Gustawa Stresemanna wobec Polski (1915–1929) (Politik und politische Konzeptionen Gustav Stresemanns gegenüber Polen <1915–1929>). Warszawa 1991. Vgl. auch Kurt Doß, Zwischen Weimar und Warschau. Ulrich Raucher, deutscher Gesandter nach Polen 1922–1930. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1984, S. 98 u. 118.



cher Bestandteil des alten Polen gewesen waren, konnten nach der Verinnerlichung preußischer Staatsraison und deutschnationaler Größe im Bismarckschen Reich nicht problemlos als eine nationale Minderheit im wiedererstandenen Polen an die vernationalstaatliche Tradition anknüpfen.

Die Ansprüche des neuen Polen standen in Spannung zwischen der Restitution des historischen Vorläufers aus dem 18. Jahrhundert und dem nationalstaatlichen Modell des 20. Jahrhunderts. Dabei griffen die Vertreter des nationalstaatlichen Modells mit Vorliebe auf das 10. Jahrhundert zurück, als das damals entstandene Polen seine Stärke in Auseinandersetzungen mit den Deutschen an der Oder unter Beweis stellte. Die historischen und ethnischen Argumente waren austauschbar je nach Verständnis der polnischen Staatsraison. Man sollte die Schwierigkeiten, mit denen Polen 1918 auf der Suche nach eigener Identität und eigenen Grenzen konfrontiert war, nicht unterschätzen.<sup>20</sup> Die Kriterien, nach denen die Zugehörigkeit eines Landstriches zu Polen behauptet werden konnte, waren nicht leicht zu definieren. „Unser Vaterland, Polen“ — schrieb beispielsweise eine überparteiliche Soldatenzeitung zum 1. Januar 1919 mit dem Blick eher nach Osten gerichtet — „ist ein weites, schönes und reiches Land. Von den steilen Gipfeln der Tatra im Süden bis zu den bläulichen Wassern der Ostsee im Norden, vom oberen Lauf der Oder bis zur Düna und zum Dnjepr breiten sich die Gebiete aus, die wir Polen nennen. Nicht alle werden ausschließlich vom polnischen Volk bewohnt. (...) Doch sogar unabhängig von den starken Banden der gemeinsamen Tradition müssen wir alle die Provinzen als aufs engste mit uns verbunden betrachten, in denen zumindest ein Teil der verwurzelten einheimischen Bevölkerung seine Zugehörigkeit zur polnischen Nation durch Wort und Tat unter Beweis stellt. Eine solche Bevölkerung finden wir sowohl in Pommerellen (Pomorze) als auch in Weißrußland und der Ukraine. Und deshalb betrachten wir diese Gebiete als polnisch.“<sup>21</sup>

Im Polen von 1918 war die Erinnerung an die historische Größe und die historischen Grenzen lebendig. Neben der Aufstandstradition des 19. Jahrhunderts war es die Großmachtstellung Polens (im Osten), die die

<sup>20</sup> Vgl. Wojciech Wrzesiński, *Spółczesność II Rzeczypospolitej a problem polskich kresów zachodnich (Die Gesellschaft der Zweiten Republik und das Problem der polnischen Westmarken)*, in: *Odra* 18 (1978), Nr. 10, S. 12-23; s. auch ders., *Sąsiad czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795-1939 (Nachbar oder Feind? Studien über die Ausformung des Bildes des Deutschen in Polen in den Jahren 1795-1939)*. Wrocław 1992, S. 417-545.

<sup>21</sup> E. Maliszewski, *Ziemie polskie (Polnisches Land)*, in: *Wiarus* vom 1.1.1919, zitiert in: Roman Wapiński, *Pokolenia Drugiej Rzeczypospolitej (Generationen der Zweiten Republik)*. Wrocław 1991, S. 217.

Gemüter besonders erregte. Piłsudskis Legionen und seine Auseinandersetzung mit Rußland, die Polen eine historisch angemessene Position in Ostmitteleuropa sichern sollte, waren dazu angetan, diesem Traditionsbewußtsein gerecht zu werden. Für Piłsudski und seine Anhänger war die Staatsidee der Nation übergeordnet. Sie waren zwar nicht frei von einer patriarchalischen Einstellung gegenüber den anderen Völkern, die das alte Polen bewohnten, erlagen jedoch nicht der nationalistischen Zwangsvorstellung von der ethnischen, kulturellen und oft auch religiösen Reinheit des Staates. Die Befürworter eines föderal organisierten Polen, die vor allem in sozialistischen und liberaldemokratischen Kreisen zu finden waren, glaubten daran, daß die Idee der gleichberechtigten Existenz verschiedener nationaler Gruppen in einem Staatswesen realisierbar sein müßte. Das föderalistische Modell, das ohnehin nur für die Lösung der Nationalitätenprobleme im Osten Polens gedacht war, konnte sich nicht durchsetzen; es siegte die inkorporative Konzeption, die, wie es scheint, auch die größere gesellschaftliche Akzeptanz fand.

Die polnische Gesellschaft hat seit 1795 einen enormen „Modernisierungsschub“ hin zum ethnisch-nationalen und nationalstaatlichen Denken durchgemacht — nicht zuletzt unter dem Einfluß der jeweiligen Teilungsmacht, unter der sie gelebt hat. Befragungen, die nach der Wiederherstellung Polens in Oberschlesien und Pommerellen durchgeführt wurden, zeigten, daß die dortige polnische Bevölkerung sich Polen nach dem Vorbild von Deutschland vorstellte, mit dem Unterschied, daß jetzt die Polen die herrschende Nation sein sollten.<sup>22</sup>

Es waren Dmowski und seine Nationaldemokratie, die mit einer Mischung aus Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, integrealem Nationalismus, Sozialdarwinismus und einem Kult der Stärke die Ängste und Ambitionen *des* Teils der Nation besonders ansprachen, der sich von außen wie von innen bedroht fühlte. Dabei hat Dmowski bewußt mit den pluralistischen und freiheitlichen Traditionen der alten Republik gebrochen<sup>23</sup> und sich an den Erfolgen der macht- und national-

<sup>22</sup> S. Wapiński, *Pokolenia* (wie Anm. 21), S. 229.

<sup>23</sup> Was manche polnischen Historiker dazu veranlaßt, in Piłsudski, im Unterschied zu Dmowski, die Fortsetzung einer spezifisch polnischen, „heimischen“ Tradition zu sehen. Vgl. dazu: Piotr Wandycz, *Polska międzywojenna* (Polen zwischen den Kriegen), in: *Uniwersalizm i swoistość kultury polskiej* (Universalismus und Eigenart der polnischen Kultur), pod red. Jerzego Kłoczkowskiego. Bd. 2, Lublin 1990, S. 270-273. Wichtige Differenzierungen zwischen dem Nationalismus der Nationaldemokraten und dem der Piłsudski-Anhänger bei: Barbara Toruńczyk, *OZN i Endecja: kilka odróżnień* (OZN und Endecja: einige Unterscheidungen), in: *Zapis* (1979), Nr. 12, S. 135-146.

staatlichen Vorbilder in Europa, insbesondere dem Furcht und Haß erregenden Preußen-Deutschland, orientiert. Daß sich die deutsch-polnischen Interessenkonflikte auch aus polnischer Sicht zu einem schier unüberwindlichen Antagonismus entwickelten, erfolgte nicht zuletzt daraus, daß sich ein Teil der polnischen Nationalbewegung von ihrer eigenen Tradition der „romantischen“ Völkersolidarität gegenüber den absolutistischen und despotischen Regimen losgelöst hatte. Die Nationaldemokraten „modernisierten“ das polnische Politikverständnis im Sinne einer Real- und Machtpolitik. Anhand dieser Kategorien machten sie in Deutschland den gefährlichsten, weil — trotz Niederlage — erfolgreichsten und potentiell stärksten Feind Polens aus, während sie dem potentiellen „Verbündeten“ Rußland mit kultureller Überheblichkeit bis hin zur Verachtung begegneten. Sie suchten alle Hoffnungen auf einen republikanischen Wandel Deutschlands zu zerstreuen und betonten stattdessen die „ewig“ expansiven und aggressiven Charakterzüge der Deutschen. Der offensive deutsche Nationalismus, der sich oft defensiv gebärdete, traf hier auf seinen Gegenpart, den defensiven polnischen Nationalismus, der zumindest in seinem Deutschlandbild und in der Minderheitenpolitik durchaus offensive Züge vorweisen konnte. Die nationaldemokratische „Zurückhaltung“, im Osten nur so viele Gebiete dem neuen Polen einverleiben zu wollen, wie durch aktive Nationalitätenpolitik polonisiert werden könnten, erinnerte an manche Elemente der preussischen und deutschen Polenpolitik. Von dieser Seite waren bestenfalls eine realpolitische Analyse und die Bestätigung eines verfahrenen Konflikts, nicht jedoch Lösungen zu erwarten.

Und die Suche nach Lösungen war zumindest aus zwei Gründen nicht einfach: Selbst bei größter Bereitschaft, sich auf Gespräche einzulassen, war die Blindheit für die eigene Verfangenheit in nationalpolitische und apologetische Denkmuster charakteristisch. Zum anderen mußte sich jeder, der eine Kompromißlösung anstrebte, gefallen lassen, daß ihn die öffentliche Meinung des eigenen Landes des Verrats und des Verkaufs der nationalen Interessen bezichtigte. Dennoch hat es Kontakte und guten Willen gegeben — sicherlich mehr, als der auf die Konflikte konzentrierten Forschung bekannt ist.<sup>24</sup> Die Idee der Versöhnung beider Völker mag

---

<sup>24</sup> Über die deutsch-polnischen Annäherungsversuche auf politischer und kultureller Ebene u.a. bei Harald von Riekhoff, *German-Polish Relations, 1918–1933*. Baltimore/London 1971, S. 295–326; Fischer, *Publizistik* (wie Anm. 10), S. 163–181; Doß, *Weimar* (wie Anm. 19); Karl Dedecius, *Offizielle Kulturbeziehungen und kulturelle Rezeption zwischen der Weimarer Republik und Polen 1919–1933*, in: *Beziehungen* (wie Anm. 7), S. 137–154.

dabei vage gewesen und nicht immer über ein Stereotyp hinausgekommen sein, dennoch hätte sie sich vertrauensbildend und verhandlungsfördernd auswirken können. Die Zeitschrift „Der Oberschlesier“ hat beispielsweise in den Jahren 1919–1921 sehr sachlich über das polnische Element in Oberschlesien informiert und wohl im Hinblick auf ein mögliches autonomes Oberschlesien appelliert: „Ein Oberschlesier muß dem anderen helfen. (...) In dem polnischen Oberschlesien hilft der polnische Oberschlesier dem deutsch-gesinnten Oberschlesier und in dem deutschen Oberschlesien der deutsche Oberschlesier seinem Landsgenossen — der alte Staat hat sich überlebt.“<sup>25</sup>

Um eine zumindest atmosphärische Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen waren die Weimarer Pazifisten bemüht. Freilich waren sie generell zum Westen hin orientiert: Mit Frankreich waren die Möglichkeiten politisch-ideologischer Übereinstimmung viel größer als mit Polen. Erschwerend wirkte sich aber für die Kommunikation mit Polen vor allem die Tatsache aus, daß die Linie einer friedlichen Revisionspolitik bis weit in die Reihen der deutschen Friedensbewegung gebilligt wurde. Dennoch wurden Besuche abgestattet, Vorträge gehalten und Konferenzen organisiert, wobei es sich auf den deutsch-polnischen Dialog scheinbar vorteilhaft auswirkte, wenn eine Erörterung der Grenzfragen vorerst vermieden wurde.<sup>26</sup>

Als Beispiel dafür, wie die Gesprächspartner überfordert werden konnten, mag ein Artikel des polnischen Priesters Jan Rostworowski aus dem Jahre 1927 dienen, in dem er seinen deutschen Freunden aus pazifistischen Kreisen die Besonderheiten der deutsch-polnischen Beziehungsprobleme zu erläutern versucht. Er appelliert aufrichtig an die Deutschen, sie mögen die Polen verstehen, und schwört zugleich jedem Nationalismus ab. Der Autor bedauert u.a., daß die Deutschen es nicht verstehen können, daß Polen sich nach dem Krieg nichts genommen habe, „sondern nur zu einem

<sup>25</sup> G. Wenzel, Zukunftsarbeit, in: *Der Oberschlesier* (1921), Nr. 45, S. 802, zitiert in: Grażyna Szewczyk, *Der Mythos vom oberschlesischen Menschen und die oberschlesische Frage im deutschen und im polnischen Schrifttum von 1919–1921*, in: *Das literarische Antlitz des Grenzlandes*, hrsg. v. Krzysztof A. Kuczyński u. Thomas Schneider. Frankfurt/M. 1991, S. 79.

<sup>26</sup> Karl Holl, Pazifismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1988, S. 172. Vgl. auch Karol Fiedor, Die deutsche pazifistische Bewegung und das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 24 (1975), S. 143–163. Eine ähnliche Einstellung zur Revisionsfrage konnte bei der Paneuropa-Union beobachtet werden. Vgl. Karol Fiedor, *Niemieckie plany integracji Europy na tle zachodnioeuropejskich doktryn zjednoczeniowych 1918–1945* (Deutsche Pläne der europäischen Integration und die Einigungsdoktrinen in Westeuropa 1918–1945). Wrocław 1991, S. 111–130 u.a.

geringen Teil das wiedergewonnen hat, was *entweder* sein staatliches, ihm unrechtmäßig weggenommenes Eigentum *oder* seit jeher polnisches, sich über Jahrhunderte gegen die Germanisierung wehrendes Territorium war“. Diese beiden Kriterien dienen ihm als Basis für die Kritik an der deutschen Behandlung der Minderheitenfrage. Die Deutschen vergessen seiner Meinung nach, „daß die deutsche Minderheit, die man verteidigt, kein einheimisches, sondern ein zugereistes Element darstellt und darüberhinaus Bestandteil der Eroberungswelle eines kämpferischen fremden Nationalismus war“. Mit diesem „einfühlsamen“ Argument konnte der polnische Autor kaum die Herzen seiner deutschen Freunde erobern. Dagegen hätten sie sich ein zweites Argument durchaus schärfer ins Bewußtsein rücken können: Die Deutschen hätten nämlich ebenfalls vergessen, daß „noch gestern in den selben Orten (in denen jetzt eine deutsche Minderheit lebt) die einheimischen Polen auf ihrem eigenen Land einer brutalen Verachtung und Unterdrückung ausgesetzt waren“.<sup>27</sup>

Der deutsch-polnische Dialog war nicht nur der politisch ungelösten Probleme wegen schwierig. Das Auseinandergehen der nationalen Traditionen fiel ebenso ins Gewicht: sei es in der sozialen Struktur, d.h. in einer Gegenüberstellung einer bürgerlichen und einer adlig-bäuerlichen Kultur, im Lebensstil, den wirtschaftlichen und sozialen Werten oder in den religiösen Traditionen. Józef Piłsudski, der für die Deutschen keine besondere Sympathie, jedoch Respekt empfand, wies im Januar 1917 in einem Interview darauf hin, daß bei einem Gespräch mit einem Deutschen stets die Begegnung zweier verschiedener Kulturen stattfindet. „Auch unabhängig von der Politik und den Gefühlen ist es klar“ — sagt er —, „daß auf der einen Seite eine in sich gesättigte Staatskultur steht, während auf der anderen Seite eine Nation, die über eine so lange Zeit keinen eigenen Staat besaß, in sich eine dem Staat entfremdete Kultur entwickelte. Aus diesem Grunde kommt es selbst bei einem freundschaftlichen Kontakt zu zahlreichen Reibereien und Mißverständnissen. Diese Dinge unterscheiden sich voneinander wie zwei Welten.“<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Jan Rostworowski, W sprawie wielkiego dziejowego problemu. Kilka uwag na temat stosunków polsko-niemieckich (Zu einem großen historischen Problem. Einige Erwägungen zum Thema der polnisch-deutschen Beziehungen), in: Przegląd Powszechny 44 (1927), Bd. 175, S. 226 f. u. 232.

<sup>28</sup> Józef Piłsudski, Pisma zbiorowe (Gesammelte Schriften). Bd. 4, Warszawa 1937, S. 102, zitiert bei Stanisław Sierpowski, Stosunki polsko-niemieckie na tle europejskim 1919–1939 (Polnisch-deutsche Beziehungen im europäischen Zusammenhang 1919–1939), in: Z badań nad dziejami stosunków polsko-niemieckich (Studien zur Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen), pod red. A. Czubińskiego i

Die wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Modernisierung Polens hätte mit einem sich demokratisch erneuernden Deutschland die beiden Welten etwas näher zueinander bringen können.<sup>29</sup> Für diese von Deutschland und Polen leider nicht realisierte Chance war das Jahr 1918 durchaus ein guter Ausgangspunkt. Die zarte Pflanze der Einsicht in die Notwendigkeit der Koexistenz und eines Interessenausgleichs mit Polen erstickte jedoch unter dem Druck des Selbstmitleids, der Selbstgerechtigkeit und der Verachtung. Polen hat zwar den deutschen Nachbarn als eine europäische Macht stets wahr- und ernstgenommen, im Umgang mit ihm jedoch Ängste und Aversionen verstärkt und entwickelt, die der kurzen Zeit wegen nicht mehr durch wachsende eigene Stabilität und Ausgleichsprozesse abgebaut werden konnten. Sie wirken bis heute nach.

---

R. Wryka. Poznań 1991, S. 136. Zu Piłsudski vgl. auch Witold Pronobis, Józef Piłsudski a Niemcy 1914–1935 (Józef Piłsudski und Deutschland 1914–1935), in: *Archiwum* 3 (1985), Nr. 7–8, S. 3–16; Nr. 9–10, S. 43–59.

<sup>29</sup> In deutschen Wirtschaftskreisen zum Beispiel rechnete man zwar polnische Wirtschaftserfolge gerne den unter preußischer und deutscher Herrschaft erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten zu, doch breitete sich dort auch die Überzeugung aus, daß der Begriff „polnische Wirtschaft“ auf die polnische Wirtschaft nur schlecht angewandt werden konnte. Vgl. die deutschen Reaktionen auf die Allgemeine Landesmesse (Powszechna Wystawa Krajowa) in Posen 1929. S. Stefan Kowal, *Gospodarczy bilans 10-lecia odrodzonej Polski w oczach Niemców* (Die wirtschaftliche Bilanz nach zehn Jahren des wiedergeborenen Polen in deutschen Augen), in: *Ideologie, poglądy, mity w dziejach Polski i Europy XIX i XX wieku. Studia historyczne* (Ideologien, Anschauungen, Mythen in der Geschichte Polens und Europas im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Studien), pod red. Jerzego Topolskiego, Witolda Molika i Krzysztofa Makowskiego [Festschrift Lech Trzeciakowski]. Poznań 1991, S. 177–186, bes. S. 181.

# 1939 Der Anfang des Zweiten Weltkrieges, Deutschlands Expansion und die Zerstörung des polnischen Staates

von Tomasz Szarota

## 1. Rückblick auf das historische Vorfeld

Bevor es 1939 zu einer Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen und anschließend zur militärischen Auseinandersetzung kam, hatten beide Staaten über fünf Jahre (1934–1938) politisch, wirtschaftlich und kulturell eng miteinander zusammengearbeitet<sup>1</sup>, wobei jene Annäherung urplötzlich eine die gesamte Weimarer Republik über herrschende Feindschaft ablöste. Wenn wir demnach den Zeitraum 1919–1932 betrachten, so darf das Jahr 1939 als Rückfall in die Situation vor dem kurzen Zwischenspiel bezeichnet werden, das uns eine scheinbare Aussöhnung und Freundschaft vorgaukelte; es setzte die sich mit kurzen Unterbrechungen seit dem Umbruchjahr 1848 hinziehenden Streitigkeiten und Konflikte zwischen Deutschen und Polen fort.<sup>2</sup>

Das in den deutschen Medien seit dem Frühjahr 1939 vorgeführte Polenbild glich jenem haßerfüllten und verächtlichen Polenimage aus der Propaganda der Weimarer Republik geradezu zum Verwechseln. Besonders deutlich läßt sich das in den Zeichnungen beobachten, die die deutsche satirische Presse veröffentlichte.<sup>3</sup> Dennoch bestand zwischen jenen Zeichnungen ein ganz gravierender Unterschied. In denjenigen aus der

---

<sup>1</sup> Wir verfügen über eine grundlegende Arbeit zu den politischen Beziehungen und diplomatischen Kontakten beider Staaten in diesem Zeitraum (M. Wojciechowski, *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938*. Leiden 1971), hingegen ist das Thema der kulturellen Beziehungen kaum behandelt worden, obwohl gerade sie äußerst lebhaft gewesen sind. Es ist nicht auszuschließen, daß in Berlin zu keinem Zeitpunkt wie eben 1934–1938 dermaßen viele polnische Kulturveranstaltungen stattgefunden haben.

<sup>2</sup> Das Jahr 1848 als Wendepunkt in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen sollte zum Gegenstand einer gesonderten Konferenz gemacht werden, denn eben zu diesem Zeitpunkt begannen die gegenseitigen Feindbilder Wurzeln zu fassen.

<sup>3</sup> Vgl. R. Jaworski, *Deutsch-polnische Feindbilder 1919–1932*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 6 (1984), H. 2, S. 140–156 und T. Szarota, *Polak w karykaturze niemieckiej (1914–1944)*. *Przyczynek do badań stereotypów narodowych (Der Pole in der deutschen Karikatur <1914–1944>)*. Beitrag zur Untersuchung nationaler Stereotypen, in: *Wokół stereotypów Polaków i Niemców (Zu den Stereotypen von Polen und Deutschen)*, red. v. W. Wrzesiński. Wrocław 1991, S. 69–93 (*Acta Universitatis Wratislaviensis*. 1136.).

Zeit der Weltwirtschaftskrise artikulierte sich die gewaltige Frustration und ohnmächtige Wut der deutschen Bevölkerung. Der Pole lieferte hier zwar den Sündenbock, konnte allerdings lediglich in Bild und Wort angegriffen werden. Zu diesem Zeitpunkt war Deutschland allzu schwach, um sich aktiv gegen das verhaßte Polen und seine Menschen zu wenden. Doch 1939 liefen bereits die Vorbereitungen darauf. Demnach bildeten auch die Witzzeichnungen schon einen Bestandteil des dem wirklichen Krieg vorausgehenden psychologischen Propagandafeldzugs.<sup>4</sup>

Nach Auffassung von Gottfried Schramm strebte Hitler die ganze Zeit über die Verwirklichung des gleichen Zieles an, das die Weimarer Republik vergeblich zu erreichen versucht hatte, nämlich die Beseitigung der Versailler Ordnung, die Rückgewinnung der Deutschland 1919 weggenommenen Gebiete und die Vernichtung Polens. „Die gegenseitige Nichtangriffserklärung Berlins und Warschaus vom 26. Januar 1934“, schreibt er, „wurde dann auch das, wozu man Rapallo zu Unrecht hat machen wollen, die einzige dramatische und folgenreiche Wende, die Deutschlands Ostpolitik zwischen der Kapitulation des kaiserlichen Deutschlands und dem Hitler-Stalin-Pakt durchlaufen hat“. Den Grund für den Umschwung und den Sinn des nunmehr einsetzenden Spiels von Seiten des Kanzlers des Dritten Reiches erklärt Schramm folgendermaßen: „Hitler hatte mit friedlichen Methoden, durch eine deutsch-polnische Annäherung, erreicht, was die Weimarer Republik über ein deutsch-sowjetisches Zusammengehen im Rahmen eines kaum friedlich zu nennenden Kalküls gerade nicht erreicht hatte. Polen wurde nun endgültig untauglich für die ihm zugedachte Rolle, die Nachfolge des Zarenreiches als Sicherheitspartner Frankreichs im Osten anzutreten. Hitler (...) faßte als erster den kühnen Gedanken, das Versailler System, das man bislang vergeblich durch eine antipolnische Politik zum Einsturz hatte bringen wollen, gerade mit polnischer Hilfe zu fällen. Eben dies werde, so sein Kalkül, eines Tages den Weg zur Zerschlagung auch Polens freigeben.“<sup>5</sup>

Bis hierher stimme ich mit diesen glänzenden und originellen Folgerungen völlig überein. Tatsächlich war es Hitler gelungen, Frankreichs Ver-

<sup>4</sup> Vgl. J. Sywottek, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*. Opladen 1976; P. Fischer, *Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939*. Wiesbaden 1991; T. Szarota, *Poland and Poles in German Eyes during World War II*, in: *Polish Western Affairs* (1978), Nr. 2, S. 229–254; J. Sobczak, *Polska w propagandzie i polityce III Rzeszy* (Polen in der Propaganda und Politik des Dritten Reiches). Poznań 1988.

<sup>5</sup> G. Schramm, *Grundmuster deutscher Ostpolitik 1918–1939*, in: *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum „Unternehmen Barbarossa“*, hrsg. v. B. Wegener. München/Zürich 1991, S. 3–18, hier S. 16.



trauen in Polen zu unterlaufen. In den Augen der Franzosen betrieb Beck keineswegs eine Politik der Balance zwischen Deutschland und der UdSSR, sondern war zu Deutschlands Partner geworden. Und den schlagenden Beweis dafür lieferte Polens Mitwirkung bei der „Teilung“ der Tschechoslowakei an der Seite Deutschlands. Bleibt die Frage, wollte Hitler unmittelbar nach seinem Münchener Erfolg die deutsch-polnische Annäherung beenden, oder dachte er bereits an die „Abrechnung mit Polen“, als er durch Ribbentrop am 24.10.1938 Lipski vorschlagen ließ, Polen möge dem Antikomintern-Pakt beitreten, Danzig an Deutschland abgeben und dem Bau einer Autobahn durch den Korridor zustimmen? Bekanntlich wiederholte Hitler diese Vorschläge persönlich nochmals Beck gegenüber am 5.1.1939, wobei er hinsichtlich Danzigs wortwörtlich beteuerte, wegen dieser Provinzstadt werde es zu keinem Zankapfel zwischen Polen und Deutschland kommen. Am 25.1.1939 kam Ribbentrop mit inhaltlich gleichen Vorschlägen nach Warschau, am 21.3.1939 teilte Hitler sie Lipski als Forderungen mit. Am 26.3.1939 wies Polen sie endgültig zurück. Fünf Tage später erteilte Großbritannien Polen Sicherheitsgarantien, während in Deutschland am 3.4.1939 die ersten Direktiven zum „Fall Weiß“, also zum Plan des Überfalls auf Polen, ergingen. In seiner Reichstagsrede vom 28.4.1939 kündigte Hitler den Nichtangriffspakt mit Polen.

## **2. Die Gründe für die Vertragskündigung**

Wenn wir davon ausgehen, daß Hitler nur eine Aufgabe zu verwirklichen trachtete, die Vernichtung Polens, dann ließen sich sämtliche Schritte des Dritten Reiches ab Oktober 1938 bis zum April 1939 als solche betrachten, die auf ein und dasselbe Ziel, das ab dem 1. September umgesetzt wurde, ausgerichtet waren. Selbstredend hat Gottfried Schramm recht, wenn er von Hitlers Bestrebung zur Beseitigung des Versailler Systems spricht. Mir scheint allerdings, als würde er dabei mitunter übersehen, daß die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen für Deutschland nicht weniger wesentlich war, als Ländereien östlich von Polen zu gewinnen. Es stimmt schon, daß sich aus Hitlers Sicht im Osten der Lebensraum für das deutsche Volk erstreckte, doch genauso stimmt es auch, daß Frankreich und England (und im weiteren die Vereinigten Staaten) unbedingt aus dem Wege zu räumende Hindernisse bildeten, die es Deutschland unmöglich machten, in Europa und in der Welt zu herrschen. Sie versperrten ganz einfach den Weg zur Weltmacht.

Fest steht, daß Hitler sich früher oder später zur „Abrechnung“ mit Polen entschlossen hätte. Allerdings deutet viel darauf hin, daß er, bevor das geschehen sollte, aus Polen einen ihm total hörigen Vasallen, zu allem Überfluß noch vollkommen ohne irgendwelche andere Verbündete, machen wollte, demnach ein Polen in der politischen Isolierung. Der abschlägige Bescheid Polens auf die anfänglichen Vorschläge und anschließenden Forderungen bildete für Ribbentrop und für Hitler selbst eine Überraschung, hatten sie doch die unterbreiteten Konditionen für die weitere Zusammenarbeit durchaus nicht für allzu hochgegriffen betrachtet, wengleich sie begriffen, daß ein deutsches Danzig nichts anderes bedeutete, als Polen von der Ostsee abzuschneiden. Die deutsche Seite berücksichtigte jedoch überhaupt nicht die Tatsache, daß ihre Vorschläge und Forderungen in Polen im Kontext anderer Vorgänge aufgenommen wurden, nämlich der Besetzung des Sudetenlandes, des Einmarsches in Prag und der Einverleibung Böhmens, dazu der Schaffung eines abhängigen slowakischen Staates sowie der Aneignung der Stadt Memel.

Mutmaßlich dachte Hitler im Herbst 1938 und zum Jahresbeginn 1939 noch daran, daß er zuerst gegen den Westen losschlagen werde, an seiner Seite das nachgiebige, hörige Polen. Nicht auszuschließen ist, daß die Danzig-Vorschläge und die Frage der Autobahn und Eisenbahnstrecke durch den Korridor dazu angetan waren, Polens Nachgiebigkeit zu testen. Als dieser Test negativ ausfiel, entschied man sich für die militärische Aggression. Denn im Augenblick eines Krieges mit dem Westen durfte Polen für Hitler entweder nur eine sichere, verbündete Rückendeckung abgeben oder mußte eben ausradiert werden, damit es dem Westen nicht helfen konnte. Mit anderen Worten möchte ich damit deutlich werden lassen, daß der Genese des „Fall Weiß“ und des Septemberfeldzuges nicht allein das Bestreben zugrunde lag, Polen von der Landkarte Europas auszuradiieren, auch nicht nur der Drang nach Osten, sondern auch die Notwendigkeit, eine Armee zu beseitigen, die bei einem Angriff des Dritten Reiches im Westen Deutschland von seiner Rückflanke her in Bedrängnis hätte bringen können.

Das zumindest läßt sich schlußfolgern, wenn wir Hitlers Rede in der Neuen Reichskanzlei am 23.5.1939 und die beiden Reden vor den Oberbefehlshabern auf dem Obersalzberg am 22.8.1939 gründlich untersuchen. Am ausführlichsten erging sich Hitler hinsichtlich seiner Pläne in der ersten Rede am 22. August. Damals sagte er: „Es war mir klar, daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen mußte. Ich faßte den Entschluß bereits im Frühjahr, dachte aber, daß ich mich zunächst in einigen Jahren gegen den Westen wenden würde und dann erst gegen den Osten. Aber die Zeitfolge läßt sich nicht festlegen.“

(...) Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen. Dieser mir sympathische Plan war aber nicht durchführbar, da sich Wesentliches geändert hatte. Es wurde mir klar, daß bei einer Auseinandersetzung mit dem Westen Polen uns angreifen würde.“<sup>6</sup>

Daß die Polenfrage eng mit der Auseinandersetzung mit dem Westen zusammenhinge, bemerkte Hitler mehrfach in seiner berühmt-berüchtigten Lagebesprechung mit den Oberbefehlshabern am 23.5.1939. Hier nun, was G. Schmunt mitschrieb: „Der Pole ist kein zusätzlicher Feind. Polen wird immer auf der Seite unserer Gegner stehen. Trotz Freundschaftsabkommen hat in Polen immer die innere Absicht bestanden, jede Gelegenheit gegen uns auszunutzen. (...) Das Problem ‚Polen‘ ist von der Auseinandersetzung mit dem Westen nicht zu trennen. (...) Kriegsglück im Westen mit schneller Entscheidung ist fraglich, ebenso die Haltung Polens. (...) Polen sieht in einem Siege Deutschlands über den Westen eine Gefahr und wird uns den Sieg zu nehmen versuchen. Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen.“

Hitler nahm an, England und Frankreich würden sich in diesem Falle genauso verhalten wie bei der Vernichtung der Tschechoslowakei. „Es darf“, sagte er, „nicht zu einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit dem Westen (Frankreich und England) kommen. (...) Die Auseinandersetzung mit Polen — beginnend mit dem Angriff gegen Polen — ist nur dann von Erfolg, wenn der Westen aus dem Spiel bleibt. (...) Es ist Sache geschickter Politik, Polen zu isolieren.“<sup>7</sup> Am 22.8.1939 äußerte Hitler gegenüber seinen Generälen die Auffassung, daß England weder Polen helfen wolle noch dazu im Stande sei, Frankreich hingegen „wollte nicht in dieses Abenteuer hinein“. Einen Angriff der Franzosen über die Maginotlinie hinaus hielt er für „unmöglich“. Damals wußte er auch, daß die Unterzeichnung des Vertrages mit der Sowjetunion nur noch eine Frage von Stunden war. Demnach konnte er genüßlich feststellen: „Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte.“<sup>8</sup>

Was Hitler vorausgesehen hatte, erwies sich in bezug auf Polens Vereinsamung im Krieg gegen Deutschland als richtig. Er irrte sich indes fol-

<sup>6</sup> Document PS-798, Procès des grands criminels de guerre devant le Tribunal Militaire International. Tome XXVI, Nuremberg 1947, S. 338-344, hier S. 338-339.

<sup>7</sup> Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D, Band VI, Baden-Baden 1956, S. 478-479 (in Nürnberg: Document 79-L, Beweisstück USA 27).

<sup>8</sup> Document PS-798 (wie Anm. 6), S. 343.

genschwer, als er meinte, Frankreich und England würden sich haargenau wie im Falle der Tschechoslowakei verhalten. Hitler hatte ganz einfach nicht angenommen, daß das polnische Nein zu seinen Forderungen das Ende seiner friedlichen Eroberungen und den bewaffneten Konflikt einläuten würde, anfänglich von europäischer und später von weltweiter Dimension. Entgegen seinen Absichten sollte das Dritte Reich ausgerechnet wegen Polen in den Krieg mit dem Westen hineinschlittern. Als die „kleinen Würmchen“, wie Hitler die in England und Frankreich Regierenden bezeichnete, ihm am 3.9.1939 den Krieg erklärten, war er vermutlich überzeugt, diese Entscheidungen seien entgegen dem Willen beider Völker gefällt worden. In Wirklichkeit entsprachen sie exakt der Auffassung der Öffentlichkeit in beiden Ländern.

### 3. „Mourir pour Dantzig“ von Déat und die Stimmungen in Frankreich und England am Vorabend des Kriegsausbruchs

Meine Behauptung wird sicherlich einiges Kopfschütteln auslösen, herrscht doch eher die Auffassung vor, daß vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Frankreich und Großbritannien pazifistische Stimmungen überwogen hätten. Geradezu symbolträchtig geworden ist ja der berühmte Beitrag von Marcel Déat vom 4.5.1939 in seiner Zeitschrift „L'Oeuvre“ — „Mourir pour Dantzig“. Erinnern wir uns, daß darin der künftige Kollaborant seine Landsleute zu überzeugen versuchte, daß es purer Unsinn sei, für Danzig zu sterben. Wenn wir den Verlauf der „drôle de guerre“, vor allem aber die Haltung der Franzosen auf den Schlachtfeldern im Mai und Juni 1940 bedenken, ließe sich sagen, daß Déats Argumentation Zustimmung gefunden hatte. Ja mehr noch, Déats Stimme galt schon beinahe als vox populi für das gesamte Westeuropa.

Indessen war, nachdem Deutschland die ganze Tschechoslowakei geschluckt und Memel besetzt hatte, zumindest die Mehrheit der Franzosen und Engländer dafür, endlich mit den Zugeständnissen an Hitler Schluß zu machen und sich ihm, notfalls auch mit Gewalt, entgegenzustellen. Der polnische Berlin-Korrespondent Kazimierz Smogorzewski reiste im Sommer 1939 durch Europa. In London bekam er von einem dortigen namhaften Publizisten die folgende Erklärung zu hören: „Die Deutschen entrüsten sich lautstark, wir würden sie einkreisen. Nein, wir organisieren den Sieg für den Fall, sollte die deutsche Regierung den Wahnsinn eines neuen Überfalls begehen. Vergeblich bemühen sich die Deutschen uns einzureden, Danzig sei keinen Krieg wert. Jeder Engländer versteht, daß, wenn er sich für Danzig schlägt, er sich für London und für Gibraltar, für

Suez und Kalkutta schlagen würde.“ Wenige Tage später nahm der polnische Journalist an einer Großkundgebung in Paris teil, wo die Äußerung eines maßgeblichen Politikers stürmisch beklatscht wurde: „Es heißt für Danzig zu kämpfen, wenn wir wollen, daß sich Europäer finden, die bereit sind, für Straßburg und Paris zu sterben.“<sup>9</sup> Daß diese beiden Äußerungen weitaus treffender das Stimmungsbarometer in den Ländern der Verbündeten Polens wiedergeben, belegen die Ergebnisse einer Meinungsumfrage vom Sommer 1939 in Frankreich und Großbritannien.

Wenn ich mich nicht irre, ist, von Polen abgesehen, diese außerordentlich aufschlußreiche Quelle nirgendwo wissenschaftlich im Umlauf und wurde auch ansonsten von den Historikern nicht genutzt.<sup>10</sup> Allzu sehr verwundern braucht uns das nicht, denn die Umfrageergebnisse wurden in einem 1951 in den Vereinigten Staaten verlegten Buch veröffentlicht, und das wiederum besitzt in europäischen Bibliotheken großen Seltenheitswert. Demnach hatte das Institut Français d'Opinion Publique den Franzosen im Juli 1939 folgende Frage gestellt: „Meinst du, falls Deutschland versucht, Danzig einzunehmen, wir es, falls notwendig gewaltsam, zurückhalten sollten?“ Hier die Antworten: „Ja — 76%, Nein — 17%, keine Meinung — 7%.“<sup>11</sup> Bei der Analyse dieser, wie ich glaube, für viele Zuhörer und Leser verblüffenden Angaben dürfen wir nicht vergessen, daß die Umfrage vor der Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotow-Paktes gestartet wurde. Nicht übersehen werden darf auch der demobilisierende und demoralisierende Einfluß des späteren „komischen Krieges“.

Das British Institute of Public Opinion hingegen stellte im gleichen Monat Juli 1939 den Einwohnern des Vereinigten Königreichs eine ganz ähnliche Frage, und zwar: „Wenn Deutschland und Polen einen Krieg wegen Danzig beginnen, sollten wir dann unseren Verpflichtungen nachkommen und auf seiten Polens kämpfen?“ Es stellt sich heraus, daß die Umfrageresultate beinahe identisch zu Frankreich ausfielen. Mit Ja ant-

<sup>9</sup> K. Smogorzewski, *Mówią „Gdańsk“ i — myślą ...* (Sie reden von Danzig und denken an ...), erschienen in der Wochenschrift *Wiadomości Literackie* Nr. 31–32 vom 23.–30. Juli 1939. Ich zitiere nach: *W obliczu wojny. Z prasy polskiej 1939 roku* (Angesichts des Krieges. Aus der polnischen Presse des Jahres 1939). Kraków 1984, S. 289.

<sup>10</sup> Als erster habe ich dieses Material in meinem Beitrag *Polska w świetle badań opinii publicznej na Zachodzie (1939–1953)* (Polen im Lichte der öffentlichen Meinungsforschung im Westen <1939–1953>), in: *Przegląd Historyczny* (1974), H. 3, S. 505–513, hier S. 506–507 zitiert.

<sup>11</sup> *Public Opinion 1935–1946*, under the Editorial Direction of H. Cantril, Prepared by M. Strunk. Princeton, N. J. 1951, S. 1075. Das dickleibige Opus — 1191 Seiten in DIN A4 — enthält die Umfrageresultate von 23 Demoskopie-Instituten in 16 Ländern.

worteten 76% der Befragten, mit Nein 13%, und was statt dessen zu tun sei, wußten 11% nicht zu sagen.<sup>12</sup>

Und da wir einmal bei Meinungsumfragen sind, scheint es vielleicht angebracht, die Ergebnisse einer Untersuchung in den Vereinigten Staaten vom 17.8.1939, also zwei Wochen vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, zu zitieren. Den Amerikanern stellte eines der Demoskopie-Institute die Frage: „Wäre es dir lieb, wenn England, Frankreich und Polen den Forderungen Deutschlands hinsichtlich Danzig nachgeben?“ Die Antworten lauteten: Ja — 12%, Nein — 87%. Gefragt wurde auch: „Meinst du, Hitlers Ansprüche auf Danzig bestehen zurecht?“ Darauf die Amerikaner: Ja — 13%, Nein — 87%. Die deutschen Ansprüche auf den Korridor hielten 14% der Befragten für berechtigt, indessen 86% für unberechtigt.<sup>13</sup>

Leider kann ich nicht sagen, ob die Umfrageergebnisse aus Frankreich und Großbritannien in der Presse veröffentlicht und damit auch den Führern des Dritten Reiches bekannt wurden. Übrigens möchte ich bezweifeln, ob, wenn Hitler sie gekannt hätte, er deswegen nicht den Befehl zur Verwirklichung des „Fall Weiß“ im Morgengrauen des 1. September 1939 gegeben hätte. Vielmehr vermute ich allerdings, daß die Angehörigen des britischen und französischen Kabinetts, als sie sich entschieden, Deutschland am 3. September den Krieg zu erklären, durchaus wußten, daß sie hier in Übereinstimmung mit dem Willen ihrer eigenen Völker handelten. Wenngleich sich viele kritische Worte über Polens Außenminister Józef Beck sagen ließen, so ist doch nicht abzustreiten, daß er zu den Mitbegründern der Antihitlerkoalition gehört und in gewissem Grade auch zum Sieg der Alliierten 1945 beigetragen hat.

#### 4. Der Septemberfeldzug, die Anfänge der Okkupation und der Wandel des Deutschenbildes bei den Polen

Wenngleich in den 30er Jahren in Polen keinerlei Meinungsumfragen oder soziologische Untersuchungen hinsichtlich der Sympathien zu anderen Völkern durchgeführt wurden, so darf doch angenommen werden, daß die Deutschen selbst zum Zeitpunkt einer offiziellen Annäherung zwischen beiden Staaten in den Augen der Polen als Feinde und nicht als Freunde galten. Schließlich existierte in Polen ja seit langem das negative

---

<sup>12</sup> Ebenda, S. 369.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 1165.

Deutschen-Klischee, wengleich den Nachbarn bei all ihren Mängeln doch ein gewisser Respekt gezollt wurde, man sogar „deutsche“ Vorzüge wie Ordnung und Sauberkeit, Achtung der Gesetze, Solidität, Gründlichkeit und Fleiß bewunderte. Doch in den wenigen Monaten zwischen dem September und dem Dezember 1939 waren die meisten positiven Merkmale im Deutschenbild der Polen entweder bereits verschwunden oder begannen zu verschwinden, um 1945 beinahe vollkommen ausgetilgt zu sein.<sup>14</sup>

Die erste Überraschung bildete die Kriegsführung: die Nichteinhaltung der Haager Konvention, die Luftangriffe auf Krankenhäuser mit dem Roten Kreuz auf dem Dach, der Beschuß von Flüchtlingstrecks von Stukas aus, die Erschießung von Kriegsgefangenen, die Morde an der Zivilbevölkerung und hierbei der bereits einsetzende Holocaust an den Juden.<sup>15</sup> Die nächste Überraschung bildeten die ersten Befehle und Anordnungen der deutschen Besatzungsmacht sowohl in den dem Reich einverleibten als auch in den okkupierten Gebieten. Dabei ging es nicht allein um die Strenge der „Gesetze“, drohte der Aggressor doch beinahe für alles mit der Todesstrafe, sondern auch um die Verordnungen, die die nationale Würde der Polen in den Schmutz traten (z.B. stets unter allen Umständen dem Deutschen den Vortritt zu lassen oder die Beseitigung von Spuren des Polentums).<sup>16</sup> Vergessen wir auch nicht, daß Polen das erste Land war, in dem die Juden zum Tragen des Davidsterns gezwungen wurden. Überrascht wurden die Polen auch vom Verhalten der deutschen Soldaten und Beamten des Besatzungsapparates, vor allem von ihrer Plündererei. Bereits

<sup>14</sup> Vgl. T. Szarota, Germans in the Eyes of Poles during World War II, in: *Acta Poloniae Historica* 47 (1983), S. 151-195.

<sup>15</sup> Die grundlegende Dokumentation wurde in zwei, in Deutschland beinahe unbekanntenen Büchern von Szymon Datner zusammengetragen: *Zbrodnie Wehrmachtu na jeńcach wojennych w II wojnie światowej* (Die Wehrmachtsverbrechen an Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg), Warszawa 1961; *55 dni Wehrmachtu w Polsce. Zbrodnie dokonane na polskiej ludności cywilnej w okresie 1.IX.-25.X.1939* (Die 55 Tage der Wehrmacht in Polen. Die im Zeitraum 1.9.-25.10.1939 an der polnischen Zivilbevölkerung verübten Verbrechen), Warszawa 1967; vgl. auch M. Cieplewicz, *Zbrodnie Wehrmachtu podczas walk o Warszawę w 1939 r.* (Die Verbrechen der Wehrmacht während der Kämpfe um Warschau 1939), in: *Wojskowy Przegląd Historyczny* (1985), Nr. 4, S. 98-118. Angesichts der Tatsachen läßt sich der in Deutschland herrschende Mythos von den „sauberen Händen“ der Wehrmacht und den ausschließlich von Einsatzgruppen der Sipo und des SD verübten Verbrechen unmöglich aufrechterhalten.

<sup>16</sup> Bereits am 23.9.1939, also wenige Tage vor der Kapitulation von Warschau, erließ der Chef der Zivilverwaltung in Posen seine „Anordnung betreffend Entfernung der polnischen Inschriften“, vgl. G. Hansen, „Damit wurde der Warthegau zum Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus“. Eine Fallstudie zur Politik der Einverleibung, in: *September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen*, hrsg. v. C. Kleßmann. Göttingen 1989, S. 55-72, hier S. 64.

im Herbst 1939 machte in Warschau der Witz die Runde, das polnische Reisebüro „Orbis“ veranstalte Berlin-Reisen unter dem Motto: „Erkenne deine Möbel wieder.“<sup>17</sup> Bald darauf sollte das geflügelte Wort aufkommen: „Wenn einzelne klauen, dann sind das Kleptomanen. Wenn ein ganzes Volk klaut, dann sind das Germanen.“ Nicht nur Verwunderung, sondern auch Empörung lösten die Schändung und Zerstörung von religiösen Kultstätten aus, z.B. von Wegekreuzen, Kapellen oder jüdischen Synagogen. Entsetzt wurde beobachtet, wie man die polnische Elite behandelte (erinnern wir nur an die Sonderaktion Krakau vom 6.11.1939), Menschen quälte (den Juden die Bärte abschnitt) oder Kollektivhaftung übte (etwa die Erschießung von 107 unschuldigen Menschen in Wawer bei Warschau für die Tat von zwei gewöhnlichen Kriminellen).

Solche Deutsche hatte man vordem in Polen nicht gekannt. Ein Dorfschullehrer schildert die Anfänge der Besetzung in Pommerellen folgendermaßen: „In unserem Raum fingen die Deutschen an loszulegen, wie es selbst diejenigen nicht einmal gekannt hatten, die sich noch an die alten deutschen Zeiten erinnerten. Wenn man die verschiedenen Maßnahmen zur Ausrottung des Polentums erleben mußte, sagte man sich: Das ist nicht mehr das alte ehrenhafte, ehrgeizige Kaiserreich, das ist ganz einfach nur noch eine Bestie, ein Ungeheuer, das sich weder benennen noch definieren läßt.“<sup>18</sup>

Wie konnte sich dermaßen viel Haß und Verachtung gegenüber den Polen ballen? Vergessen wir nicht, daß den Deutschen Feindseligkeit ja seit Jahrzehnten eingepflegt worden war, ganz besonders intensiv während der Weimarer Republik und dann ab April 1939, als die deutsche Bevölkerung mit einem antipolnischen Propagandafeldzug psychologisch auf den bevorstehenden Krieg vorbereitet werden sollte.<sup>19</sup> Eben zu diesem Zeitpunkt wurden die Soldaten „ideologisch“ ausgesprochen intensiv geschult. Hierzu wissen wir überraschend wenig. Etwas erhellt die ganze Angelegenheit ein Artikel, der am 1.5.1939 in einer polnischen Zeitung erschien. Er trug den Titel „Vorträge in der deutschen Armee verteuflern

<sup>17</sup> Vgl. T. Szarota, *Warschau unter dem Hakenkreuz, Leben und Alltag im besetzten Warschau*. Paderborn 1985, S. 244.

<sup>18</sup> *Wież polska 1939–1948. Materiały konkursowe (Das polnische Dorf. Materialien eines Wettbewerbs)*. Bd. 4, bearb. v. K. Kersten u. T. Szarota. Warszawa 1971, S. 341.

<sup>19</sup> Hitler persönlich gab Weisung, wie sich die Deutschen während des Polen-Feldzugs zu verhalten hätten. Als er zum zweiten Male vor den Oberbefehlshabern am 22.8.1939 sprach, sagte er: „Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Millionen Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muß gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.“ Document PS-1014 (wie Anm. 6), S. 523.



Polen und die Polen“ und ging auf Angaben eines vom Heer desertierten Soldaten zurück. Der Deserteur berichtete, daß „die deutschen Offiziere im lockeren Gespräch ihren Soldaten Ungeheuerlichkeiten über Polen und die Polen erzählen, sich bemühen, Grimm und Haß bei ihnen gegen alles, was polnisch ist, auszulösen“.<sup>20</sup> Diese Greuelgeschichten von den Polen sollten wir konkreter erfassen. Zwar fehlen uns die Wortlaute jener lockeren Unterhaltungen, doch darf ich mit einer Ersatzquelle aufwarten, und zwar dem Bericht eines polnischen Soldaten, des späteren Schriftstellers Jan Józef Szczepański, der das Verhalten der in Kriegsgefangenschaft geratenen deutschen Soldaten schildert. „Sie alle kennzeichnete“, erinnerte er sich nach Jahren, „eine kriecherische Unterwürfigkeit, insbesondere in den ersten Tagen. Wir begriffen die Gründe für ihre Furcht (denn zweifellos war es Angst) nicht, bis uns Infanteristen erzählten, daß die gefangenen Deutschen sie angefleht hätten, ihnen nicht die Augen auszustechen. Angeblich sei ihnen beigebracht worden, so eben wären die Kriegssitten der Polen. Demnach war es von vornherein abgekartete Sache (und das ganz bestimmt nicht ohne einen bestimmten Zweck), daß der Gegner als Barbar die Spielregeln nicht respektieren werde, man demnach auch ihm gegenüber keine besonderen Skrupel zu haben brauche“.<sup>21</sup> Hinweisen möchte ich darauf, daß die Wehrmachtsoldaten vor dem Ausbruch des Krieges mit der UdSSR die gleiche Indoktrination durchliefen.<sup>22</sup>

Haß und Verachtung gegenüber den Polen wurden nicht nur der Armee, sondern der gesamten Bevölkerung eingepflegt. In den von Czesław Madajczyk im Bundesarchiv Koblenz aufgefundenen Direktiven des Propagandaministeriums vom 24.10.1939 lesen wir: „Es muß auch der letzten Kuhmagd in Deutschland klargemacht werden, daß das Polentum gleichwertig ist mit Untermenschentum. Polen, Juden und Zigeuner stehen auf der gleichen unterwertigen menschlichen Stufe. (...) Dieser Tenor soll immer nur leitmotivartig anklingen (...) bis jeder in Deutschland jeden Polen, gleichgültig ob Landarbeiter oder Intellektuellen, im Unterbewußtsein schon als Ungeziefer ansieht.“<sup>23</sup>

<sup>20</sup> Warszawski Dziennik Narodowy Nr. 119 vom 1. Mai 1939.

<sup>21</sup> J.J. Szczepański, *Wrześniowe vis-à-vis* (September-Gegenüber), in: *Odra* (1976), Nr. 2, S. 33-40, hier S. 37.

<sup>22</sup> Vgl. O. Bartov, *Von unten betrachtet: Überleben, Zusammenhalt und Brutalität an der Ostfront*, in: *Zwei Wege* (wie Anm. 5), S. 326-344.

<sup>23</sup> Die Fotokopie des Dokuments (Original im Bundesarchiv Koblenz, Zsg. 101/4) wurde in Cz. Madajczyks Standardwerk: *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce* (Die Politik des Dritten Reiches im besetzten Polen). Bd. 1, Warszawa 1970, nach S. 400 reproduziert. Dieses Buch ist in einer verkürzten deutschen Übersetzung erschienen: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945*. Berlin (Ost) 1987.

## 5. Die unmittelbaren und weiteren Konsequenzen des Überfalls auf Polen

Mit seiner militärischen Aggression verwirklichte das Dritte Reich die politischen Ziele der Weimarer Republik, gewann die 1919 an Polen verlustig gegangenen Gebiete zurück und beseitigte damit die „Schande von Versailles“. Der territoriale Gewinn allerdings fiel erheblich größer aus. Innerhalb der dem Reich einverleibten Gebiete lagen ja auch Regionen, die früher niemals zu Deutschland gehört hatten. Es sei nur an Łódź erinnert. Ich möchte auch auf die Tatsache verweisen, daß Hitlers Entscheidung vom 8.7.1940, bei der Bezeichnung Generalgouvernement den Zusatz „für die besetzten polnischen Gebiete“ zu streichen, praktisch bedeuten sollte, daß — wie sich Hans Frank ausdrückte — „das Generalgouvernement ein wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches ist und für alle Zeiten bleiben wird“.<sup>24</sup>

Der Überfall auf Polen schuf unter Mithelferschaft der UdSSR die Chance, den verhaßten „Wechselbalg“ des Versailler Systems, den polnischen Staat, auszulöschen, zumal der die Möglichkeit blockierte, den angeblich für Deutschland so dringend benötigten Lebensraum im Osten zu erobern. Er bot auch die Gelegenheit zur endgültigen „Auseinandersetzung“ mit dem polnischen Volk, zur Ausrottung seiner Führungsschichten und dazu, die am Leben Gelassenen allmählich in Sklaven für die deutsche Herrenrasse zu verwandeln. Die Einverleibung Polens ermöglichte auch den Beginn der Verwirklichung des Endlösungsprogrammes. Vergessen wir nicht, daß in Polen die größte Anzahl Juden in ganz Europa lebte. Die polnischen Gebiete wurden wirtschaftlich rücksichtslos ausgeplündert. Es wurden Maschinen und Rohstoffe nach Deutschland verbracht, Kunstwerke gestohlen, billige Arbeitskräfte, die Zwangsarbeiter, ins Reich deportiert. Vorübergehend brachte demnach die Eroberung dem Dritten Reich einen meßbaren Nutzen.

Allerdings sollte es Hitler nicht gelingen, sich mit Polen „auseinanderzusetzen“, ohne dabei zuerst einen europäischen, dann einen weltweiten Krieg vom Zaune zu brechen. Und den mußte er verlieren. Das Jahr 1945 bildete für Deutschland eine Katastrophe. Bei seiner Bezwingung fiel

---

<sup>24</sup> Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. v. W. Präg u. W. Jacobmeyer. Stuttgart 1975, S. 251. Meiner Auffassung nach existiert ein Zusammenhang zwischen der Entscheidung zum GG und dem Beschluß, gegen die Sowjetunion loszuschlagen, der ja von Hitler ebenfalls im Juli 1940 gefaßt wurde; vgl. J. Förster, Hitlers Wendung nach Osten. Die deutsche Kriegspolitik 1940–1941, in: Zwei Wege (wie Anm. 5), S. 113–132.

der Sowjetunion eine gewaltige Rolle zu, und das wiederum bedeutete praktisch den Fortbestand des Kommunismus um ein halbes Jahrhundert.

Der Überfall auf Polen sollte in der Fernsicht der Führer des Dritten Reiches den Weg für die deutsche Kolonisierung im Osten eröffnen. Doch anstelle der Verwirklichung dieses Zieles bescherte ihnen das Jahr 1945 die Vertreibung der Deutschen aus Polen. Zur Aussiedlung kam es unter anderem auch aus dem Grunde, weil ein einträchtiges Nebeneinander von Deutschen und Polen nach all den Erfahrungen von 1939–1945 weiterhin unmöglich schien. Denken wir hierbei auch an die Machenschaften der deutschen Fünften Kolonne in Polen vor und während des Septemberfeldzuges und an das spätere Verhalten der Deutschen, der ehemaligen deutschstämmigen Angehörigen des polnischen Staates, also der Volksdeutschen. Selbstredend sind nicht alle Verräter gewesen, und unter ihnen waren auch solche, die in polnischer Uniform für ihre Wahlheimat ihr Leben ließen. In den Augen der Polen allerdings waren das eher die Ausnahmen, die die Regel bestätigten.<sup>25</sup>

Die gravierendste Auswirkung für Deutschland selbst, daß Hitler den Zweiten Weltkrieg vom Zaune gebrochen hatte, bestand neben den Millionen Gefallenen und zivilen Opfern, neben der Zerstörung des ganzen Landes und dem über die Jahrzehnte hin bestehenden Deutschenbild als Mörder in der Entstehung von zwei deutschen Staaten und in der Grenzverschiebung. Anstelle Danzig anzuschließen, Ostpreußen mit Pommern zu verbinden, Schlesien und Großpolen „zurückzugewinnen“<sup>26</sup>, ging

---

<sup>25</sup> Während der Belagerung von Warschau im September 1939 entstand in der Stadt geradezu eine Psychose. Eines scheinbaren Verrates verdächtigt wurden sämtliche Personen, die nur irgendeinen deutschen Familiennamen hatten. Das militärische Oberkommando sah sich gezwungen, einen Befehl zu geben, mit dem grundlose Beschuldigungen und Schikanen verboten wurden. Es darf auch nicht vergessen werden, wie die Goebbels-Propaganda den „Bromberger Blutsonntag“ ausgeschlachtet und anschließend das Märchen erfunden hatte, die Polen hätten 58 000 Volksdeutsche ermordet.

<sup>26</sup> Hier eine Randbemerkung: Solide polnische Historiker bedienten sich nach dem Kriege für die Gebiete östlich der Oder-Neiße höchst unwillig des Terminus „ziemie odzyskane“, „wiedergewonnene Gebiete“. Ich muß zugeben, daß ich mit gewisser Verwunderung diese Bezeichnung in bezug auf die dem Reich einverleibten polnischen Gebiete (Herbst 1939) in einer kürzlich aufgefundenen Denkschrift von Theodor Schieder vom 7.10.1939 entdeckt habe. Schieders „Aufzeichnung über Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnenen Ostprovinzen“ ist veröffentlicht von A. Ebbinghaus und K.H. Roth, Vorläufer des „Generalplans Ost“, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts (1992), H. 1, S. 62-94, hier S. 84-91. Hinzugefügt sei allerdings, daß Schieder in seinem Text die leicht abgewandelte Bezeichnung „wiedererworbene Gebiete“ verwendet. Er geht aber der Sache nach genauso vor wie viele polnische Historiker, die die Wendung „ziemie uzyskane“ gebrauchen.

Deutschland aller dieser Gebiete zugunsten Polens verlustig. Konnte Hitler denn annehmen, daß seine Auseinandersetzung mit Polen dermaßen enden würde? Erstaunlich, daß ein derartiges Resultat des Konfliktes einer der höheren polnischen Befehlshaber des Heeres voraussah. Am 28.4.1939, also exakt an dem Tage, als Hitler den Nichtangriffspakt aufkündigte, notierte Oberst Stefan Rowecki, übrigens schon bald einer der Organisatoren der Widerstandsbewegung und künftiger Befehlshaber der Heimatarmee, in seinem Tagebuch: „Im Endeffekt wird Deutschland den Krieg (vielleicht sogar nach 3–4 Jahren) verlieren. Und vor Polen steht eine große Zukunft: das ganze Schlesien, das ganze Danzig, das ganze Ostpreußen, vielleicht ohne ein Zipfelchen in Königsberg, sowie Grenzbegradigung in Pommerellen.“<sup>27</sup>

Und da wir gerade bei der Oder-Neiße-Grenze sind, sei an die Motive erinnert, aus denen General de Gaulle die Verschiebung der deutsch-polnischen Grenze westwärts unterstützte. Am 11.11.1944 sagte er Churchill „Il y aura là une garantie contre un retour à la politique de Beck“, und am 6.12.1944 in einem Gespräch mit Stalin im Kreml meinte er: „Nous croyons qu’une telle solution exclurait l’accord entre l’Allemagne et la Pologne.“<sup>28</sup>

Unmittelbar nach dem Kriege (und für weitere vierzig Jahre und mehr) schien es auf der Hand zu liegen, daß gerade die Sowjetunion Polens wichtigster Garant der Oder-Neiße-Grenze war. Hören wir uns demnach an, was uns hierzu Adam Rapacki, der zehn Jahre später an der Spitze des polnischen Außenministeriums stehen sollte, bereits im September 1946 zu sagen hatte: „Für die Sowjetunion bedeutet die Entscheidung der Oder-Neiße-Grenze, daß Deutschland für sie erledigt ist und die Koketterie Deutschland gegenüber aufhört, sie bedeutet, daß auf ein starkes Polen gebaut wird, ein Polen, das *Deutschland gegenüber* und allem, was Deutschland unterstützt, *stets feindlich* eingestellt ist, ein Polen, das sich mit dem Rücken an die UdSSR anlehnt.“<sup>29</sup> Wie wir wissen, sollte er mit seiner Prophezeiung nicht recht behalten. Bereits vier Jahre später schloß Polen mit der DDR das Görlitzer Abkommen, und 1970 kam es zum

<sup>27</sup> S. Rowecki, Wspomnienia i notatki autobiograficzne (1906–1939) (Erinnerungen und autobiographische Notizen <1906–1939>), hrsg. v. A.K. Kunert und J. Szyrmer. Warszawa 1988, S. 83; vgl. T. Szarota, Stefan Rowecki „Grot“. 2. Aufl., Warszawa 1985.

<sup>28</sup> Ch. de Gaulle, Mémoires de guerre. Vol. 3: Le Salut 1944–1946. Paris 1959, S. 373 u. S. 384.

<sup>29</sup> A. Rapacki, Po rozmowie z przyjacielem z PSL (Nach einem Gespräch mit einem Freund von der Polnischen Bauernpartei PSL), in: Kuźnica Nr. 34 vom 2. September 1946 (Hervorhebungen durch den Autor).

ersten Vertrag zwischen der VRP und der BRD, mit dem der Weg für den Prozeß der Aussöhnung und Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten und den nach Freundschaft strebenden beiden Völkern freigemacht wurde.



# 1939 Der Anfang des Zweiten Weltkrieges, Deutschlands Expansion und die Zerstörung des polnischen Staates

von Wolfgang Jacobmeyer

Unter der vorgegebenen Themenstellung eines „Wendepunktes“ befragen wir Realgeschichte anders als gewöhnlich: mit einer strukturellen Zuspitzung, unter der Vorgabe einer Metapher, also auf einer Ebene ausdrücklicher historischer Deutungsversuche. Und damit tauscht man die freilich für anspruchsvolle Deutungen immer nur vorläufige Sicherheit, historische Verläufe oder organisatorische Zustände aus definierbaren Quellenlagen heraus „objektivistisch“ nachzuzeichnen, gegen die Probleme konstruierender Interpretation ein, etwa auch mit dem Risiko, der Eigenlogik der Wendepunkt-Metapher aufzusitzen. Der Vorteil dieses Ansatzes dagegen liegt darin, daß der Begriff des Wendepunktes die Komparation erzwingt, daß er die Zeitgrenzen auflöst, nach hinten und nach vorne erweitert. Keineswegs nehme ich für mich in Anspruch, daß ich darin über bessere Einsichten verfüge als andere; deshalb sollen sich im folgenden unterschiedene Beobachtungen und vorsichtige Wertungen mischen, die wohl auf Stimmigkeit im einzelnen bedacht sind, aber ohne den Anspruch einer überwölbenden, schlüssigen Theorie auftreten und offenstehen für Diskussion.<sup>1</sup>

Die deutsche Besatzungsherrschaft über Polen während des Zweiten Weltkrieges als einen „Wendepunkt“ aufzufassen, ist entweder trivial oder herausfordernd. Die meisten Autoren auf deutscher wie polnischer Seite,<sup>2</sup> ich selber übrigens auch,<sup>3</sup> betrachten angesichts der beispiellosen Verbrechen während der Besatzungszeit den Wendepunkt-Charakter dieser

---

<sup>1</sup> Die Vortragsform ist im wesentlichen beibehalten worden; an einigen wichtigen Stellen werden Hinweise auf Literatur oder Quellen gegeben.

<sup>2</sup> Die Literatur ist uferlos. Ich beschränke mich auf das von Berthold Pucher ins Deutsche übersetzte monumentale Werk von Czesław Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*. Berlin 1987. Vgl. meine Rezension in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 37 (1989), S. 463 ff.

<sup>3</sup> Vgl. *Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Polen im Zweiten Weltkrieg, in: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*. XVIII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 1985 in Nowogard/Naugard. Braunschweig 1986, S. 95–106; *Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges, in: September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen*, hrsg. v. Christoph Kleßmann. Göttingen 1989, S. 16–37.

Phase als eine Selbstverständlichkeit. Ich bin also eigentlich ganz ungeeignet dafür, diese Frage anders zu behandeln, als sie schlicht zu bejahen. Eine Herausforderung dagegen kann man der Zäsurbildung unter dieser Terminologie abgewinnen, wenn man danach fragt, was sich denn in den deutsch-polnischen Beziehungen „wendet“. Wenden diese sich wirklich, oder handelt es sich selbst in der Besatzungsperiode um nichts anderes als um eine bloße Zuspitzung politischer Spannungen und adversativer Mentalitäten, wie sie schon lange bestanden? Handelt es sich also um Kontinuität oder um etwas Exzeptionelles, das ganz aus dem Rahmen fällt? Was ist dabei handlungsleitend? Und wie kann man in diesem Zusammenhang denn wohl die Attribute „deutsch“ und „polnisch“ begreifen?

Durch diese Fragen wird die Gliederung angeleitet. An der ersten Stelle steht der Versuch einer sehr eklektisch verfahrenen, auf wenige Beispiele beschränkten Skizze von der deutschen Besatzungspolitik in Polen — ihren Zielen, ihren Trägern, ihren Widersprüchen und Wirkungen; sodann folgt der Versuch einer Annäherung an die Frage, wie der Gebrauch der Attribute „deutsch“ und „polnisch“ abschattiert und historisch konturiert werden könnte; und endlich sollen einige Merkmale dessen bestimmt werden, was wir hier „Wendepunkt“ nennen.

## 1. Elementare Züge der deutschen Besatzungspolitik in Polen

Die fünfte Teilung Polens nach 1772, 1792, 1795 und 1815, die am 23. August 1939 in größter Eile zwischen Hitler und Stalin vertraglich vereinbart und im September 1939 nach dem militärischen Sieg über die Zweite Polnische Republik durchgeführt wurde, hinterließ folgendes Ergebnis:<sup>4</sup> 187544 km<sup>2</sup> des polnischen Territoriums wurden dem Deutschen Reich, hingegen 200900 km<sup>2</sup> der Sowjetunion einverleibt. In diesem Akt hatten sich die Protagonisten der alten Teilungspolitik gegenüber Polen aus dem Ende des 18. Jahrhunderts noch einmal zusammengefunden<sup>5</sup> — gewiß unter den neuen realpolitischen Konditionen des national-

<sup>4</sup> Angaben nach Waclaw Długoborski, Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Strukturen Polens 1939–1945, in: *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder*, hrsg. v. Waclaw Długoborski. Göttingen 1981, S. 353. — Die vom Verfasser dort errechneten Prozentwerte sind z.T. fehlerhaft.

<sup>5</sup> Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Die zweite Teilung Polens als Problem des historischen Urteils, in: *Geschichte erforschen, erfahren, vermitteln. Festschrift für Wolfgang Hug*, hrsg. v. Elmar Krautkrämer u. Elisabeth Erdmann. Rheinfelden/Berlin 1992, S. 33–42.



sozialistischen Eroberungsprogramms und des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses, aber doch immer noch unter der alten Generalklausel, daß beide Staaten interventionsfreie Räume zwischen sich nicht dulden wollten, daß deshalb auch ein selbständiges, gar ein starkes Polen zwischen ihnen beiden nicht bestehen dürfe. General von Seeckts Äußerung in seiner Denkschrift vom 11. September 1922: „Polens Existenz ist unerträglich und wird verschwinden durch eigene innere Schwäche und durch Rußland — mit unserer Hilfe“, formulierte aus einer wiederum anderen realgeschichtlichen Situation heraus. Sie legte noch das aus der historischen Figur der „Pentarchie“ herrührende Modell der „klassischen“ Unduldsamkeit der angrenzenden Nationalstaaten gegenüber Polen zugrunde und schrieb wegen des polnisch-sowjetischen Krieges von 1920 den Willen zur Initiative noch der sowjetischen Seite zu. Aber streift man ab, was an dieser Äußerung zeitbedingt war, so war sie für die Situation von August und September 1939 beides: traditionelles Motiv von stark handlungsleitender Kraft und politische Vorausdeutung.

Blickt man weiter auf die Änderungen der überkommenen Verwaltungseinteilung, die Hitler nach der Eroberung Polens verfügte, so findet man darin aber nicht nur das alte Teilungsmotiv aus der Ära der nationalstaatlichen Politik der „Großen Mächte“ wieder, sondern auch die neuen Motive des rassepolitischen Denkens. Der Reichsgau Danzig-Westpreußen mag sich noch durch die Wiederherstellung der Teilungslinien von 1772, also als Rekurs auf Tradition verstehen lassen, der Reichsgau Wartheland und das Generalgouvernement hingegen nicht mehr. Mithin diente also der weitaus größere Flächenteil Polens anderen Zwecken, über die ich noch sprechen werde.

Gerade weil in den ethnischen Mischzonen Ostmitteleuropas die Eindeutigkeit von Volkstumsgrenzen fehlte, stand und steht die dem Nationalstaatsgedanken verpflichtete operative Politik immer wieder vor einem im Grund unlösbaren Strukturproblem. Das zeigte sich nicht nur in der Polendebatte der Frankfurter Paulskirche,<sup>6</sup> vielmehr hatten zunächst die deutsche Politik bis 1919, dann die geheime Finanzierung der deutschen Minderheit bis 1933 und danach die systematische Verpflichtung deutscher Minderheitsgruppen auf die politischen und ideologischen Ziele des Dritten Reiches versucht, nationalstaatliche Ansprüche durch die Schaffung politischer Sonderkonditionen für Minderheiten abzusichern. Ana-

---

<sup>6</sup> Vgl. Michael G. Müller, Bernd Schönemann, Die „Polen-Debatte“ in der Frankfurter Paulskirche. Darstellung, Lernziele, Materialien. Frankfurt 1991 (Studien zur Internationalen Schulbuchforschung. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts. 68.).

log ist auch die Zweite Polnische Republik gegenüber ihren Minderheiten mit bürokratischer Unduldsamkeit verfahren; sie stand indessen dabei wegen der Stärke der Minderheiten unter größerem Druck. Leitendes Modell war auf beiden Seiten der Nationalstaat, wie er sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, auch in der Sozialgeschichte der Nationsidee, hatte durchsetzen können. Die Minderheitenpolitik der Nationalstaaten ging dabei in ihren Mitteln allerdings über „social engineering“ nicht hinaus. Ausgenommen die polnischen Militäreinsätze in Ostpolen in den 1930er Jahren, wurde die Volkstumspolitik sozial angesetzt und bürokratisch verwaltet — ob nun die preußische Ansiedlungspolitik vor 1914, die polnische Agrargesetzgebung nach 1919 oder die Bildungspolitik beider Staaten mit ihrem Insistieren auf nationaler Konformität. Diese Maßnahmen verließen zudem auch dann noch nicht den Rahmen des europäischen akzeptierten Rechtsdenkens, wenn ihre Folgen nationale Minderheiten eindeutig diskriminierten.

Von diesen Versuchen einer wechselseitigen Beeinträchtigung oder Verdrängung des jeweils anderen Volkstums ist die deutsche Umsiedlungspolitik seit dem Herbst 1939 in Polen scharf zu unterscheiden. Das betrifft sowohl den Modus ihrer Durchführung wie auch erst recht ihre regulativen Prinzipien. Die deutsche Politik seit 1939 ging davon aus, daß einzig die „Germanisierung des Bodens“, wie Hitlers Begriff lautete, die nationalsozialistische Expansion sicherstellen könne. Daher wurden im okkupierten Polen nicht mehr die überkommenen Mittel wie administrativer Druck oder soziale Nötigung verwendet — also ein Agieren immer noch unter dem Dach des Rechts, das wohl gepreßt, aber nicht abgeschafft wurde —, sondern das neue Instrument der polizeilich erzwungenen Massendeportation. Der alte Volkstumskampf, zu dessen endgültiger Lösung sich der Nationalsozialismus verpflichtet hatte, sollte nunmehr durch Zwangstransport entschieden werden. Er erhielt damit eine völlig neue Qualität.

Daß die Zwangsumsiedlungen noch im Spätherbst 1939 begannen, macht die politisch-ideologische Dringlichkeit evident, die man ihnen beimaß. Nach dem ursprünglichen Plan des Reichsführers SS und Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, sollten zwischen November 1939 und Februar 1940 ca. 1 Million Menschen aus den sog. Eingegliederten Reichsgebieten in das Generalgouvernement deportiert werden — alle Juden, alle Kongreßpolen und die „besonders feindliche polnische Bevölkerung“, vor allem Mitglieder nationaler polnischer Verbände. Sogenannte gutrassige Familien, etwa 4 Millionen Menschen, sollten dagegen in das Reich transportiert und dort assimiliert werden. Waren solche Pläne nicht nur von der Größenord-

nung,<sup>7</sup> sondern auch von ihrer Zielsetzung her aberwitzig, so wurden dennoch allein in der ersten Dezemberhälfte 1939 fast 135 000 Polen und Juden zwangsweise in das Generalgouvernement „verbracht“; weitere 110 000 folgten in den ersten zweieinhalb Monaten des Jahres 1940. Bis zum Ende des Warschauer Aufstandes wurden knapp 1,2 Millionen Menschen von den Umsiedlungen erfaßt.<sup>8</sup>

Diese Umsiedlungen unter staatlichem Zwang waren allerdings, wie wir wissen, nicht endgültig gemeint, sondern standen unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit. Der ideologische Herrschaftsanspruch richtete sich nicht auf polnische Personen, sondern auf polnisches Territorium, gründete sich auf die Vision eines „germanisch“ aufgesiedelten Reiches unter Ein-schluß fremder Territorien, die sowohl „judenrein“ als auch „polenrein“ sein sollten. Im Altreich und in den sog. Eingegliederten Reichsgebieten ließ sich dieser Zustand durch Zwangstransport herbeiführen. Das Generalgouvernement wurde dadurch gewissermaßen zu einer Deponie der Unerwünschten, ohne daß damit aber gegenüber diesem Territorium die nationalsozialistischen Fernziele aufgegeben worden wären. Wenn also der Generalgouverneur die administrativ, sicherheitspolitisch und sozial lästigen Begleiterscheinungen vehement kritisierte, wenn er gegen die ideologisch widersprüchlichen Folgen der Zwangsumsiedlung in der Schaffung eines „judenreicheren“ und „polenreicheren“ Generalgouvernements immer wieder opponierte, so hat er den Umsiedlungen in der Sache dennoch niemals widersprochen. Die Zivilverwaltung der deutschen Besatzungspolitik akzeptierte die Umsiedlungen deshalb, weil der von ihnen herbeigeführte Zustand nur vorläufig sein sollte. Dem Holocaust an den Juden sollte mindestens die Verdrängung, vielleicht sogar, wie viele Autoren mit hoher Plausibilität annehmen,<sup>9</sup> ebenfalls physische Vernichtung in jenem Herrschaftsgebiet folgen, das die Nationalsoziali-

<sup>7</sup> Die Zahlen schwankten, nahmen aber — bis hin zum „Generalplan Ost“ — immer radikalere Größenordnungen in dem Maße an, in dem ihre Realisierung angesichts der Kriegslage aussichtsloser wurde. Dennoch erhellt etwa aus der späten Zamość-Aktion, daß es sich dabei insgesamt nicht um unverbindliche Gedankenspiele handelte.

<sup>8</sup> Zur Interpretation vgl. Jan T. Gross, *Polish Society Under German Occupation. The General Government, 1939–1944*. Princeton 1979, S. 71 ff. Für die Zahlen vgl. Madajczyk, *Okkupationspolitik* (wie Anm. 2), Tabelle 15, Anlage.

<sup>9</sup> Vgl. Gross, *Polish Society* (wie Anm. 8), S. 75 ff. — Vgl. etwa die selbst in SS-Kreisen anstößige Bemerkung aus dem Umkreis der Diskussion des „Generalplans Ost“: „Es sei zu erwägen, ob nicht (...) die rassisch unerwünschten Teile der Bevölkerung verschrottet werden könnten“. Bericht Dr. Wetzel vom 7.2.1942. Vgl. Helmut Heiber, *Der Generalplan Ost* (Dokumentation), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1958), S. 295.

sten für sich beanspruchten. Damit löste sich allerdings die deutsche Besatzungspolitik materialiter aus der Vergleichbarkeit historischer Erfahrung und wurde einzigartig.

Dieser Sachverhalt wirft für unsere Kategorie des „Wendepunktes“ zwei Probleme auf. Das erste ist, daß die Kategorie überdehnt oder vielleicht sogar naiv wird, wenn sie Vorgänge wie den Völkermord fassen soll, die aus dem Kontext des in der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte historisch Vergleichbaren herausfallen. Das andere Problem ist, daß die Kategorie „Wendepunkt“ ja doch einen chronologischen Fixpunkt benötigt, der sich aber für bloße Planungen nicht ermitteln läßt. „Wendepunkt“ kann also an dieser Stelle vielleicht nur bedeuten, daß eine historische Epoche, deren Handlungsoptionen überschaubar und historisch erfahren sind, von einer anderen unterschieden wird, deren Substanz sich aus zeitgenössischer historischer Erfahrung nicht mehr vermittelt, die von originär neuen Kategorien beherrscht wird und wegen ihrer Placierung in die Zukunft diffus ist.

Wir können uns freilich im Interesse unseres systematischen Ansatzes nicht auf die Besatzungszeit beschränken, wenn wir das Mittel betrachten, Minderheitsprobleme durch Zwangstransport aus dem Lande oder durch Völkermord aus der Welt zu schaffen. Genau so wurde am Ende des Zweiten Weltkriegs mit den Deutschen in Ostmitteleuropa verfahren. Die Analogie im Verfahren ist offensichtlich, aber, und das ist entscheidend, die Absicht des Völkermords entfiel. Die Standardrechtfertigung, wie sie etwa gerade wieder im neuesten polnischen Oberschullehrbuch vorgetragen wird, kann gleichwohl nicht überzeugen. Daß Polen, wie Andrzej Pankowicz in Bd. 4 des Lehrbuchs „Historia“ (Warszawa 1991) schreibt,<sup>10</sup> in der Frage der Zwangsaussiedlung der Deutschen nur Auftragnehmer der Potsdamer Konferenz gewesen sei, daß polnische Behördenvertreter geradezu Samariterdienste bei der Vertreibung geleistet haben und daß sich nur durch generelle Vertreibung aller Deutschen die staatsgefährdende Tätigkeit der deutschen Sabotageorganisation „Werwolf“ habe unterbinden lassen — das ist schon in der Substanz unzutreffend. Man sagt gewöhnlich, mit der Vertreibung der Deutschen habe das Prinzip der nationalsozialistischen Zwangsumsiedlungen auf dessen Urheber zurückgeschlagen. Das mag für das Verfahren zutreffen, nicht aber für die Intention. Die deutsche Besatzungspolitik handelte unter dem Rassegedanken; die Vertreibung der Deutschen am Ende des Krieges hingegen war Konsequenz aus dem älteren Nationalgedanken. Insofern erkenne ich auch am

---

<sup>10</sup> Vgl. meine Rezension in: Internationale Schulbuchforschung (1992), H. 3, S. 313-316.

Ende der Besatzungszeit einen, allerdings rückgewandten Wendepunkt der Kategorien.

## 2. „Deutsche“ vs. „Polen“

Wer waren „die Deutschen“, mit denen die Polen in der Besatzungszeit unmittelbar konfrontiert waren? Lassen wir Polizei, SS und Wehrmacht als uniform beiseite, so können für die Zivilverwaltung zwei summarische Antworten gegeben werden. Die erste lautet: Die Zahl der Deutschen im Generalgouvernement war bescheiden — am 1.9.1943 waren es 22740 Männer und 7184 Frauen in der Zivilverwaltung, 15880 Männer und 2980 Frauen bei Post und Bahn, also insgesamt knapp 50000 Beamte und Angestellte.

Es gibt leider keine Untersuchung der Zivilverwaltung des Generalgouvernements, noch viel weniger eine vergleichende Untersuchung etwa zur friderizianischen Verwaltung in den preußischen Teilungsgebieten Polens. Es ist zu vermuten, daß — von den Spitzenbeamten allerdings abgesehen — die Qualität der Beamtenschaft in beiden Fächern gleichermaßen niedrig war. Gesichert lassen sich indessen nur die Konturen der Zivilverwaltung der Okkupationszeit nachzeichnen. Franks wie gewöhnlich bramarbasierende Bemerkung, er wolle keine „müden, verstaubten Aktenmenschen, [keine] bürokratisch versippten Gesellen“, also keine Vertreter der überkommenen Verwaltungsroutine, sondern „absolut polenvernichtungsentslossene Recken“<sup>11</sup>, gibt keinen hinreichenden Aufschluß. Werfen wir einen Blick auf ein „sample“ von knapp 60 führenden Beamten der Zivilverwaltung,<sup>12</sup> so finden wir zunächst ein sehr unterschiedliches Parteialter: 48% waren bis zum März 1933 schon Mitglieder der NSDAP, 32% dagegen traten erst zwischen April und Dezember 1933 ein und 20% sogar erst zwischen 1934 und 1940. Also kann keine Rede davon sein, daß es die „verdienten alten Kämpfer“ oder die Crème der nationalsozialistischen Revolution gewesen wären, aus der man die Elite der Zivilverwaltung für das Generalgouvernement rekrutiert hatte. Allerdings, und das ist politisch plausibel, wurde das Parteialter durch hierarchische Placie-

<sup>11</sup> Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. v. Werner Präg u. Wolfgang Jacobmeyer. Stuttgart 1975, hier: Ansprache Franks beim Besuch von Reichsleiter Robert Ley. Dienstagebuch v. 7.11.1940.

<sup>12</sup> Auswertung der Kurzbiographien im Anhang von: Dienstagebuch (wie Anm. 11), S. 945–956.

rung belohnt: Die Spitzenbeamten (vom Generalgouverneur bis zum Vizegouverneur) traten durchschnittlich im Mai 1930, die Hauptabteilungspräsidenten durchschnittlich im April 1932 und die Amtschefs durchschnittlich im Januar 1934 in die Partei ein. Entsprechend ist der SA- oder SS-Rang des Gruppenführers (Generalleutnant) ein Reservat der Spitzenbeamten, haben die Ränge Oberführer (Oberst) und Brigadeführer (Generalmajor) ihren Schwerpunkt bei den Hauptabteilungspräsidenten, während die Gruppe der Amtschefs überwiegend mit Rängen unterhalb des Obersturmbannführers (Major) bedient wurde. Für das Merkmal „Lebensalter“ dieses politisch-sozialen Kollektivs läßt sich ermitteln, daß die Spitzenbeamten und die Amtschefs im September 1939 durchschnittlich 40 Jahre alt waren und damit die Hauptabteilungspräsidenten mit durchschnittlich 43 Jahren nicht nur hierarchisch, sondern auch in der Altersstruktur flankierten. Die Hauptabteilungspräsidenten waren nämlich nicht ausnahmslos Juristen aus dem Justiz- oder Verwaltungsdienst, sondern hatten andere Ausbildungsgänge und Berufskarrieren hinter sich, die den Altersunterschied erklären. Insgesamt aber muß für die oberen Beamten der Besatzungsverwaltung der bemerkenswert jugendliche Alterszuschnitt betont werden; sie kamen aus jenen Geburtsjahrgängen, die man zu Beginn des Zweiten Weltkriegs von militärischer Verwendung noch gerade freustellen konnte und die, sofern latente persönliche Unredlichkeit nicht offenkundig oder Untauglichkeit nicht unerträglich wurde, auch künftig „uk“ gestellt blieben.

Die zweite Antwort auf die Frage nach den Eigenschaften der Vertreter der neuen Ordnung in Polen muß lauten: Sie waren schlecht qualifiziert. Schon für 1941 läßt sich erkennen, daß besser qualifizierte Beamte nahezu ausnahmslos im Westen verwendet wurden; im Osten findet man dagegen — parallelisierbar zu den Verwaltungsverhältnissen im „Reichsland“ Elsaß-Lothringen nach 1871 — ausgemusterte, auf die eine oder andere Weise gescheiterte Kommunalbeamte, aus Gründen des Stellenplans entbehrliche Verwaltungsfachleute, Rechtsanwälte, Absolventen der Ordensburgen und sogar Personen ohne die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Verwaltungslaufbahn. Sie empfanden ihren Einsatz in Polen häufig als Strafversetzung. Der Warschauer Distriktsgouverneur Dr. Fischer erklärte im September 1940, 90% der Warschauer Beamenschaft habe den Wunsch, das Generalgouvernement wieder zu verlassen.<sup>13</sup> Und sie flüchteten sich durch Nikotin- und Alkoholabusus aus der als unbefriedigend gewerteten Situation; der aus rassistischen Gründen streng

<sup>13</sup> Vgl. Diensttagebuch (wie Anm. 11), Arbeitssitzung vom 11.9.1940.

poenalisierte Geschlechtsverkehr mit Polinnen war dennoch eine gewöhnliche Erscheinung; und der im Rekrutierungsmuster schon angelegte Vorsatz der persönlichen Bereicherung umfaßte alle hierarchischen Stufen der Zivilverwaltung, bis hinauf zum Generalgouverneur und seiner Ehefrau. Schon Mitte Dezember 1939 notierte Ludwik Landau in seinem bemerkenswerten Tagebuch, es sei nichts leichter, als einen Deutschen zu bestechen: durch Geld oder dadurch, daß man ihm die Gelegenheit zu illegalen Geschäften eröffnete. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß in der Besatzungsverwaltung etwa eine politisch-administrative Elite tätig gewesen wäre. Vielmehr war es eine nationalsozialistische Elite — nationalsozialistisch deshalb, weil Brutalität, Willkür, Unfähigkeit und Korruption als ihre Hauptmerkmale zwar nicht typisch nationalsozialistisch, aber doch nur unter der Voraussetzung der nationalsozialistischen Herrschaft denkbar waren. Schon in sich war die Administration schlecht organisiert und durch strukturelle Widersprüche belastet, schwankend zwischen traditioneller Verwaltungsroutine und dem persönlich wie strukturell korrumpierenden Führerprinzip.<sup>14</sup>

Waren das „die Deutschen“? Und standen diesen „die Polen“ gegenüber?

Ich wage die These, daß Polen und Deutsche im Rahmen des okkupierten Polen sich wechselseitig überhaupt nicht in ihrer Nationalität wahrgenommen haben. Die Polen sahen in den Deutschen die zivilen, polizeilichen oder militärischen Funktionäre des Besatzungszustandes, die Deutschen dagegen erblickten in den Polen die Angehörigen einer minderen Rasse. Beide Perspektiven nahmen dabei alte Vorurteile auf und bekräftigten sie. Gleichwohl haben wir es nicht mit Tradition zu tun, sondern mit einem Traditionsbruch, mit einer Zuordnung dieser Wahrnehmungen zu den elementareren Kategorien des Vernichtungsvorsatzes und des Überlebenswillens.

Der „Wendepunkt“ für die Situation der Jahre 1939 bis 1945 lag in der Nötigung zu einer wechselseitigen Abwendung vom Konzept der Nationalität und einer Hinwendung zur Deutung nach Funktionalität.<sup>15</sup> Es

<sup>14</sup> Vgl. Gross, *Polish Society* (wie Anm. 8), S. 51 ff.

<sup>15</sup> Der Begriff ist in der Konferenz strittig diskutiert worden. Der Haupteinwand war, daß das Handeln der deutschen Besatzungsmacht auf allen Ebenen als dysfunktional zu bewerten sei. Der Einwand trägt jedoch nicht weit: es *mußte* ja nicht, sondern es *sollte* ja nur „funktionieren“. Ich benutze den Begriff weiterhin, jedoch mit dem einschränkenden Vorbehalt, daß er nur den offiziellen Aufgabenbereich von Vertretern des deutschen Besatzungsregiments bezeichnet, dessen Wahrnehmung von seiten der polnischen Einwohner des Besatzungsgebietes allerdings auch das überragende Merkmal für „deutsch“ war.

scheint mir, als ob die seit langem problematisch gewordene Kategorie „Nation“ angesichts ihrer Entwicklung in der Besatzungszeit unvermutet einen neuen Wert gewinnt, einen Wert, den sie auch für unsere Gegenwart behält. Ich sehe also aus heutiger Perspektive, daß es sehr wohl eine Funktion zum Schutz unveräußerlicher Grundwerte sein kann, wenn Völker sich gegenseitig national definieren. Die Mißbräuchlichkeit dieser Kategorie, die chauvinistische Deformation des Nationalstaatsgedankens stelle ich damit nicht in Abrede; aber selbst diese nehmen sich noch vergleichsweise humaner aus als die Kategorien von „Blut und Boden“ und „Rasse“.

### 3. Von „Ereignis“ zu „Intention“

Aus allem, was ich bisher vorgetragen habe, scheint mir evident zu sein, daß wir mit der Metapher von einem Wendepunkt vor einem Methodenproblem stehen. Denn das Urteil über den „Wendepunkt“ lebt vom Vergleich, und vergleichen kann man nur dann, wenn man den archimedischen Punkt fester Kategorien besitzt. Ich will zur Erprobung der Kategorien versuchsweise einige der offensichtlichsten Phänomene der deutschen Besatzungsherrschaft nach rückwärts vergleichen und so deuten, als seien sie traditionell. Verfährt man so, dann könnte man etwa folgendermaßen argumentieren:

Die Zerstückelung der Zweiten Polnischen Republik weist Analogien mit Vorgängen auf, die über fast 170 Jahre spannen, so daß man sie als Vorgang periodischer Wiederkehr einordnen und als Tradition verstehen könnte. Die Nötigung eines Bevölkerungsteiles, ihr Land zu verlassen und auswärts Zwangsarbeit zu verrichten, ist ein aus der Antike geläufiges Modell der Pazifizierung. Die Zwangsumsiedlungen lassen sich als eine radikalisierte Form der konfessionellen Vertreibungen aus der Zeit des aufgeklärten Absolutismus verstehen. Die bedenkenlose Ermordung der Juden führt die Pogrom-Tradition früherer Jahrhunderte fort und zeichnet sich dabei durch Verstaatlichung, Systematik, Radikalisierung und Technisierung aus.

Aber ich erkläre meinen Versuch eines solchen Vergleichs unter der Kategorie von Tradition für gescheitert. Die Handlungen der deutschen Besatzungspolitik in Polen lassen sich eben durch die Verlängerung von Traditionen in die Gegenwart nicht verstehen. Sie haben wegen ihrer Massivität und Radikalität, vor allem aber wegen der Kategorien ihrer Intentionalität eine neue Qualität.

Es ist daher, wenn wir unsere Metapher „Wendepunkt“ verstehen und bewerten wollen, relativ unfruchtbar, auf der Ereignisebene zu verglei-



chen. Wichtiger scheint mir zu erläutern, wie sich die Motivik wandelte, in der solche Vorgänge wurzelten, vor allem aber, wie sich denn derjenige wandelte, aus dessen Autorität solche erschütternden Dinge alle gleichsam „natürlich“ geschahen, nämlich der Staat.

Hier haben wir einen Wendepunkt von systematischer Natur vor uns. Recht war im „Dritten Reich“ auf die bloße Funktion reduziert, Regelmäßigkeit und Vorhersehbarkeit individueller wie nationaler Lebensabläufe zu normieren, erstere nach Maßgabe ihrer Einordnung in die Volksgemeinschaft, letztere unter Ansehung ihres „rassischen Wertes“. So wie die Rechtsgarantie auf „politische“ Justiz reduziert worden war, fraglos eine „*contradictio in adiecto*“, so war auch etwa die Polizei als deren Vorposten in politische Gewalt verwandelt. So wenig die qualitative Stufung zwischen dem Recht für Deutsche und dem rassistisch normierten Sonderrecht für Polen übersehen werden darf,<sup>16</sup> so notwendig ist der Hinweis, daß Polen und Deutsche von der funktionalen Reduktion des Rechts grundsätzlich beide betroffen waren.

In den Bereich des Rechts gehört auch das Phänomen des Widerstandes. In Polen war prinzipiell jedermann bedroht. Das wendete die Begründung für Widerstand, machte einen schwierigen politischen und rechtlichen Entschluß zu einer existentiellen Selbstverständlichkeit. Seine alte Begründung, aus verletztem Recht gegen die Obrigkeit zu rebellieren, verwandelte sich nunmehr in nackte Notwehr. Die Option, auf Widerstand zu verzichten, bestand nicht mehr, weder individuell noch kollektiv. Da das deutsche Handeln von Anfang an „recht-los“, darum rechtswidrig war, trat Widerstand in Polen mit absoluter Begründung auf. Er richtete sich nicht gegen den Landesfeind, auch wenn er in populärer Absicht gewöhnlich so begründet wurde, sondern diente dazu, auch unter den Konditionen der Besatzung jenes Recht zu erhalten, „das die Existenz einer Nation, einer Volksgruppe oder der Menschen schlechthin garantiert und als absoluten Wert schützen soll“.<sup>17</sup>

Das unbestreitbare Recht auf Widerstand und die nationalsozialistische Verfolgung treffen nach 1945 im Vorgang der Wiedergutmachung erneut

<sup>16</sup> Vgl. Diemut Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements. Boppard 1981 (Schriften des Bundesarchivs. 28.).

<sup>17</sup> Vgl. Franciszek Ryszka, Die Widerstandsbewegung. Begriff und Erscheinung, in: Widerstandsbewegungen in Deutschland und in Polen während des zweiten Weltkrieges. X. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 1977 in Lancut. 2. Aufl., Braunschweig 1983, S. 15.

zusammen, also an einem Wendepunkt jenseits der Besatzungszeit. Ich erlaube mir eine kurze Bemerkung zum grundlegenden Defekt der Wiedergutmachungsgesetzgebung der Bundesrepublik, weil das in mehrfacher Hinsicht systematisch an diesen Punkt unserer Überlegungen gehört. Sie erkennt rassische, religiöse oder politische Verfolgungsgründe an, nicht dagegen nationale. In dieser Normativität greift sie allerdings zu kurz. Sie bezieht sich damit auf einen eingeeengten Begriff von „rassisch“ und eben nicht auf die Rechtswirklichkeit des Dritten Reiches; deshalb billigt die Wiedergutmachungsrechtsprechung der Bundesrepublik der „nationalen“ Verfolgung nicht den Status der rassischen Verfolgung zu. Und damit berücksichtigt sie nicht, daß sich die alte europäische Figur von Völkern gleicher Rechtsqualität vor der ideologischen Stufung zwischen „Herrenmenschen“ und „Untermenschentum“ verflüchtigt hatte. Der Ausschluß des nationalen Verfolgungsgrundes folgert aus nationalstaatlichen Kategorien jenseits des Nationalsozialismus; er ist also anachronistisch, unrealistisch und darum, ungeachtet der für die Bundesrepublik vorteilhaften Regelung aus dem Londoner Schuldenabkommen, bis auf den heutigen Tag revisionsbedürftig.

Ich habe mir diese Abschweifung gestattet, weil sie zu zeigen geeignet ist, wie schwankend unsere Chronologie bei der Bestimmung des Wendepunktes ist. Sobald wir versuchen, inhaltlich zu bestimmen, was sich denn eigentlich verändert hat, können wir uns von der Datierung auf der bloßen Ereignisebene eben nicht mehr leiten lassen. Wir können von der Besatzungsperiode 1939 bis 1945 also nur ausgehen, müssen aber gleichzeitig zurückgreifen und vorwärts schauen.

Das wird besonders evident, wenn wir die vielfältigen politischen Richtungen der polnischen Widerstandsbewegung betrachten. Ähnlich wie der deutsche Widerstand, der sich an traditionellen, konservativen Optionen orientierte, reflektierte der politische Pluralismus des polnischen Widerstands eine vergangene Epoche der Nationalgeschichte. Jan T. Gross spricht davon, daß der polnische Widerstand eine „Reproduktion der politischen Landkarte vor dem Staatsstreich von 1926“<sup>18</sup> gewesen sei. Diese „demokratische Revolution“<sup>19</sup> belegt ebenfalls den Charakter eines Wendepunktes, der der Besatzungszeit zukommt. Nur überspringt sie dabei gleich zwei historische Phasen nach rückwärts: die der Wirklichkeit unter deutscher Besatzungsherrschaft ebenso wie die Epoche der zuletzt unter dem Regime der Obersten versteinerten Sanacja.

---

<sup>18</sup> Gross, *Polish Society* (wie Anm. 8), S. 304.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 305.

#### 4. Schlußbemerkungen

Ich möchte an dieser Stelle abbrechen und versuchen, die gefundenen Wendepunkte nach ihrer Natur zu gruppieren.

Wir haben den „Wendepunkt“ schon auf der Ereignisebene daran ermittelt, daß die deutsche Besatzungspolitik sogar in ihren Aktionsformen als Kontinuitätsbruch verstanden werden muß. Am Teilungsmotiv läßt sich zeigen, wie Traditionelles vom neuen Rassedanken überfremdet und beiseite gedrängt wird. Das trifft auch für die Beobachtungen zum Staatscharakter und zur Rechtsnormativität zu, ebenso auf die wechselseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen. Daneben ist die Zeitperspektive erheblich, die man den Ereignissen beimessen muß. Der Traditionalismus des Widerstands wendet sich retrospektiv; Zwangsumsiedlungen dagegen schöpfen ihre Motivik aus Wünschen für eine je spezifische Gestalt von Zukunft. Über allem aber steht, daß die aus historischer Erfahrung deutbare Kategorie der Nation im Gewand des „modernen“ Staates abgelöst und unter das Diktat einer geschichtslosen, nur ideologisch faßbaren Vision von „Rasse“ jenseits von Staatlichkeit gestellt wird. Hierin erblicke ich den zentralen Wendepunkt, weil sich aus ihm alle wesentlichen Vorgänge der Ereignisgeschichte schlüssig interpretieren lassen und weil er zeigt, daß die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen sich nicht mit der Kategorie der Traditionsbindung deuten läßt.



## 1945 Das Ende des Zweiten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die zweite Wiederherstellung des polnischen Staates

von Czesław Madajczyk

War das Jahr 1945 ein Wendepunkt in den polnisch-deutschen Beziehungen und wenn ja, inwiefern? Wir werden nach einer Antwort auf diese Frage suchen. Sie ist um weitere Fragen zu ergänzen: Wie und inwiefern wurde dieser Zeitpunkt der Geschichte damals als Wendepunkt angesehen, wie wird er heute eingeschätzt, und welche Ähnlichkeiten und Unterschiede kann man notieren? Was bedeutete er in der Geschichte Polens, was in der Geschichte Deutschlands? — Auf diese Frage habe ich mit Christoph Kleßmann versucht, während der XVIII. Sitzung der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission im Jahre 1985 eine Antwort zu finden.<sup>1</sup> Deutsche Historiker bezeichneten und bezeichnen die damalige Situation Deutschlands mit unterschiedlichen Stichworten. Zwei dieser Bezeichnungen scheinen eindeutig: „das Ende des Reiches“ und „der absolute Tiefpunkt der deutschen Geschichte der Neuzeit“;<sup>2</sup> während eine andere, die sehr interessante Formel „Stunde Null“ von Kleßmann ernsthaft in Frage gestellt wird, weil sie der objektiven Sachlage nicht entspreche. Erfolglos suche ich dagegen nach einer entsprechenden Bezeichnung für die damalige Situation Polens. Die Kompliziertheit seiner Lage widerspiegelt weder die fast ein halbes Jahrhundert lang benutzte offizielle Qualifizierung „Anfang Volkspolens“ noch die Bezeichnung „das Volk nach der Niederlage“, geprägt von dem hervorragenden, bereits verstorbenen polnischen Publizisten Edmund Osmańczyk.

Im Jahre 1945 kam es zu für Europa wichtigen politischen Entscheidungen, in Polen und im besetzten Deutschland traten Ereignisse ein und offenbarten sich Tendenzen in der Politik und in den Stimmungen der Bevölkerung, die sich fast ein halbes Jahrhundert lang mehr oder weniger auf die polnisch-deutschen Beziehungen ausgewirkt haben. Das betrifft die offiziellen wie die inoffiziellen Beziehungen, worunter ich die Kon-

---

<sup>1</sup> Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, hrsg. v. W. Jacobmeyer. Braunschweig 1986, S. 135-157.

<sup>2</sup> R. Hansen, Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945. Stuttgart 1966, S. 11.

takte von Vertretern der Kirchen<sup>3</sup> und den Druck der Landsmannschaften verstehe, wie auch die privaten Kontakte.<sup>4</sup>

Ich bin der Meinung, daß sich nach dem Krieg vier Tatsachen und Bewußtseinszustände am stärksten auf die polnisch-deutschen Beziehungen auswirkten: die Aufteilung des besiegten Deutschlands und die Änderung seiner Ostgrenze, die Beseitigung der Deutschen aus den ehemals deutschen, an Polen angeschlossenen Territorien, eine zunehmende Feindseligkeit auf beiden Seiten sowie die Schwierigkeiten in der Lösung der Frage der Repolonisierung der während des Krieges germanisierten und autochthonen Bevölkerung.

Diesen vier Tatsachen und den Zuständen des gesellschaftlichen Bewußtseins sind meine Überlegungen gewidmet. An erster Stelle ist die Aufteilung des besiegten Deutschlands für fast ein halbes Jahrhundert sowie die Änderung der polnisch-deutschen Grenze (Oder-Neiße), deren bedeutende Verschiebung nach Westen zu berücksichtigen. Die Zahl der Besatzungszonen verringerte sich unter den Bedingungen der Nachkriegskonfrontation Ost- und Westeuropas (Trizone, Bizone), seit 1949 festigte sich für über 40 Jahre die Teilung in zwei deutsche Staaten (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) sowie Westberlins mit einem Sonderstatus.

Die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen wie auch die Auflösung Preußens<sup>5</sup> schienen die Beseitigung oder langfristige Schwächung des deutschen Einflusses wenn nicht überhaupt auf den Lauf der europäischen Fragen, so zumindest in der Region Mitteleuropa anzukündigen. Man konnte sogar den Eindruck gewinnen, daß es das Ende des Deutschtums in dieser Region sei.

Die Aufteilung des Dritten Reiches in vier Besatzungszonen wurde in Polen als normale Konsequenz der militärischen Niederlage und begründete Strafe angesehen. Beunruhigung weckte hier das rasche Abrücken davon in der Atmosphäre der Antagonismen, die unter den Besatzungsmächten auftraten, was in dem Zusammenschluß der westlichen Besatzungszonen seinen Ausdruck fand. Nichtsdestoweniger widersetzten sich

<sup>3</sup> Die Kirchen behielten in den Besatzungszonen Deutschlands großen Handlungsspielraum.

<sup>4</sup> Die letzteren umfaßten nach der bedingungslosen Kapitulation einerseits die Einstellung gegenüber Deutschen bei jenen Polen, die während des Krieges als Zwangsarbeiter oder als Häftlinge im Reich gewesen waren, andererseits die Einstellung zu den Volksdeutschen und den ehemaligen Bewohnern der deutschen Gebiete, die Polen durch die Entscheidung der Siegermächte zugewiesen wurden.

<sup>5</sup> Vgl. A. Lawaty, *Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen.* Berlin 1986.

die polnischen Behörden in ihrer offiziellen Stellungnahme der Festigung der Aufteilung Deutschlands durch die Besatzungsmächte, während die damaligen Stimmungen der Bevölkerung in dieser Frage weniger eindeutig gewesen zu sein scheinen. Man gewinnt den Eindruck, daß das größte Interesse der polnischen öffentlichen Meinung der Entscheidung der Koalition über die Auflösung Preußens galt, das als Urheber vieler nationaler Tragödien Polens und als das Urbild des Dritten Reiches angesehen wurde.

Das Problem der Grenzen Polens war während des Zweiten Weltkrieges eines der wichtigsten in den Konzeptionen und der Tätigkeit der verschiedenen Zentren des polnischen politischen Denkens. Allerdings geriet in dem politischen Lager, das mit der polnischen Exilregierung verbunden war, die Frage der Westgrenze immer mehr in den Hintergrund, verglichen mit dem Programm der Erhaltung der Rigaer Grenze im Osten. Bis zur Potsdamer Konferenz gab es keine Sicherheit, was die Neuerwerbungen im Westen anbetraf; in dieser Situation bestand man fest, wenn auch hoffnungslos auf der Vorkriegsgrenze im Osten. Nach Abschluß des Krieges erlag die Situation einer Veränderung, die Verschiebung der westlichen Grenze wurde von den Polen, die sich — wenngleich nur formal — im Lager der Sieger befanden, als unantastbar empfunden. Man war der Meinung, daß dies von seiten der Deutschen der bedeutsamste Akt der Genugtuung sei. In dieser Hinsicht herrschte eine ungewöhnliche Übereinstimmung der Anschauungen in der polnischen Bevölkerung, und die Endeken, die Anhänger der ehemaligen Nationaldemokratie, ließen den kommunistischen Behörden Polens in dieser Einstellung eine entschiedene Unterstützung zuteil werden.

Die Entscheidung über den Anschluß der östlichen und nördlichen Gebiete des Reiches an Polen war leicht zu begründen: politisch als Wiedergutmachung für die im Osten verlorenen Territorien und als Teilstück der Entscheidung über die Auflösung des gefährlichen Preußens; strategisch als Garantie der europäischen und polnischen Sicherheit (ohne die Bedrohung durch ein vorgeschobenes Ostpreußen, eine Grenze in Anlehnung an die Linie von Flüssen und des Meeres); historisch und ideologisch mit dem Argument einer Rückkehr nach Jahrhunderten von alten Piastengebieten, die offiziell als „wiedererlangte Gebiete“ bezeichnet wurden; zivilisatorisch als Gewinn von Territorien, die wesentlich besser ausgestattet waren als Ostpolen, das der Sowjetunion zufiel; wirtschaftlich als Rohstoffbasis, die Polen sicherstellte.

Besonders wichtig war die erste der Begründungen. Infolge von Verlusten und Erwerbungen verminderte sich das vor dem Krieg 313 000 km<sup>2</sup> umfassende Gebiet des polnischen Staates um 79 000 km<sup>2</sup>, das heißt um

20%, während die Gebietsverluste Deutschlands 18% betragen. Für Polen war das also sozusagen ein Minimum an Wiedergutmachung. Bei einem Mitte 1946 durchgeführten Referendum sprachen sich für die Grenze an Oder, Lausitzer Neiße und Ostsee 66% der Teilnehmer aus.<sup>6</sup> Wenn in dieser Option besonders das Ergebnis der Antworten auf die erste der drei Fragen, die sich auf politische Grundprinzipien bezog, gefälscht wurde, dann scheint in bezug auf die dritte Frage — Zustimmung zur Westgrenze — das angegebene Ergebnis glaubwürdig zu sein, und die negativen Stellungnahmen gaben wohl „Leute von jenseits des Bug“ ab, die sich nicht mit dem Verlust von Lemberg, Wilna und anderen Ostgebieten abfinden konnten.<sup>7</sup> Ziemlich lange war allerdings diese Überzeugung von der Unabänderlichkeit der neuen Westgrenze nicht gleichbedeutend mit der Gewißheit, daß diese Gebiete für immer bei Polen bleiben würden. Anfangs kann die Raubwirtschaft, die Ankömmlinge aus verschiedenen Teilen des Landes hier betrieben, dies bezeugen, später das Gefühl des Provisoriums, das bei ihnen und bei den Repatrianten-Ansiedlern auftrat.

Im Empfinden der Deutschen dagegen war dies eine ungerechte Grenze ohne Dauer, schlimmer als die Ostgrenze der Zwischenkriegszeit, die in der Propaganda als „die brennende Grenze“ bezeichnet worden war. Diese Diskrepanz der Empfindungen nährte sich auch aus der Vieldeutigkeit der diesbezüglichen Formulierungen im Potsdamer Abkommen. Manche Historiker betrachten es als das umstrittenste Dokument des Völkerrechts im 20. Jahrhundert. Jahrzehntlang ermöglichte es den Juristen der einen Seite, den dauerhaften und endgültigen Charakter der Vereinbarungen zu begründen, während die andere Seite ebenso überzeugend das Provisorische dieser Entscheidung beweisen konnte, die noch nicht die endgültigen Beschlüsse einer Friedenskonferenz vorwegnahm. Die Versicherungen von James Byrnes im September 1946, daß das Ausmaß der polnischen Erwerbungen „erst bei einem endgültigen Abkommen“, also auf der Friedenskonferenz, festgelegt werde, unterstützte die Beweisführung der zweiten Gruppe, unabhängig von den Intentionen dieses Diplomaten. Ein

---

<sup>6</sup> Offiziell 91% (s. die Verifizierung der Ergebnisse des Referendums durch Andrzej Paczkowski in: *Rzeczypospolita* vom 21./22. Januar 1993). Am Referendum beteiligten sich 85% der Abstimmungsberechtigten.

<sup>7</sup> Selten waren Demonstrationen für eine Wiedergewinnung der Ostgebiete, die übrigens brutal unterdrückt wurden. Eine solche organisierten 1945 die Krakauer Studenten. E. Dmitrów, *Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948* (Die Deutschen und die nationalsozialistische Okkupation in den Augen der Polen. Anschauungen und Einschätzungen in den Jahren 1945–1948). Warszawa 1987, S. 227.



anderes wichtiges Argument der antipolnischen Propaganda sollte die angebliche Unfähigkeit der polnischen Behörden sein, die ehemals deutschen Gebiete zu bewirtschaften. Günter Grass bemerkte treffend, daß sowohl die deutschen als auch die polnischen Entstellungen der Abkommen von Jalta und Potsdam von der Voraussetzung ausgingen, daß hier „urdeutsche Provinzen“ verlorengegangen, „urpolnische Gebiete“ zurückgewonnen seien.<sup>8</sup>

Nach einiger Zeit nahmen sozusagen zwei Grenzen in einigen hundert Kilometern Entfernung Gestalt an; die direkte mit der DDR bezeichnete man als Grenze des Friedens und der Freundschaft, die an der Elbe, die die Grenze des sozialistischen Blocks absteckte, als Grenze der Sicherheit.

Wenn im Laufe der Zeit in der BRD revisionistische Stimmungen und revanchistische Bestrebungen schwächer wurden, so scheinen unter den wichtigen Ursachen drei am wichtigsten zu sein. Beeinflußt wurde dieser Prozeß durch die neue Erfahrung deutscher Politiker und Historiker, daß eine territoriale Expansion nicht mehr rentabel ist und daß zwei in ihrem Namen geführte Weltkriege zu katastrophalen Ergebnissen geführt hatten. Nicht die Größe besessenen Gebiets entschied über den politischen, wirtschaftlichen Rang, sondern die Dynamik der Entwicklung. Die zweite Ursache sehe ich in der Abneigung gegen Preußen, die bei einem Teil der Politiker und in der Gesellschaft Westdeutschlands hervortrat, deutlich auch bei dem Kanzler Konrad Adenauer. Die dritte schließlich sehe ich in der Tiefe der demokratischen Wandlungen in Westdeutschland, die es ermöglichte, im Bewußtsein der Gesellschaft einen Umbruch herbeizuführen. Während daher nach dem Ersten Weltkrieg der territoriale Revisionismus im Osten eine ziemlich allgemeine Erscheinung war, verlor er nach dem Zweiten rasch an Anhängern; propagiert wurde oder — wie man gelegentlich in Polen behauptet — wird er erstaunlich lange von Leuten aus dem Kreis der durch die Aussiedlungen Benachteiligten oder von den Landsmannschaften.

Im Polen des Jahres 1945 sank die politische Bedeutung des besiegten Deutschlands. Sein Einfluß auf die europäische Politik war seither für lange Zeit gleich Null, zugleich war seine moralische Reputation erschreckend heruntergekommen. Dennoch war es, so klar man Deutschlands Schwäche empfand, nicht bloße Propaganda, wenn Polen sich gern der eigenen Überlegenheit vergewisserte und die Behörden vor einer Wie-

---

<sup>8</sup> G. Grass, *Na przykład Chodowiecki. Polacy i Niemcy: czy to się może dobrze skończyć?* (Zum Beispiel Chodowiecki. Polen und Deutsche: kann das ein gutes Ende nehmen?), in: *Polityka* Nr. 27 vom 6. Juli 1991.

dergeburt der Macht und einem territorialen Revisionismus Deutschlands warnten. Es ergab sich aus Befürchtungen, der Ablauf der Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg könne sich wiederholen, als dieses Land sich schnell der internationalen Überwachung entzogen hatte.<sup>9</sup> Nur jemand, der schon damals die Unbeständigkeit der antifaschistischen Koalition und das Entstehen zweier feindlich zueinander eingestellten Blöcke auf deren Trümmern voraussah, konnte sich die Frage stellen: Wie lange wird der neue Status quo in Europa dauern? Der bereits erwähnte Osmańczyk, Autor des Buches „Był rok 1945“ (Man schrieb das Jahr 1945), das übrigens im Frühjahr und Sommer des darauffolgenden Jahres geschrieben wurde, bemerkte als einer von wenigen, daß es zu keinem vollständigen Zusammenbruch des deutschen Volkes gekommen war und daß das besiegte Deutschland den Großmächten im Rang näher stand als Polen, und das dank solcher Werte wie Arbeitsamkeit und Rechtschaffenheit. Indem er auf die Anfänge der deutschen Anstrengungen um den Wiederaufbau des zerstörten Landes aufmerksam machte, stellte er die Frage: Werden wir uns mit ihnen messen können? Schon damals spürte er intuitiv, daß den Frieden diejenigen gewinnen werden, die besser und produktiver arbeiten.<sup>10</sup> Meine wesentlich spätere Reflexion in dieser Frage, die dem Denken jenes Publizisten nahesteht, war ein Artikel aus dem Jahre 1982, der fragte: Sind die zwei von Deutschland verlorenen Weltkriege für dieses Land eine Quelle der Schwäche oder der Stärke geworden?<sup>11</sup> Ich bestätigte, daß die Deutschen es verstanden, Schwäche in Stärke zu verwandeln.

Zweites wichtiges Ereignis war die Beseitigung der Deutschen aus Polen in dessen neuen Grenzen, bezeichnet als Aussiedlung oder Vertreibung.<sup>12</sup> Während des Krieges hatte in dem besetzten Land die Überzeugung dominiert, daß ein Zusammenleben der Polen mit Volksdeutschen nach dessen Ende unmöglich sein werde. In der Phase der Kriegsevakuierung wanderte ein beachtlicher Teil von ihnen ins Innere des Reiches ab, viele

---

<sup>9</sup> In der polnischen Gesellschaft weckte es größte Unruhe, als im Sommer 1946 Staatssekretär James Byrnes das Potsdamer Abkommen in Frage stellte und mit einer Revision der polnisch-deutschen Grenze lockte.

<sup>10</sup> Um im Wettbewerb mitzuhalten, mußten u.a. die Erfahrungen genutzt werden, die während der Zwangsarbeit in Deutschland, besonders in der Landwirtschaft gemacht worden waren. Das wird aber übersehen. Von Einfluß darauf konnte die Stärke des Widerwillens gegenüber allem Deutschen sein, auch die Stimmen der Presse, es gebe nichts nachzuahmen, da die positiven deutschen Eigenschaften zu verbrecherischen Zwecken mißbraucht worden waren.

<sup>11</sup> C. Madajczyk, Die Niederlagen Deutschlands in zwei Weltkriegen — Eine Quelle künftiger Stärke oder Schwäche?, in: Polnische Weststudien 1 (1982), H. 2.

<sup>12</sup> Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Bd. 2, München 1984.

fanden den Tod, als sie im letzten Augenblick vor der nahenden Front unter den Bedingungen eines harten Winters evakuiert wurden und sich plötzlich in Reichweite der Kriegshandlungen der Roten Armee befanden.

Nach der Übernahme der Territorien östlich von Oder und Lausitzer Neiße durch die polnische Verwaltung, vollzogen aufgrund einer Vereinbarung mit der Regierung der UdSSR, gab es ein halbes Jahr lang keine bindende Antwort auf die Frage, was mit den mindestens 3,5 Millionen Deutschen geschehen sollte. Die Stimmungen in der Bevölkerung waren eindeutig und unstrittig: aussiedeln. Manche Polen sahen darin eine angemessene Vergeltung für die deutschen Aussiedlungen während des Krieges. Aber erst die Entscheidungen der Siegermächte in Potsdam besiegelten die Beseitigung der deutschen Bevölkerung. Und den Plan der Aussiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn bestätigte der Alliierte Kontrollrat Ende November 1945. Aus Polen sollten die Deutschen in die sowjetische und britische Besatzungszone umgesiedelt werden. Die ganze Aktion sollte bis Juli 1946 abgeschlossen sein, was sich jedoch als unausführbar erwies. In Polen tauchte sogar eine Neigung auf, die deutsche Jugend zurückzuhalten — „zur Zwangsarbeit unter polizeilicher Aufsicht beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete“.<sup>13</sup> Gesiegt hat jedoch die Tendenz, mit Einwilligung der Besatzungsbehörden der entsprechenden Zonen die ganze deutsche Bevölkerung möglichst schnell und mit rücksichtsloser Konsequenz dorthin zu transportieren. In der Gesamtbilanz wurden aus den ehemals deutschen Gebieten Polens östlich der Oder und Neiße sowie aus Ostpreußen (auch aus dem an die UdSSR angeschlossenen Teil), die während des Krieges von insgesamt etwa 10 Millionen Menschen bewohnt gewesen waren, 3,5 Millionen entfernt, darunter etwa 250 000 vor der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens und 2 Millionen im Laufe des Jahres 1946. In Polen festigte die Durchführung dieser Aussiedlungen in der Bevölkerung die Überzeugung von der Beständigkeit der Grenze an Oder und Neiße.

Die mehrere Millionen Menschen umfassenden Verschiebungen deutscher Bevölkerung, geregelt durch Entscheidungen der vier Siegermächte,<sup>14</sup> bildeten eine Konsequenz der Änderung der Grenzen Polens durch

---

<sup>13</sup> B. Pasierb, *Polska myśl polityczna okresu drugiej wojny światowej wobec Niemiec* (Polnisches politisches Denken über Deutschland während des Zweiten Weltkrieges). Wrocław 1986, S. 344.

<sup>14</sup> Sie sahen in Potsdam eine „ordnungsgemäße und humane Überführung“ der deutschen Bevölkerung vor. Die Bezeichnung „Vertriebene“ ist in der deutschen Historiographie seit 1947 in Gebrauch.

die Großmächte. Doch wie Hans-Adolf Jacobsen bemerkt — „die Evakuierung, Flucht und Vertreibung waren in erster Linie die Konsequenz des von dem NS-Regime entfesselten Krieges und seiner Vernichtungspraktiken (...)“.<sup>15</sup> Die Potsdamer Entscheidung über die Umsiedlungen besiegelte nicht endgültig deren Ausmaße, diese bildeten erst eine Konsequenz der von den polnischen Behörden durchgeführten nationalen Verifizierung. Die Art und Weise aber, in der sich die Aussiedlungen der Deutschen durch die polnischen Behörden vollzogen, wurde besonders durch das Chaos beeinflusst, das aus einer bürgerkriegsähnlichen Situation entstanden war. Auch war während der Okkupation eine Atmosphäre des Hasses gegenüber den Deutschen gewachsen, danach kam vereinzelt ein Drang nach Rache zu Wort; hier und da wurde er toleriert, in anderen Fällen fiel es der staatlichen Verwaltung schwer, ihn zu eliminieren.

Man kann die Eingriffe der schwachen zentralen Behörden und der unbeholfenen, undisziplinierten regionalen Verwaltung bezeugen, die sich zum Ziel setzten, der Willkür oder den Gewalttaten und Mißbräuchen der polnischen Umsiedler und Einwanderer gegenüber der deutschen Bevölkerung in den ehemaligen ostdeutschen Gebieten vorzubeugen. Die polnischen Militärs versuchten, Eigenmächtigkeiten unter den Soldaten einzuschränken, die Äußerungen elementarer Vergeltungsgefühle zu stoppen, das „Marodieren“ zu bekämpfen. Die Woiwoden wiederum bedrohten Mißbräuche gegenüber den ausgesiedelten Deutschen mit strengen Strafen. Wenn es trotzdem oft zu Raubüberfällen und Requisitionen kam, wenn Lynchjustiz und Gewaltakte begangen wurden, wenn Brutalität und Grausamkeit gegenüber der Zivilbevölkerung und deutschen Kriegsgefangenen eine häufige Erscheinung war, dann erleichterten dies die bereits erwähnte, ziemlich allgemein herrschende Anarchie und die internen Kämpfe. Man muß berücksichtigen, daß nach Beendigung der deutschen Okkupation in Polen hier, anders als in den meisten Ländern Westeuropas, kein funktionierendes einheimisches Personal einer regionalen Verwaltung von aus der Emigration zurückkehrenden legalen Behörden übernommen wurde. Dieser Unterschied ergab sich daraus, daß die Besatzungsbehörden die polnische Verwaltung und Selbstverwaltung liquidiert hatten — in den eingegliederten Ostgebieten vollkommen und im Generalgouvernement zu einem beachtlichen Teil. Was ebenso wichtig ist: Viele hochqualifizierte Beamte waren der Extermination der polnischen Intelligenz zum Opfer gefallen, und ein Teil weigerte sich aus politi-

---

<sup>15</sup> H.-A. Jacobsen, Zur Lage der Nation im Mai 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13 (1985), S. 11.

schen Gründen, einen Dienst im Apparat der neuen, von der UdSSR abhängigen Regierung aufzunehmen. In den neu eingegliederten Gebieten existierte außerdem die Parallelmacht der sowjetischen Militärkommandanten, die das entscheidende Wort hatten. Sie tat wenig zur Vorbeugung gegen die zahlreichen Exzesse von Marodeuren aus der Roten Armee oder die Racheakte sowjetischer Soldaten an der deutschen Zivilbevölkerung — Antwort auf das Schicksal, das früher ihre Nächsten von der Hand der Okkupanten erlitten hatten.

Die Änderung der Ostgrenze Deutschlands und die Aussiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder waren Regelungen, die von den Siegermächten vereinbart worden waren. Das besetzte Deutschland, das die Konsequenzen von Kriegsaggression, Kriegsverbrechen und Völkermord zu tragen hatte, besaß, anders als nach dem vorangegangenen Weltkrieg, jetzt keinen Einfluß auf die Entscheidungen der vier Großmächte. Den inneren und internationalen Rang Polens wiederum schwächte in den Jahren 1944–1945 das verspätete, inkonsequente und, wie sich bald erweisen sollte, auch nicht dauerhafte Zusammenwirken der polnischen Politiker, die unterschiedliche Orientierungen repräsentierten, die östliche und die westliche, die kommunistische und die demokratische. Vom Vorabend der Potsdamer Konferenz an war dies die wenig effektive Beteiligung Stanisław Mikołajczyks und seiner Anhänger zuerst im Rahmen der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit und später der Regierung der Nationalen Einheit. Wesentlicher war, daß die Entscheidungsfreiheit der polnischen Behörden durch die starke und weitgehende Abhängigkeit von der Sowjetunion oder dem Willen Stalins eingeschränkt wurde, durch die Mißachtung des Rechtes auf Souveränität.

Ich gehe zur Besprechung einer anderen Komponente des sozialen Bewußtseins über, zur Verbreitung des Bildes von den Deutschen als einer verbrecherischen, völkermordenden Nation, in extremen Fällen der Vision eines Volkes geborener Verbrecher, die sich in keiner absehbaren Zukunft ändern werden. Dieses Bild war äußerst suggestiv. Im Recht sind die Historiker, die behaupten, daß Polens Theorie des Hitlerfaschismus von den Verbrechen der Kriegs- und Besatzungszeit abgelesen wurde. Es wäre aber eine Vereinfachung, die Determinanten, die dieses Bild gestaltet haben, auf die Okkupationserfahrungen der polnischen Gesellschaft zurückzuführen.<sup>16</sup> Einfluß hatten auch die Informationspolitik der polni-

---

<sup>16</sup> Der Publizist K. Koźniewski meinte übertreibend, daß die Prozesse vor dem Obersten Volksgericht ein „umwälzendes Moment“ in der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen darstellen, da zum ersten Mal polnisches Recht Deutschen, die einem Befehl ihres Volkes gefolgt waren, Gerechtigkeit zuteil werden ließ.

schen Behörden, die Literatur und die Lagerfilme, das „martyrologische“ Denken, die historische Erklärung der „uralten“ deutschen Bestrebungen in Mitteleuropa als „Drang nach Osten“. Einen besonders starken Einfluß auf die Emotionen übten die Prozesse gegen NS-Verbrecher in Polen aus,<sup>17</sup> die in einigen Fällen verbunden waren mit öffentlichen Exekutionen als Massenschauspiel, inszeniert nach tschechischem Muster. Es wirkte sich auch die antideutsche Propaganda der Alliierten aus, intensiviert im November 1945 im Zusammenhang mit dem anlaufenden Nürnberger Prozeß, der zu einem dramatischen Weltspektakel wurde.

Die Feindschaft zwischen Polen und Deutschen in den Jahren 1945–1948 und deren Charakter hat gründlich und allseitig Edmund Dmtrów untersucht.<sup>18</sup> Unter den schwierigen Bedingungen jener Jahre wurden natürlich keine Befragungen der öffentlichen Meinung durchgeführt; der Verfasser mußte daher eine Rekonstruktion der Einschätzungen, Stimmungen oder Emotionen der Massen auf die Meinung von Einzelnen und solcher Personen stützen, die damals in der kulturellen und politischen Welt öffentlich von Gewicht waren. Wojciech Wrzesiński wiederum legte im Jahre 1992 die Ergebnisse seiner Forschungen zum Thema: *Ist der Deutsche Nachbar oder Feind (1795–1939)?*<sup>19</sup> vor. Seine Forschungen waren ausgerichtet auf die Vorstellung der Polen von den Deutschen und auf die Analyse des funktionierenden Stereotyps vom Deutschen. Er gab keine eindeutige Antwort, was verständlich ist, denn in anderthalb Jahrhunderten hat dieses Bild unterschiedliche Gestalten angenommen. Im Jahre 1945 existierte dieses Dilemma meines Erachtens nicht, denn damals sah man den Deutschen nur als Feind. In späteren Jahren präsentierten offizielle Äußerungen zwei Antlitze des Deutschen: des Polen bedrohenden, öffentlich angegriffenen BRD-Bürgers und des Verbündeten aus der östlichen Besatzungszone, später der DDR. Dieser aber — fügen wir hinzu — genoß in der katholischen polnischen Bevölkerung keine Sympathie. Die Deutschen aus der DDR wurden einfach mit den Preußen identifiziert oder galten als eine Art Preußenkommune (eine Travestie der Judenkommune).

<sup>17</sup> Chef der Polnischen Militärmission in Berlin war Oberst Dr. Jakub Prawin, ein Vorkriegskommunist, dessen ganze Familie während der Okkupation ermordet wurde. Er selbst und seine Frau konnten sich retten, da sie sich in dem 1939 von der UdSSR besetzten Territorium befanden.

<sup>18</sup> Dmtrów, *Niemcy* (wie Anm. 7).

<sup>19</sup> W. Wrzesiński, *Sąsiad czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795–1939* (Nachbar oder Feind? Studien über die Gestaltung des Bildes des Deutschen in Polen in den Jahren 1795–1939). Wrocław 1992.

Generell kann man feststellen, daß sich im Jahre 1945 im Inland und in der Emigration ein Meer offenen Hasses der Polen auf die Deutschen ergoß, was manche als eine — vielleicht unvermeidliche — Ansteckung durch den Haß bezeichnen. Das deutsche Volk wurde mit dem Hitlerfaschismus identifiziert,<sup>20</sup> und die Wurzeln dieser Bewegung sollten teutonisch und preußisch gewesen sein. Gehärtet in der faschistischen Schule von Gewalt und Barbarei, war diese breit ausgesprochene antideutsche Einstellung für die Polen eine Ersatzgenugtuung, da sie sich nicht als wirkliche Mitsieger im Krieg fühlten.

Anhänger der Anschauung von der Verantwortung des ganzen deutschen Volkes für Hitlers Taten forderten, man solle einen Wiederaufbau Berlins unterlassen, alle ehemaligen SS-Mitglieder in Kolonien deportieren, „geschlossene deutsche Viertel“ oder rentable Konzentrationslager einrichten. Ein bekannter Schriftsteller, Jan Parandowski, verlangte die Sammlung von Beweisen für die uralte deutsche Barbarei, die in einem zu diesem Zweck gegründeten „Museum des Verbrechens und der Schande“ präsentiert werden sollten. Es wäre eine polnische Entsprechung des heutigen Museums Yad Vashem in Jerusalem gewesen. Eine andere Art von Verurteilung ging vom polnischen Episkopat aus, der den Hitlerfaschismus als „braune Gottlosigkeit“ ansah und dem Protestantismus, der als „moralisch-ethischer Nährboden der braunen Bewegung“ eingestuft wurde, ein antichristliches Wesen vorwarf. Für viele katholische Schriftsteller war der deutsche Faschismus ein fremdartiges Böses, unmenschlich oder außermenschlich.

Es gab nur wenige Polen, die sich der Sicht des ganzen deutschen Volkes als eines Volkes von Verbrechern oder einer Personifizierung des Bösen widersetzen, die eine Neigung zur Dämonisierung des Deutschen bemerkten. Der „gute Deutsche“ trat nur sehr selten in Erscheinung, in der Regel zweifelte man an seiner Existenz. Die deutsche Opposition gegen Hitler fand keine Anerkennung, wurde als eine Auflehnung von Enttäuschten betrachtet. Osmańczyk und ein Teil der katholischen Publizisten verwiesen auf einen angeblichen Antagonismus zwischen den verbrecherischen Preußen und den antipreußisch eingestellten Rheinländern, die eine rasche Annäherung verdienen. Der Vorschlag dieses Publizisten, die Beziehungen zu den Deutschen auf lange Sicht zu planen, stieß in der Presse auf scharfe Kritik. Und solche, die in Polen öffentlich die Befürchtung äußerten, Gerechtigkeit könnte, und wenn es nur sporadisch geschehe, durch Rache an den Deutschen ersetzt werden, gab es nur

---

<sup>20</sup> Anders war es in der UdSSR, wo konsequent der deutsche Faschismus verurteilt wurde, während man das Volk als dessen Opfer darstellte.

wenige, unter ihnen der Soziologe Stanisław Ossowski, die Schriftsteller Antoni Gołubiew, Leon Kruczkowski und Jan Dobraczyński, auch der Justizminister Henryk Świątkowski.

Für einige Polen, u.a. für die Schriftsteller Tadeusz Różewicz und Tadeusz Borowski oder für Marek Edelman, einen Teilnehmer des Aufstandes im Ghetto, wurde die Abrechnung mit den Deutschen zugleich zur Abrechnung mit sich selbst. Sie stellte auf die Tagesordnung die Frage: Wie haben wir uns in der „Zeit der Verachtung“ verhalten? Aber nur wenige fanden den Mut, das Erinnerungsbild heroischer Taten einer nüchternen Prüfung zu unterziehen.

Der polnische Politologe Bronisław Pasierb unterschied vier Funktionen des deutschen Problems in den Nachkriegsjahren: die instrumentale Funktion, die Abwehrfunktion, die Kompensationsfunktion und die Integrationsfunktion. Am längsten diskontierten die Behörden das deutsche Problem als Integrationsfaktor für die polnische Gesellschaft. Der Haß gegen die Deutschen erfüllte eine wichtige Funktion zur Begründung der antideutschen Spitze der polnischen Außenpolitik, und das geopolitische Denken in Polen konnte gerade gegenüber dem besiegten Feind uneingeschränkt Ausdruck finden. Dank der Fixierung auf Deutschland schwächte sich ein anderes Motiv dieses Denkens ab: der Haß eines beachtlichen Teiles der polnischen Gesellschaft gegen die Russen. Er näherte sich aus ihren verbrecherischen Aktivitäten im ehemaligen Ostpolen besonders in den Jahren 1939–1941, aus ihrem Kampf gegen die Londoner Strömung in der Widerstandsbewegung (Heimatarmee) wie auch gegen die Bestrebungen verschiedener Untergrundgruppen nach dem Kriege, eine volle Unabhängigkeit des Landes zu erreichen. Diejenigen, die unter den Faschisten gelitten hatten, besaßen das Recht, daß ihre Wahrheit öffentlich bekannt und verhandelt wurde. Den Opfern der Verfolgungen im Osten blieb das versagt; es war eine Intention der Propaganda, daß die stalinistischen Verbrechen vergessen wurden. So gab die antideutsche Einstellung eine Möglichkeit, den antisowjetischen Komplex zu mildern. Außerdem war das Stereotyp vom Deutschen als dem einzigen, aber tödlichen Feind ein Gegengewicht zur Theorie von den zwei Feinden, die vom polnischen Untergrundstaat propagiert worden war.

Als in den Kreisen der Polnischen Sozialistischen Partei im Jahre 1948 schüchtern dazu aufgerufen wurde, ein rationales Programm der polnischen Politik zu erarbeiten, blieb das ohne Widerhall. Die offizielle Politik präsentierte ein Vierteljahrhundert lang ununterbrochen die BRD als Feind, während sie seit 1948 die Annäherung an die sowjetische Besatzungszone und später an die DDR anstrebte. Als Begleiterscheinung tauchten dabei mißlungene Versuche auf, anstelle der martyrologischen



eine heroisch-fortschrittliche Konvention des Bildes der Okkupation zu lancieren. In späteren Jahren widmete man in den Massenmedien den Gefährdungen beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands und dem Charakter der Beziehungen der westlichen Besatzungsmächte zu Deutschland immer mehr Aufmerksamkeit.

Auf die Polen wirkte am stärksten das Stereotyp des Deutschen als eines Verbrechers, aus dem man nach einigen Jahren in der offiziellen Einstellung die Bewohner der DDR auszuklammern begann. Die Abkehr von dem fast allgemeinen Haß der polnischen Bevölkerung gegen die Deutschen vollzog sich langsam, zuerst außerhalb der Ebene offizieller Kontakte hauptsächlich unter der jüngeren Generation und den Intellektuellen.

Der deutsche Haß gegen die Polen stützte sich während des Krieges auf die rassistischen Grundsätze des Nationalsozialismus und die Rachgier, eingimpft von der Goebbels'schen Propaganda, die die Polen als Untermenschen und als Mörder von Tausenden von Volksdeutschen während des polnisch-deutschen Krieges darstellte. Es fehlt an einer wissenschaftlichen Prüfung, welche Entwicklung diese Einstellung nach 1945 durchlaufen hat. Besonders aus verschiedenen Memoiren ergibt sich aber, daß in der deutschen Bevölkerung antipolnische Einschätzungen und ein extrem negatives Stereotyp des Polen weiterhin stark und ziemlich allgemein verwurzelt waren. Der erwähnte Osmańczyk, Korrespondent im okkupierten Deutschland, hegte in den Jahren 1945–1946 keinen Zweifel, daß die Deutschen weiterhin im Haß gegen Polen erzogen würden. Auf die feindliche Gesinnung der Deutschen gegenüber allem Polnischen wirkte sich gleich nach der Befreiung deutlich die Verhaltensweise eines Teiles der Polen aus, die sich während des Krieges zur Zwangsarbeit verschleppt oder als Gefangene im Dritten Reich befunden hatten. Besonders in der britischen Besatzungszone strebten manche DPs (displaced persons) polnischer Nationalität, zusammengeballt in Lagern unter alliierter Militäraufsicht, spontan nicht nur zurück in ihre volle Freiheit, sie waren auch auf Rache aus, die in der Teilnahme an Raubzügen und Gewalttaten ihren Ausdruck fand.<sup>21</sup> Der Fall Paderborn war hier charakteristisch. Bei der deutschen Bevölkerung weckte das wiederum die Neigung, zumindest alle polnischen DPs mit Kriminellen gleichzusetzen.

---

<sup>21</sup> W. Jacobmeyer, *Problemy „Displaced Persons“ narodowości polskiej w latach 1945–1947 na terenie Niemiec zachodnich* (Probleme der „Displaced Persons“ polnischer Nationalität in den Jahren 1945–1947 in Westdeutschland), in: *Przegląd Zachodni* (1984), Nr. 5–6. Überdies: ders., *Von der Zwangsarbeit zum heimatlosen Ausländer*. Göttingen 1985.

Die Deutschen, in ihrem besetzten Land hauptsächlich mit dem Überleben beschäftigt, empörte in bezug auf Polen vor allem die Aussiedlung ihrer Landsleute in den Jahren 1945–1949, die besonders im Anfang inhumanen Methoden der Aussiedlertransporte. Außerdem mußte nach der Ankunft in den vorgesehenen Orten der Besatzungszonen eine verarmte einheimische Bevölkerung ihnen beim Einrichten Hilfe leisten. Jahrzehntlang konnten sich die Ausgesiedelten oder Vertriebenen mit dem Verlust der Heimat im Osten und der einst besessenen Habe nicht abfinden. Wollte man die Stimmungen der polnischen Repatrianten aus der UdSSR mit denen der deutschen Aussiedler vergleichen, dann fanden sich die Repatrianten schneller mit ihrem Schicksal ab, obwohl die Integrierung der Zugewanderten in die einheimische Bevölkerung sich in einem ähnlichen Tempo vollzog wie in den Besatzungszonen Deutschlands.

Hat sich diese antipolnische Einstellung unter den Bedingungen schlechter Behandlung und Umerziehung der Deutschen durch die Besatzungsmächte abgeschwächt? Oder haben ihr die Besatzungsmächte angesichts der sich rasch verändernden internationalen Situation eher freien Lauf gelassen und sie toleriert? Ich bin nicht imstande, auf diese Frage eine Antwort zu geben, vielleicht bekommen wir sie von den deutschen Kollegen.

Die vierte Tatsache, die ich berücksichtigen möchte, betrifft die Wirkungen der Politik der polnischen Behörden und der eigenmächtigen Aktivitäten der Bevölkerung gegenüber dem während des Krieges germanisierten Teil der Einwohner der „eingegliederten Ostgebiete“ sowie gegenüber jenen Deutschen, die in dem Polen angeschlossenen Territorium östlich der Oder und in Ostpreußen lebten. Man sollte sich fragen, wie und wie sehr diese Nationalitätenpolitik, besonders die nationale Verifizierung,<sup>22</sup> belastet war durch die destruktive Einstellung der polnischen Zuwanderer, durch die Atmosphäre der Feindschaft oder des Hasses gegen die Deutschen, durch die Kurzsichtigkeit der zentralen Behörden und der örtlichen Instanzen in den ehemals deutschen Gebieten. Ganz allgemein kann man feststellen, daß dies zu einer unvollständigen Bewältigung der Konsequenzen der Deutschen Volksliste (DVL) und zu vielen Ungerechtigkeiten in der Lösung des Problems der Autochthonen führte; auf die Dauer aber hatte es nicht wenige Folgen, die polnischen Staatsinteressen schaden.

<sup>22</sup> Am vollständigsten dargestellt in der Arbeit von Jan Myszal, *Weryfikacja narodowościowa na Ziemiach Odzyskanych* (Die nationale Verifizierung in den Wiedererwonnenen Gebieten). Warszawa 1990.

Bereits 1970 schrieb ich, daß man sich während der Besatzung dessen bewußt gewesen war, daß die Lösung des Problems der DVL in der Zeit des Wiederaufbaus des polnischen Staatswesens eine der schwierigsten Aufgaben sein werde, die die deutsche Okkupation hinterlasse, und daß sie beachtliches Durcheinander verursachen könne.<sup>23</sup> Es war ein wichtiges Instrument der Nationalitätenpolitik der Behörden des Dritten Reiches, die mit seiner Hilfe authentische oder scheinbare Volksdeutsche aussonderten und aus ihnen eine privilegierte Schicht machten, während sie die übrige Bevölkerung zu Verfolgung und Schwerarbeit verurteilten. Die Menschen wurden nolens volens in eine ausweglose Situation hineinmanövriert, oft sonderte man sie unabhängig von ihrem Willen von ihrer Umgebung ab. Nach Beendigung der deutschen Besatzung wurden die in die DVL Eingetragenen von den polnischen Behörden und den Zuwanderern aus anderen Teilen des Landes oft als Verräter oder Feinde angesehen, viele von ihnen wurden entgegen den geltenden Rechtsregelungen diskriminiert. Besonders scharf trat dies in Oberschlesien zu Tage. Hier verliehen Zuwanderer aus dem Kohlenrevier von Dombrowa einer solchen Einstellung Ausdruck, Menschen, die während des Krieges von den Besatzungsbehörden mit großer Rücksichtslosigkeit behandelt worden waren.

In den neugewonnenen Gebieten sollte nun die nationale Verifizierung die Autochthonen aussondern. Oft jedoch wurden Leute, die sich in der Vergangenheit deutlich in der Tätigkeit für das Polentum engagiert hatten und sich jetzt um die formale Anerkennung als Polen bemühten, als Deutsche behandelt, damit man ihre Habe übernehmen oder sich blind an ihnen rächen konnte. Leider waren in der Regel weder die dort angestellten Beamten noch die zugewanderte Bevölkerung über die komplizierten Nationalitätenprobleme orientiert, die in den Westgebieten auftraten. Das Wesen des Stereotyps vom Autochthonen ließ sich, zumindest in der ersten Zeit, zurückführen auf die Vorstellung eines Deutschen, der vielleicht ein wenig anders war als diejenigen, die man aus den Okkupationserfahrungen kannte. Dem Stereotyp des zugewanderten Polen wiederum, wie es sich die dortige Bevölkerung schuf, lag einerseits das Bild eines Plünderers oder Räubers von ehemals deutschem Vermögen zugrunde, andererseits das Bild eines verarmten Umsiedlers von jenseits des Bug. Wenn besonders anfangs die Einstellung zur einheimischen Bevölkerung sowohl seitens der Umsiedler, die bei der Repatriierung fast ihr ganzes Hab und Gut in der UdSSR zurücklassen mußten, wie seitens der Zuwan-

<sup>23</sup> Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce* (Die Politik des Dritten Reiches im besetzten Polen). Bd. 1, Warszawa 1970, S. 383.

derer aus dem ehemaligen Zentral- und Westpolen negativ war, dann lag die Ursache dafür vor allem in Vermögensfragen. Ein positives Ergebnis der nationalen Verifizierung, die am frühesten, weil schon im März 1945 im Opperlner Schlesien eingeleitet wurde, und damit die Anerkennung als Autochthone lag nicht im Interesse der polnischen Zuwanderer. Die einheimischen Einwohner polnischer Nationalität, in Oberschlesien die ehemaligen „Wasserpölacken“, waren eingeschüchtert und desorientiert. Leicht und in ziemlich großem Umfang kehrten die Zuwanderer gegen sie Drohungen, Denunziationen und falsche Beschuldigungen des Verrats am polnischen Volk, nicht selten gebrauchte man sogar Gewalt und Terror. Im Endergebnis ging in den Jahren 1945–1947 eine bei dem heutigen Stand der Forschung schwer zu bestimmende Masse einheimischer Bevölkerung für das Polentum verloren, weil sie entweder nicht positiv verifiziert oder der gebührenden Rechte und Habe beraubt wurde. Viele Familien wurden getrennt, und ein Echo dessen nach Jahren war die Aktion ihrer Zusammenführung, die Ausreise in die BRD mit diesem Ziel.

Haben die vier erwähnten Vorgänge und politischen Lösungen in der Optik des heutigen Tages ihre Bedeutung geändert? Die Antwort fällt schwer. Ich glaube, daß auf polnischer Seite eine modifizierte Sicht des Deutschlands und der Deutschen von damals den wesentlichsten Unterschied ausmacht. Das heutige Bild enthält Schattierungen, ermöglicht auf beiden Seiten ein Verständnis für Intentionen, Handlungen und durchlittene Erfahrungen. Auch das im Jahre 1945 so grelle Bild der verbrecherischen und gehaßten Deutschen milderte sich, nicht so sehr infolge einer Umerziehung, als vielmehr unter dem Einfluß der Bewunderung für ihre wirtschaftlichen Leistungen und ihren Wohlstand; bei der jungen Generation kam die Sympathie für die in Deutschland herrschende Modernität hinzu. Gefördert wird dies auch durch die seit einiger Zeit anwachsende Welle des Hasses gegen den östlichen Nachbarn.

Das Jahr 1945 leitete die erste Etappe polnischer Abrechnungen ein, inspiriert durch die Erfahrungen des Krieges und der Okkupation. Diese Etappe, als die öffentliche Meinung noch in einem gewissen Grade spontan war, weniger manipuliert als später und nicht vereinheitlicht von oben, endete im Jahre 1948. Konnte man in diesem Zeitabschnitt die emotionale Einstellung zu dem monströsen Feind und Verfolger steuern, wie es der Nationalsozialismus war? Dafür scheint das Beispiel der UdSSR zu sprechen, wo man den deutschen Faschismus vom deutschen Volk unterschied. Mir scheint aber das abweichende Beispiel Israels oder der Juden überhaupt überzeugender zu sein. Dort gelang es, die Feindschaft gegen die Realisatoren der „Endlösung der Judenfrage“ auf konstruktive Weise

zu diskontieren, indem man für die geschädigten Juden entsprechende Entschädigungen erzielte und das Gedenken an den verbrecherischen Nationalsozialismus als eine Warnung für die zivilisierte Welt festhielt, als etwas, das sich in der Zukunft nicht wiederholen darf. Als ich im Jahre 1981 an wissenschaftlichen Konferenzen in Israel teilnahm, ergriff ich das Wort auf einem Empfang bei dem Präsidenten dieses Landes (Navone), wo ich mich für eben diesen Aspekt der moralischen Verurteilung des Nationalsozialismus durch das jüdische und polnische Volk aussprach, die unter ihm am meisten gelitten haben.

Auf deutscher Seite trat die besonders klaffende Wunde, wie es das Schicksal der Aussiedler war, allmählich zurück hinter das vernunftgeleitete Gedenken einer unbedingten kollektiven Verantwortung. Die Wunde heilte im Rahmen offizieller wechselseitiger Verzeihung der erlittenen Leiden, was übrigens dem Streit um ihre Proportionen kein Ende setzte. Leider wird die polnische Wahrheit über das Schicksal der ausgesiedelten oder vertriebenen Deutschen erst in der letzten Zeit offengelegt, früher wurde sie verborgen oder erlag der Zensur.

Infolge der Aussiedlungen der Deutschen und der Repatriierungsverträge mit der UdSSR wurde Polen zum Staat einer einzigen Nation. Es fehlt nicht an der Anschauung, daß heute, angesichts des gewaltigen Anstiegs nationalistischer und separatistischer Stimmungen in Europa, das Schicksal des Landes schwer wäre, wenn es mit so zahlreichen nationalen Minderheiten wie vor dem Krieg belastet wäre, wenn es nach dem Krieg nicht zu den Aussiedlungen der Deutschen, zur Repatriierung der Ukrainer gekommen wäre.

Die Aufteilung des besetzten Deutschlands steckte für einige Jahrzehnte die Grenzen eines geteilten Europas und die Einflußzonen der Supermächte ab. Die Grenze an Oder und Neiße aber hörte erst nach einem Vierteljahrhundert auf, ein Hauptgegenstand von Kontroversen auf offizieller Ebene zu sein. Sie wurde anderen Grenzen ähnlich und überdauerte in einer sich verändernden Welt. Eine Reihe von Vereinbarungen und die allmählich vor sich gehende Normalisierung der Beziehungen förderten die Abschwächung der Feindschaft. Die erste Verständigung war das Görlitzer Abkommen im Jahre 1950, das die Grenze an der Oder und Neiße anerkannte. Die zweite war Ende 1970 der Vertrag über die Normalisierung,<sup>24</sup> der die Zeit informeller polnisch-deutscher Beziehungen abschloß (1972 Aufnahme diplomatischer Beziehungen) und die Nach-

---

<sup>24</sup> Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland.

kriegsperiode beendete. In Bonn wie in Warschau wurde er mit Widerstreben ratifiziert. Die dritte Verständigung war der polnisch-deutsche Grenzvertrag von Ende 1990, ergänzt durch das Abkommen über die Nachbarschaft von Anfang 1991.<sup>25</sup> Voran ging die Initiative der Kirchen in Richtung der Versöhnung; den ersten Schritt bildete der Aufruf des Deutschen Katholikentages im Jahre 1948, ein weiterer war das Memorandum der evangelischen Kirche von 1965, das zu einem polnisch-deutschen Dialog aufrief. Diesem Standpunkt schloß sich die katholische Kirche an, im gleichen Geiste äußerten sich noch in diesem Jahr, am Vorabend von Polens Millennium, die Episkopate Polens und der BRD.

Die Teilung Deutschlands dauerte von 1945 bis 1989. Heute interessiert uns Historiker, inwiefern sie die polnisch-deutschen Beziehungen beeinflußt hat, ob sie in dieser Hinsicht ein destruktiver Faktor war.

Es bleibt noch zu betonen, daß nach dem Zweiten Weltkrieg, als zwei von Supermächten gesteuerte Blöcke entstanden waren und die nukleare Bedrohung auf der Tagesordnung erschien, die polnisch-deutschen Beziehungen keine wesentliche Bedeutung für die Fragen des Kontinents oder der Welt besessen haben. Sie waren mehr oder weniger eine Resultante der Beziehungen zwischen den Supermächten.

Abschließend stellen wir uns die Frage: War im 20. Jahrhundert „der absolute Tiefpunkt der polnisch-deutschen Beziehungen“ das Jahr 1939 oder das Jahr 1945? Meine Forschungen sprechen für das Jahr 1945. Kriege und Okkupationen sind, wenn sie nicht durch den Zustand der *debellatio* abgeschlossen wurden, etwas Vorübergehendes, so rücksichtslos sie geführt worden sein mögen. Außerdem versetzen kriegerische Konflikte, die durch den Sieg einer der Seiten entschieden wurden, meistens beide Seiten in entgegengesetzte Situationen: eine diktiert das Schicksal des unterjochten Landes, die andere unterliegt dem Willen des Aggressors. Dagegen hatten die äußeren und inneren Geschehnisse Polens von 1945 für die polnisch-deutschen Beziehungen eine langfristige Bedeutung. Die territorialen und ethnographischen Regelungen der Großmächte, die Deutschland für die Zukunft schwächen sollten, schlossen eine wichtige und vitale Mitbeteiligung Polens ein (Grenze, Aussiedlungen). Verändern konnte sie lediglich ein dritter Weltkrieg, wenn es zu ihm gekommen wäre. Ein Teil der Bevölkerung in Polen und viele Polen in der Emigration haben ihn erwartet.

---

<sup>25</sup> M. Tomala, Die deutsch-polnischen Beziehungen seit Abschluß des Warschauer Vertrages, in: Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, hrsg. v. K.D. Bracher, M. Funke, H.-P. Schwarz. Düsseldorf 1991.

## 1945 Das Ende des Zweiten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die zweite Wiederherstellung des polnischen Staates\*

von Peter Böhning

Das Jahr 1945 als ein Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen! Auf den ersten Blick leuchtet diese Zäsur unmittelbar ein. Nehmen wir das Bild des Wendepunktes jedoch ernst — es wird ein Punkt erreicht, an dem eine andere Richtung eingeschlagen wird, bis hin zur völligen Umkehr —, so können auch Zweifel aufkommen. Man könnte auch von einem absoluten Tiefpunkt in einer ansonsten geradlinigen Entwicklung sprechen. Eine befriedigende Antwort wird eher im Kontext der gesamten Tagung zu finden sein, aber die Frage ist selbstverständlich auch von 1945 her zu diskutieren.

Das Jahr 1945 als Zäsur ist besonders überzeugend, wenn man zunächst separat auf Polen und Deutschland blickt. Die ungeheuren Umbrüche und Verwerfungen, die jetzt manifest werden, markieren einen tiefen Einschnitt in der jeweiligen nationalstaatlichen und auch gesellschaftlichen Entwicklung. Das nationalsozialistische Deutschland hat diese Veränderungen heraufbeschworen, aber wie Polen schon von Anfang an den Entscheidungen der übermächtigen Nachbarn ausgeliefert war, so verlor auch das Deutsche Reich spätestens nach zwei Kriegsjahren die Initiative und das Gesetz des Handelns zunehmend an seine Gegner. Beider Schicksal und damit dann auch ihre Beziehungen zueinander in den Nachkriegsjahren waren in hohem Maße von externen Faktoren abhängig, von den Interessen anderer Mächte bestimmt. Um die entsprechenden Schlüsselereignisse und -entscheidungen gegen Kriegsende zu vergegenwärtigen, ist es erforderlich, die Mächte- und Interessenkonstellation in den vorangegangenen Jahren in Umrissen darzustellen.

Mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation (unconditional surrender), die Roosevelt im Januar 1943 auf der Casablanca-Konferenz zum erstenmal öffentlich formulierte und der auch Stalin auf der Teheran-Konferenz (28.11.–1.12.1943) zustimmte, schied das Deutsche Reich erklärtermaßen als aktiver Partner einer zukünftigen Friedensgestaltung

\* Die Literatur zu den in diesem Vortrag angesprochenen Ereignissen, Sachverhalten, Problemen ist äußerst umfangreich. Ich verzichte darauf, Literaturhinweise in größerem Umfang zu geben, und beschränke mich im folgenden nur auf wenige Anmerkungen und den Nachweis direkter Zitate.

aus. Dies um so mehr, als die Goebbels-Propaganda das Stichwort sofort aufnahm und mit der Proklamierung des totalen Krieges die Entwicklung sogar noch verschärfte.

Aber auch das mit seinen verbliebenen Mitteln und Kräften auf der Seite der Alliierten weiterkämpfende Polen gewann kaum Einfluß auf politische Entscheidungen. Die Neuordnung bzw. Neugestaltung der deutschen und der polnischen Verhältnisse und auch der gegenseitigen Beziehungen nach Kriegsende vollzog sich im Rahmen einer globalen Neuordnung, resultierte aus den militärischen und politischen Entscheidungen der Alliierten, insbesondere der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens. Die politischen Entscheidungen, die sie letztendlich und definitiv auf der Potsdamer Konferenz (17.7.–2.8.1945) trafen, wurden vorbereitet v.a. auf den Konferenzen von Teheran (s.o.) und Jalta (4.–11.2.1945).

In Jalta traten Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten hervor, die schon früher angelegt waren. Abgesehen von den verschiedenen ideologischen Positionen, waren sie das Ergebnis unterschiedlicher Interessen und Interessengewichtungen. Diese unterschiedlichen Gewichtungen hatten den militärischen Verlauf des Krieges bis dahin wesentlich beeinflußt, insbesondere nachdem die Initiative an die Alliierten übergegangen war. Zur Bewertung der in Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse empfiehlt es sich daher, Situation und Handlungsmotive der Alliierten während der verschiedenen Phasen des Krieges kurz zu beleuchten.

Von den Großen Drei war zunächst nur Großbritannien direkt von der deutschen Aggression betroffen. Es war bei der Battle of England noch weitgehend auf sich gestellt,<sup>1</sup> und erst bei dem folgenden U-Boot-Krieg der Atlantikschlacht setzte verstärkt materielle Hilfe der USA ein. Aber selbst der Lend-Lease-Act vom März 1941 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den Vereinigten Staaten vorerst noch die isolationistischen Kräfte das Übergewicht hatten.

Eine Wende trat mit dem Sommer 1941 ein. Durch den deutschen Überfall vom 22. Juni wurde die Sowjetunion aus einem Komplizen nationalsozialistischer Politik selbst zum Opfer der Aggression und im folgenden zum Hauptkriegsgegner. Im pazifischen Raum spitzte sich der seit längerem schwelende Interessenkonflikt zwischen den USA und Japan dramatisch zu. Die USA leiteten im Juli eine umfassende Wirtschaftsblockade gegenüber Japan ein: Handelsembargo, Unterbrechung aller japanischen

---

<sup>1</sup> Hier sollte allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß eine kleine Gruppe polnischer Piloten sehr erfolgreich auf englischer Seite gekämpft hat.



Ölimporte (in Kooperation mit den Engländern und den Niederländern), Einfrieren der japanischen Guthaben in den USA. Damit hatte der Inselstaat praktisch nur noch die Wahl zwischen einem endgültigen Verzicht auf den angestrebten großasiatischen Wirtschaftsraum und einer militärischen Auseinandersetzung.

Es soll hier nicht weiter erörtert werden, welche Alternativen für die amerikanische Politik bestanden angesichts der eigenen ökonomischen und militärischen Interessen im Pazifik und der Tatsache, daß Japan seit September 1940 mit dem Deutschen Reich und Italien im Drei-Mächte-Pakt verbunden war. Jedenfalls hätte ein Verzicht auf die militärische Konfrontation mit Japan einerseits dessen Position auf weitere Sicht zunehmend gestärkt, andererseits alle Kräfte der Amerikaner für eine Kriegsführung in Europa freigemacht — vorausgesetzt, die Interventionisten hätten sich unter diesen Umständen durchgesetzt. Wie auch immer: spätestens seit Ende November wußte der amerikanische Geheimdienst, daß die Japaner angreifen würden, und der Überfall auf Pearl Harbor war insofern keine Überraschung. Da nach Meinung Hitlers und Mussolinis jetzt der Drei-Mächte-Pakt wirksam wurde, befanden sich die USA seit dem 11. Dezember 1941 mit allen Achsenmächten im Krieg.

Der von nun an zeitlich parallel verlaufende Krieg im Pazifik hatte beträchtliche Auswirkungen auf die militärischen und schließlich auch die politischen Entscheidungen in Europa. Japans Aggression und Expansion auf dem asiatischen Festland (Mandschurei, China, Burma, Indochina) und in der Inselwelt (insbesondere Philippinen und Indonesien) band einen großen Teil der Kräfte der USA, aber auch Großbritanniens. Dieses Engagement führte sofort zu einer unerhörten Ankurbelung der amerikanischen Rüstungsindustrie (der Verlust der Pazifikflotte war in kurzer Zeit durch weitaus modernere Einheiten mehr als ausgeglichen), was sich bald auch auf den europäischen Kriegsschauplätzen bemerkbar machte. Die Entscheidungen für ein direktes militärisches Eingreifen der USA in Europa dürften aber — abgesehen vom Bombenkrieg — v.a. durch ihre Bindung im Pazifik hinausgeschoben worden sein.

Die Konferenz in Casablanca (14.–24.1.1943) markierte das Ende der deutschen und italienischen Präsenz in Afrika. Die dort getroffene Entscheidung für eine Invasion Siziliens und Italiens leitete eine lange und mühevollere Eroberung der Apenninhalbinsel ein. Man gewann damit neue Basen für die amerikanischen Langstreckenbomber, die von dort aus z.B. die Ölfelder von Ploesti (Rumänien) bombardierten; aber das war nicht die von Stalin dringend gewünschte zweite Front. Diese zweite Front kam bekanntlich erst im Sommer 1944 zustande: ab 6. Juni mit der Operation Overlord in der Normandie und ab 12. August mit der Operation Dra-

goon in Südfrankreich. Abgesehen von Italien lag also die verlustreiche Bodenkriegführung auf alliierter Seite bis zum Sommer 1944 allein bei der Sowjetunion. Nachdem die letzte deutsche Großoffensive im Kursk-Bogen steckengeblieben war (Juli 1943), war die Rote Armee an allen Fronten auf dem Vormarsch. Im Juli 1944 erreichte sie erstmals Gebiete jenseits der Curzon-Linie. Das in Moskau eingesetzte Polnische Komitee der nationalen Befreiung (PKWN), auch Lubliner Komitee genannt, weil es dort in der ersten Phase nach der Befreiung seinen Sitz hatte, wurde die Keimzelle der späteren polnischen Regierung. Schon mit diesem Komitee schloß die sowjetische Regierung am 27. Juli 1944 einen Grenzvertrag, „in dem die Ostgrenze Polens den Wünschen der Sowjetunion entsprechend gezogen, die Teilung Ostpreußens und der Übergang Danzigs an Polen verabredet und zudem die Westgrenze Polens an Oder und Neiße unter ausdrücklichem Einschluß von Stettin vorgesehen wurden“.<sup>2</sup>

Dieser Vertrag blieb bei den Westmächten zunächst unbekannt, wurde von Stalin auch in Jalta verschwiegen. Nichtsdestoweniger war die Richtung der sowjetischen Politik längst klar. Im April 1943 hatte Stalin die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London abgebrochen, angeblich wegen ihrer Haltung in der Katyn-Frage. Der eigentliche Grund war jedoch zweifellos, daß die Exilregierung sich weiterhin weigerte, den sowjetischen Gebietsforderungen zuzustimmen, Forderungen, die Stalin auch gegenüber Roosevelt und Churchill Ende November 1943 auf der Teheran-Konferenz bekräftigte. So hatte die amerikanische und britische Politik schon vor Beginn der Jalta-Konferenz beträchtlich an Handlungsspielraum verloren.

Die Rote Armee stand zu diesem Zeitpunkt an einigen Stellen an den Vorkriegsgrenzen des Deutschen Reichs und schickte sich an, die zusammenbrechende deutsche Front zu überrennen. Die Frage der polnischen Ostgrenze wurde in Jalta mit der Anerkennung der Curzon-Linie auch politisch bereits entschieden, und über eine notwendige Kompensation für Polen auf Kosten Deutschlands herrschte grundsätzlich Übereinstimmung. Daß es noch Unklarheiten hinsichtlich des Kompensationsumfanges gab (Gebiet von Stettin, östliche oder westliche Neiße als Grenzfluß), sollte man nicht zu stark als tiefgehende Meinungsverschiedenheit der Alliierten interpretieren. Immerhin hatten Experten des State Department zur Vorbereitung der Jalta-Konferenz u.a. schon den Vorschlag der Linie

---

<sup>2</sup> Gotthold Rhode, Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1945 bis in die achtziger Jahre, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/12 (1988), S. 5 f. Der Aufsatz enthält umfangreiche Literaturangaben.

Oder-Lausitzer Neiße gemacht. Etwas mehr Spielraum schien es in Jalta noch bei der innenpolitischen Gestaltung des zukünftigen polnischen Staates zu geben. Roosevelt und Churchill konnten die Beteiligung von Mitgliedern der Londoner Exilregierung an der neu zu bildenden provisorischen Regierung der nationalen Einheit erreichen; ein Zugeständnis Stalins allerdings, dessen Bedeutungslosigkeit durch die Faktizität des weiteren Geschehens schnell offenbar wurde.

Der Verlauf und die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz ließen die politische Konstellation klar hervortreten. Der Kriegsgegner Deutschland war kein Verhandlungspartner. Das Reich hatte mit der bedingungslosen Kapitulation am 7. und 8. Mai 1945 aufgehört zu existieren. Der neue polnische Staat war durch eine kommunistisch dominierte Delegation unter Leitung von Bolesław Bierut vertreten, die zu den Polen betreffenden Punkten angehört wurde. Die westlichen Alliierten akzeptierten die neue polnische Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße faktisch ebenso wie die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung, die bereits in vollem Gange war und nur in geordnete Bahnen gelenkt werden sollte.

Augenfällig wurde auch noch einmal das amerikanische Engagement im Pazifik. Der neue Präsident Truman und sein erst Anfang Juli 1945 ernannter Außenminister Byrnes kamen mit dem Hauptziel nach Potsdam, den Vereinigten Staaten einen baldigen Rückzug aus Europa zu ermöglichen. Am 24. Juli gab Präsident Truman Stalin den bevorstehenden Abwurf der Atombombe bekannt. Nachdem Stalin den versprochenen Kriegseintritt gegen Japan immer wieder hinausgeschoben hatte, war das Projekt S 1<sup>3</sup> bis dahin streng geheim gehalten worden, weil das Pentagon die Sowjets jetzt nicht mehr an der Entscheidung beteiligen wollte. Das hinderte Stalin jedoch nicht daran, den Japanern am 9. August noch den Krieg zu erklären, um bei der Liquidierung des Großjapanischen Reiches dabei zu sein. Ob die beiden Atombombenabwürfe militärisch notwendig waren, wird immer umstritten bleiben und damit auch die Hypothese, sie seien in erster Linie eine Machtdemonstration gegenüber der Sowjetunion gewesen. Sicher ist jedoch, daß die Schatten des Kalten Krieges in Potsdam für alle sichtbar wurden. Die Entscheidungen über Deutschlands und Polens Zukunft waren Teil eines größeren globalen Kräftespiels v.a. der USA und der trotz der riesigen Kriegsverluste zur Großmacht aufsteigenden Sowjetunion.

Die Bilanz der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem sechsjährigen Krieg läßt sich nur unter durchgehend negativen Vorzeichen ziehen.

---

<sup>3</sup> Lothar Gruchmann, *Der Zweite Weltkrieg*. 5. Aufl., München 1978, S. 473 u. 481.

Das nationalsozialistische Deutschland hatte Polen überfallen, militärisch zerschlagen, territorial zerstückelt und zusammen mit der Sowjetunion aufgeteilt. Ein erheblicher Bevölkerungsteil war durch Kriegshandlungen umgekommen oder gezielt ermordet worden. Man hatte auf Menschen Jagd gemacht und sie als Zwangsarbeiter nach Deutschland transportiert. Das Land war ausgeplündert und wirtschaftlich ruiniert, die Städte, das Kommunikationswesen, die gesamte Infrastruktur waren hochgradig zerstört.

Die deutsche Wehrmacht hatte zunächst weite Teile Europas erobert und besetzt, seit Ende 1942/Anfang 1943 mit den Niederlagen in Afrika und Stalingrad aber alle Positionen bis hin zur völligen Auflösung wieder verloren. So brachte der Krieg schließlich auch dem Deutschen Reich hohe Bevölkerungsverluste, starke Zerstörungen seiner Städte und Industrien v.a. durch die Bombardierungen und zum Schluß den Verlust seiner östlichen Gebiete an Polen, verbunden mit Flucht und Vertreibung der dort ansässigen Deutschen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß diese hier aufgeführten Bilanzposten das deutsch-polnische Verhältnis determinierten, so daß — besonders was die Beziehungen zur späteren Bundesrepublik betrifft — zunächst kaum eine Wende eintreten, sondern höchstens eine Normalisierung angestrebt werden konnte.<sup>4</sup> Auch dieser Normalisierungsprozeß kam nur sehr zögernd in Gang, und das hatte Gründe sehr verschiedener Art.

Zunächst erstaunt einmal, daß die eben kurz geschilderten Kriegsbelastungen und Kriegsfolgen in Polen und Deutschland unter verschiedenen Aspekten zu einer vergleichbaren Situation geführt hatten:

- Die großen Bevölkerungsverluste und der hohe Zerstörungsgrad wurden schon genannt.
- Hinzu kamen auf beiden Seiten bedeutende territoriale Veränderungen und, überwiegend als deren Folge, Bevölkerungsbewegungen riesigen Ausmaßes, die viele Millionen von Menschen betrafen. Sie kamen überwiegend durch Flucht, Umsiedlung und Zwangsaussiedlung aufgrund der Gebietsveränderungen zustande, aber auch Binnenbewegungen infolge der Städtezerstörungen gehören dazu. Kurzfristig brachten diese Bevölkerungsbewegungen v.a. logistische Probleme des Transports, der Unterbringung, Versorgung usw. mit sich. Auf längere Sicht wogen die damit eintretenden Diskontinuitäten gesamtgesellschaftlicher Strukturen schwerer.

---

<sup>4</sup> Einen guten Überblick zum „Normalisierungs“-Problem bietet Jörg K. Hoensch, *Der Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 12/13 (1990), S. 39-51.

- Auch unter staats- und völkerrechtlichen Gesichtspunkten gibt es auf beiden Seiten Vergleichbares, indem einerseits die Fortsetzung von Traditionen und Rechtsnachfolge angestrebt wurde, andererseits und gleichzeitig aber der Anspruch bestand, etwas Neues zu sein — dies auf deutscher Seite allerdings in recht unterschiedlicher Ausprägung bei den entstehenden beiden Staaten.
- Schließlich sei noch einmal an die Abhängigkeit beider Seiten von äußeren Mächten erinnert. Zwar traten die Alliierten in Deutschland zunächst als Siegermächte auf, die Sowjetunion in Polen als Freund und Verbündeter, aber in beiden Fällen galt von Anfang an und verstärkt während des Kalten Krieges, daß die Großmächte Einfluß auf die innen- und außenpolitischen Entscheidungen nahmen.

Die Bewältigung der anstehenden Aufgaben forderte in beiden Gesellschaften, besonders nach der Erschöpfung durch den Krieg, enorme Kraftanstrengungen und absorbierte einen großen Teil der noch vorhandenen Energien. Man darf daher wohl sagen, daß beide Seiten trotz des mit den Potsdamer Beschlüssen bestätigten Konfliktpotentials zunächst vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit nach außen richteten, sondern sich der Bewältigung ihrer inneren Schwierigkeiten widmeten.

Über die Gemeinsamkeiten der Situation in Polen und Deutschland nach 1945 dürfen die jeweiligen Spezifika nicht vergessen werden. Eine zusätzliche Last entstand für Polen durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände, welche die kommunistische Machtübernahme begleiteten, die über das Kriegsende hinausgingen und schätzungsweise noch einmal ca. 30 000 Opfer forderten. Sicher waren diese Machtübernahme und die folgende Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach sozialistischem Muster nur durch massive sowjetische Unterstützung und Einmischung möglich. Nichtsdestoweniger bedeuteten sie einen tiefen Einschnitt in der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Polens, so daß man hier, zumindest noch bis in die 70er Jahre, von einem Wendepunkt sprechen konnte.

Es ist im Rahmen dieses Vortrages nicht möglich, den Neuaufbau Polens auf den verschiedenen Ebenen des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens auch nur in Umrissen darzustellen. Ich möchte an dieser Stelle nur auf zwei besonders umfangreiche Problemkomplexe verweisen, die bei der Überwindung der Kriegsfolgen zu bewältigen waren.

Unmittelbar mit der Westverschiebung des polnischen Staates hingen die schon erwähnten großen Migrationsbewegungen zusammen. Aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten wurden ca. 2,1 Millionen Menschen polnischer Abstammung, im offiziellen Sprachgebrauch hießen sie „Repatrianten“, ausgesiedelt und ganz überwiegend in den neu gewonne-

nen Westgebieten, aus denen die deutsche Bevölkerung hatte weichen müssen, angesiedelt. In diese ehemals deutschen Gebiete kamen außerdem 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen und ca. 200 000 „Reemigranten“ überwiegend aus Frankreich und Belgien.<sup>5</sup> Dies alles vor dem Hintergrund, daß die Bevölkerung schon zuvor durch die Kriegshandlungen und die Deportationen unter der Naziherrschaft hin und her getrieben worden war. In seinem Buch „Polen im Widerspruch“ faßt Feo Jernsson diese Situation in ein sehr eindringliches Bild: „Die gesamte Nation — bis auf wenige Ausnahmen — war sozusagen aus den Angeln gehoben worden, von Not und Gewalt heimgesucht und dann — bildlich gesprochen — an ein Ufer geworfen worden, an dem sie sich zurechtfinden mußte, ohne daß ihr dazu die vielleicht erforderliche Geduld entgegengebracht wurde.“<sup>6</sup>

Zu dieser Neuorientierung gehörte auch eine wirtschaftliche Umwandlung großen Ausmaßes. Polen hatte 1939 die Schwelle zur Industrialisierung gerade überschritten, war noch überwiegend agrarisch strukturiert gewesen. Mit dem Krieg war die Entwicklung nicht nur gestoppt, sondern zurückgedreht worden, so daß die Gesellschaft jetzt die Kriegsverluste überwinden und zugleich die Industrialisierung vorantreiben mußte. Hier brachte die Westverschiebung mit den teilweise hochindustrialisierten, ehemals deutschen Gebieten eine gewisse Erleichterung,<sup>7</sup> aber auch diese Gebiete hatten stark unter dem Krieg gelitten, und insgesamt stand das neue Polen durch die Anhäufung der aus Menschenverlusten, Zerstörungen, Migrationsbewegungen und Industrialisierungsdruck resultierenden Schwierigkeiten vor kaum zu lösenden Aufgaben.

Das deutsche Volk sah sich nach der Niederlage zunächst mit dem Verlust seines Staates und der Aufteilung seines Territoriums konfrontiert. Die Westzonen, später die Bundesrepublik Deutschland, waren durch die sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR von der neuen Volksrepublik Polen getrennt; es gab keine gemeinsame Grenze.

Zunächst mußten auch die Deutschen versuchen, den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems und die Kriegsfolgen zu bewältigen. Dabei ging es in der ersten Zeit ums bloße Überleben. Neben den Einheimischen mußten rund 8,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene versorgt

<sup>5</sup> Rhode, Beziehungen (wie Anm. 2), S. 9.

<sup>6</sup> Feo Jernsson, Polen im Widerspruch. München 1987, S. 122.

<sup>7</sup> „Durch die Westverschiebung Polens konnte die wirtschaftliche Entwicklung gefördert wie auch die ständige Überbevölkerung auf dem Lande beseitigt werden. Die alten Ostseehäfen, die an der Mündung der Oder und Weichsel lagen, konnten dadurch voll zur Entfaltung kommen.“ Mieczysław Tomala, Polen nach 1945. Stuttgart (u.a.) 1973, S. 88.

werden mit Nahrung, Energie, Unterkunft. Die Industrieproduktion fiel auf einen Tiefpunkt, Millionen von „Ausgebombten“ waren aus den zerstörten Städten aufs Land evakuiert worden. Ohne den Wiederaufbau und die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland hier darstellen zu können, möchte ich doch einen Blick werfen auf das Problem der Flüchtlinge und der aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße Zwangsausgesiedelten. Ihre Eingliederung, insbesondere in die Gesellschaft der Bundesrepublik, ist aus heutiger Sicht beinahe problemlos gelungen. Ende der 40er Jahre war das durchaus nicht abzusehen.

Ich erinnere mich an einen Witz, der in dieser Zeit bei uns in Niedersachsen kursierte: Was haben der Mond und ein Flüchtling gemeinsam? Antwort: Beide kommen aus dem Osten und haben 'nen Hof.

Der Witz öffnet, aus der Sicht der Einheimischen, gleich eine ganze Reihe von Facetten der Situation. Die Neuankömmlinge wurden überwiegend mit dem Sammelbegriff „Flüchtlinge“ gekennzeichnet. Die Tatsache, vertrieben zu sein, prägte eher das Bewußtsein der Betroffenen selbst. Die „Flüchtlinge“ kamen aus dem *Osten*, die Herkunftsgebiete wurden von den Einheimischen nicht differenziert gesehen. Der kleine Witz spiegelt einerseits einen spannungsreichen Gegensatz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, ist aber zugleich ein Reflex der angelaufenen Integrationsmaßnahmen des neuen Staates. Unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik begannen hier die Bemühungen um einen „Lastenausgleich“, die in dem „Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notlagen“ (Soforthilfegesetz vom 8. August 1949) ihren ersten Niederschlag fanden.<sup>8</sup> Wenn auch der eigentliche Lastenausgleich erst 1952 erfolgte, so war doch schon vorher klar, daß hiermit auch ein Ausgleich individuell erlittenen Schadens geleistet werden sollte. Der Witz läßt Neid und Argwohn der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen erkennen, die Befürchtung, diese könnten zu gut wegkommen, u.a. auch, indem sie den erlittenen Verlust viel zu hoch veranschlagten: „Wer aus dem Osten kommt, will Guts-, Hof- oder Hausbesitzer gewesen sein. Arme Leute hat es dort scheinbar nicht gegeben.“ Daß sich die vorhandenen Gegensätze nicht verschärften, daß die Integration der Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge des neuen Staates vielmehr mit ungeahnter Schnelligkeit voranging, dürfte in erster Linie auf die raschen wirtschaftlichen Fortschritte zurück-

---

<sup>8</sup> Vgl. Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. 3. Aufl., Göttingen 1984, S. 240 ff.

zuführen sein, zu denen beide Gruppen beitrugen, an denen alle mehr oder weniger teilhatten.

So darf man vielleicht ein wenig zugespitzt sagen: Wenn auch das Elend von Flucht und Vertreibung bei den Betroffenen tiefe Spuren hinterlassen hatte, so entstand für die meisten von ihnen doch eine Perspektive, die sich auf eine Zukunft in der Bundesrepublik richtete. Selbst ihre 1950 geschaffene politische Organisation, der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), war als Interessenvertretung im Rahmen der Gesetzgebung tendenziell darauf programmiert, sich selbst wieder aufzulösen, und zwar um so schneller, je wirkungsvoller er die Interessen seiner Mitglieder und Wähler bei der Eingliederung vertrat. Allerdings erfolgte diese Integration nicht von heute auf morgen, und für mehr als zwei Jahrzehnte hat die Rücksichtnahme auf die Heimatvertriebenen und deren Organisationen die Politik der Bundesregierung beeinflusst.

Meine eingangs vertretene Auffassung, das Jahr 1945 stelle eher einen Tiefpunkt als einen Wendepunkt in den deutsch-polnischen Beziehungen dar, wird durch den häufig gebrauchten Terminus „Normalisierung“ gestützt, der als Forderung oder Beschreibung auf die Entwicklung in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten angewandt wurde und wird.<sup>9</sup> Voraussetzung für die Normalisierung war, daß von deutscher Seite die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Tatsachen, d.h. vor allem der Verlust der Gebiete jenseits von Oder und Neiße und die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung, akzeptiert wurden. Nur so konnte der Prozeß dann auch auf die verschiedenen Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens übergreifen.

Durch die deutsche Teilung und die Orientierung der beiden deutschen Staaten nach Westen und Osten verlief der Normalisierungsprozeß entsprechend unterschiedlich. Die Beziehung Polens zur DDR gestaltete sich, von außen gesehen, unkompliziert. Der Görlitzer Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR vom 6.7.1950 bestimmte, „daß die festgelegte und bestehende Grenze die unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze ist, die die beiden Völker nicht trennt, sondern einigt“,<sup>10</sup> und schuf damit die Grundlage für eine umfassende Zusammenarbeit auf allen Gebieten von der hohen Politik und wirtschaftlicher Kooperation bis hin zum regionalen Sportverkehr. „Zgorzelec war für uns ein Beweis der Glaubwürdigkeit der neuen Ostpolitik, die die Deutsche Demokratische Republik in die Wege leitete. Dieser Vertrag war der Prüf-

<sup>9</sup> S. oben, Anm. 4.

<sup>10</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR. Bd. I, Berlin 1954, S. 349.



stein für eine volle Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Staaten“, schrieb Mieczysław Tomala 1973. Die Bedeutung dieses Schrittes für Polen unterstreicht er mit dem Hinweis: „(...) eine sichere Grenze mit den Deutschen war und ist für uns in Polen mehr als nur eine Grenze. Diese Grenze war seit 1918 von keiner deutschen Regierung anerkannt worden.“<sup>11</sup>

Freilich war nicht zu übersehen, daß die DDR wie die Volksrepublik Polen Bestandteil des sowjetischen Machtblocks war und in ihrer Außenpolitik keine eigenen Wege gehen konnte. Die damit verbleibende Unsicherheit über den tatsächlichen Grad der Verständigung veranlaßte den amerikanischen Historiker Harry Kenneth Rosenthal 1976 zu einer Überlegung, die vom Rückblick der Jahre 1989/90 her eine besondere Bedeutung erhält: „In considering the evolution of German-Polish relations after the Second World War, the journalist, scholar, or diplomat has speculated about how the East German-Polish relations would develop were Soviet power removed. The observer could wonder whether they would approximate West German-Polish relations — whether the East Germans, given an opportunity to share in the life of the West, would vacation in Poland, purchase Polish products, read Polish books, watch Polish films, or compete often in Polish athletic competitions. In a sense, the answers to these questions would determine whether a true meeting of the two peoples has taken place along the Oder or whether the present East German-Polish relationship is merely a forced coexistence. Unfortunately for the purposes of historical scientific inquiry, since the Soviets show no signs of relinquishing either East Germany or Poland, the researchers probably will be unable to obtain answers to the questions of mass behavior for a long time.“<sup>12</sup>

Antworten werden die 90er Jahre unter den veränderten Verhältnissen geben; der Anfang, den wir erlebt haben, war nicht nur ermutigend. Es ist jedenfalls auch bemerkenswert, daß Rosenthal seinerzeit die Veränderungen im Polenbild der Bundesrepublik *summa summarum* positiver einschätzte als den neu geschaffenen und offiziell proklamierten Mythos der Interessengleichheit und natürlichen Kooperation der polnischen und deutschen Arbeiterklasse.<sup>13</sup>

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und den Westzonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland waren von Anfang an kompli-

<sup>11</sup> Tomala, Polen (wie Anm. 7), S. 93.

<sup>12</sup> Harry Kenneth Rosenthal, *German and Pole. National Conflict and Modern Myth.* Gainesville, Fl. 1976, S. 130 f.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 136-142.

ziert. Im Verlauf des Kalten Krieges wurde die BRD schnell ein integraler Bestandteil des westlichen Lagers. Da der weitaus größte Teil der Flüchtlinge und Zwangsausgesiedelten hier Zuflucht gesucht hatte und ein beachtliches Wählerpotential darstellte, berücksichtigte die Bundesregierung lange Zeit auch deren Positionen und Forderungen. Der neue Staat sah sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und beharrte darauf, daß die Potsdamer Beschlüsse nur eine vorläufige Regelung seien. Bis auf die KPD waren sich alle Parteien darin einig, daß eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht in Frage komme. Die Fraktionen des Bundestages legten im Juni 1950 eine förmliche Rechtsverwahrung gegen das bevorstehende Grenzabkommen von Görlitz ein; als Reaktion auf die am 22.7.1952 angenommene volksdemokratische Verfassung Polens, in der die neuen Westgebiete als „wiedergewonnen und ewig zurückgekehrt“ bezeichnet wurden, stellte der Bundestag am 5.12.1952 mit großer Mehrheit in einer Entschließung fest, Grenzregelungen könnten im Vorgriff auf einen zukünftigen Friedensvertrag keine Rechtsgültigkeit beanspruchen. Dementsprechend blieben Annäherungsversuche der polnischen Regierung in dieser Phase erfolglos bzw. erhielten keine Resonanz. Dazu zählen der Verzicht auf deutsche Reparationen am 24.8.1953 und die Erklärung vom 18.2.1955 über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland. Als Gomółka am 14.1.1957 die Bereitschaft zur Herstellung diplomatischer Beziehungen ohne Vorbedingungen signalisierte, lehnte die Regierung Adenauer eine Formalisierung der Beziehungen unter Berufung auf die Hallstein-Doktrin ab.<sup>14</sup>

Insgesamt kann man mit Blick auf die offizielle deutsche Politik feststellen, daß „es eine Ostpolitik in den fünfziger Jahren faktisch nicht gegeben (hat)“.<sup>15</sup> Das heißt auch, daß es keine offensive Revisionspolitik gab, die den verbalen Attacken von Vertriebenenfunktionären und Politikern entsprochen hätte. Im Interesse seiner Integrationspolitik nach Westen versicherte Adenauer schon 1951 dem amerikanischen Außenminister Acheson: „Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche und verlangt keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie“<sup>16</sup> — ein Hinweis darauf, daß die Alliierten schon früh erkennen ließen, sie seien, was die Grenzfrage betraf, an einer Änderung des Status quo nicht interessiert. Auch der von deutscher Seite wiederholt ausgesprochene Gewaltverzicht — z.B. in der „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5.8.1950 — bekommt im nachhinein wohl mehr Gewicht, als es

<sup>14</sup> Vgl. Hoensch, Normalisierungsprozeß (wie Anm. 4), S. 40 ff.

<sup>15</sup> Kleßmann, Staatsgründung (wie Anm. 8), S. 234.

<sup>16</sup> Zitiert nach Hoensch, Normalisierungsprozeß (wie Anm. 4), S. 40.

in der damaligen tagespolitischen Auseinandersetzung den Anschein hatte. Insgesamt hatten diese Auseinandersetzungen, selbst in der Zeit des Kalten Krieges, einen weit weniger militanten Charakter als in der Zwischenkriegszeit. Der schon einmal zitierte amerikanische Historiker Harry K. Rosenthal, der die Veränderungen des Polenbildes in der deutschen Publizistik und wissenschaftlichen Literatur untersucht hat, urteilt: „There was little real bitterness in West Germany concerning the German-Polish border debate, at least in comparison to that of the Weimar period.“<sup>17</sup>

Unterhalb der offiziellen Ebene und in Gegenrichtung zu den politischen und publizistischen Aktivitäten der Vertriebenenorganisationen gab es schon früh auch Bemühungen um Verständigung und Annäherung. Auf die Rolle der beiden christlichen Kirchen, und zwar sowohl ihrer offiziellen Vertretungen als auch informeller Gruppen, sei hier besonders verwiesen. Es mag sein, daß die eher zarten Pflanzen der Annäherung und Verständigungsbereitschaft nur gedeihen konnten in dem überaus günstigen ökonomischen und politischen Klima der 60er Jahre: der gelungenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eingliederung der Menschen aus den früheren deutschen Ostgebieten, des allgemeinen stetigen wirtschaftlichen Aufschwunges, der fortschreitenden Westintegration; aber diese teilweise wenig bemerkte Annäherung war Voraussetzung für die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, die mit einer wachsenden Zustimmung in der Bevölkerung rechnen konnte. Waren 1951 nur 7% der Bundesbürger bereit gewesen, die Oder-Neiße-Grenze zu akzeptieren, so sprachen sich 1967 46% für die Anerkennung aus; 1970 waren es bereits 58% und 1972 sogar 61%.<sup>18</sup>

Der Warschauer Vertrag vom 7.12.1970 „zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ kam gut 25 Jahre nach den Potsdamer Beschlüssen zustande. Aus heutiger Perspektive mag seine Bedeutung zwischen dem Umbruch 1945 und den spektakulären Ereignissen der Jahre 1989–1991 etwas zurücktreten. Ich habe aber meine Überlegungen bis zu diesem Punkt hin ausgedehnt, weil ich für uns alle hier abschließend zumindest als Frage formulieren möchte, ob dieser Vertrag nicht den eigentlichen Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen markiert.

---

<sup>17</sup> Rosenthal, *German* (wie Anm. 12), S. 130.

<sup>18</sup> Hoensch, *Normalisierungsprozeß* (wie Anm. 4), S. 40 u. 46.



## 1990 Das Ende des Kalten Krieges, Deutschlands Vereinigung und die Anerkennung der polnischen Westgrenze

von Adam Krzemiński

Der Zerfall der Bipolarität auf unserem Kontinent — die von zwei „halbeuropäischen Supermächten“, der UdSSR und den USA, dirigiert wurde und gerade an der Nahtstelle zwischen den beiden deutschen Staaten besonders sichtbar war — hat den Deutschen die Vereinigung gebracht, den Anrainern im Osten ihre heiß ersehnte Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wiedergegeben, dem europäischen Westen dagegen ein bis heute ungelöstes Dilemma beschert: Was hat absolute Priorität — die Erweiterung der EG um die ostmitteleuropäischen Staaten (dann aber auch um die Skandinavier, Schweizer und Österreicher) oder die Vertiefung der bestehenden Gemeinschaft?

Die Vereinigung Deutschlands und der „Rückzug“ der beiden Supermächte aus Europa erscheinen wie zwei Seiten derselben Medaille, auch wenn weder die Vereinigung wirtschaftlich und sozialpsychologisch bereits zur Gänze vollzogen ist noch die Supermächte — zumindest die Amerikaner — sich restlos aus Europa zurückgezogen haben. Wir sind in Europa mitten in einem historischen Prozeß, der völlig offen und auch in unseren Breitengraden nicht ohne unmittelbare Gefahren ist. Der Krieg in Jugoslawien und die halbherzige Aufnahme von Maastricht belegen, daß die Europäer keineswegs einen sicheren Fahrplan in die politische und wirtschaftliche Zukunft haben. Die seit einigen Monaten die Öffentlichkeit beherrschende Debatte darüber, ob das „Boot“ der westlichen Wohlstandsstaaten „voll“ sei und wie man sich vor der neuen „Völkerwanderung der Habenichtse“ schützen solle, zeigt, daß der Geist von 1989 wie jede „Völkerfrühlings“-Euphorie in der Geschichte vom Wind der nackten Egoismen verweht wurde.

Zugleich haben die Europäer wieder große Probleme mit der Harmonisierung ihrer Interessengegensätze und mit den „konzertierten Aktionen“ zur Stabilisierung der Lage in ihrer unmittelbaren Nähe. Ex-Jugoslawien ist ein besonders krasses Beispiel, doch Ratlosigkeit schimmert durch auch im Hinblick auf die Stabilisierungsmöglichkeiten der GUS-Staaten, ja selbst der verhältnismäßig „sicheren Drittstaaten“ wie Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn oder der Slowakei.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem partiellen „Rückzug“ der Vereinigten Staaten aus Europa ist zwar kein Machtvakuum entstanden. Sowohl die EG als auch die NATO rückten an den Böhmerwald und die Oder-Neiße-Grenze heran, und die einstigen „Kreml-Vasallen“ sehnen sich nun danach, von der wirtschaftlichen und militärpolitischen Vernetzung des westlichen Bündnisses aufgefangen zu werden. Dieses Bündnis steht nun vor dem bisher ungelösten Dilemma, sich zwischen der geographischen Erweiterung von EG und NATO und der Vertiefung der bisherigen Strukturen entscheiden zu müssen.

Im ersten Fall würde die EG die erstarkten Deutschen zwar noch stärker „einbinden“, zugleich aber die Gemeinschaft möglicherweise bis zur Unkenntlichkeit „verwässern“. Im zweiten Fall würde sie zur „Festung Europa“ und müßte sich gegen die Anwärter im Osten abschotten — und die Nahtstelle wäre diesmal die schon jetzt immer wieder als Rio Grande Europas apostrophierte deutsch-polnische Grenze, ein neuer Limes zwischen Ost und West.

Aus diesem Grund haben die deutsch-polnischen Beziehungen eine Schlüsselbedeutung für die Zukunft Europas. Nicht, weil Polen zu einer „mittleren Macht“ aufgestiegen wäre oder den Europäern eine Neuauflage des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation blühte, sondern weil gerade an dieser Nachbarschaft die Fähigkeit oder Unfähigkeit, eine Interessengemeinschaft ungleicher Partner aufzubauen, unter Beweis gestellt wird. Es ist noch zu früh, schon heute über den Erfolg oder Mißerfolg der in den beiden deutsch-polnischen Verträgen von 1990/91 entworfenen neuen Nachbarschaft zu urteilen. Beide Partner scheinen momentan zu viele Scherereien mit ihrer eigenen Innenpolitik zu haben und in der Außenpolitik wie in einem Brennesselfeld herumzutappen, als daß man nach knapp zwei Jahren schon von einer Einübung in eine neue Epoche der gegenseitigen Beziehungen sprechen könnte. Zumal in beiden Ländern vieles von dem, was in den Verträgen festgeschrieben wurde, noch nicht als selbstverständlich aufgenommen und von den Unsicherheiten der eigenen Standortbestimmung in den Schatten gestellt wird.

Unbestimmt ist noch die neue internationale Rolle der Bundesrepublik (die unentschiedene Debatte um den Einsatz der Bundeswehr „out of area“ beweist es), ebenso sind es ihre nationalen Interessen (wie das Gerangel mit den EG-Partnern etwa in der Finanzpolitik zeigt) und ihr Geltungsdrang (ständiger Sitz im UNO-Sicherheitsrat) oder Geltungsbeußtsein („Asyl-Diktat“ gegenüber den östlichen Nachbarn). Als unbestimmt kann manchem auch die polnische Haltung erscheinen: Nach der mutigen Umorientierung der polnischen Außenpolitik 1989 Richtung Westen, nach den wiederholten Beteuerungen, „Polens Weg nach Europa

führt über Deutschland“, kam es zu einer ratlosen Sprachlosigkeit über die Oder und Neiße hinweg und zu einer recht chaotischen Debatte in Polen über die Außenpolitik, in der zwar die Westorientierung nicht bestritten wurde, aber — je nach politischem Standpunkt — nicht mehr Deutschland, sondern Frankreich, Amerika oder Italien Polens Hauptpartner im Westen sein sollten. Eine zusätzliche Ablenkung sowohl für die polnischen als auch die deutschen Politiker war 1991 der Zerfall der Sowjetunion, der nach den bangeren Tagen des August-Putsches in Moskau erneut die Phantasie der Politiker Richtung Osten lenkte. 1992 beschäftigte sich die polnische Öffentlichkeit viel mehr mit den Beziehungen zu Litauen, Weißrußland, der Ukraine und Rußland als mit Deutschland.

Ähnlich die deutsche Öffentlichkeit: Der Ruf „Rettet Jelzin“ löste das frühere „Rettet Gorbatschow“ ab, und die vagabundierenden Atomsprenköpfe wie auch die Grenzstreitigkeiten zwischen den GUS-Staaten waren ein hinreichender Grund, banger Auges die Entwicklungen und Chancen östlich von Polen zu verfolgen. Zwischen Polen und Deutschen herrschte eine scheinbare Windstille. In beiden Ländern beschränkten sich die Medien auf die Registrierung des Tagesgeschehens, und die Außenpolitiker setzten mühselig ihre im Nachbarschaftsvertrag von 1991 festgeschriebene Marschroute mit Treffen, Konsultationen und Vereinbarungen fort. Doch in beiden Ländern fehlt es an Kräften, die die gegenseitige Annäherung gesellschaftlich verankern und vorantreiben würden.

Es gehört zu den Standardformulierungen deutscher Politiker, die deutsch-polnischen Beziehungen mit den deutsch-französischen zu vergleichen. 1992 ist endlich auch ein Jugendwerk nach deutsch-französischem Muster gegründet worden. Doch gerade dieses Beispiel zeigt, wie asymmetrisch die beiden Nachbarschaften für die Deutschen sind und wie schwierig es sein wird, Polen als gleichwertigen Partner zu akzeptieren. Das liegt nicht nur an dem geringeren Interesse der deutschen Schüler am Jugendaustausch mit Polen im Vergleich etwa zu dem mit Frankreich, sondern vor allem an der heute weitaus komplizierteren Lage in Europa als zur Zeit der deutsch-französischen Euphorie Ende der 50er Jahre, die die Aussöhnung mit Frankreich zur persönlichen Angelegenheit einer ganzen Generation machte. Die Überwindung der „Erbfeindschaft“ 15 Jahre nach dem Krieg war für die Deutschen ein Weg aus der internationalen Ächtung heraus. Sie war außerdem — ähnlich wie der „Amerikanismus“ — vor dem Hintergrund der Konfrontation mit dem Kommunismus im Osten ein Zeichen der Zugehörigkeit zur besseren Hälfte Europas. Und schließlich war Frankreich traditionell für die deutschen Bildungsbürger ein insgeheim oft bewunderter „Erbfeind“, mit dem nun ein gemeinsames Europa aufzubauen nur verlockend war.

Im Vergleich dazu gibt es heute keine besondere europäische Aufbruchstimmung im Hinblick auf den Osten. Das ist zwar eine Binsenwahrheit, doch man sollte sie sich immer wieder ins Gedächtnis rufen. Die deutsch-deutschen Probleme mit der mentalen Vereinigung, der Streit um die Treuhandstelle, die „Luftlandetruppen“ der Wessis im Osten, die „Entindustrialisierung“ der Ex-DDR und die „Entmündigung“ der Osis im Zuge der Abrechnung mit den DDR-Schriftstellern konnten weiter östlich als ein Modell für den Umgang des Westens mit dem ex-kommunistischen Osten verstanden werden. Hinzu kamen — besonders in Polen — hausgemachte Phobien und Vorbehalte gegenüber den Deutschen: die Befürchtung, die Deutschen wollten Polen planmäßig aufkaufen und auf „sanfte Art“ die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen, und das Mißtrauen, die von der deutschen Innenpolitik massiv unterstützte deutsche Minderheit in Polen werde quasi als ein „trojanisches Pferd“ aufgebaut.

Die polnischen Überlegungen zu Deutschland sind von der geschichtlichen Erfahrung und von der praktischen Nähe geprägt. Zum Vorschein kam dies etwa anlässlich einer innerpolnischen Debatte über den Plan einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entlang der Oder und Neiße. Der nach dem brandenburgischen Ministerpräsidenten benannte „Stolpe-Plan“ empörte zunächst einen Teil der polnischen Öffentlichkeit (obwohl dessen Grundzüge bereits im Vertrag skizziert wurden), die darin eine „schleichende Landnahme“ angelegt sah; doch mit der Zeit entwickelte sich gerade in den Grenzgemeinden eine spontane Bewegung zur Zusammenarbeit, auf polnischer Seite sogar aktiver als auf deutscher, da der Sprung über die Grenze in den Radius der EG den Polen interessanter erscheint als den Deutschen aus dem strukturschwachen Randgebiet der Ex-DDR. So entsteht eine neue Disparität: Zwar wirkt sich die massive Finanzhilfe des Bundes für die neuen Länder auf den Ausbau der Infrastruktur auch in den deutschen Grenzgemeinden positiv aus, während die polnischen jenseits der Grenze stagnieren, doch an den kleinen Privatinvestitionen in dieser Region kann man ablesen, daß es die Polen sind, die eine Zusammenarbeit mit den Deutschen suchen.

In der Grenzregion wurden die Weichen für eine Neuentdeckung der deutsch-polnischen Nachbarschaft bereits gestellt. Noch beherrschen Übergriffe deutscher Skins auf Polen oder polnischer auf Deutsche die Medien, doch immer wieder hört man auch von neuen Grenzübergängen und gemeinsamen Initiativen — wie in Frankfurt/Oder, wo nicht nur eine europäische Universität, die „Viadrina“, sondern auch ein deutsch-polnisches Gymnasium entstand. An der deutschen Grenze werden inzwischen Modelle ausprobiert, die manche Polen gerne auf die Ostgrenze übertra-



gen würden. Daß es damit allerdings noch nicht allzu weit her ist, zeigte unlängst eine Debatte im Sejm, in der polnische Christlich-Nationale die Bildung von Euroregionen als einen Prolog zur „erneuten Teilung Polens“ bekämpften. Der Anlaß war zwar eine engere Zusammenarbeit Polens, der Ukraine, Ungarns und der Slowakei, doch gemeint war auch die „Pomerania“ an der Odermündung.

Der Krieg in Jugoslawien — d.h. die Separatismen und „ethnischen Säuberungen“ ebenso wie die Unfähigkeit der Europäer, das Morden im Namen einer supranationalen Verantwortung zu stoppen — hat ähnlich wie ein Erdbeben noch weit entfernt vom Epizentrum nachhaltige Auswirkungen. Der Glaube an eine politische Willensbildung der Gemeinschaft ist schwächer geworden. Auch das Zögern der NATO-Länder vor einer Aufnahme der ostmitteleuropäischen Länder weckt in Warschau oder Budapest das alte Mißtrauen, wieder einmal habe man in geheimen Absprachen — gleich, ob im Kaukasus oder auf Malta — eine unsichtbare Linie quer durch Europa gezogen und die früheren Warschauer-Pakt-Staaten wie ehemals der sowjetischen bzw. russischen Interessensphäre zugeschlagen. Daß die westlichen Politiker in Rußland nach wie vor eine atomare Weltmacht sehen, ist nur realistisch; daß sie aber für die Argumente jener russischen Politiker ein offenes Ohr finden, die ständig betonen, eine Aufnahme Polens, Ungarns, Tschechiens oder der Slowakei in die NATO gebe nur den nationalistischen Kräften in Rußland Aufwind, wird auch in Polen gelegentlich als ein Indiz für die Wiederkehr der alten Geo- und Machtpolitik empfunden. Und tatsächlich gibt es auch in Deutschland offene Überlegungen in diese Richtung, wenn etwa die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) über eine „Renationalisierung“ der deutschen Außenpolitik nachdenkt und deutsche Politologen die deutsche „Angst vor der Macht“ kritisieren oder — wie Arnulf Baring — die Hierarchie der deutschen Prioritäten so darstellen, als müsse Deutschland — unfähig, länger den „Allerweltfreund“ zu spielen — sich entscheiden, wer im Osten sein Hauptpartner sei, Rußland oder Polen und Tschechische Republik.

In den strategischen Überlegungen in Polen, die weitsichtiger als die Kommentare der Tagespolitik sind, nimmt man dieses deutsche Dilemma sehr ernst. In einer Studie des Posener Westinstituts konnte man im Sommer 1992 lesen: „Die Vereinigung verlief für Deutschland optimal. Abgesehen von der Klausel, daß die Sowjetarmee bis 1994 in der Ex-DDR bleibt und daß in den neuen Ländern keine NATO-Truppen stationiert werden dürfen, gibt es keine Bedingungen, die auf irgendein Mißtrauen hindeuten könnten. Es gibt keine Kontrolle über Deutschland, keine Einbindung als Bedingung — das Vertrauen ist vorhanden. Deutschland

stelle seine Einheit wieder so her, wie es sich das gleich nach dem Krieg nicht einmal hätte wünschen können. Europa hat freiwillig einem neuen Zentrum zugestimmt. Die Zustimmung beinhaltet auch eine Akzeptanz der deutschen Dominanz. Und die Verschiebung in Europa erfolgte schneller als erwartet. Mit dem Zerfall der Sowjetunion — und gleich, was man von ihr hält, sie neutralisierte die deutsche Übermacht — gleitet Deutschland in eine Region hinein, in der es keine Konkurrenten hat: Die USA sind zu weit, Rußland wurde hinter die Grenzen des 17. Jahrhunderts zurückgedrängt (mit Ausnahme der Königsberger Region), Frankreich und England hielten Ostmitteleuropa schon immer für eine deutsche (und russische) Einflußzone, und auch jetzt sieht Deutschland seine Aufgabe in der Wiederherstellung dieser Region. Der Zerfall der Sowjetunion provoziert Deutschland geradezu zu dem traditionellen Spiel mit Rußland, den baltischen Staaten und der Ukraine. Ob das Vakuum im Osten neutralisiert wird durch die disziplinierende Rolle der NATO oder der EG, muß sich zeigen, zumal die Signale aus Washington wenig schlüssig sind.“ Einerseits dränge man Deutschland zu einer aktiven Unterstützung bei der Lösung regionaler Konflikte wie 1991 am Golf, andererseits sei man über die deutschen Extratouren in Jugoslawien verwundert. Die EG-Staaten fürchteten einen deutschen Neutralismus und Nationalismus, seien aber nicht bereit, die westeuropäische Integration voranzutreiben.

Interessant sind die Schlußfolgerungen dieser Studie: „Oberstes Prinzip der deutschen Politik ist heute, einer Destabilisierung an der Ostgrenze vorzubeugen und in der Zukunft eine wirtschaftliche und politische Expansion vorzubereiten. In der Praxis versucht Deutschland, Ruhe im Osten zu kaufen; seit 1989 hat es 90 Milliarden DM überwiesen, davon 60 Milliarden an die UdSSR. Die Deutschen übernahmen 54% der westlichen Hilfe an die Sowjetunion und 32% der Hilfe für Ostmitteleuropa. Diese Mittel versagen, diese Region ist nicht stabiler, sondern droht, in ein Chaos abzugleiten, das diktatorische Regime nicht ausschließt. Doch Deutschland kann nicht einmal auf langfristige Dankbarkeit hoffen — die postkommunistischen Völker sind überzeugt, daß die Reichen sowieso mit den Armen teilen sollten. Man mag weder Gläubiger noch Wohltäter, die einen hält man für Diebe wegen der Zinsen, die anderen für heimtückische Heuchler (...).“

Für die polnische Strategie ergibt sich nach dieser Studie eine konkrete Chance, eine „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ aufzubauen, bevor Deutschland stärker und eigennütziger sein wird. Polen solle dem neuen Deutschland gegenüber Vertrauen und Kooperation entgegenbringen. Das wäre eine europäische Investition in die Zukunft.

Doch die Zeitgeschichte entwickelt sich schneller, als es den Planern lieb ist. Einerseits gab es in der letzten Zeit rein optisch etwas von einer „Interessengemeinschaft“, als Hans-Dietrich Genscher den polnischen und den französischen Außenminister nach Weimar einlud, um die Parallelität der beiden Nachbarschaften zu betonen. Auch beim Deutschlandbesuch des polnischen Staatspräsidenten 1992 fielen gewichtige Worte. Doch da, wo es hart auf hart kommt, in der Innenpolitik — etwa der Asylfrage —, ist von einer „Interessengemeinschaft“ zwischen Deutschen und Polen kaum etwas zu spüren.

Die Oder-Neiße-Grenze macht wieder Schlagzeilen. Nicht ihr Verlauf, nicht ihre Anerkennung bewegt die Gemüter, sondern ihre „Absicherung“ vor dem Zustrom illegaler Einwanderer und die „Zurücknahme“ der abgelehnten Asylbewerber, die über diese Grenze nach Deutschland gelangt sein sollen. Daß dabei die deutschen Innenpolitiker ohne Rücksichten auf die polnischen Möglichkeiten, diese Unglückseligen aufzunehmen und zu beherbergen, mit der Wiedereinführung der Visumpflicht für die Polen drohten und ihnen die Schließung der polnischen Ostgrenze vor den Einwanderern nahelegten, zeigte, wie schnell die eigenen „Interessen“ vor der „Gemeinschaft“ den Vorrang bekommen können.

Die gute deutsch-polnische Nachbarschaft ist vorerst ein Projekt, ein Entwurf mit guten Vorsätzen, aber vielen Stolperdrähten und Sprengkammern, die nicht so sehr auf einer „Erbfeindschaft“ beruhen als auf Unkenntnis und mangelnder Erfahrung im Umgang miteinander. Dennoch ist es nicht als Beschwörung zu verstehen, wenn gesagt wird, daß nach wie vor Chancen für eine harmonische deutsch-polnische Gemeinschaft bestehen. Geduld allein reicht allerdings nicht aus, es muß auch der Wille vorhanden sein, sie im Konkreten aufzubauen — auch gelegentlich gegen vordergründige Eigeninteressen. Das gilt für beide Nachbarn gleichermaßen ...

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

## 1990 Das Ende des Ost-West-Konfliktes\*, Deutschlands Vereinigung und die Anerkennung der polnischen Westgrenze

von Christoph Kleßmann

Die Themenformulierung dieses Beitrags habe ich in einem Begriff verändert: statt Kalter Krieg verwende ich Ost-West-Konflikt. In dieser Änderung steckt ein wichtiges Problem, das ich gleich erläutern möchte, womit ich bereits mitten im Thema bin. Denn das Konzept dieser Tagung ist auf historische Wendepunkte, jeweils symbolisiert durch ein bestimmtes Jahr, ausgerichtet. Insofern ergibt sich zwingend die Frage, was vorher war und wie sich die Situation nach der Zäsur verändert hat oder verändern wird.

Das Jahr 1990 ist ohne Zweifel eine gewichtige Zäsur nicht nur in der deutschen, sondern in der europäischen und in der Weltgeschichte, auch wenn die langfristigen Folgen und künftigen Bewertungsmaßstäbe momentan noch keineswegs genau abschätzbar sind. Die plötzliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hat niemand, der kein politischer Phantast war, erwarten können. Ihre Voraussetzung war der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums in Osteuropa und die Freigabe eines Ecksteins in diesem Herrschaftsgebäude: der DDR. Darüber hinaus gab es in dieser neuen und völlig unverhofft eingetretenen Konstellation eine eindeutige politische Option der DDR-Bevölkerung für die schnelle Vereinigung, die in ihrer alle politischen Planungen immer wieder überholenden Dynamik ebensowenig zu erwarten war.

Was bedeutet diese osteuropäische Revolution mit der Neuvereinigung Deutschlands für das deutsch-polnische Verhältnis? Welche neuen Perspektiven ergeben sich daraus, und inwieweit ruht dieser Teil des neuen „europäischen Hauses“ auf Fundamenten, die bereits früher gelegt wurden? Dieser Fragenkomplex soll im folgenden in fünf Abschnitten mit historischen Rückblicken bis 1945 zur Diskussion stehen.

Wenn man den Bogen zurückschlägt, könnte man konstatieren, daß 1990 politisch besiegelt wurde, was im Potsdamer Abkommen 1945 unter Vorbehalt vereinbart bzw. oktroyiert worden war: die Festlegung der

\* Das ursprüngliche Programm der Tagung hatte vom „Ende des Kalten Krieges“ gesprochen. Ch. Kleßmann begründet im folgenden, was ihn zu der Änderung bewogen hat (Anm. d. Red.).

Oder-Neiße als deutsch-polnischer Grenze. Zwar ist 1990 der völkerrechtlich umfassende Friedensvertrag, von dem in Potsdam noch ausgegangen wurde, im Sinne einer generellen Regelung aller anstehenden Probleme nicht mehr angestrebt worden. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag und die Einzelverträge der neuen Bundesrepublik mit Polen und der ČSFR sind jedoch als völkerrechtlich verbindlicher Ersatz eines solchen Friedensvertrages anzusehen. Das „Ende der Nachkriegszeit“ wurde zwar schon oft und zu unterschiedlichen Zeitpunkten von Politikern, Kommentatoren und Historikern verkündet, aber im Hinblick auf die deutsch-polnische Grenze hat diese Nachkriegszeit, so könnte man sagen, erst 1990 ihr wirkliches Ende gefunden. Was die neue Phase bringen wird, ist jedoch noch nicht absehbar.

Es gehört zu den intellektuellen „Unarten“ der Historiker, daß sie alle griffigen Zäsuren in Frage stellen und Kontinuitäten entdecken, die das Gewicht dieser liebgewordenen Zäsuren und Wendepunkte wieder relativieren. So schränken neuerdings gerade die Sozialhistoriker den Einschnitt von 1945 ein und betonen stärker bestimmte soziale Kontinuitätslinien. In Grenzen möchte ich dies aus einem primär politikhistorischen Blickwinkel jetzt auch hinsichtlich der Bedeutung des Jahres 1990 für das deutsch-polnische Verhältnis tun. Zugespitzt würde meine These lauten: 1990 ist kein Wendepunkt in den bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen, wenn man sich die positiven Ansätze einer Normalisierung dieser Beziehungen in den vorangegangenen Jahrzehnten in Erinnerung ruft, sondern eher der Höhepunkt eines langen und mühsamen Prozesses, an den es unter den neuen Bedingungen auch in Zukunft anzuknüpfen gilt. Daß dieses Jahr im bilateralen Verhältnis weniger deutlich Wendepunktcharakter trägt als für die innerdeutsche Entwicklung, hat wiederum historische Gründe.

Die Teilung Deutschlands war keine zwingende Folge des Zweiten Weltkriegs und der von Deutschland in Europa verübten Verbrechen, sondern eine Funktion des Kalten Krieges. Anders die Abtrennung der deutschen Ostgebiete: Sie wurde seit 1941 unter den Alliierten erörtert und bildete ein unmittelbares Ergebnis des von den Nationalsozialisten angezettelten Eroberungs- und Vernichtungskrieges in Osteuropa. Diese Abtrennung wurde somit lange vor dem Kalten Krieg ins Auge gefaßt und konnte — anders als die deutsche Teilung — auch nicht revidiert werden, als der Kalte Krieg und später der Ost-West-Konflikt zu Ende gingen. Der Kalte Krieg war eine Phase innerhalb dieser politischen Konstellation des Systemkonflikts zwischen westlichen Demokratien (inklusive einiger Diktaturen oder autoritärer Staaten) und dem kommunistischen Herrschaftssystem. Beide umfassen daher unterschiedliche Zeiträume. Der

Ost-West-Konflikt als potentiell globale Konfliktkonstellation begann 1917 mit der bolschewistischen Revolution als ideologischem, politischem und ökonomischem Gegenstück zur kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsordnung und endete in Europa 1990/91 mit dem völligen Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Imperiums und der inneren Auflösung der Sowjetunion. Innerhalb dieses Zeitraums von fast 75 Jahren umfaßt die Phase des Kalten Krieges die Phase von 1947 bis in die 60er, nach anderen Interpretationen bis in die 70er Jahre. Nach dem Ende des Kalten Krieges war jedoch noch keineswegs der Ost-West-Konflikt beigelegt. Ebenso wenig war die Möglichkeit eines Rückfalls in den Kalten Krieg gebannt. Der Krieg in Afghanistan und die Auseinandersetzungen um die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa rückten die Möglichkeit noch einmal in greifbare Nähe. Aber die innen- und außenpolitischen Verhältnisse zeigten spätestens in den 70er Jahren eine deutliche Veränderung gegenüber den früheren Jahrzehnten, so daß ein solcher Rückfall auf größere Hindernisse stieß. Zugespitzt: das sukzessive Ende des Kalten Krieges seit den frühen 60er Jahren wurde eine Voraussetzung für die innere Erosion des Ostblocks, aus der sich schließlich der Zusammenbruch und das Ende des globalen Ost-West-Konflikts entwickelten. In diesen Zusammenhang gehört auch die gegenwärtig heftig geführte Debatte um die Rolle der Entspannungspolitik in den 70er Jahren.

Diese Überlegungen sind wichtig, um das deutsch-polnische Verhältnis differenziert in den Blick nehmen zu können. Die polnische Nachkriegsgeschichte läßt sich nicht — ebensowenig wie die der DDR — als einheitliche stalinistische Periode von 1945 bis 1989 charakterisieren, sondern weist erhebliche innere Unterschiede auf. Diese Feststellung ist eigentlich banal, jedoch m.E. nötig angesichts öffentlicher Debatten, in denen solche Differenzierungen untergehen und der Antikommunismus von vorgestern wieder Urständ zu feiern droht. Um diese zeitliche Differenzierung an einem konkreten Beispiel zu exemplifizieren: Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und die anschließenden Konferenzdebatten, die ja nicht nur einen unverbindlichen Schlagabtausch unterschiedlicher Positionen und Geschichtsinterpretationen bedeuteten, wären unter den Bedingungen des Kalten Krieges nicht möglich gewesen. Sie fanden statt in einer Zeit beträchtlicher innerer und beziehungsgeschichtlicher Wandlungen in Polen und Deutschland, räumten Hindernisse aus dem Weg, ebneten Wege der Verständigung und schufen Voraussetzungen zur Neuordnung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Gleichwohl blieben systembedingte politische Barrieren, die erst mit dem Ende der kommunistischen Diktatur in Polen und mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der Annäherung von West- und Osteuropa und der defini-

tiven, völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der deutschen Ostgrenze beseitigt wurden.

In groben Zügen möchte ich zunächst die verschiedenen Phasen des deutsch-polnischen Verhältnisses nach 1945 charakterisieren, um anschließend die Frage nach dem Wendepunktcharakter von 1990 zu erörtern.

## 1. Die Phase des Stalinismus in Polen

Für geregelte Beziehungen zwischen Polen und Deutschland gab es in der Gründungsphase der Bundesrepublik keine Chancen. Die kommunistisch dominierte Regierung Polens hatte schon 1947/48 gegen den Marshall-Plan protestiert, dem sich Polen aus ökonomischen Gründen zunächst anschließen wollte, aber wegen des sowjetischen Vetos nicht durfte. Die außenpolitische Polemik gegen den Marshall-Plan richtete sich jedoch gegen Westdeutschland, weil das amerikanische Hilfsprogramm einem westdeutschen Staat zum schnellen Wiederaufbau verhelfen sollte.

Innenpolitisch waren die Beziehungen zwischen beiden Völkern dreifach vergiftet: die noch frische polnische Erinnerung an die Schrecken der nationalsozialistischen Okkupation, die ebenso prägende deutsche Erinnerung an die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den an Polen gefallen Gebieten, schließlich die Gründung der DDR, die auf staatlicher Ebene volksdemokratische Freundschaft zu Polen proklamierte, die Grenze im Görlitzer Vertrag von 1950 anerkannte und das „Umsiedlerproblem“ politisch für gelöst erklärte und sich so überall als Kontrast zur Bundesrepublik präsentierte.

Der westdeutsche, von den Westalliierten verbal seit 1947 unterstützte Revisionsvorbehalt hinsichtlich der Oder-Neiße führte in Polen zur rigorosen Unterdrückung und Polonisierung der verbliebenen Deutschstämmigen, verunsicherte jedoch zugleich die in den Westgebieten angesiedelte polnische Bevölkerung nachhaltig. Diese Bevölkerung glaubte nicht an die Endgültigkeit der Grenzziehung und rechnete über kurz oder lang mit der Rückkehr der Deutschen. Dieses Leben im Provisorium verhinderte einen schnellen und zielstrebigem Aufbau und gab so indirekt der westdeutschen Wahrnehmung vom „Verfall im deutschen Osten“ Auftrieb. Erst mit dem Ende des Stalinismus in Polen 1956 eröffneten sich neue Perspektiven für wirkliche Veränderungen im deutsch-polnischen Verhältnis.



## 2. Entstalinisierung in Polen und Ansätze einer westdeutsch-polnischen Annäherung nach 1956

Der polnische „Frühling im Oktober“ ist in Westdeutschland mit großer Aufmerksamkeit registriert worden. Gleichzeitig gab die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch sowjetische Panzer dem Kalten Krieg innen- und außenpolitisch erneut massiven Auftrieb. Die Chancen zu einer Verständigung mit der Sowjetunion und Osteuropa erhielten dadurch einen drastischen Dämpfer. Das Tauwetter in Polen hat dennoch zu lebhaften Debatten in der westdeutschen Öffentlichkeit, im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt über den künftigen Kurs einer deutschen Polenpolitik geführt.

Zwar hielt die relative Liberalisierung in Polen nur wenige Jahre an, aber die Sonderrolle Polens im Block (Polen als „fröhlichste Baracke im Lager“) blieb doch fast ein Jahrzehnt erhalten. Außenpolitische Initiativen wie der Rapacki-Plan zur Schaffung einer militärisch verdünnten, atomwaffenfreien Zone fanden jedoch in dieser Phase in der Öffentlichkeit größere Resonanz als in der Bonner Politik. Adenauers Fixierung auf das Axiom „Entspannung muß von Fortschritten in der Wiedervereinigung abhängig gemacht werden“ blockierte bis in die 60er Jahre hinein eine flexible deutsche Ostpolitik. Der andere Grund für das Scheitern einer deutsch-polnischen Annäherung war innenpolitischer Natur. Der Einfluß der Vertriebenenverbände verhinderte eine ernsthafte Orientierung an Alternativen, wie sie von Wilhelm Grewe, dem Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, und Karl Georg Pfeleiderer, dem Deutschen Botschafter in Belgrad, und ansatzweise auch von Außenminister von Brentano vorgeschlagen wurden.

Da sich die Beziehungsgeschichte zwischen Völkern nicht primär auf der Ebene der staatlichen Diplomatiegeschichte abspielt, zeigt sich für die Phase ab 1956 jedoch trotz politischer Stagnation ein insgesamt vielfältiges und interessantes Bild. Die Vertriebenenverbände mit ihrer Forderung nach Recht auf Heimat und ihrer strikten Ablehnung der Grenzanerkennung bestimmten keineswegs die öffentliche Meinung in ähnlich ausschließlicher Form wie etwa in Weimar die Gegner von Versailles. Vielmehr hat die Versöhnungs- und Normalisierungspolitik der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt eine lange innenpolitische Vorgeschichte, die 1956 beginnt. Im einzelnen ließe sich diese Vorgeschichte gut verfolgen anhand der Debatten in der liberalen Presse, der steigenden Zahl von deutschen Übersetzungen polnischer Literatur, dem wachsenden Interesse an polnischen Filmen, polnischer Plakatkunst, Graphik und

Musik, der publizistischen und wissenschaftlichen Beschäftigung mit Themen der polnischen Geschichte und Gegenwart.

Nur zwei Beispiele möchte ich hier nennen:

- a) den Fernsehfilm und das gleichnamige Taschenbuch von Hansjakob Stehle, dem langjährigen Polenkorrespondenten der FAZ, des WDR und der ZEIT, mit dem Titel „Deutschlands Osten — Polens Westen?“ Diese um Verständnis und Differenzierung bemühte Reportage erregte großes Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit — von breiter Zustimmung bis zu wütender Ablehnung, nachzulesen in dem genannten Taschenbuch von 1964.
- b) Eine noch erheblich größere Resonanz löste die berühmte Ost-Denkschrift der Kammer der EKD von 1965 aus. Dieses Dokument, das im übrigen nicht einmal explizit für eine Anerkennung der Oder-Neiße plädierte, ist so bekannt, daß sich hier ein näheres Eingehen darauf erübrigt.

Solche Initiativen spiegelten nur einen Ausschnitt aus der öffentlichen Meinung, aber sie trugen wesentlich zu ihrer Veränderung bei, wie sich anhand von demoskopischen Umfragen belegen ließe. Wie mühsam gleichwohl der Abschied von lieb gewordenen Illusionen aus Zeiten des Kalten Krieges war und welcher intensiven politischen Anstrengungen es bedurfte, um auch auf der politisch-staatlichen Ebene einen Durchbruch zu einem Neubeginn zu erreichen, zeigte dann die Geschichte der neuen Ostpolitik unter Willy Brandt.

### 3. Der Warschauer Vertrag als Aufbruch zu neuen Ufern?

Vor 1989 galten die Ostverträge zumindest für diejenigen, die nicht zu ihren fundamentalistischen Gegnern gehörten, als Markstein in der Geschichte der Bundesrepublik und als komplementäre Ergänzung zu Adenauers außenpolitischen Weichenstellungen für die Westintegration. Seit der Revolution in Osteuropa und der deutschen Vereinigung sind die Ostverträge stark in den Hintergrund getreten oder in den Dunstkreis der Kritik an der Entspannungspolitik insgesamt geraten. Wo ist der Warschauer Vertrag von 1970 von heute aus historisch einzuordnen? War er Wendepunkt, Durchgangsstation oder Sackgasse? Die Antwort scheint mir eindeutig. Peter Bender hat sie so formuliert: „Wenn die Historiker später fragen, wer den Deutschen nach Hitlers Krieg die Einsicht in die Notwendigkeit abgerungen hat, werden sie Brandt nennen und nicht Kohl.“

Der Warschauer Vertrag war ein Wendepunkt auf der politisch-staatlichen Ebene und erlaubte fortzusetzen, was vorher unterhalb dieser Ebene schon in Gang gekommen war. Freilich blockierten bestimmte Interessen und einseitige Interpretationen auf beiden Seiten eine umfassende Normalisierung. Die Gegner des Vertrages in Teilen der Union und bei den Vertriebenenverbänden betonten den Rechtsvorbehalt und verkehrten damit den Sinn des Vertrages allmählich ins Gegenteil. Denn ohne Zweifel war die Absicht, die Endgültigkeit der Grenze sicherzustellen. Auf der anderen Seite konnten und wollten die kommunistischen Regierungen Polens sich nicht ernsthaft und fair mit den historischen und aktuellen Aspekten von Flucht und Vertreibung und mit den Problemen der Situation der deutschen Minderheit und den Ausreisewünschen deutschstämmiger Familien befassen. Die immer wieder praktizierte Verknüpfung von Menschenrechten und Geld, von Wirtschaftshilfe, Entschädigungszusagen und Ausreiseerleichterungen verlieh den Beziehungen einen peinlichen Beigeschmack.

Mit dem Warschauer Vertrag waren also keineswegs alle großen Probleme im bilateralen Verhältnis gelöst. Das für Polen so wichtige und bittere Thema der Entschädigung der Opfer der NS-Herrschaft gehörte ebenso dazu wie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 hinsichtlich der Fortgeltung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937, für die deutsche Seite gehörte dazu die Praxis der Umsiedlung und Zusammenführung, die in der Regel mit diskriminierenden Prozeduren und Schikanen verbunden war und keineswegs dem Geist des Vertrages entsprach. Während der Helsinki-Konferenz von 1975 gelang es Bundeskanzler Schmidt und Parteichef Gierek, diesen Knoten aufzulösen. Das zwei Monate später von den Außenministern Genscher und Olszowski unterzeichnete Abkommen verband die Pauschalabgeltung von Renten und Sozialversicherungsansprüchen ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter im Reich mit einem Milliardenkredit und einem langfristigen wirtschaftlichen Kooperationsprogramm. Zugleich wurde in der leidigen Umsiedlerfrage eine Quote von 125 000 festgelegt.

Das entspanntere Klima und das 1976 geschlossene Kulturabkommen erleichterten die Vertiefung und Erweiterung gesellschaftlicher Kontakte. Die Schulbuchgespräche, die jährlichen deutsch-polnischen Foren, die Städtepartnerschaften und universitären Kooperationen, die zahlreichen deutsch-polnischen Gesellschaften und Initiativen sowie das 1980 gegründete Polen-Institut in Darmstadt wären hier als Stichworte zu nennen. Von ihnen gingen immer wieder Impulse aus, um das in der Öffentlichkeit schwindende Interesse an Polen wachzuhalten und einen konkreten Bei-

trag zu liefern für das so oft beschworene Ziel: den Warschauer Vertrag mit Leben zu erfüllen.

Vor diesem historischen Erfahrungshintergrund der jüngsten Zeit läßt sich daher mit Peter Bender die Frage nach der Bedeutung des Warschauer Vertrages am einfachsten mit der Gegenfrage beantworten: „Wo stünden Polen und Westdeutsche heute, wenn sie den Vertrag nicht hätten?“ Es ist kaum denkbar, daß all die angedeuteten Verbindungen ohne ihn realisierbar gewesen wären. Vielleicht kann man noch einen Schritt weitergehen: Auch die spontane Hilfe für Polen 1982 im „Kriegszustand“ wäre ohne den Normalisierungsprozeß des Warschauer Vertrages kaum so erfolgt. Die Einstellung der Deutschen zur Solidarność war (vor allem in den letzten Monaten ihrer legalen Existenz) durchaus ambivalent. Der Enthusiasmus in der Bundesrepublik über den Mut der Streikenden in Danzig ließ nach, je länger die Doppelherrschaft von Partei und Gewerkschaft dauerte, je mehr sich die Wirtschaftslage verschlechterte und die Käuferschlangen länger wurden. „Die sollen lieber arbeiten statt streiken“, war eine offen oder verdeckt im Westen und Osten Deutschlands gleichermaßen zu hörende Empfehlung, die zwar nicht einfach falsch war, aber in der auch ein Stück vom alten Stereotyp über die „polnische Wirtschaft“ und den „faulen Polen“ steckte.

Anders in der Phase der akuten materiellen und sozialen Not nach Ausrufung des Kriegsrechts. Wollte man einen Vergleich ziehen, der natürlich wie immer hinkt, müßte man auf die Welle der Polenfreundschaft nach dem gescheiterten Aufstand von 1830 verweisen, um ähnliche Beispiele spontaner Hilfsbereitschaft zu entdecken. Allein 1982 schickten Bundesbürger zusammen mit karitativen Organisationen über zwei Millionen Lebensmittel- und Kleiderpakete nach Polen. Politische Kritik — in moderater Form, weil man die außenpolitische Zwangssituation für Jaruzelski erkannte — ließ sich mit humanitärer Hilfe verbinden. Die uneingestandene Erleichterung der Deutschen über das Ende der „politischen Unvernunft“ forderte zugleich zur Hilfeleistung gegenüber den Polen heraus, die immer noch darunter zu leiden hatten, daß sie die Beute sowohl von Nazis wie von Sowjets geworden waren.

#### **4. Verordnete Freundschaft und latente Ablehnung zwischen DDR und Polen**

Zur gleichen Zeit, als 1982 die Hilfsaktionen in der Bundesrepublik anliegen, packte die FDJ organisierte Solidaritätspakete, um unter anderen Vorzeichen zu helfen, nachdem die marxistisch-leninistische Welt in Ost-

mitteleuropa wieder in Ordnung gebracht worden war. Dieses Verhältnis zwischen Polen und der DDR kann hier nur knapp angedeutet werden, darf jedoch im Rahmen des Themas nicht völlig fehlen.

Andrzej Krzemiński hat im September 1990 in Weimar in einer Rede sehr treffend auf einige neuralgische Punkte im ostdeutsch-polnischen Verhältnis hingewiesen: „Wir haben uns nie sonderlich gemocht, die Polen und die DDR-Deutschen. Wir Polen durften mehr, haben es auch erzwungen, ihr Deutsche hattet mehr, habt es zum Teil erarbeitet, zum Teil bekommen von denen, die die ‚menschliche Erleichterung‘ mit ‚eingefädelttem‘ Geld erreichen wollten. Ihr hieltet Euch auch für etwas Besseres. Es klingen uns noch die arroganten Worte aus der ersten Solidarność-Zeit und dem Kriegszustand in den Ohren: die sollen lieber arbeiten anstatt zu streiken. Daß Ihr heute die Werkzeuge von der Deutschland-Fahne abtrennen konntet, verdankt Ihr auch diesen Streikenden von damals. Daß Ihr aber heute selber streikt, verdankt Ihr der normalen Logik der harten Währung und der Ernüchterung, daß man doch manchmal auch den Rasen betreten muß, wenn man seine Lage ändern will.“

Die im Rahmen des osteuropäischen Bündnissystems verordnete Freundschaft hatte zwar für Polen sicherheitspolitisch auch ihre positiven Seiten, aber sie blieb an der Oberfläche und verhinderte sogar eine gründlichere Aufarbeitung der Hypothesen der Vergangenheit. Andererseits bot Polen mit seiner größeren inneren Bewegungsfreiheit der eingesperrten DDR-Bevölkerung viele Jahre relativ attraktive Möglichkeiten zum nichtorganisierten Urlaub, und für die kleinen oppositionellen Zirkel in der DDR waren die polnischen Dissidenten vom Oktober 1956 bis zur erneuten Legalisierung der Solidarność und der Etablierung des „runden Tisches“ 1989 ein faszinierendes Beispiel für die Perspektive politischer Veränderungen. Die Mentalität der Mehrheit der DDR-Bevölkerung war jedoch viel deutlicher als in der Bundesrepublik von einer ungebrochenen Tradition der vorurteilsgeladenen Überlegenheit und Ablehnung gegenüber dem östlichen Nachbarn geprägt. Das ostdeutsch-polnische Verhältnis zeichnete sich somit durch verschiedene Faktoren aus, die sich in anderer Mischung auch in der Bundesrepublik finden ließen.

Das neue Gesamtdeutschland hat mit beiden Erbteilen in Zukunft zu tun. Für die ostdeutschen Länder scheint mir jedoch das, was im Vertrag vom 17. Juni 1991 vereinbart wurde, angesichts der Diskrepanz von verordneter Freundschaft und tatsächlicher Distanz die größere Herausforderung zu sein.

## 5. Polen und das vereinigte Deutschland

Die völlig unerwartete Revolution und der Zusammenbruch der DDR haben die Erinnerung an Polens Rolle im osteuropäischen Erneuerungsprozeß weitgehend verdrängt. Der „runde Tisch“ war eine polnische Erfindung und symbolisierte wie kein anderes Möbel die friedliche Kooperation von Establishment und Opposition, von Kommunisten und Dissidenten, d.h. einen Übergang, in dem das marode alte System in halbwegs geordneten Formen die Macht an das so oft beschworene Volk zurückgeben mußte.

Mit der verbindlichen Bekräftigung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ist nach einer Phase deprimierender politischer Ungeschicklichkeiten und erbärmlicher Taktiererei in dieser sensiblen Materie ein großes Hindernis auf dem Wege der deutsch-polnischen Normalisierung beseitigt worden. Andere Probleme lassen sich noch kaum überschauen. Wie in Deutschland der Vereinigungsprozeß verarbeitet wird, wie germanozentrisch oder wie offen gegenüber Osteuropa das neue Deutschland sein wird — nicht zuletzt unter finanziellen Aspekten —, ist heute noch kaum abzusehen. Immerhin gibt es einige hoffnungsvolle Ansätze dafür, daß die positiven Traditionen im deutsch-polnischen Verhältnis, die es auch immer gab, zum Zuge kommen und nicht die chauvinistischen. Völlig offen ist ebenfalls, wie Polen die Roßkur von Wirtschaftsreform und demokratischer Neugestaltung überlebt.

Die noch vom Bundestag und von der Volkskammer der DDR verabschiedete Erklärung vom 21. Juni 1990 und der Grenzvertrag zwischen Deutschland und Polen vom 14. November 1990 verweisen auf das Abkommen von Görlitz 1950 und den Warschauer Vertrag von 1970 als Stationen auf dem langen Weg der endgültigen Grenzankennung. Im Zuge der Neuordnung Europas ist diese Grenze somit definitiv, und in Polen sollte man anders klingenden schrillen Stimmen, die eher Randscheinungen sind, nicht zuviel Bedeutung beimessen. Wichtiger für die Zukunft dürfte der Vertrag über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991 sein. Es gibt in der langen Geschichte beider Länder und Völker kein politisches Dokument, das ähnlich umfassend wie dieser Vertrag das Ziel einer Neuordnung der beiderseitigen Beziehungen formuliert. Als Vorstufe ließe sich die ähnlich ausführliche gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 14. November 1989 heranziehen, die in 78 Punkten ein ähnlich breites Themenfeld absteckt. Sie fand allerdings im Schatten der sich überstürzenden politischen Veränderungen in Deutschland nur geringe Aufmerksamkeit.

Das Problem für die Zukunft scheint mir jedoch darin zu liegen, daß diese großartige Absichtserklärung Papier bleibt und daß im Zuge der Normalisierung Polen in der deutschen Außenpolitik kaum noch eine Lobby hat. Es ist möglich, daß Polen seine bisherige Sonderrolle verlieren wird, weil der politische Systemkonflikt nicht mehr existiert. Es könnte insofern auch eine „Normalisierung“ im Sinne eines banalen Desinteresses in Deutschland an Polen wie im übrigen Osteuropa geben. Diesem Trend muß entgegengetreten werden. Davon wird es abhängen, ob in Zukunft einiges von dem, was im Freundschaftsvertrag formuliert ist, auch die Realitäten des Alltags in den historisch so belasteten bilateralen Beziehungen bestimmt und das Vertragswerk insofern als Wendepunkt anzusehen ist.

### Literaturhinweise

- Der Beitrag, für den wegen seines Charakters auf Fußnoten verzichtet wird, basiert u.a. auf folgender Literatur:
- Peter Bender, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*. München 1986.
- Ders., *20 Jahre Warschauer Vertrag*, in: *Die Neue Gesellschaft* 37 (1990), S. 1069-1074.
- Bonn — Warschau 1945-1991. *Die deutsch-polnischen Beziehungen*, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen u. Mieczysław Tomalla. Köln 1992.
- Karl Hartmann, *Polen und die Vereinigung Deutschlands*, in: *Osteuropa* 40 (1990), H. 8, S. 761-765.
- Christoph Kleßmann, *Polen und Deutsche im 20. Jahrhundert*, in: *Wissenschaft und politische Bildung*, hrsg. v. Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, S. 66-78.
- Stanisław Lisiecki, *Polish Public Opinion and the Unification of Germany*, in: *Polish Western Affairs* 32 (1991), H. 1, S. 165-181.
- Hansjakob Stehle, *Adenauer, Polen und die Deutsche Frage*, in: *Adenauer und die Deutsche Frage*, hrsg. v. Josef Foschepoth. Göttingen 1988, S. 80-98.
- Länderbericht Polen*, hrsg. v. Wilhelm Wöhlke. Bonn 1991 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung.).

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



## MITTEILUNGEN

### **Erstes Oldenburger Symposium „Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930er/40er Jahre“, Oldenburg, 30. November bis 3. Dezember 1992**

Vom 30. November bis zum 3. Dezember 1992 veranstaltete die „Baltische Historische Kommission“ (BHK) gemeinsam mit dem „Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte“ (BoKG) in dessen neuen Arbeitsräumen in Oldenburg ein erstes Symposium über das Thema „Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930er/40er Jahre“. Gesamthema und Schwerpunktsetzungen gingen in erster Linie aus gemeinsamen Überlegungen der BHK mit estnischen Wissenschaftlern hervor, und es sollte sich als äußerst fruchtbar erweisen, daß gegenüber den ersten Plänen eine regionale Ausweitung vorgenommen wurde. Daß diese überhaupt realisiert werden konnte, war ebenso wie die organisatorische Betreuung einschließlich der Finanzierung nicht zuletzt der Mitarbeit des Bundesinstituts zu verdanken.

Zum eigentlichen Thema dieses Ersten Oldenburger Symposiums entwickelte sich die Auswirkung der zugespitzten politischen Situation jener für die Länder Ostmitteleuropas entscheidenden Zeitspanne auch auf die Historiker und ihre Geschichtsschreibung. Die Konferenz stand dabei in der Tradition der drei in den Jahren 1979, 1981 und 1985 vorausgegangenen Marburger Symposien der BHK, auf denen erstmals Wissenschaftler aus den baltischen Republiken teilgenommen hatten.<sup>1</sup> Nunmehr wurden noch weitere Regionen Ostmitteleuropas mit einbezogen, so daß schließlich trotz mancher kurzfristiger Absage doch über 30 Wissenschaftler aus Estland, Lettland, Polen, den USA und Deutschland nach Oldenburg kamen, um die sich allzu oft in Form von Konflikten äußernden intereth-

---

<sup>1</sup> Vgl. die beiden vorliegenden Tagungsbände: Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917, hrsg. von Andrew Ezergailis u. Gert von Pistohlkors. Köln/Wien 1982 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. Bd. 4.); Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579–1979. Beiträge zu ihrer Geschichte und ihrer Wirkung im Grenzbereich zwischen West und Ost, hrsg. von Gert von Pistohlkors, Toivo U. Raun u. Paul Kaegbein. Köln/Wien 1987 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. Bd. 9.). — Der Tagungsband des III. Marburger Symposiums „Bevölkerungsverschiebungen und sozialer Wandel in den baltischen Provinzen Rußlands 1855–1905“ wird derzeit zum Druck vorbereitet.

nischen Beziehungen anhand von Einzelreferaten und ausgiebigen Diskussionen zu erörtern.

Den Grußworten des Direktors des BoKG, Werner Broll, und des Ersten Vorsitzenden der BHK, Gert von Pistohlkors, schlossen sich die gleichermaßen ins Thema einführenden wie grundlegende Fragestellungen markierenden Referate von Erwin Oberländer (Mainz) über „Geschichte Osteuropas — Selbstwert oder Funktion der deutschen Geschichte?“ und Willi Oberkrome (Bielefeld) über „Aspekte der deutschsprachigen ‚Volksgeschichte‘“ an. Während ersterer in Aufnahme seiner Forschungsberichte in der jüngst von ihm herausgegebenen zusammenfassenden „Fachgeschichte Osteuropas“<sup>2</sup> die historische Osteuropaforschung der 30er/40er Jahre analysierte, gab Oberkrome Anregungen für leitende Untersuchungskriterien der sog. Volksgeschichte dieses Zeitraums. Seine Thesen befruchteten die Diskussionen auch der weiteren Referate und belebten in Zustimmung und Widerspruch den gesamten Verlauf des Symposiums.

Bei deutlichem Schwerpunkt im Baltikum ermöglichte die Einbeziehung auch Breslaus oder des Deutschen Ordens eine vergleichende Analyse. Dabei ging es einerseits um wissenschaftliche Institutionen wie im Referat von Hans-Jürgen Bömelburg (Mainz) über „Das Osteuropa-Institut in Breslau 1930–1945. Wissenschaft, Propaganda und nationale Feindbilder in der Arbeit eines interdisziplinären Zentrums der Osteuropaforschung in Deutschland“. Andererseits standen aber auch Einzelforscher im Mittelpunkt der Untersuchung wie das Ehepaar Mortensen (Bernhard Jähmig <Berlin>), Kurt Lück (Hans-Werner Rautenberg <Marburg>) oder Georg von Rauch (Michael Garleff <Oldenburg>) und Reinhard Wittram, dessen historiographische Arbeiten gleich in drei Referaten behandelt wurden — von Mart Kivimäe (Tallinn/Reval), Maris Skujinš (Riga, Mainz) und Gert von Pistohlkors (Göttingen).

Schließlich wurden auch historiographische Längsschnitte gegeben über nichtdeutsche Geschichtsschreibungen: Marian Biskup (Toruń/Thorn) über „Die polnische Geschichtsschreibung zum Deutschen Orden in den 1930er Jahren“ sowie über die lettische Historiographie der 1930er (Inesis Feldmanis <Riga>) und der 1940er Jahre (Bonifacijs Daukšts <Riga>); die estnische Historiographie beider Jahrzehnte behan-

<sup>2</sup> Erwin Oberländer, Historische Osteuropaforschung im Dritten Reich. Ein Bericht zum Forschungsstand, in: Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990, hrsg. v. Erwin Oberländer. Stuttgart 1992, S. 12–30 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa. Bd. 35.); ders., Das Studium der Geschichte Osteuropas seit 1945, in: Ebenda, S. 31–38.

delte Rein Helme (Tallinn/Reval). Sirje Kivimäe hielt ein gemeinsam mit dem nicht anwesenden Jüri Kivimäe (beide Tallinn/Reval) verfaßtes Referat über den bedeutenden estnischen Historiker „Hans Kruus und die deutsch-estnische Kontroverse der 1930er Jahre“; während Indrek Jürjo (Tallinn/Reval) anhand der erst kürzlich aufgefundenen Materialien „Die Versammlung deutscher Historiker in Reval/Tallinn am 10.–11. April 1933“ in ihren Ergebnissen und Wirkungen analysierte und damit zum oben bereits angesprochenen Themenblock deutschbaltischer Historiker überleitete. — Das letzte Referat galt wiederum einer übergreifenden Fragestellung, indem Edward C. Thaden (Chicago) den „sowjetischen Historismus“ dieser Jahrzehnte in Ostmitteleuropa behandelte.

Die zeitlich nur wenig begrenzten Diskussionen verdankten ihre Intensität nicht zuletzt der ebenso fachkundigen wie souveränen Leitung durch Wissenschaftler wie Sirje Kivimäe, Peter Krupnikov (Riga, München), Rex Rexheuser (Lüneburg) und Karl-Heinz Ruffmann (Erlangen) sowie die BoKG-Mitarbeiter Eckhard Grunewald und Matthias Weber. Auf der von Gert von Pistohlkors und Michael Garleff gemeinsam geleiteten Abschlußdiskussion wurde einmal mehr das Fehlen wichtiger regionaler Bereiche wie z.B. Litauen deutlich, das künftig dringend in diese Debatte einbezogen werden muß.

Als Anfang einer eindringenden wissenschaftlichen Diskussion im internationalen Kontext zeigte diese Tagung ebenso die Notwendigkeit begrifflicher Differenzierungen wie die Bedeutung der Frage, inwieweit Forscher „mit wissenschaftlichen Methoden politisierte Historiographie intendierten“ — wobei stets der politische Freiraum zu berücksichtigen sei, den autoritäre Regime der Forschung noch gewährten (Oberländer). Der regionale Schwerpunkt in den baltischen Staaten erlaubte eine intensivere Untersuchung des Übergangs von der „Landes- zur Volksgeschichte“ mit allen Begleiterscheinungen wie auch des „Phänomens der Wahrnehmungsverweigerung im Horizont konkurrierender Nationalismen“ (Rexheuser) und der daraus folgenden gegenseitigen Isolation, wobei u.a. die Frage gestellt wurde, wie groß jeweils der Anteil nationalistischer Elemente des eigenen Volkes ausfällt oder inwieweit diese vom anderen aufgezungen waren. Jedenfalls müssen in diesem Fall wie auch ganz allgemein biographische Analysen ausgeweitet und von strukturellen ergänzt werden.

Das in mehreren Referaten herausgearbeitete nationale Prinzip dürfe nicht kritiklos hingenommen werden, sondern es müßten Anstrengungen für ein „Projekt zur Erarbeitung neuer Kriterien“ unter Berücksichtigung auch interdisziplinärer Aspekte (Ruffmann) unternommen werden. Das könne nicht zuletzt zur Überwindung der neuerlichen „Vertrauenskrise

der Geschichtswissenschaft“ (Skujinš) in den Staaten Ostmitteleuropas verhelfen. Erforderlich ist künftig ferner eine regionale und perspektivische Ausweitung des Themas, das angesichts der heute erneut aufbrechenden interethnischen Konflikte als ein dringend zu behandelnder Komplex bezeichnet wurde. So erhalten Fragen nach einer möglichen Kontinuität bestimmter Elemente des wissenschaftlichen Denkens und Handelns heute eine erhebliche Bedeutung.

In dem vom BoKG vorzubereitenden und in dessen Schriftenreihe erscheinenden Tagungsband sollen auch die kurzfristig abgesagten Referate veröffentlicht werden, wie Heinz von zur Mühlen (Neubiberg): „Deutsche und Undeutsche als historiographisches Problem“, Michael Neumüller (München) über „Die sudetendeutsche Geschichtsschreibung im Wandel der politischen Veränderungen“ oder Hain Rebas (Kiel, Tallinn/Reval): „Die Historiographie der Schwedenzeit im Baltikum“.

Michael Garleff, Oldenburg

## **Die Beziehungen zwischen den Staaten Litauen und Polen in der Geschichte Mitteleuropas: Vergangenheit und Perspektiven. Ein Symposium in Wilna, 10. bis 12. November 1992**

Vom 10. bis 12. November 1992 fand in Wilna ein internationales Symposium unter dem Thema: „Die litauischen und polnischen Staatsbeziehungen im 20. Jahrhundert im Kontext der mitteleuropäischen Geschichte: Vergangenheit und Perspektiven“ statt. Die Organisatoren dieses Symposiums (das Institut für Litauische Geschichte und das Litauische Philologische Institut der Litauischen Akademie der Wissenschaften) waren der Ansicht, daß hinsichtlich der spannungsgeladenen litauisch-polnischen Beziehungen, die in der Vergangenheit oft historische Momente mitbestimmt hatten, die Zeit gekommen sei, in ruhiger akademischer Umgebung einen Versuch der objektiven Klärung einiger historischer Probleme zu wagen.

Auf dem Symposium wurden verschiedene litauische und polnische Beziehungsprobleme behandelt, wobei sich drei wichtige Arbeitsrichtungen herauskristallisierten: Kultur-, politische und Sozialgeschichte (bis 1945). Hinzu kamen die aktuellen Beziehungen Litauens und Polens Ende des 20. Jahrhunderts (nationale Minderheiten, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten bei der Wiederherstellung der litauischen Unabhängigkeit etc.). Immerhin widmeten die meisten Referenten ihre größte Aufmerksamkeit dem bilateralen Konflikt des 20. Jahrhunderts, wobei sie ihn von verschiedenen Seiten analysierten. Da diese kurze Übersicht kein vollständiges Panorama gestattet, sollen nur jene Referate besprochen werden, die in unterschiedlicher Gründlichkeit die Genese des litauisch-polnischen Konfliktes, seine Entwicklung 1918–1945 sowie seinen Einfluß auf die heutigen bilateralen Beziehungen analysierten.

Am ersten Tag wurden Politik, Sprache, kulturelle Wechselwirkungen und die Entstehung des Nationalitätenkonflikts erörtert. Eine spezielle Einführung in die neuzeitlichen litauisch-polnischen Beziehungen gab Henryk Wisner (Polen) mit seinem Referat, das das Verhältnis zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen von der Phase vor Jogaila bis zur Zerschlagung der Rzeczpospolita aufzeigte. Wisner, der die polnische Politik aus litauischer Sicht kommentierte, unterstrich, daß Polen seit Beginn der jogailianischen Phase einen einheitlichen politischen Organismus mit dem Großfürstentum plante, der Schritt für Schritt zu einem zentralistischen Staat heranwachsen sollte. Das polnische politische Programm des 18. Jahrhunderts ließ, gestützt auf die jahrhundert-

lange Tradition der Union, für ein souveränes Großfürstentum keinen Platz mehr. Darum ist es nicht verwunderlich, daß die Polen die litauischen Veränderungen im 19. Jahrhundert nicht begriffen — ja noch nicht einmal wahrnahmen, wie die Litauer ihre eigene ethnosoziale und ethnopolitische Gemeinschaft schufen. So programmierte das 19. Jahrhundert den litauisch-polnischen Konflikt.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangte auch Antanas Kulakauskas (Litauen), der die Behauptung aufstellte, daß die Polen auf die Veränderungen des 19. Jahrhunderts im Gebiet der Rzeczpospolita, das sie für ihr Eigentum hielten, historisch nicht richtig reagiert hätten. Sie erkannten die Litauer nicht als vollwertiges Volk an, behandelten Litauen als polnische Provinz und die Litauer als nationale Minderheit, die noch nicht einmal Anspruch auf Kulturautonomie erheben durfte. Bei der Verteidigung ihres Rechts, als selbständiges Volk und eigener Staat zu existieren, waren die Litauer, so Antanas Kulakauskas, nolens volens gezwungen, den Nationalismus zu wählen.

Egidijus Aleksandravičius (Litauen) behandelte in seinem Vortrag „Von ‚Für unsere und eure Freiheit‘ bis zum modernen Nationalismus“ das Absterben der alten litauischen Ständegesellschaft und die Geburt des modernen bürgerlichen Litauens sowie die russischen Bemühungen, diese bürgerliche Gesellschaft in die russische einzugliedern. Der Referent analysierte fernerhin die Auswirkungen der russischen Regierungsmethode „teile und herrsche“ auf die litauisch-polnischen Beziehungen. Der erste Tag brachte noch weitere Vorträge litauischer, polnischer, ukrainischer und weißrussischer Wissenschaftler.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Außerhalb des hier besprochenen Themenkreises fanden am ersten Tag die folgenden Vorträge litauischer, polnischer, ukrainischer und weißrussischer Wissenschaftler statt: Irena Adomavičiūtė (Litauen): Die polnische Sprache und die žemaitischen Bojaren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; Eugenija Ulčinė (Litauen): Latein als Wissenschafts- und Lehrsprache der alten Wilnaer Universität; Irina Kukuškina (Rußland): Die Rolle der Wilnaer Universität in der nationalen litauischen und polnischen Befreiungsbewegung im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts; Lidija Šabajevaitė (Litauen): Die Wilnaer Stefan-Bathory-Universität in der polnischen Politik; Vjačeslav Verenič (Weißrußland): Sprachbeziehungen im Wilnagebiet; Anatoli Nepokupnyj (Ukraine): Das Areal der Jotwingerkomponente in der gegenwärtigen polnischen und litauischen Onomastik; Aleksandras Vanagas (Litauen): Südostlitauen und seine Ortsnamen; Laima Grumadienė (Litauen): Der Veränderungsmechanismus der südostlitauischen Sprache; Aušra Radzevičiūtė (Ukraine): Die Substratrolle in der lexikalischen und semantischen Entwicklung der baltischen und slawischen Sprachen: polnische und litauische Baumbezeichnungen; Roman Roszko (Polen): Der Imperceptivus in der litauischen, polnischen und bulgarischen Sprache; Kazys Morkūnas (Litauen): Einige Volksausdrücke der ostlitauischen Sprache in ihren Erzeugungs- und Wandlungsisoglossen; Danguolė Mikulėnaitė (Litauen): Die Lautbesonderheiten der ostlitauischen Dialekte; Nikolajus Savičius (Litauen): Die Besonderheiten der weißrussischen Sprache in Ostlitauen.

Der zweite Tag war besonders den Unterschieden im politischen Gedankengut der Litauer und Polen sowie dem Konflikt beider Staaten 1918–1945 gewidmet. Hier spiegelte das Symposium genau die Situation wider, die in der litauischen Geschichtsschreibung bezüglich des litauisch-polnischen Konfliktes existiert. Sichtbar wurden zwei Positionen, zwei Ansichten: die traditionell negative und eine positive.

Die traditionelle Wissenschaft vertrat Regina Žepkaitė (Litauen) mit ihrem Beitrag „Das Territorium der ersten litauischen Republik, Grenz- und Hauptstadtprobleme“. Die Referentin legte die Stellung der litauischen Regierung bezüglich Wilnas unter historischen und juristischen Aspekten dar, konstatierte, daß Litauen niemals die Einverleibung Wilnas und des Wilnagebietes durch Polen anerkannt habe, und verwies auf die Ungesetzlichkeit der Entscheidungen der Botschafterkonferenz sowie des Völkerbundes. Leider war der Pole Piotr Łossowski, einer der schärfsten Kritiker von Žepkaitė, der die gleichen Tatsachen völlig entgegengesetzt interpretiert, auf dem Symposium nicht anwesend, so daß die erwartete Diskussion ausblieb.

Die positive Richtung — im Hinblick auf die Beziehungen zu Polen — der litauischen Geschichtsschreibung war auf dem Symposium recht breit vertreten. Vladas Sirutavičius (Litauen) behandelte in seinem Beitrag „Die Möglichkeiten einer litauisch-polnischen Übereinkunft — die Vision von J.A. Herbačiauskas“ den von dem Schriftsteller vorgeschlagenen „dritten“ Weg zur Formierung einer nationalen Kultur und Entwicklung eines Staates. Nach Meinung des Referenten hatte Herbačiauskas eine außergewöhnliche Vision von der Zukunft eines demokratischen Litauen, dessen Fundament in der Idee einer litauisch-polnischen Föderation lag. Diese Idee unterschied sich sowohl vom Konzept eines Nationalstaates wie auch von dem Projekt der Wiederherstellung der litauisch-polnischen Union, das damals unter den litauischen Bojaren sehr populär war, da diese Verbindung nicht nur die selbständige Ethnokultur der beiden Völker anerkannte, sondern auch die Möglichkeit der ethnopolitischen Ausweitung.

Česlovas Laurinavičius hatte ein Thema gewählt, das litauische und polnische Historiker schon einige Male die Klängen kreuzen ließ: „Der Vertrag von Suwalki (1920) als historisches Problem“. Der Referent, der nach eigener Aussage mehr den „litauischen“ Aspekt dieses Problems behandelte, führte aus, daß der Vertrag von Suwalki im Bewußtsein der Litauer am häufigsten als juristischer Eckpfeiler assoziiert werde, dazu als moralischer Vorwurf an Polen, das diesen Vertrag gebrochen habe. Gleichzeitig verwies der Referent darauf, daß der Vertrag in der litauischen Historiographie unterschiedlich und sogar gegensätzlich behandelt werde. Laurinavičius stellte die Hypothese auf, daß das Abkommen ein Verbin-

dungsglied zwischen der Entscheidung der Konferenz von Spa (9.7.1920) über Litauen und dem Friedensvertrag mit Sowjetrußland (12.7.1920) sein könnte, das auf diese Weise der staatlichen Existenz Litauens eine sichere Nische gewährt habe. Jedoch erkannten die litauischen Politiker ihre Möglichkeiten zu jener Zeit nicht. Nach dem Vertrag von Riga (12.7.1920) schieden diese Varianten aus, da der erwähnte Moskauer Vertrag (12.7.1920) seine frühere Bedeutung verloren hatte. Nach Meinung des Referenten ist das Problem des Vertrages von Suwalki nicht nur das der offensichtlichen polnischen Aggression, sondern auch die Frage nach der politischen Reife der Litauer. Leider war kein polnischer Historiker anwesend, der die Diskussion zu diesem aktuellen Thema hätte fortsetzen können.

Weiterhin folgten am zweiten Tag Vorträge von Historikern aus Polen, der Ukraine, Rußland, Deutschland und Lettland. Andrzej Skrzypek (Polen) referierte über die polnische Außenpolitik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges; in dem Beitrag von Oleg Višlev (Rußland) „Die südosteuropäischen, mitteleuropäischen und baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit. Grundsätzliche Entwicklungstendenzen“ dominierten Motive des russischen Interesses an der ostbaltischen Region. Die größte Kontroverse des gesamten Symposiums wurde durch den Vortrag von Jaroslav Daškevič (Ukraine), „Polen und seine östlichen Nachbarn. Anachronismen des politischen Denkens“, ausgelöst. Darin bezeichnete der Referent die polnische politische Staatsdoktrin der Vorkriegszeit als klar imperialistisch. Diese Erscheinungen nehme er auch im heutigen Polen wahr. Einige dieser Gedankengänge riefen den Protest der anwesenden polnischen Historiker hervor.<sup>2</sup>

Die Beiträge des letzten Tages lassen sich in drei Gruppen unterteilen. Zu der ersten gehörten Referate über die ethnolinguistische Situation und die Sprachstrukturen in Südostlitauen.<sup>3</sup> Im Mittelpunkt der zweiten Gruppe standen Berichte, die die litauisch-polnischen Beziehungen seit der Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem im Wilnagebiet erörterten.<sup>4</sup> Dazu

<sup>2</sup> Weitere Vorträge des zweiten Tages waren: Erik Jekabson (Lettland): Einige Aspekte der Beziehungen zwischen Lettland, Polen und Litauen 1919–1920; Raimundas Lopata (Litauen): Über den Vertrag zwischen Voldemaras und Ronikier im Juni 1918; Mindaugas Tamošiūnas (Litauen): Die Geschichtsschreibung über den ‚mittellitauischen‘ Sejm 1922; Arūnas Bubnys (Litauen): Der ZWZ und die AK im Kreis Kaunas 1940–1945.

<sup>3</sup> Zigmās Zinkevičius (Litauen): Das litauische Sprachsubstrat in den slawischen Sprachen Ostlitauens; Aloyzas Vidugiris (Litauen): Litauische Volkssprache und ethnolinguistische Lage in Ostlitauen Ende des 19. Jahrhunderts und im 20. Jahrhundert.

<sup>4</sup> Petras Gaučas (Litauen): Die Bildung in Ostlitauen; Stanislovas Buchaveckas (Litauen): Die Schule 1941–1944: Resistance und nationale Beziehungen; Nastazija



läßt sich auch der Beitrag von Sergej Tolerionek (Weißrußland) rechnen, der sich mit den Territorialansprüchen beschäftigte, die die kommunistische weißrussische Staatsmacht 1990 Litauen gegenüber erhob. Die dritte Gruppe bildeten Übersichtsreferate über litauisch-polnische Probleme und die Nationalitätenfragen des Wilnagesbietes einschließlich ihrer Zukunftsperspektiven.<sup>5</sup> Die meisten neuen, zum ersten Mal in einem wissenschaftlichen Kontext aufgenommenen Fakten wurden durch die Referenten der zweiten Vortragsgruppe dargelegt. Die Diskussionen zeigten allerdings, daß sich vorläufig beide Seiten mehr auf „patriotische“ als auf wissenschaftliche Argumente stützen und sowohl die Vergangenheit wie auch die gegenwärtige Realität sehr verschieden bewerten.

Die Teilnehmer hörten mit großer Aufmerksamkeit die „Überlegungen eines deutschen Historikers über die litauisch-polnischen Beziehungen“. Rex Rexheuser nötigte in seinen philosophischen Betrachtungen Litauer und Polen zum Nachdenken und der Suche nach neuen Wegen zum gegenseitigen Verständnis. Max Engman (Finnland) setzte das Bekenntnis des deutschen Kollegen auf seine Art fort, indem er den Teilnehmern von den schwedisch-finnischen Beziehungen in der Entwicklung Finnlands berichtete.

Verallgemeinert man die Referate und Diskussionen dieser drei Tage, läßt sich nach unserer Meinung besonders hervorheben, daß zum ersten Mal die Diskussionen litauischer und polnischer Kollegen auf konzeptioneller und nicht nationaler Basis stattfanden. Kulakauskas, Aleksandravičius, Miknys, Sirutavičius und Laurinavičius sind nicht nur einzelne Namen, sondern eine neue Richtung in der litauischen Geschichtsschreibung. Das läßt hoffen, die nun endlich begonnenen Diskussionen in zivilisierter Form zu führen, wobei man auch die Meinungen und Argumentationen des anderen wahrnimmt. Das Symposium zeigt, daß die Litauer versuchen, ihren Teil des Weges zurückzulegen. Die aktive Teilnahme der weißrussischen und ukrainischen Teilnehmer soll hier hervorgehoben werden, ohne die die litauisch-polnische Entwicklung allseitig heute gar nicht diskutiert werden kann. So hätte das Symposium den Beginn einer neuen Etappe der litauisch-polnischen Zusammenarbeit darstellen können. Leider kam es durch den heimlichen Boykott der polnischen Seite

---

Kairiūkštytė (Litauen): Die Nachkriegsrepatriierung nach Polen unter politischen Aspekten; Kazimieras Garšva (Litauen): Die litauischen und polnischen Beziehungen bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit.

<sup>5</sup> Valerijus Čekmonas (Litauen): Die Entwicklung des Selbstbewußtseins der litauischen Polen und Weißrussen; Antanas Kulakauskas (Litauen): Die Lage der polnischen nationalen Minderheit und ihre Perspektive im litauischen Staat.

nicht dazu. Der Prozeß des gegenseitigen Verständnisses ist nun einmal kein leichter. Es war ein Symposium der ungenutzten Möglichkeiten. Trotzdem bleiben wir Optimisten — es ist schwer vorstellbar, daß Litauer und Polen bei ihrer Rückkehr in den Kreis der zivilisierten Völker Europas ihr altes Bündel Feindschaft und Mißverständnis mit sich schleppen.

Vytautas Žalys, Wilna

## REZENSIONEN

Stanisław Achremczyk, *Historia Warmii i Mazur. Od pradziejów do 1945 roku* (Geschichte Ermlands und Masurens. Von der Urgeschichte bis zum Jahre 1945). Olsztyn: Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego 1992, 324 S., Ill. (Biblioteka Olsztyńska. 18.).

Von einer polnischen Historiographie der südlichen Teile Ostpreußens, die in Polen gewöhnlich, wenn auch nicht ganz zu Recht, „Ermland und Masuren“ genannt werden, kann man erst seit dem Zweiten Weltkrieg sprechen. Damals öffneten sich infolge der Eingliederung dieser Gebiete in den polnischen Staat für den Historiker größere Möglichkeiten, einen Raum zu durchdringen, der bis dahin von der polnischen Wissenschaft gänzlich vernachlässigt worden war. Die Forschungen setzten an mit der Polemik gegen die Unterdrückung von Sachverhalten oder sehr tendenziöse Arbeiten von deutscher Seite, besonders aus der Zeit Weimars und des Nationalsozialismus. Gestützt wurden diese Forschungen von politischen Stellen, die sich freilich im Falle der Masuren zwar nicht auf eine alte Territorialzugehörigkeit zu Polen berufen konnten, aber unter allen Umständen polnische Bindungen in der Sphäre von Bewußtsein und geistiger wie materieller Kultur nachweisen wollten.

Daher waren die Forschungen auch hauptsächlich auf den sog. polnischen Charakter (polskość) Ermlands und Masurens gerichtet. Von Anfang an traten dabei Tendenzen zutage, die ihre Qualität minderten. Es handelte sich um die übermäßige Einengung auf einen polonozentrischen Blickpunkt, sogar dann, wenn ein Problem eigentlich nach einem weiteren Untersuchungshorizont verlangte oder auch erheblich mehr Bedeutung für die Geschichte Preußens und Deutschlands besaß als für Polen. Bisweilen muß die Interpretation ernste Bedenken hervorrufen, besonders wenn sie sich bei Nationalitätenfragen auf vereinzelte Tatsachen, nicht aber auf massenhafte Prozesse stützt. Zugleich pflegten polnische Autoren, die über die Haltung der preußischen Regierung gegenüber der polnischsprechenden Bevölkerung schrieben, ihre Aufmerksamkeit auf den moralischen Aspekt der Germanisierung zu richten, ohne den zeitgenössischen internationalen Kontext zu beachten: Stattdessen faßten sie den Vorgang in Kategorien der Gegenwart auf. Der ganze Zusammenhang stellte sich dann so dar, als sei das Vorgehen der Preußen ein Ausnahmefall gewesen. Man vergaß, daß Tendenzen zur Identifikation einer Staatlichkeit mit der Sprache des herrschenden Volkes damals überall in Europa

hervortraten. Schrieb man hingegen über die polnische Bewegung, lagen in der Hauptsache deutsche Quellen zugrunde, denen man allzuviel Glauben schenkte. Häufig übertreiben sie indes die Reichweite polnischer Aktionen aus einer geradezu krankhaften Überempfindlichkeit der preußischen Behörden gegenüber allen Äußerungen polnischer Aktivität.

Eine solche Darbietung der Geschichte hatte noch eine zweite negative Auswirkung: ihre Popularisierung in übermäßig vereinfachter Gestalt. Jene Vision der Vergangenheit, hergeleitet aus dem polnisch-deutschen Antagonismus und der Abwehr gegen die Germanisierung, beherrscht bis zum heutigen Tag Publizistik, Schulbücher und Synthesen der gesamt-polnischen Geschichte. Natürlich darf man trotz aller Vorbehalte nicht vergessen, daß diese Forschungen, die in der Regel beim Nullpunkt ansetzen, im Bereich des Faktischen viele wichtige und neue Funde gebracht haben. Die hier genannten Tendenzen waren besonders sichtbar in jenem Teil des historischen Schrifttums, der sich auf das 19. und 20. Jahrhundert bezog. Am Eingang der 60er Jahre trennten sich die Wege der Forschung über die Geschichte Ermlands und Masurens. Die polnischen Wissenschaftler begannen sich auf die Vergangenheit des Ermlandes zu konzentrieren, die heute gut erforscht ist. Gegenwärtig wird eine umfangreiche wissenschaftliche Monographie zu dieser Region vorbereitet. Allerdings ging dies auf Kosten von Studien über Masuren; es fehlte auch an einer angemessenen Zahl von Historikern, die sich mit dieser Region beschäftigt hätten.

Im Jahre 1953 erschien eine zweibändige Monographie „Warmia i Mazury“,<sup>1</sup> die eine Art Bilanz der Forschungen aus der Zwischenkriegszeit und den ersten Nachkriegsjahren darstellte; heute besitzt sie bereits keinen größeren wissenschaftlichen Wert mehr. Eine Zusammenfassung der Untersuchungen zu den Beziehungen des Ermlandes und Masurens mit Polen beabsichtigt die zweimal aufgelegte „Dzieje Warmii i Mazur w zarysie“.<sup>2</sup> Sie stellt eher eine Sammlung von Skizzen zu einzelnen Ereignissen und Personen dar. Mit einigen Ausnahmen bringt das Buch wenig Neues, es sammelt und ordnet nur die damaligen Forschungsergebnisse.

<sup>1</sup> Warmia i Mazury. Praca zbiorowa pod red. S. Zajchowskiej i M. Kielczewskiej-Zalewskiej (Ermland und Masuren. Sammelwerk unter der Red. von S. Zajchowska und M. Kielczewska-Zalewska). Bd. 1-2, Poznań 1953.

<sup>2</sup> Dzieje Warmii i Mazur w zarysie. Praca zbiorowa pod red. Bohdana Łukaszewicza. (Geschichte Ermlands und Masurens im Aufriß. Sammelwerk unter der Red. von Bohdan Łukaszewicz). Bd. 1: Od pradžejów do 1870 roku (Von der Vorgeschichte bis zum Jahre 1870). Warszawa 1981; Bd. 2: Od 1872 do 1975 roku (Von 1872 bis zum Jahre 1975). Warszawa 1983. Zweite Ausgabe unter dem Titel Warmia i Mazury. Zarys dziejów (Ermland und Masuren. Historische Skizze). Olsztyn 1985.

Soeben ist ein neues Buch erschienen, das die gesamte Geschichte Ermlands und Masurens bis zum Jahre 1945 erfaßt. Sein Autor Stanisław Achremczyk, ein angesehener Historiker, beschäftigt sich hauptsächlich mit der neueren Geschichte des Königlichen Preußen (Westpreußens) und des Ermlandes und nimmt gegenwärtig die Funktion des Direktors im Wojciech Kętrzyński-Forschungszentrum (Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego) in Allenstein wahr. Das Buch erschien in einem recht ausgefallenen Augenblick. Gegenwärtig werden in Polen die Lehrpläne an Schulen und Universitäten ausgewechselt. Dabei legt man größeren Nachdruck auf den Regionalismus, auf die Vermittlung von Kenntnissen über die Geschichte der „engeren Heimat“ (mniejsza ojczyzna) an Kinder und Jugendliche. Fortgefallen sind auch die früheren Beschränkungen einer staatlichen Zensur, die freilich, was die Regionalgeschichte angeht, im allgemeinen nur dann scharf eingegriffen hat, wenn es um die Darstellung von Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit gegangen war. Stanisław Achremczyks Buch hat populärwissenschaftlichen Charakter und wird vermutlich Schulen und Universitäten als Lehrbuch dienen. Publiziert in einer Auflage von 2000 Exemplaren, ist es bereits sehr schnell vergriffen gewesen.

Die in Polen gebräuchlich gewordene gemeinsame Darstellung der Geschichte Ermlands und Masurens kann Bedenken hervorrufen. „Ermland“ ist ein historischer Begriff, und die Historiker hatten keine Schwierigkeiten, die Grenzen und eine sich schon im Ordensstaat abzeichnende Spezifik dieser Region zu bezeichnen. Anders steht es mit „Masuren“, einem bloß sprachlich-geographischen Begriff, der nicht einmal als solcher ganz klare Konturen hat. Selbst der Name Masuren ist verhältnismäßig jungen Datums, er kam zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf und wurde seit dessen Mitte allgemein gebräuchlich. Damals definierte man Masuren als jenes Gebiet im südlichen Ostpreußen, das von polnischsprechenden Protestanten bewohnt war. Problematisch wurde die Region an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, als sprachliche Assimilation die neue Kategorie deutschsprachiger Masuren hervorbrachte. Erst jetzt wurde Masuren zu einer territorialen Kategorie. Seither stehen die Historiker immer vor dem Problem, was sie untersuchen sollen — die Geschichte der polnischsprachigen Bevölkerung oder die Vergangenheit des Raumes, den sie bewohnt hat. Wenn aber das zweite, wie war dann der Raum abzugrenzen? Unterlag doch der Umfang der evangelischen Bevölkerung polnischer Sprache im südlichen Ostpreußen einer ständigen Schrumpfung. Sollte also auch das Forschungsfeld ständig verändert werden? Auch Stanisław Achremczyk war, wie wir uns überzeugen werden, nicht frei von diesem Dilemma. Außer der Lösung des Problems „Masuren“

mußte er sich die Frage vorlegen, ob es möglich sei, die Geschichte dieser beiden doch verschiedenen Landschaften parallel darzustellen. Als Kriterium wählte er die wechselnde staatliche Zugehörigkeit der zwei Regionen, beschrieb ihre Geschichte also bald gemeinsam, bald in getrennten Abschnitten.

So behandelt der Abschnitt „Die Ordensritter“ die Geschichte des gesamten Ordensstaates Preußen bei ausgedehnter Berücksichtigung der Kriege zwischen dem Ordensstaat und Polen. Gestützt ist der Abschnitt hauptsächlich auf die letzte polnische Monographie zum Ritterorden; da sie in den Spalten des „Nordost-Archiv“<sup>3</sup> rezensiert worden ist, erübrigt es sich, näher darauf einzugehen. Das Problem der räumlichen und historischen Abgrenzung Masurens wird deutlich in den Abschnitten „Geschichte des preußischen Lehens“ und „Vom Herzogtum zum Königreich Preußen“. In politischer, noch mehr in wirtschaftlicher Hinsicht unterschied sich Masuren eigentlich nicht vom Rest des Herzoglichen Preußen. Die Besonderheit dieses Landes rührte hauptsächlich aus der polnischsprachigen Kultur und den Bräuchen seiner evangelischen Einwohner her. Leider ist dieses Problem Stanisław Achremczyk gänzlich entgangen. Er sagt nichts von den Umständen der Einführung des Protestantismus in Masuren, von der Entwicklung des evangelischen Schrifttums dort, von irgendeinem der dort tätigen namhaften Verleger, Autoren und Übersetzer. Es fehlt auch an einem, und sei es beiläufigen, Hinweis auf die Rolle Königsbergs als Verlagszentrum, das nicht nur auf Masuren allein, sondern auf ganz Polen ausgestrahlt hat. In einem größeren Zusammenhang erscheint das masurische Motiv erst in Verbindung mit der Pestepidemie von 1708/09 und dem in ihrem Gefolge durchgeführten wirtschaftlichen und demographischen Retablisement des Landes. Hier hat den Autor die „große Politik“ fasziniert. Die genannten Abschnitte umfassen faktisch die Geschichte des ganzen Herzoglichen Preußen, mit dem Akzent auf den Beziehungen zu Polen. Geschrieben sind diese Abschnitte fesselnd, reich an Information und in einem klaren inneren Aufbau.

Allerdings ruft die Fassung des Themas selbst meine Bedenken hervor. Der Autor vertritt einen eindeutig polnischen Blickpunkt. Obwohl er die Geschichte des Herzoglichen Preußen schreibt, betrachtet er sie aus der Perspektive der polnischen Staatsräson, der Vorteile und Gefährdungen,

---

<sup>3</sup> Marian Biskup, Gerard Labuda, Dzieje Zakonu Krzyżackiego w Prusach. Gospodarka — społeczeństwo — państwo — ideologia (Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen. Wirtschaft — Gesellschaft — Staat — Ideologie). Gdańsk 1986. Rez.: Udo Arnold, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, Neue Folge 1 (1992), H. 1, S. 208-215.

die die preußisch-polnischen Beziehungen für Polen mit sich brachten. Dabei sieht der Autor nicht, daß das Streben des Herzoglichen Preußen nach der Erlangung der vollständigen Souveränität ein natürliches Bedürfnis war und keinerlei Anlaß zur Verurteilung bietet. Ich vermisse auch eine stärkere Betonung des Sachverhalts, daß die ständische Opposition im Königlichen Preußen vor allem in eigenem Interesse gehandelt hat, das sich mit dem Interesse Polens nur traf, aber nicht sein Derivat gewesen ist.

Eine andere Darstellung fand die Geschichte des Ermlands in der Neuzeit — „Ermland in den Grenzen der Republik Polen (1466–1772)“. Frei von der halb freiwilligen, halb aufgenötigten Verpflichtung, Polens Staatsräson zu vertreten, und in voller Verfügung über eine ausgedehnte Kenntnis der Quellen, entwirft der Autor hier ein farbiges, mit Informationen aus dem Alltagsleben angereichertes Bild der Wirtschaft und inneren Verfassung der Region. In hohem Maße ist es ihm gelungen, die Spezifik dieses „Ländchens“, wie die historische Literatur es häufig genannt hat, zu zeigen, das im Rahmen der Republik Polen funktionierte und doch zugleich wie am Rande ihrer historischen Hauptbewegung gelebt hat.

Sicher der kontroverseste Teil des Buches sind jene Abschnitte, die die Geschichte Ermlands und Masurens im 19. und 20. Jahrhundert betreffen. Hier beschränkt sich der Autor ausdrücklich auf die Schicksale der im Titel seines Buches genannten Landschaften, behandelt sie aber in übermäßig weit getriebener Auswahl, indem er sich fast ausschließlich auf die Geschichte der polnischsprachigen Bevölkerung und der polnischen Bewegung konzentriert. Durchgängig gebraucht er den etwas irreführenden Begriff „polnische Bevölkerung“, der suggeriert, es habe in Ermland und Masuren eine Bevölkerung gegeben, die, wenn nicht ihrer nationalen Zugehörigkeit, so doch zumindest ihres Zusammenhanges mit den Polen in sprachlicher, kultureller und ethnischer Hinsicht sich bewußt gewesen sei. Weit angemessener wäre der Begriff „polnischsprachige Bevölkerung“ gewesen. Die polnische Bewegung und die polnischsprachigen Einwohner der südlichen Teile Ostpreußens haben die Aufmerksamkeit Stanisław Achremczyks so in Anspruch genommen, daß er die deutschsprachige Bevölkerung ganz aus dem Blickfeld verloren hat. Am deutlichsten sichtbar wird das bei der Beschreibung der Situation im Ermland im 19. und 20. Jahrhundert. Genau beschrieben wird das Verhältnis der Ermländer zu den polnischen Nationalaufständen, auch die Entwicklung der polnischen Bewegung im südlichen Ermland. Der Autor schreibt aber kein Wort über den nördlichen, von deutschsprachiger Bevölkerung bewohnten Teil und dessen wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung — man braucht hier nur an Braunsberg zu erinnern. Gleichfalls unerwähnt bleibt die deutsche Gesellschaft in Masuren, der sich in ihrer Mitte entwickelnde

Regionalismus, ein Gefühl für das „Masurentum“ und die heimatliche Geschichte.

Meine Vorbehalte ruft auch der Unterabschnitt über die Beziehungen der Masuren und Ermländer zu den polnischen Aufständen hervor. Wo man ihnen mit Sympathie begegnete, sieht der Autor eine Äußerung der Verbundenheit einer ihrer nationalen Zugehörigkeit bewußten masurischen und ermländischen Bevölkerung mit Polen. Er übersieht, daß dies Äußerungen einer gewöhnlichen menschlichen Solidarität mit Verlierern und Verfolgten gewesen sind, während Masuren und Ermländer in ihrer Masse das Ziel der Aufstände nicht verstanden haben. Außerordentlich loyal gestimmt, wie sie selber waren, faßten sie die Aufstände sogar in den Kategorien einer Revolte gegen die legitime Obrigkeit auf.

Eine ähnliche Erwägung kann der Form gelten, in der in dem besprochenen Buch Sprachprobleme dargestellt werden. Zu einem hohen Grad war der instinktive Widerstand der masurischen Bevölkerung nicht so sehr durch die Tatsache der Einführung der deutschen Sprache in die Schule verursacht, als durch die Form, in der dies geschah. Masuren und Ermländer hingen ihrer Sprache nicht, wie dies der Autor suggeriert, als „dem größten Schatz, der ihre Herkunft bezeugte“ an oder gar — wie er meint — als einer Verbindung mit den Polen und eines Wertes in sich selbst, sondern weil sie „Kirchensprache“ war, ein Mittel, mit dessen Hilfe man am Gottesdienst teilnehmen und die Bibel lesen konnte. In der Schule forderte man vor allem die Erhaltung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache.

Daß der Autor den Akzent auf die Beschreibung der polnischen Bewegung setzt, hat zur Folge, daß der Leser die Geschichte Ermlands und Masurens auffaßt wie durch das Prisma von Bestrebungen und Handlungen der Akteure der polnischen Bewegung und einer kleinen Gruppe mit ihnen verbundener, propolnisch eingestellter Masuren und Ermländer. Es ist dies eine unwirkliche Welt, die ihren Grund zu guten Teilen in Wünschen und Vorstellungen der polnischen Seite, nicht aber in den Tatbeständen hatte. Gewiß steht der Autor der polnischen Tätigkeit in Ermland und Masuren nicht unkritisch gegenüber, er gibt sich auch Rechenschaft von ihrer Schwäche. Seine Methode aber, genau und ausführlich mitunter wenig bedeutsame Tatsachen, Unternehmungen oder einzelne Einstellungen polnisch fühlender Masuren und Ermländer zu beschreiben und erst später relativierende Einschränkungen einzufügen, dieses Verfahren macht es dem Leser nicht leicht, die Reichweite und Bedeutung der beschriebenen Vorgänge zu verstehen. Klar tritt dies hervor in dem Abschnitt „Das Plebiszit in Ermland und Masuren“. Eingangs werden ausführlich Unkorrektheiten bei den Wahlen, die Schwäche der polnischen



Plebiszitorganisationen und deutscher Terror beschrieben, bis gegen Ende buchstäblich in einem einzigen Satze die wichtigste unter den Ursachen der polnischen Niederlage festgehalten wird: der Mangel an polnischem Nationalbewußtsein unter Ermländern und Masuren. Ein anderes Fragment bezieht sich z.B. auf die Assimilation ermländischer und masurischer Arbeiter an die deutsche Gesellschaft in Westdeutschland. Illustriert wird der Tatbestand mit der Beschreibung gerade des umgekehrten Prozesses: anhand des Porträts eines jener nicht zahlreichen Auswanderer, in denen erst der Aufenthalt in Westfalen ein polnisches Nationalbewußtsein erweckt hat (S. 213).

Die Jahre der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, die für die Ausbildung prodeutscher Einstellungen unter den Masuren und Ermländern so wichtig gewesen sind, werden wiederum im Prisma der polnischen Bewegung dargestellt. Die Ursachen, aus denen die NSDAP so starken Rückhalt in Masuren gewonnen hat, werden dabei wenig verständlich gemacht. Keinen einzigen Hinweis gibt es zum Thema Soldau, des einzigen Stückchens Masuren, das nach dem Ersten Weltkrieg an Polen gefallen war und wo die von den polnischen Behörden betriebene Polonisierungspolitik fehlgeschlagen ist. Aus dem Zweiten Weltkrieg wird vor allem der Aufenthalt polnischer kriegsgefangener Zwangsarbeiter in den südlichen Teilen Ostpreußens beschrieben. Und wieder ergibt sich ein Bild in Schwarz und Weiß: Wer in Familien von Akteuren der polnischen Bewegung kam, wurde menschlich und herzlich behandelt, während alle, die deutsche Wirte hatten, dort verächtlich behandelt wurden, unter menschenunwürdigen Bedingungen lebten und zu Schwerarbeit verurteilt waren. Dem widerspricht zumindest ein in Allenstein veröffentlichter Erinnerungsband von Zwangsarbeitern,<sup>4</sup> aus dem sich eindeutig ergibt, daß das Verhalten ihnen gegenüber mit der Sprache, die einer redete, nicht zusammenhing. Neu in der polnischen historischen Literatur ist die Beschreibung der Evakuierung im Winter 1945 und allen mit ihr einhergehenden Elends, das die Zivilbevölkerung erlitt. Neu ist auch die Beschreibung des Einmarsches der Roten Armee, während der Autor die erste Begegnung der Masuren und Ermländer mit der polnischen Bevölkerung wohl zu schonend darstellt. Was ein negatives Urteil über diese Abschnitte

<sup>4</sup> Ze znakiem „P“. Relacje i wspomnienia z robót przymusowych w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej. Wstęp, wybór i opracowanie B. Koziełło-Poklewski i Bohdan Łukaszewicz (Unter dem Zeichen „P“. Berichte und Erinnerungen von Zwangsarbeitern in Ostpreußen in den Jahren des Zweiten Weltkrieges. Einführung, Auswahl und Bearbeitung B. Koziełło-Poklewski u. Bohdan Łukaszewicz). Olsztyn 1985.

begründet, ist nicht nur die Begrenzung der Geschichte Ermlands und Masurens auf die Schicksale seiner polnischsprachigen Bevölkerung. Es ist auch die ausschließliche Stütze auf die polnische, im Problemhorizont, wie schon gesagt, recht beschränkte historische Literatur; von den Ergebnissen deutscher Forschungen wird gänzlich abgesehen. Ein Nachteil liegt auch darin, daß Stanisław Achremczyk darauf verzichtet hat, seinem Buch eine, und sei es kurze, Einführung voranzustellen, die die Prioritäten und Ziele erläutert hätte, die ihm bei der Arbeit an seiner Monographie vorgeschwebt haben. Vielleicht hätte er einen Teil der hier vorgebrachten Einwände damit neutralisiert.

Der allgemeine Eindruck, den ich von dem Buch empfangen habe, ist gemischt. Für das Buch spricht die faßliche, klare Form der Darbietung des Themas, die flüssige Sprache, in der es geschrieben ist. Allerdings fixiert es die in der polnischen historischen Literatur verbreiteten Stereotypen mehr, als daß es dem Gebot der Stunde folgt und hilft, sie zu überwinden. Als Ergänzung der „deutschen“ Version der Geschichte des südlichen Ostpreußens, die auf ihre Weise gleichfalls tendenziös ist, indem sie Nachdruck auf völlig andere Ereignisse und historische Prozesse legt, ist diese Fassung des Themas gewiß akzeptabel. Da aber das Buch den Titel „Geschichte Ermlands und Masurens“ trägt, konnte der Leser zu Recht mehr von ihm erwarten als nur die Geschichte der polnischen Bewegung und der polnischsprachigen Bevölkerung. All dies bewirkt, daß man der besprochenen Monographie das Prädikat, sie sei als Ganzes gelungen, nicht zubilligen kann.

Grzegorz Jasiński, Allenstein

**Beiträge zur deutsch-polnischen Nachbarschaft. Festschrift für Richard Breyer zum 75. Geburtstag, hrsg. v. Csaba János Kenéz, Helmut Neubach u. Joachim Rogall. Berlin/Bonn: Westkreuz-Verlag 1992, 168 S.**

Festschriften zu Ehren bekannter und verdienter Intellektueller lassen sich grob gesagt in zwei Gruppen unterteilen. Die erste Gruppe sind Bücher für international angesehene Gelehrte mit Artikeln und Beiträgen von Autoren aus vielen Ländern, die unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen repräsentieren. Zur zweiten Gruppe gehören Bücher, die gewöhnlich nur Arbeiten der nächsten Freunde, Kollegen und Schüler des

Jubilars enthalten. Das Richard Breyer, einem Forscher und Kenner der deutsch-polnischen Beziehungen, aus Anlaß seines 75. Geburtstages gewidmete Werk zählt zur zweiten der genannten Gruppen. Es bietet 14 Artikel und Beiträge aus der Feder von Mitarbeitern des Herder-Instituts in Marburg und Mitgliedern der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen — Einrichtungen, mit denen der Jubilar seit Jahrzehnten eng verbunden ist. Dem Herder-Institut hat er 28 Jahre seines Berufslebens gewidmet, während er in der erwähnten Historischen Kommission bereits seit 40 Jahren tätig ist, seit 1991 in der Funktion ihres ersten Vorsitzenden. Unter den Verfassern der Beiträge finden wir nur einen polnischen Namen — Wojciech Kotowski, gegenwärtig frei arbeitender Wissenschaftler in Deutschland und ebenfalls Mitglied der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen.

Wie seit alters üblich bestehen Festschriften aus möglichst kurzen Texten, häufig in Beitragsform, gelegentlich auch aus Essays mit allgemeineren Reflexionen. Zumeist bringt dies alles Sammelarbeiten ungleicher Qualität hervor, die wenig untereinander zusammenhängen und thematisch auseinanderfallen. In dieser Hinsicht präsentiert sich das Richard Breyer gewidmete Buch recht vorteilhaft. Zwar enthält es — wie andere Veröffentlichungen dieser Art — Aufsätze und Beiträge unterschiedlichen Ranges, sie alle führen aber fragmentarisch oder in größerem Rahmen Probleme aus der Geschichte der deutschen Bevölkerung in Polen und, in einem weit gefaßten Sinn, der polnisch-deutschen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert vor. Es handelt sich um eine Publikation zu einem einzigen Thema mit deutlichem Schwerpunkt, der Geschichte der Deutschen in Polen.

Eine Rezension auf begrenztem Raum kann schwer alle Aufsätze des Buches erschöpfend bewerten. Ein gangbarer Ausweg dürfte es sein, wenn man kurz ihre Thematik skizziert und ausführlicher auf solche Arbeiten eingeht, die nach Meinung des Rezensenten zu einem Kommentar nötigen oder Erwägungen und Vorbehalte hervorrufen.

Die beiden ersten Skizzen sind der Person des Jubilars gewidmet. Csaba János Kenéz schildert knapp den Lebensweg Richard Breyers als Mitglied der oben genannten Institutionen und Erforscher der polnisch-deutschen Beziehungen, auch eines Menschen mit weitem Interessenhorizont. Richard Breyer ist viel gereist und besitzt eine 170 laufende Meter messende Bibliothek (Wer unter den deutschen Erforschern der polnisch-deutschen Beziehungen nennt einen reicheren Bücherbestand sein eigen?). Danach stellt Hugo Rasmus Richard Breyers Beziehungen zu Westpreußen dar. In Publikationen dieser Art pflegt man Verdienste des

Jubilars hervorzuheben. Der Beitrag aus der Feder von Hugo Rasmus wirkt allerdings gar zu hagiographisch, vielleicht eine Folge des Umstandes, daß er, nach eigenem Eingeständnis, „historische Betätigung“ als Autodidakt betreibt. Ausgiebig und zustimmend zitiert der Autor Richard Breyers „Wegzeichen in die Zukunft“, die das Resultat der Forschungen und Reflexionen des letzteren über Schicksale und Rolle der deutschen Minderheit in der Zweiten Republik sind.<sup>1</sup> Einen polnischen Historiker veranlassen manche Formulierungen in diesen „Wegzeichen“ zur Polemik, sie darzulegen, würde viel Platz beanspruchen und den Rahmen einer Rezension überschreiten.

Die übrigen 14 Aufsätze und Beiträge hängen in geringerem oder größerem Maße zusammen mit dem wissenschaftlichen Schaffen des Jubilars, seinen Erfahrungen während des letzten Krieges oder seiner Tätigkeit im Herder-Institut in Marburg. Die Gruppe dieser Aufsätze eröffnet eine interessante Skizze über die Ausbildung eines Identitätsbewußtseins unter den Deutschen im Posener Land. Wilfried Gerke versuchte hier ein Problem zu bearbeiten, das bisher außerhalb des Blickfeldes der Forscher polnisch-deutscher Beziehungen gelegen hat. Unter polnischen Historikern herrschte und herrscht die Ansicht, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Posenschen im 19. Jahrhundert ein zugewandertes Element gewesen ist, schwach verbunden mit der lokalen Bevölkerung. Viele deutsche Historiker vertreten dagegen eine andere Auffassung. Beide Standpunkte allerdings konnten sich bisher nicht auf Publikationen stützen, die das Ergebnis ausgedehnter und solider Quellenstudien gewesen wären. Schon die Formulierung des wichtigen Problems ist deshalb bereits ein Verdienst von Wilfried Gerke, eines Problems, das nach weiteren detaillierten Untersuchungen verlangt. Er versichert, daß es den Deutschen allgemein in Polen lange Zeit an einem Regionalbewußtsein gefehlt habe. Auch unter der deutschen Bevölkerung in Posen wuchs ein solches Bewußtsein nur langsam, nahm allerdings nach Meinung des Autors mit der Zeit Gestalt an.

Den Beitrag aus der Feder von Renate Gerlach-Damaschke kann man als knappe Charakteristik der deutschen Literatur in Polen zwischen den Kriegen und der Deutschen aus Polen nach dem Jahre 1945 bezeichnen, ein Thema, das sie schon früher an anderem Ort erörtert hat.<sup>2</sup> Die Verfas-

---

<sup>1</sup> R. Breyer, *Wegzeichen aus der Landsmannschaft Weichsel-Warthe*, in: *Jahrbuch Weichsel-Warthe* 38 (1992), S. 21-26.

<sup>2</sup> *Der Kulturwart* (1980), H. 141, S. 13; dgl. (1983), H. 150, S. 13.

serin beschränkt sich auf die Beschreibung charakteristischer Entwicklungsphasen dieses Schrifttums. Manche ihrer Formulierungen wecken Vorbehalte. Die Lage der Deutschen im Polen der Zwischenkriegszeit war zweifellos schwierig, es scheint aber doch eine Übertreibung, daß sie am Ende dieser Periode zu den unglücklichsten Opfern gezählt haben sollen. Ein kurzer Artikel Gotthold Rhodes über die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen bzw. für Posen 1885–1945 ist — wie die Herausgeber des Buches mitteilen — das bearbeitete Manuskript eines Vortrages, der im Jahre 1985 zum 100jährigen Bestehen dieser Gesellschaft gehalten worden ist. Man hätte freilich hinzufügen sollen, daß der Vortrag bereits einmal publiziert worden ist.<sup>3</sup> Gotthold Rhode schildert darin knapp und interessant die Tätigkeit der genannten Gesellschaft, über die bereits schon einige deutsche und polnische Historiker geschrieben haben. Bisher wartet die Gesellschaft allerdings auf eine vollständige wissenschaftliche Monographie, die sie mit Sicherheit verdient.

Zwei weitere Aufsätze hängen mit einer wissenschaftlichen Problematik zusammen, die ihre Autoren seit vielen Jahren vordringlich beschäftigt. Peter Nasarski, der die Geschichte der Jugendbewegung untersucht hat, beschreibt Organisationsformen, Aktivitäten, Publikationen und Bedeutung der deutschen Jugendbewegung im Zwischenkriegspolen. Oskar Kossmann, Kenner der deutschen Siedlung in Polen, untersucht dagegen die ersten Entwicklungsjahre der polnischen Textilmetropole Lodz und den hervorstechenden Anteil deutscher Siedler daran, was die vom Autor aufgefundenen und skrupulös ausgewerteten Quellen überzeugend bestätigen.

Die nächsten drei Beiträge berühren verschiedene Aspekte der polnisch-deutschen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ein gründlich belegter Aufsatz von Hans-Werner Rautenberg ist eine Nachlese zu dem vor einigen Jahrzehnten veröffentlichten gediegenen Buch vom gleichen Autor über die Stellung der deutschen Diplomatie und öffentlichen Meinung gegenüber dem Januaraufstand 1863 in Kongreßpolen.<sup>4</sup> Breiter wird hier die Politik der Regierung des Großherzogtums Baden dargestellt, die sich aktiv in jene Richtung der europäischen Diplomatie einschaltete, die Initiativen zugunsten des polnischen Aufstandes ergriff. Die Regierung dieses deutschen Kleinstaates mußte damals nicht zum letzten Male, wie der Autor zeigt, die schmerzliche Erfahrung machen,

<sup>3</sup> G. Rhode, Die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen — vor 100 Jahren gegründet, in: Jahrbuch Weichsel-Warthe 31 (1985), S. 55-61.

<sup>4</sup> H.-W. Rautenberg, Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik im Spiegel der deutschen Diplomatie und der öffentlichen Meinung. Wiesbaden 1979.

daß es ihr an politischer Macht fehlte, auf der europäischen Szene eine selbständige Rolle zu spielen.

Eine andere Gruppe von Problemen aus der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen berührt der Beitrag von Gerhard Reichling. Er enthält mit einem kurzen Kommentar eingeleitete Auszüge aus den vierteljährlichen Presseberichten der Opperner Regierungspräsidenten an die Oberpräsidenten der Provinz Schlesien in Breslau und die Regierung in Berlin, in denen nationale und gesellschaftliche Probleme Oberschlesiens in den letzten beiden Dekaden des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts behandelt werden. In den abgedruckten Auszügen überwiegen Informationen über den Zufluß polnischer Arbeiter aus dem russischen Teilungsgebiet und Galizien nach Oberschlesien, die Krankheiten, die sie mitbrachten, und die Entwicklung der polnischen Nationalbewegung. Nach Ansicht des Autors beweisen sie, daß die preußischen Behörden schon lange vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges über weitreichende Nachrichten zur „polnischen Infiltration“ Oberschlesiens verfügt haben.

Mit einem kurzen, aber wichtigen Abschnitt in den polnisch-deutschen Beziehungen beschäftigt sich Helmut Neubach in einem Artikel über die Stellungnahme des Erzbischofs Florian Stablewski gegenüber der polnischen Nationalbewegung im Großherzogtum Posen und in Oberschlesien. Zuzustimmen ist der Ansicht des Autors, daß, abgesehen vom September 1939, der September 1894 der folgenreichste Monat in der Geschichte dieser Beziehungen gewesen ist. Wie in einer Kettenreaktion traten damals nacheinander Ereignisse ein, die einer kurzen Periode der Mäßigung in der preußischen Polenpolitik (1890–1894) ein Ende setzten. Eines dieser Ereignisse war das Interview des Erzbischofs von Gnesen-Posen, Florian Stablewski, das am 26. September in der Wiener Neuen Freien Presse publiziert wurde, in dem er versichert, daß die Polen Posens sich als preußische Untertanen fühlen, und die polnische Propaganda in Oberschlesien verurteilte. Der Autor versieht seine Erwägungen und das abgedruckte Interview mit Erzbischof Stablewski mit 56 Anmerkungen, ohne daß er mit Ausnahme von Artikeln im Polnischen Biographischen Wörterbuch Publikationen polnischer Autoren zu Florian Stablewski heranzieht.<sup>5</sup> Besonders bedauerlich ist, daß er nicht zu dem Aufsatz Zyg-

<sup>5</sup> S. besonders: A. Galos, *Tragizm ugody. Władze pruskie a arcybiskup Stablewski* (Die Tragödie der Verständigung. Die preußischen Behörden und Erzbischof Stablewski), in: *Przegląd Zachodni* 31 (1975), Nr. 2, S. 235–256; J. Pietrzak, *Florian Stablewski 1891–1906*, in: *Na stolicy prymasowskiej w Gnieźnie i Poznaniu. Szkice o prymasach Polski w okresie niewoli narodowej i w II Rzeczypospolitej*, pod red. F. Lenorta (Auf dem Erzbischöflichen Stuhl in Gnesen und Posen. Skizze über die Primas von Polen während der nationalen Unfreiheit und in der Zweiten Republik. Redaktion F. Lenort). Poznań 1982, S. 243–272.

munt Zieliński vorgedrungen ist, der die Umstände und Motive für das Verhalten des Erzbischofs von Gnesen-Posen aufhellt.<sup>6</sup> Helmut Neubachs Aufsatz ist deshalb ein Beispiel dafür, wie ein Teil der deutschen Historiker polnische Publikationen, die von ihnen aufgegriffene Fragen behandeln, außer acht lassen, was oft zur „Entdeckung“ schon bekannter Tatsachen führt.

Die letzten vier Aufsätze behandeln Einzelfragen aus der Geschichte der Deutschen in Polen zwischen den Kriegen, während des Zweiten Weltkrieges und nach seiner Beendigung. Wojciech Kotowski erörtert auf Grundlage der im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn erhaltenen Akten Umstände und Motive der Emigration Hermann Rauschnings aus Polen im Jahre 1926; Heinz Hinkel beschreibt in Memoirenform die Schicksale deutscher Soldaten am Narew im Jahre 1944. Joachim Rogall untersucht die Lage der deutschen Bevölkerung Breslaus im Zeitraum von der Kapitulation am 6. Mai bis Ende des Jahres 1945 unter Heranziehung vieler Details aus dem alltäglichen Leben; schließlich charakterisiert Peter Wörster die „Sammlung Jendrike“, die Richard Breyer, als er 1981 aus dem Dienst schied, als „besonderen Schatz“ dem Archiv des Herder-Instituts in Marburg übergeben hat. In dieser nach 1949/50 entstandenen Sammlung findet sich unter anderem eine Dokumentation über die Schicksale von über 1000 deutschen Lehrerinnen und Lehrern, die zwischen den Kriegen in Polen tätig gewesen sind.

Die oben angestellten Erwägungen zusammenfassend, ist freilich festzuhalten, daß die in dem Richard Breyer gewidmeten Buch publizierten Materialien wissenschaftlich von verschiedener Qualität sind. Manche signalisieren nur eine bestimmte Forschungsproblematik, andere geben Bruchstücke aus den polnisch-deutschen Beziehungen. Fast alle spiegeln allerdings die Forschungsinteressen des Jubilars, in deren Zentrum einst und heute die Geschichte der Deutschen in Polen im verflossenen und gegenwärtigen Jahrhundert liegt. Nach Lektüre dieser in ihrer Mehrheit auf Detailfragen gerichteten Studien drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß es notwendig sein wird, in künftigen Arbeiten über die polnisch-deutschen Beziehungen den Fragenkatalog auszuweiten und Emotionen aus solchen Untersuchungen durch Anstrengung der Historiker beider Völker auszuschließen.

Witold Molik, Posen

---

<sup>6</sup> Z. Zieliński, Arcybiskup Florian Orsza-Stablewski. Wokół kryteriów oceny reprezentanta Kościoła i społeczności polskiej w Poznańskim (Erzbischof Florian Orsza-Stablewski. Über Kriterien des Urteils über einen Repräsentanten der Kirche und der polnischen Gesellschaft im Posener Land), in: *Życie i Myśl* (1987), Nr. 1/2, S. 133-146.

**Marion Gräfin Dönhoff, Polen und Deutsche, die schwierige Versöhnung. Betrachtungen aus drei Jahrzehnten. Frankfurt/M.: Luchterhand Literaturverlag 1991, 210 S.**

Die Autorin bedarf keiner besonderen Präsentation. Sie ist auf dem deutschen — und nicht nur dem deutschen — Bücher- und Zeitschriftenmarkt bereits seit mehr als drei Jahrzehnten anwesend. Fast möchte man sagen, sie reitet noch immer, seit dem Augenblick, in dem sie ein Pferd bestieg, um ihr Leben vor den anrückenden Rotarmisten zu retten und dem seit langer Zeit Familie Dönhoff gehörenden Gut Friedrichstein ein „Auf Nimmerwiedersehen“ zu sagen. Wie es damals schien.

Der Ritt von 1945, in dem es zunächst um die nackte Existenz ging, hat seinen Charakter verwandelt, er hat ein sichtbares Ziel bekommen und ist auch nicht mehr so einsam. Etwas von dem Stil einer einsamen Reiterin ist aber in dem gesamten Wirken der Marion Gräfin Dönhoff geblieben. Das konnte man sehr deutlich merken, als sie in Thorn im Juni 1991 das Ehrendoktorat der polnischen Copernicus-Universität empfing, in der Laudatio als Preußin gelobt wurde und in ihrer Vorlesung sich gleichfalls ihrer preußischen Tugenden nicht schämte.

Denn es gibt sie, diese preußischen Tugenden, immer noch, obwohl sie bereits in den Anfängen unseres Jahrhunderts in das Gegenteil ihres ursprünglichen Wertes pervertiert worden sind. Ob sie nun wie eine aussterbende Tier- oder Pflanzenart unter Naturschutz genommen — das heißt, in einen Käfig eingesperrt — werden sollen oder doch irgendwie erneuert aufzukeimen vermögen, das ist die Frage, auf die das neue Buch von Marion Gräfin Dönhoff eine zwar nicht unmittelbare, aber doch vernehmliche Antwort zu geben versucht. Was nämlich zu diesen preußischen Tugenden gehörte, das war das Fehlen von billiger Sentimentalität, eine manchmal unbarmherzig erscheinende Sachlichkeit und strenge Objektivität, mit der ein Forscher seinen lebendigen Gegenstand unter dem Mikroskop beobachtet und Schlußfolgerungen aus seinem Verhalten zieht.

Daß Versöhnung die einzige Lösung war nach all dem, was zwischen den Deutschen und Polen in den vergangenen 200 Jahren geschehen ist, das war für Marion Gräfin Dönhoff nach ihren persönlichen Erlebnissen insbesondere im Zweiten Weltkrieg von vornherein klar. Darin war sie auch nicht vereinsamt. Sie stürzte sich aber nicht in jene bestimmt aus besten Absichten und reinsten Überzeugung stammenden Initiativen, die eine totale beiderseitige Vergebung, einen Strich durch die Rechnung — sofern überhaupt Rechnungen in historischem Ausmaße möglich sind —,



eine gemeinsame Sühne für gemeinsame Schulden verlangten, dabei aber öfters eine hilflose Naivität zur Schau trugen und schließlich ihr Ziel verfehlten — weil keine Seite sie ernst nahm.

In ihrer Wirkung als Journalistin, als bedeutende Figur auf der bundesdeutschen politischen Bühne — ohne je rein politische Funktionen auszuüben — hat sie sich immer um genaue Sachkenntnis, um eingehendes desk and field research bemüht, ehe sie ihre Meinung zu einer Frage formulierte. Es geschah in richtiger Erkenntnis, daß übereilte Entscheidungen, die sich nicht nach dem tatsächlichen Stand der Dinge richten, mehr Schaden als Nutzen bringen können.

Das Buch, von dem hier die Rede ist, bildet ein Zeugnis für diese Haltung, die von der Autorin konsequent mehrere Jahrzehnte lang bewahrt wurde und die nunmehr selbst zu einem Bestandteil der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen geworden ist.

Es enthält 29 Artikel und Reportagen, die sie in der Zeit von 1962 bis 1990 in der „Zeit“ in Hamburg veröffentlicht hat. Die meisten davon haben demnach den Wert von historischen Quellen. Sie zeigen nämlich nicht nur eine zusammenfassende Darstellung einander folgender Querschnitte der jeweiligen Situation in den deutsch-polnischen Beziehungen auf verschiedenen Ebenen, sondern auch die damalige Beurteilung dieser Situationen, gesehen vom Standpunkt der Autorin aus.

Diese Beurteilungen sind von hohem Interesse, denn sie gestatten es, die Evolution der Ansichten der Marion Gräfin Dönhoff über die Gegenwart und Zukunft des Nebeneinanders der beiden Nationen in ihrer allmählichen Entwicklung zu beobachten. Das ist mehr als reine Personalgeschichte, das ist bereits Geschichte einer ganzen geistigen Formation, die das Wertvolle in der deutschen und preußischen Tradition zu bewahren vermochte und sie in der jeweiligen Gegenwart anzuwenden versuchte. Es sind nicht viele von diesem Schlag übriggeblieben, es ist aber ein Trost, daß es sie doch gibt.

Zunächst, bei einigermaßen oberflächlicher Erkenntnis nach Symptomen erweisen sich in dem Buch die Polen der 60er Jahre als ziemlich exotische Tiere, die man mit Vorsicht anfassen muß. Eine behavioristische Beschreibung ist das, Verhaltensforschung über die Gattung homo polonicus, in der nicht einmal der Unterschied zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten zum Vorschein kommt. Und das soll der Autorin gutgeschrieben werden, weil sie sich damit vom üblichen Schwarz-Weiß-Schema distanziert und die Wirklichkeit ohne vorgefaßte Meinungen zu durchdringen sucht.

Die späteren Artikel und Reiseeindrücke zeigen, daß sich die Methode als richtig erwiesen hat. Die Erkenntnisse werden reichhaltiger, und die

Diagnosen — die als Prognosen geschrieben wurden — erweisen sich nach einiger Zeit als zutreffend.

Die gesamte Zeit der Gierек-Еquipe der 70er Jahre wurde in den leicht lesbaren Texten, die sich auf diesen Abschnitt der deutsch-polnischen Geschichte beziehen, außerordentlich trefflich behandelt. Marion Gräfin Dönhoff hat ziemlich früh erkannt, daß die von der Gierек-Mannschaft überhitzte Konjunktur — eine für das sozialistische Wirtschaftssystem eigentlich unpassende Bezeichnung; der Unterzeichnete konnte aber in seinem Wortschatz nichts Besseres finden — kaum Hoffnungen für eine spätere normale Wirtschaftsentwicklung gestattete. Das hat sie bereits in dem Augenblick festgestellt, als viele westliche Politiker und Financiers noch freudig den Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei mit Anleihen und Kreditangeboten förmlich überschütteten.

Und dabei hatte sie immer Schwierigkeiten, sich mit den in Polen so häufig vorkommenden inneren Gegensätzen und Widersprüchen in allen Bereichen sowohl des öffentlichen als auch des privaten Lebens auseinanderzusetzen und sie irgendwie zum Zwecke der Darstellung in Ordnung zu bringen — Schwierigkeiten, die sie zu einem verzweifelten Seufzer veranlassen: „Ich kenne kein zweites Land, in dem es so schwer ist, etwas über die Situation auszusagen.“ (S. 187) Was ihren Eindrücken und Beobachtungen eine besondere intellektuelle Frische verleiht, das ist ihre unerschöpfliche Kapazität für das Staunen. Der Rezensent kann das nur zu gut verstehen, es widerfährt ihm ebenfalls nicht selten, daß er seine eigenen Landsleute nicht mehr versteht.

Manches von Polen und seinen Bürgern scheint Marion Gräfin Dönhoff aber doch besser zu verstehen und auch überzeugender darzustellen, als es selbst die tief in den Ereignissen steckenden Polen zu tun vermögen. Sie ist in dem aktuellen Fluß der Ereignisse nicht so stark emotional engagiert, und sie bemüht sich, gleiche Distanz zu den auftretenden Parteien zu halten: zur „Solidarność“, zur katholischen Kirche, zum kommunistischen Regime. Und wenn sie den Kriegszustand oder 1989 die Initiativen und Vorbereitungen zum „Runden Tisch“ und den umstrittenen General Jaruzelski schildert, erreicht sie, wenngleich in feuilletonistischer Kurzfassung, beinahe das Rankesche Ideal: zu zeigen, „wie es eigentlich gewesen“. Die Darstellung des fortschreitenden Machtverlustes durch die kommunistische Partei in Polen dürfte dabei als vorbildlich bezeichnet werden. Und die daraus sich ergebende Schlußfolgerung, daß es — so paradox es klingen mag — General Jaruzelski war, der die Macht der Partei in Polen gebrochen hat, sollte besonders unterstrichen werden, wenn man sich um eine summarische Beurteilung seiner Amtszeit als Ministerpräsident und

Staatsoberhaupt bemüht, die übrigens noch einige Zeit auf sich warten lassen muß.

Alles in allem, wir haben es mit einem bedeutenden Buch zu tun. Es ist mit Recht erschienen und wird bestimmt nicht dem Zweck dienen, dem manche Artikelsammlung ihr Erscheinen verdankt: der Verlängerung des Publikationsverzeichnisses seines Verfassers. Es zeigt den Weg, der bei der Gestaltung der deutsch-polnischen Nachbarschaft begangen werden sollte. Das ist der „preußische Weg“ — nicht im marxistischen Sinne, sondern als Sachlichkeit, Offenheit, beiderseitige Kenntnis. So kann's gelingen.

Dabei sind kleine Schönheitsfehler nicht mehr wichtig, z.B. die Erwähnung einer und derselben Person auf der gleichen Seite mit zwei verschiedenen Amtsfunktionen (S. 187) oder in der Kurzbiographie am Ende des Buches das Fehlen der Information, daß die Autorin zu einer der angesehensten ostpreußischen Adelsfamilien mit vielen deutschen und polnischen Konnexionen gehört. Oder wollte sie es selbst verschweigen? Das findet aber der Rezensent unbegründet.

Jerzy Serczyk, Thorn

Zbigniew Dworecki, *Problem niemiecki w świadomości narodowo-politycznej społeczeństwa polskiego województw zachodnich Rzeczypospolitej 1922–1939* (Das deutsche Problem im national-politischen Bewußtsein der polnischen Gesellschaft in den westlichen Woiwodschaften der Republik Polens 1922–1939). Poznań: Uniwersytet im. Adama Mickiewicza 1981, 250 S. (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria historia. 92.).

*Mniejszości narodowe i wyznaniowe w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920–1939). Zbiór studiów* (Die nationalen und konfessionellen Minderheiten in der Woiwodschaft Pommerellen in der Zwischenkriegszeit <1920–1939>. Sammlung von Studien), Red. Mieczysław Wojciechowski. Toruń: Wydawnictwo Adam Marszałek 1991, 157 S. (Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku. 1.).

Das deutsch-polnische Verhältnis in den in der Folge des Versailler Vertrags an das wiedererstandene Polen 1920/22 übergegangenen, ehemals

preußisch-deutschen Ostgebieten ist bis heute von keiner der beiden zuständigen nationalen Historiographien adäquat dargestellt worden. Lange verdrängt auf beiden Seiten die nationale Pflicht die wissenschaftliche Redlichkeit, galt doch, so Erich Keyser 1928 auf deutscher Seite, „daß ein einziger unbedachter Satz meist mehr schadet als nützt“.<sup>1</sup> Auch wenn Klaus Zernack schon lange gegen solche zu nationalen oder anderen politischen Zwecken instrumentalisierte „Ostkunde“ mit Recht Wissenschaftlichkeit und damit „das kritische Verständnis des nationalen Prinzips in der osteuropäischen Geschichte“ gefordert hat,<sup>2</sup> schaden weiterhin gut gemeinte pseudowissenschaftliche Arbeiten aus der landsmannschaftlichen Perspektive mit jegliche historische Methodologie und Kritik entbehrender politischer Einseitigkeit wie z.B. das Buch von Hugo Rasmus „Pommerellen — Westpreußen 1919–1939“ (München 1989) mehr, als sie über Sachverhalte aus einer deutschzentrierten Perspektive informieren können.

Der Vorwurf der Einseitigkeit gegen die — wesentlich von der „Erlebnissgeneration“ getragenen — älteren deutschen historischen Forschungen über die deutsche Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik und gegen ihre publizistischen Epigonen läßt sich ohne weiteres auf die Mehrzahl der polnischen historischen Forschungen bis in die 80er Jahre ausdehnen: der deutschen Leidens- und Unterdrückungsgeschichte korrespondiert der polnische Vorwurf der Subversion, der „Fünften Kolonne“. Der Posener Historiker Przemysław Hauser hat deshalb jetzt mit gutem Grund Einseitigkeit beider betroffener Seiten bei der Erforschung der deutschen Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik beklagt.<sup>3</sup>

Die polnische Historiographie über die deutsche Frage in der Innen- und Außenpolitik schrieb, durch die deutsche Polenpolitik während des Zweiten Weltkriegs darin noch bestätigt, nach 1945 die von einem grundsätzlichen deutsch-polnischen Antagonismus ausgehende Posener historische Schule der Zwischenkriegszeit fort. Es kam zu einer eigentümlichen Allianz zwischen der nationalistischen „piastischen“ Geschichtsideologie nationaldemokratischer Kreise mit ihrer Forderung nach der Obergrenze schon in den 30er Jahren und der kommunistischen Staatsmacht, die die

<sup>1</sup> Erich Keyser, Das Grenz- und Auslandsdeutschtum und seine Erforschung, in: Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung des Deutschtums (Deutsche Akademie) 1928, S. 797-812.

<sup>2</sup> Klaus Zernack, Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977, S. 15 f.

<sup>3</sup> Przemysław Hauser, The German Minority in Poland in the Years 1918–1939. Reflections on the State of Research and Interpretation, Proposals for Further Research, in: Polish Western Affairs 32 (1991), H. 2, S. 13-38.

„Westverschiebung“ Polens vor der polnischen Gesellschaft legitimieren mußte.

Dworecki steht in dieser Tradition eines negativen Deutschen- und Deutschlandbildes. Er sieht den Staat Polen als Opfer der Pariser Friedensverträge von 1919 (S. 19 u. 40), betont, die Zweite Republik habe gegenüber der deutschen Minderheit Toleranz walten lassen, diese habe sich jedoch illoyal verhalten. Er konzidiert rechtswidrige Benachteiligungen der Deutschen in Polen auf der unteren Verwaltungsebene, betont aber mit derselben Argumentation, mit der die polnische Regierung zu den deutschen Minderheitenbeschwerden beim Völkerbund Stellung genommen hat, daß dies gegen den Willen der Regierung durch die unteren Verwaltungsebenen geschehen sei. Er kritisiert die Sanacja-Regierung, weil sie die deutsche Gefahr unterschätzt habe.

Die „deutsche Gefahr“ war für Dworecki ebenso wie für die polnische Gesellschaft der „Westgebiete“ mit einigen guten Gründen real gegeben, Polen mußte sich schließlich im Westen durch die deutschen Revisionsforderungen in seinem territorialen Bestand gefährdet, die dort lebenden Polen sich in ihrer nationalen Existenz bedroht sehen. Er nimmt aber die Perzeption des Problems durch die polnische Gesellschaft und seine Instrumentalisierung insbesondere durch die nationalistischen Gegner der Sanacja eindimensional als die historische Realität, wobei ihm allerdings zum Beispiel die Instrumentalisierung der Bedrohungsgefühle „im Interesse der besitzenden Klassen und im Kampf um die politische Macht“ durch die Nationaldemokratie in Städten und Gemeinden (S. 111) nicht entgeht. Seine Ausgangsposition problematisiert er trotzdem nicht, durfte sie auch wohl in seiner 1976 angenommenen Habilitationsschrift nicht anzweifeln. Andrzej Chojnowskis wegweisende, auf die deutsche Frage allerdings nur marginal eingehende Arbeit über die „Konzeptionen der Nationalitätenpolitik der polnischen Regierung 1921–1939“<sup>4</sup> war ihm schwerlich bei Abschluß des Manuskripts schon zugänglich.

Bei aller Konventionalität der Ausgangsposition stellt Dworecki eine wichtige Frage: die Haltung der polnischen Gesellschaft der Westgebiete der Zweiten Republik zum „deutschen Problem“. Neu ist hier der systematische Zugang zur Fragestellung, neu auch die konsequente Differenzierung nach sozialen und politischen Gruppen. Dworecki erschwert sich allerdings die Analyse, indem er sowohl Posen-Pommerellen als auch

<sup>4</sup> Andrzej Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921–1939* (Die Konzeptionen der polnischen Regierungen für die Nationalitätenpolitik 1921–1939). Wrocław 1979 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku. 3.).

Oberschlesien einbezieht, waren doch die Voraussetzungen der Herausbildung einer polnischen Teilgesellschaft unter preußisch-deutscher Herrschaft ebenso verschieden wie die Bedingungen der Differenzierung der deutschen Gruppe. Seine Darstellung verliert dadurch an Prägnanz, daß er zwischen beiden Regionen wechselt, anstatt die regionalen Strukturen mit ihren unterschiedlichen gesellschaftlichen und historisch-politischen Voraussetzungen in sich zu untersuchen und dann zu vergleichen. Das zeigt sich ganz besonders im zweiten Kapitel, in dem der Verfasser nach der Einführung in die für seine Fragestellung grundlegenden sozio-ökonomischen Voraussetzungen „die klassen- und schichtenmäßige Differenzierung der polnischen Gesellschaft und die Herausbildung der Einstellungen der engagierten Polen zum deutschen Problem“, differenziert nach Sozialgruppen vom Arbeiter bis zum Großgrundbesitzer, untersucht: Industriearbeiter gab es in entscheidender Zahl eben nur in Oberschlesien (S. 76), dagegen dominierte in Posen-Pommerellen die Landwirtschaft.

Danach analysiert Dworecki die Haltung der polnischen politischen Parteien und Gruppierungen zum „deutschen Problem“. Er faßt deren programmatische Aussagen zusammen, leider nicht immer mit der wünschenswerten Differenzierung zwischen Posen-Pommerellen und Oberschlesien. Gelegentlich fällt er in die Sprache dieser Programme zurück, etwa wenn er (S. 109) von der Haltung der Nationaldemokraten zu den „nicht verjährbaren Rechten der Republik (Polen) auf die noch nicht befreiten piastischen Gebiete“, d.h. Gebiete westlich der damaligen deutschen Ostgrenze, berichtet.

Die „piastische“ (S. 27) Ideologie des polnischen Westmarken-Verbandes bzw. Westverbandes referiert er ohne kritischen Ansatz. Er verteidigt dessen politisches Programm einschließlich der „Postulate der Rückgabe der nicht befreiten Gebiete an die Heimat“ (Zusammenfassung, S. 247). Erfreulich systematisch geht er danach an die Rolle der Massenmedien sowie wissenschaftlicher und kultureller Institutionen bei der Herausbildung des Deutschen- und des Deutschlandbildes heran, verteidigt aber auch hier mehr, als daß er analysiert. Man wird ihm nicht Unrecht tun, wenn man feststellt, daß seine Arbeit von einem grundlegenden Mißtrauen gegenüber den Deutschen und Deutschland ausgeht. Es gäbe viele Punkte, ihm zu widersprechen, ihn zu widerlegen oder seinen methodischen Ansatz anzuzweifeln: Dworecki nimmt die Aussagen der polnischen Quellen als gegeben an; er akzeptiert deren Bedrohungsperspektive ebenso wie das grundsätzliche Mißtrauen der politisch aktiven polnischen Kreise gegenüber der deutschen Minderheit, solange das Deutsche Reich den Status quo der 1919/22 gezogenen Grenze in Frage stellte. Die Akten

der politischen Polizei, die er zu großen Teilen als Quelle heranzieht, zeigen, wie mißtrauisch die polnische Staatsverwaltung diese Minderheit überwachte, wie sie diese Gruppe polnischer Staatsbürger eigentlich von Anfang an ausgrenzte, die freilich für die Weimarer Republik und das nationalsozialistische Deutschland ein Faustpfand für die angestrebte Grenzrevision darstellte.

Trotzdem ist das ein beachtenswertes Buch, das auf einer breiten Quellengrundlage aufbaut, neue Fragen stellt, erfreulich systematisch an das Problem herangeht, nur leider in seinen Voraussetzungen allzu stark in die polnische Forschungstradition eingebunden ist. Die polnische Forschung versucht — seit den beiden Büchern Jerzy Tomaszewskis<sup>5</sup> aus dem Jahre 1985 mit Breitenwirkung — seit einigen Jahren, den nationalen Minderheiten in der Zweiten Republik historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Öffnung, was die deutsche Minderheit betrifft, ist 1989 auch vom Posener West-Institut — wie die Arbeit Piotrowskis über die „Westidee“ an der Posener Universität<sup>6</sup> aus dem Jahre 1987 zeigt, eine der Bastionen der traditionellen Auffassung — vollzogen worden. An die Stelle der antizipierten Antwort ist die Frage „Loyalität oder Irredenta“ getreten.<sup>7</sup>

Ein Beleg dafür ist der 1991 an der Universität Toruń (Thorn) herausgegebene Band über die nationalen und konfessionellen Minderheiten in der Woiwodschaft Pommerellen in der Zwischenkriegszeit. Die Autoren gehen die Frage nüchtern an, setzen sich allerdings immer noch zu wenig mit den zeitgenössischen deutschen Publikationen, vor allem Hermann Rauschnings Entdeutschungsgeschichte,<sup>8</sup> und der deutschen Forschungsliteratur auseinander. Die Beiträge beruhen fast ausschließlich auf polnischer Literatur und polnischen Quellen.

<sup>5</sup> Jerzy Tomaszewski, *Rzeczpospolita wielu narodów* (Die Republik vieler Völker). Warszawa 1985; ders., *Ojczyzna nie tylko Polaków* (Das Vaterland nicht nur von Polen). Warszawa 1985.

<sup>6</sup> Bernard Piotrowski, *O Polskę nad Odrą i Bałtykiem* (Über Polen an Oder und Ostsee). Poznań 1987 (*Dzieje polskiej granicy zachodniej*. 7.).

<sup>7</sup> Vgl. Wojciech Kotowski, *Lojalizm czy irredenta? Mniejszość niemiecka wobec państwa polskiego w latach 1919–1939* (Loyalität oder Irredenta? Die Haltung der deutschen Minderheit zum polnischen Staat 1919–1939), in: *Polska — Polacy — mniejszości narodowe*. Wrocław 1992, S. 53–63; ein guter Beleg ist auch H. 1/2 des Jahrgangs 1992 der Posener lokalhistorischen Zeitschrift „Kronika miasta Poznania“ mit dem Leitthema „Polen, Deutsche und Juden in Posen“ (und einem Beitrag von Dworecki über die Deutschen in Posen in der Zwischenkriegszeit).

<sup>8</sup> Hermann Rauschnig, *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens*. Berlin 1930; jetzt unter dem neuen Titel „Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus Westpreußen und Posen 1919–1929“ mit ausführlicher neuer Einleitung im Nachdruck (Essen 1988) leicht zugänglich.

Ryszard Sudziński charakterisiert eingangs Quellengrundlage und Forschungsinteressen der bisherigen Forschungen über die nationalen Minderheiten in Pommerellen 1920–1939; sein Literaturbericht, der auch auf die der Zahl nach marginalen und deshalb bislang von der Forschung zu Recht vernachlässigten kleineren Gruppen eingeht, bietet einen guten Einstieg in den polnischen Forschungsstand. Bislang fehlten lokale Untersuchungen über das Verhältnis von Deutschen und Polen in dieser Zeit, so daß der Herausgeber dieses Bandes, Mieczysław Wojciechowski, mit seiner Skizze über Deutsche und Polen in Toruń (Thorn) Neuland betritt. Interessant ist die Entwicklung der bis 1920 überwiegend deutschsprachigen jüdischen Religionsgemeinden in Pommerellen, die hier erstmals Jan Sziling fast ausschließlich aufgrund archivalischer Quellen umreißt: Der besser situierte Teil der Gemeinden optierte überwiegend für Deutschland, so daß die jüdischen Gemeinden Mitte der 20er Jahre aufgrund der Abwanderung in ihrer Existenz bedroht waren. Wurden 1925 nur noch 2 132 Juden gezählt, so waren es 1937 immerhin 8 504, davon allerdings 4 897 in Gdynia (Gdingen) — Folge der innerpolnischen Zuwanderung. Es gibt Belege dafür, daß Juden aus Pommerellen und Posen, die 1920 für Deutschland optiert haben, nach 1933 trotz des Widerstands polnischer Behörden zurückgewandert sind, worauf der Verfasser leider ebensowenig eingeht wie Zenon Hubert Nowak in seinem Abriss der Entwicklung der jüdischen Gemeinde Toruń, der insgesamt Jan Sziling belegt, dazu vor allem die Bedeutung des Zionismus betont.

Die Haltung der staatlichen Woiwodschaftsverwaltung und der römisch-katholischen bischöflichen Kurie in Pelplin zu den vom Minderheitenschutzvertrag des Jahres 1919 neben den nationalen ebenfalls geschützten konfessionellen Minderheiten behandelt Zofia Waszkiewicz, neben den beiden protestantischen Kirchen der altpreußischen Union und des Augsburgischen Bekenntnisses auch die jüdische Religionsgemeinde, Freikirchen und Sekten. Sie zeigt die Differenzen zwischen Staat und katholischer Kirche auf, schien doch „die katholische Geistlichkeit in den Problemen der evangelischen Kirchen die antipolnische Tätigkeit der unierten Kirche nicht zu bemerken, weil auch die deutschen katholischen Priester eine staatsfeindliche Tätigkeit entwickelten“ (deutsche Zusammenfassung, S. 93).

Die größte unierte Gemeinde, die Graudenzener, untersucht speziell Elżbieta Alabrudzińska: Zu offenen Konflikten mit dem polnischen Staat kam es hier 1920–1939 nur in zwei Fällen: 1923 wegen der engen Verbindungen des Deutschen Frauenvereins zu dem aufgelösten Deutschtumsbund, 1936 wegen eines angeblich illegalen Büros zur Bescheinigung des Ariernachweises in der Gemeindeverwaltung.



Die Wehrpflicht der nationalen Minderheiten in der polnischen Armee untersucht erstmals Waldemar Rezmer am Beispiel des Korpsbezirkskommandos Toruń: Er zeigt die Praxis, Minderheitenangehörige gezielt außerhalb des Minderheitensiedlungsgebiets den Wehrdienst absolvieren zu lassen, so in Pommerellen Ukrainer, Weißrussen und Juden aus den Ostgebieten, und weist darauf hin, daß die Hoffnungen, durch den Wehrdienst im Sinne des Staates zu assimilieren, sich als vergeblich erwiesen haben.

Einen speziellen Aspekt von Minderheiten außerhalb der Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages von 1920 behandelt abschließend Zbigniew Karpus: das Internierungslager für Russen und Ukrainer, wesentlich Kriegsgefangene und Angehörige der ukrainischen Truppen Petljuras, die im russisch-polnischen Krieg auf polnischer Seite gekämpft hatten, in Tuchola (Tuchel) 1921–1923.

Der Sammelband der Thorner Universität demonstriert eindrücklich die Enttabuisierung der Frage der Deutschen in Polen in der polnischen historischen Forschung. Der Band stellt eine erste Bestandsaufnahme dar, der hoffentlich vertiefende Untersuchungen folgen werden. Wie in jedem Neuen, ist hier noch vieles Alte enthalten, aber die Ausgangsposition ist kritisch und offen. Die Erfahrungen einer Generation, sei ihr Bild der Wirklichkeit durch die Westideologie der polnischen Gesellschaft dieses Raumes oder durch die deutsche Minderheitenperspektive beeinflusst, ihr natürlicher Hang zur Legitimation historischer Vorgänge, die beeinflusst oder erfahren wurden, sind sicherlich ein wichtiger historischer Faktor. Die polnische Historiographie ist dabei, sich von diesen Erfahrungen zu emanzipieren.

Wolfgang Kessler, Herne

**Die evangelischen Christen Deutschlands und Polen 1919–1939. Ein historisches Symposium, hrsg. v. der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr. Mülheim/Ruhr: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr 1990, 132 S. (Begegnungen. 7/90.).**

Die vorliegende Veröffentlichung ist, nach den Worten eines der Herausgeber, das Protokoll einer Tagung deutscher und polnischer Historiker, die offensichtlich im Jahre 1990 stattgefunden hat. Das Buch beinhaltet eine kurze Einführung (Andrzej Wojtowicz, Jan Niemöller und Dieter

Bach), der man einige Hinweise über das Ziel dieser Begegnung entnehmen kann, sowie vier Referate, die jeweils von zwei deutschen und zwei polnischen Autoren gehalten wurden.

In der Einführung ist sowohl deutscher- wie auch polnischerseits betont, daß der Zweck dieser Konferenz die Kontinuität des seit der ersten Konferenz in Warschau (wahrscheinlich 1988) begonnenen Dialogs zwischen den evangelischen Christen in Deutschland und Polen sei. Hierbei gehe es um die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte der Jahre 1919 bis 1939. Beiderseits wurde dem Wunsch nach gemeinsamer Aufarbeitung der historischen Ereignisse Ausdruck gegeben, im Bestreben nach Gestaltung neuer Verhältnisse zwischen den Christen und den Völkern. Das Ziel der uns interessierenden Konferenz faßte Dieter Bach von der Evangelischen Akademie Mülheim, die offensichtlich der Gastgeber war, zusammen:

„In dem Symposium, dessen Ergebnisse wir mit diesem Protokoll vorlegen, ging es darum, die theologischen Positionen zur Diskussion zu stellen, die zur Entfremdung zwischen deutschen und polnischen Protestanten führten. Es galt, die Faktoren zu bestimmen, die dazu führten, daß die Theologie ihre völkerversöhnende Kraft verlor. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die politischen und gesellschaftlichen Faktoren, die das kirchliche Handeln der polnischen und deutschen Protestanten bestimmten und eine Versöhnung verhinderten. Ziel war nicht ‚Bewältigung‘ einer belasteten Vergangenheit im herkömmlichen Sinn, sondern eine vorurteilslose Suche nach den Gründen für die Politisierung kirchlicher Verkündigung.“ (S. 3)

Die Symposien sind in Zusammenarbeit mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Polnischen Ökumenischen Rat vorbereitet worden. Die Tagungsleitung lag in den Händen von Dieter Bach, Werner Jochmann und Janusz Mattek.

Die Referate betreffen überwiegend die Lage der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen und die polnische Minderheitenpolitik. Einen allgemeinen Charakter hat der kritische und aufschlußreiche Beitrag von Werner Jochmann über das Thema „Die deutsche Gesellschaft und der polnische Staat unter besonderer Berücksichtigung der Einstellung der evangelischen Christen Deutschlands zu Polen“. Der Ausgangspunkt seiner Erwägungen ist die Analyse der Etappen des deutsch-polnischen Konfrontationsprozesses. Nach Jochmann ist die Wende zu der nationalen Konfrontation deutscherseits für das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zu bestimmen, als große Teile des deutschen Bürgertums — und auch der junge Monarch — dazu übergingen, den neugeschaffenen Nationalstaat nur als erste Etappe auf dem Wege zur Weltmacht zu betrachten.

Diese Wende zum Nationalstaat und die rasche Entwicklung des militanten Nationalismus sollen die preußische Polenpolitik in entscheidender Weise beeinflußt haben. Dies fand ihren Niederschlag in den Sprachverordnungen und vielen Schikanen der Verwaltung, vorwiegend in der Provinz Posen. Diese Schikanen verschärfen dann die nationalen Gegensätze.

Als sehr schädlich für das deutsch-polnische Verhältnis bezeichnet Jochmann den Einfluß des Ersten Weltkrieges. Das zu dieser Zeit vorherrschende Gefühl der geistigen und organisatorischen Überlegenheit der Deutschen gegenüber den Polen wirkte bis in den Zweiten Weltkrieg hinein und in unsere Zeit fort. Die deutschen evangelischen Kirchenbehörden folgten in dieser Meinung den Politikern und den preußischen Regierungskreisen. Als Beispiel solchen Verhaltens nennt Jochmann die Tätigkeit des in Warschau lebenden Konsistorialrats Bruno Geißler und des in Posen wirkenden Superintendenten Arthur Rhode, während die Haltung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses in Berlin zurückhaltender und vorsichtiger gewesen sei. Dieser soll erkannt haben, daß die Germanisierung der evangelischen Kirchengemeinden den nationalen Streit in die Kirche hineintragen würde und die evangelischen Christen in einen immer größeren Gegensatz zu der Mehrheit der polnischen Katholiken geraten würden.

In den Folgen des Ersten Weltkrieges und besonders der neuen politischen Ordnung in Mittel- und Osteuropa nach 1918 sieht Jochmann zu Recht die Ursache der Verschärfung der Nationalitätenkonflikte, sowohl im politischen als auch im religiösen Bereich, in den folgenden Jahrzehnten. Schuld daran seien vor allem die politischen Vertreter der deutschen Volksgruppe und die deutschen Geistlichen mit ihrer Überzeugung von der Überlegenheit der deutschen Kultur und Staatlichkeit. Diese Einstellung deutscherseits soll die Reaktion polnischerseits verursacht haben, die — ähnlich wie bei den Deutschen — in überzogenem Nationalismus zum Ausdruck kam. Die deutschen evangelischen Christen und vornehmlich die Geistlichen haben nach Jochmann auch ihren Beitrag zum Aufbau des Hasses, des Feindbildes der Polen und der Verachtung des polnischen Staates geleistet. Jochmann hebt jedoch bei dieser Gelegenheit Beispiele für Verständigungs- und Versöhnungsversuche seitens der evangelischen Deutschen besonders hervor. Er verschweigt auch nicht die Tatsache, daß das überwiegend abweisende und verständigungsunwillige Verhalten der Mehrheit der deutschen Bevölkerung des ehemaligen preußischen Teilgebietes durch die strenge polnische Nationalitätenpolitik und vor allem durch den aggressiven polnischen Nationalismus verursacht wurde.

Die Feststellung Jochmanns jedoch, daß nur einige wenige polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität sich bereitgefunden hätten, an der Entwicklung des polnischen Staates mitzuwirken, scheint zu pauschal. Nach eigener Einschätzung des polnischen Innenministeriums haben sich Ende 1938, also in der Zeit steigender Spannung zwischen den beiden Nationalitäten und beiden Staaten, immerhin 20% der deutschen Bevölkerung dem polnischen Staat gegenüber loyal verhalten. In der Darstellung der Entwicklungsprozesse unter den Deutschen in Polen während des Dritten Reiches betont Jochmann zu Recht ihre Neigung zum Nationalsozialismus, vornehmlich gegenüber den Ideen von Volk und Volksgemeinschaft, sowie die Abhängigkeit von den Berliner Regierungsstellen. Ohne diese Thesen zu bezweifeln, muß man doch erwähnen, daß die Problematik etwas komplizierter und differenzierter ist. Die Abhängigkeit war vor allem finanzieller Art; der Verlauf des Streits innerhalb der deutschen Minderheitenparteien in Polen zeigt, daß die Einwirkung verschiedener Berliner Stellen sehr unterschiedlich war und nicht immer die vom Reich gewünschten Ergebnisse mit sich brachte.

Was in diesem interessanten Beitrag fehlt, ist die Berücksichtigung der polnischen Minderheitenpolitik und ihre Auswirkung auf die deutsche Volksgruppe sowie der deutschfeindlichen Einstellung der polnischen Bevölkerung. Die einseitige Sicht könnte den mit der Problematik weniger vertrauten Lesern die Überzeugung vermitteln, daß an der geschilderten Entwicklung nur die Deutschen schuld gewesen seien.

Die polnische Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit ist Gegenstand der Abhandlung von Mieczysław Wojciechowski. Sie ist eine kurze Zusammenfassung der bisherigen, vorwiegend polnischen Forschungen über dieses Thema. Wojciechowski stellt die Probleme des Umfangs der einzelnen Minderheiten in Polen, die theoretischen Konzepte der Minderheitenpolitik einzelner politischer Parteien in der Zeit bis 1926 sowie die Nationalitätenpolitik der „Sanacja“ bis 1939 dar.

Die Zahl der Deutschen in Polen war schon in der Zwischenkriegszeit Anlaß heftiger Diskussionen, die auch nach 1945 fortgesetzt wurden. Wojciechowski erwähnt zwar, daß die vorliegenden Zahlen von manchen Historikern angefochten worden seien, er selbst beruft sich aber auf die Ergebnisse der polnischen Volkszählung aus dem Jahre 1931 mit der Begründung, ihnen werde von polnischen Historikern eine hohe Glaubwürdigkeit beigemessen. Dieses trifft zwar mehr oder weniger für Posen, Pommerellen oder Zentralpolen zu, nicht aber für Ostoberschlesien. Dort wurden die Angaben deutlich gefälscht.

Bei der Darstellung der Minderheitenpolitik der ersten Nachkriegsjahre betont Wojciechowski zu Recht, daß die polnischen Regierungen kein

einheitliches und vollständiges Programm dieser Politik besaßen. In der Liquidations- und Agrargesetzgebung sieht Wojciechowski jedoch lediglich das Bestreben zur Schwächung des Deutschtums. Das ist aber zu wenig, denn die polnische Politik zielte von Anfang an und eindeutig auf die sogenannte Entdeutschung des ehemaligen preußischen Teilgebietes (der Begriff „*polityka odniemczania*“ war schon zu dieser Zeit im polnischen politischen Sprachgebrauch etabliert). Wojciechowski teilt die Zeitspanne zwischen den beiden Weltkriegen in zwei Perioden ein: bis zum Mai-Umsturz 1926 und die Zeit der „*Sanacja*“ bis 1939, ohne den Auswirkungen der veränderten politischen Lage in Europa nach 1933 größere Bedeutung beizumessen. Die Richtlinien des polnischen Innenministeriums zur Behandlung der deutschen Minderheit vom 19.12.1938 waren nicht, wie es Wojciechowski interpretiert, eine Reaktion auf die nationalsozialistischen Strömungen innerhalb der Volksgruppe und die anwachsende Bedrohung des polnischen Staates durch das Dritte Reich, sondern vielmehr Resultat der konsequenten Entdeutschungspolitik.

Bedauerlich ist, daß Wojciechowski nur eine geringe Anzahl von historischen Abhandlungen zu seinem Thema benutzt hat, was sich auch in der Flüchtigkeit und Oberflächlichkeit des Textes zeigt. Hier sei nur auf einige wenige unberücksichtigte Autoren verwiesen wie R. Breyer, P. Hauser, P. Korzec, M. Papierzyńska-Turek, H. Rauschning, R. Wapiński.

Zwei weitere Beiträge sind demselben Themenkreis gewidmet. Jerzy Gryniakow schreibt über „Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen in der Zwischenkriegszeit“, Pfarrer Bernd Krebs über „De(n) deutsche(n) Protestantismus und die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen 1919–1939“. Gryniakow konzentriert sich auf zwei Probleme: die Bemühungen um ein neues Gesetz für die Evangelisch-Augsburgische Kirche (was man sicher als Kampf bezeichnen kann) in den Jahren 1919–1935 und auf die Lage dieser Kirche zwischen 1935 und 1939.

In der Schilderung der Bemühungen um das neue Gesetz stellt Gryniakow das Wirken des Bischofs Bursche heraus, ohne die innere Lage und die Rolle der evangelischen deutschen Geistlichkeit zu berücksichtigen. Mit Erbitterung berichtet Gryniakow über Schwierigkeiten, auf die er bei seinen Versuchen, die Rolle der katholischen Kirche in der Gestaltung der polnischen Konfessionspolitik zu erforschen, gestoßen ist. Er vermutet, daß viele wichtige Dokumente aus den entsprechenden Aktenbeständen bewußt entfernt wurden. Zutreffend erwähnt Gryniakow die ablehnende Einstellung sowohl der polnischen Regierung und des überwiegend katholischen Beamtentums als auch der Öffentlichkeit gegenüber der Evangelisch-Augsburgischen Kirche ohne Rücksicht auf die Nationalität der Gläubigen.

In der Darstellung der Lage der Evangelisch-Augsburgischen Kirche nach 1935 hebt Gryniakow die Einwirkung der nationalsozialistischen Ideologie und des Kreises der „deutschen Nationalisten“ auf die Auseinandersetzung zwischen den deutschen und den polnischen Evangelischen hervor, wobei er betont, daß sich oft auch auf polnischer evangelischer Seite Emotionen und Nationalismus auswirkten. Die nationalistische Haltung bestimmter Kreise im deutschen Lager, vornehmlich des Deutschen Volksverbandes und der Jungdeutschen Partei, gab nach Gryniakow „den klerikalen und ultranationalen Kreisen in der polnischen Regierung willkommene Argumente“ in die Hand.

Sehr kritisch und mit viel persönlichem Engagement setzt sich Gryniakow mit dem Verhalten sowohl der polnischen Regierung als auch jener Kreise unter den deutschen Evangelischen, die kurz vor Ausbruch des Krieges die Teilung der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen anstrebten, auseinander. Der Zweite Weltkrieg ist für ihn die größte Katastrophe in der Geschichte dieser Kirche, weil die Zahl der Protestanten in Polen auf weniger als ein Zehntel ihres Standes von 1939 zurückging.

Eine sehr umfangreiche Darstellung der Lage der Evangelisch-Augsburgischen Kirche bietet Bernd Krebs. Im einzelnen behandelt er die Bemühungen um eine „deutsch-nationale Ausrichtung“ dieser Kirche in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation 1916–1918, die Haltung der evangelischen Kirchen zur Existenz des polnischen Staates, erste Versuche der rechtlichen Regelung der Lage der evangelischen Kirche in den Jahren 1922–1926, die Auswirkung der Revisionspolitik Stresemanns auf die deutsch-polnischen kirchlichen Beziehungen 1926–1929, die dadurch bedingten Spannungen an der Schwelle der 30er Jahre, die „Nazifizierung der Volksgruppe“, worunter er den Einfluß des Nationalsozialismus auf die deutsche Volksgruppe und insbesondere auf die evangelischen Kirchen versteht, die inneren Machtkämpfe in der Kirche sowie die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Krebs zeigt mehr Interesse für die innere Lage der evangelischen Kirche, insbesondere für den Kampf der deutschen Evangelischen um die Unabhängigkeit der deutschen evangelischen Gemeinden und die Erhaltung ihres deutschen Charakters, als für die polnische Kirchenpolitik in bezug auf die evangelischen Kirchen in Polen. Die Situation in der evangelischen Kirche stellt Krebs aus der Sicht der Kirchenorganisation in Kongreßpolen dar, wobei er die Lage in den westlichen Wojewodschaften kaum berücksichtigt. Die Analyse der politischen Lage im allgemeinen und dieser innerhalb der evangelischen Kirche im einzelnen in den letzten Vor-

kriegsmonaten ist oberflächlich und einseitig und mehr publizistisch als historisch.

Die Initiative zum Dialog zwischen den evangelischen Christen Deutschlands und Polens ist lobenswert und auch notwendig. Ohne Verständigung der beiden Völker ist das vereinte Europa kaum möglich, ebenso wie die in Polen angestrebte „Rückkehr nach Europa“. Wie aber mit Recht von den deutschen wie den polnischen Teilnehmern schon in der Einführung zu dem besprochenen Buch zum Ausdruck gebracht wurde, ist Verständigung nur dann möglich, wenn die Geschichte gemeinsam aufgearbeitet und die Last der Vergangenheit gemeinsam bewältigt wird.

Stefan W. Kotowski, Wachtberg-Arzdorf

**Peter Fischer, Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939. Wiesbaden: Otto Harrassowitz 1991, 287 S.**

Entscheidend für das deutsch-polnische Verhältnis in den 20 Jahren zwischen den beiden Weltkriegen waren die Artikel des Versailler Vertrags, die Deutschlands Ostgrenze festlegten. Zwar hatte Deutschland den Vertrag unterzeichnet (denn bei einer Weigerung hätte die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen und damit die völlige Vernichtung des Reiches gedroht), aber die öffentliche Meinung in Deutschland sah zum allergrößten Teil die Unterschrift als erzwungen und den Vertrag als Diktat an. Die mit den Volksabstimmungen in Oberschlesien und im Gebiet von Marienwerder bzw. Allenstein einhergehende Konfrontation vertiefte zweifellos noch die Abneigung gegen den neuen Nachbarn im Osten. All das schuf das sehr spezifische politische Klima zwischen der Weimarer Republik und Polen, das deutscherseits vom Ruf nach einer Revision der Ostgrenze dominiert wurde.

Die Vorbereitungen, um diese in der Öffentlichkeit höchst populäre Forderung in die Tat umzusetzen, waren gut durchdacht und umfaßten einerseits sehr konkrete Maßnahmen der deutschen Behörden beispielsweise beim Aufbau und bei der Unterstützung sehr unterschiedlicher Institutionen, deren gemeinsames Ziel es aber war, die Ostgrenze zu revidieren; andererseits gehörten jedoch auch langfristig angelegte Propagandaaktionen in den Massenmedien dazu.

Eine Reihe dieser Maßnahmen ist bereits in der polnischen Fachliteratur behandelt worden. So wurden verschiedene Aspekte der Finanzierung und der propagandistischen Unterstützung der deutschen Minderheit in den „verlorengegangenen Gebieten“ oder die antipolnischen Tendenzen, die zu dieser Zeit in Kriegervereinen und anderen Verbänden in Deutschland herrschten, detailliert dargestellt. J. Chodera, *Literatura niemiecka o Polsce 1918–1939* (Deutsche Literatur über Polen). Katowice 1969, untersuchte das Verhältnis der deutschen Literatur zu Polen in den Jahren 1918–1939, und J. Sobczak befaßte sich bereits in seiner Arbeit *Propaganda zagraniczna Niemiec Weimarskich wobec Polski* (Die Auslandspropaganda der Weimarer Republik gegenüber Polen). Poznań 1973 mit bestimmten Aspekten der deutschen Publizistik und Propaganda.

Der Verfasser der hier rezensierten Arbeit kennt den Stand der Forschung gut. Sie ist der Ausgangspunkt seiner Ausführungen zum Thema Bedeutung und Rolle der deutschen Publizistik in den deutsch-polnischen Beziehungen zwischen 1919 und 1939. In der Publizistik überwogen ganz entschieden feindliche Akzente gegenüber dem polnischen Staat und seiner Bevölkerung. Peter Fischer geht von diesem Tatbestand aus und befaßt sich vor allem mit der Frage, wie die Propaganda funktionierte und das negative Stereotyp von Polen und seinen Bewohnern in der deutschen Publizistik entstand. Fischer zeigt höchst bezeichnende Aspekte dieser antipolnischen Propaganda auf, als deren Folge in den deutschen Ostgebieten ein „hysterisches Klima“ entstand.

Als Beispiel dafür ließe sich die Reaktion auf einen Erlaß des Reichsverkehrsministeriums aus dem Jahre 1926 nennen, wonach Schranken an Bahnübergängen mit weißer und roter Signalfarbe zu kennzeichnen waren. Das rief unter der Bevölkerung der preußischen Ostprovinzen einen stürmischen Protest hervor, der schließlich sogar zu einer Anfrage im Reichstag führte; der Grund war, daß die Bevölkerung diese Markierung mit den polnischen Nationalfarben identifizierte. Ein anderes sehr lehrreiches und eindeutiges Beispiel dafür, welches Bild von Polen der jungen Generation vermittelt wurde, bieten Fischers Überlegungen zu einer Umfrage, die 1932 unter Schulkindern im Alter von 11 bis 14 Jahren in den deutschen Ostprovinzen durchgeführt wurde. 92% der über ihre Gefühle gegenüber den Polen befragten Kinder gaben Haß an. Auf die weitere Frage: „Was würdet ihr denken und tun, wenn in ein paar Jahren wieder ein Krieg (mit Polen, P. H.) ausbräche?“ antworteten nur 24% (davon zwei Drittel Mädchen), daß sie sich nicht an ihm beteiligen wollten; 76% dagegen waren bereit, an einem solchen Krieg teilzunehmen, um wiederzugewinnen, „was die Polen uns geraubt haben“. Fischer interpretiert diese Antwort mit der Erwägung, wie symptomatisch es sei, daß diese



Kinder zu Beginn des Polenfeldzugs 18 bis 21 Jahre alt geworden wären und vermutlich zu einem erheblichen Teil daran teilgenommen hätten.

Der Verfasser bespricht sehr ausführlich die Entstehung dieses negativen Stereotyps vom polnischen Staat und den Polen. Er verweist dabei auf die Bösartigkeit einiger Pressekarikaturen, in denen u.a. die polnischen Nationalsymbole beleidigt wurden, was schließlich sogar das Auswärtige Amt veranlaßte, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Art von Propaganda gemäßigt werden müsse, da sie den deutschen Interessen auf internationalem Forum empfindlich schaden könne. In einem eigenen Abschnitt wird die Verwendung einiger Stereotype wie „polnische Wirtschaft“ oder „blutende Grenze“ und die damit zusammenhängende Propaganda beschrieben, in der der „polnische Korridor“ eine spezifische Stellung einnahm.

In der „Korridor“-Propaganda taten sich Anfang der 30er Jahre Verlag und Zeitschrift „Volk und Reich“ ganz besonders hervor, was dem Autor ein Sonderkapitel wert ist. Ebenfalls in einem besonderen Abschnitt werden die insgesamt wenigen Versuche von linker und pazifistischer Seite beschrieben, mit Polen zu einer Verständigung zu kommen.

Fischer hebt ziemlich deutlich auf die Veränderung ab, die ab 1934 in der offiziellen deutschen Publizistik in dem Moment eintrat, als das deutsch-polnische Presseabkommen unterzeichnet worden war. Von diesem Augenblick an wurde nach außen hin mit der bisherigen Propaganda gebrochen, man bemühte sich, die antipolnischen Akzente abzuschwächen. Am schnellsten zeigte sich das in Film und Rundfunk, auf die leichter Einfluß zu nehmen war, weil sie direkt der Zentrale unterstanden. Wesentlich schwieriger fiel es dagegen, Presse und Publizistik an einer Verletzung des Presseabkommens zu hindern. Bis 1939 war die deutsche Seite bemüht, das Presseabkommen (wenn auch sehr inkonsequent) einzuhalten. Das hieß aber keinesfalls, daß sich bei den Behörden und in der Öffentlichkeit die Stellung zur polnischen Frage geändert hätte. Die Propaganda wurde lediglich für die Tagespolitik konjunkturell gedämpft. Gleichzeitig liefen aber Vorbereitungen weiter, um in der Propaganda alles, was polnisch war, zu diskreditieren. So wurde denn auch Anfang 1939 eine verstärkte Propagandakampagne gestartet, die den späteren militärischen Schlag gegen Polen begründen half.

In Fischers Buch fehlt zum Schluß eine entsprechend breite Zusammenfassung des von ihm behandelten Stoffs. Angesichts der Vielschichtigkeit, die trotz einer gemeinsamen Argumentationsachse in den einzelnen Kapiteln präsentiert wird, wäre dies unbedingt erforderlich gewesen. So entsteht der Eindruck, als habe sich der Verfasser von vornherein nur auf ausgewählte, d.h. die seiner Meinung nach wichtigsten Probleme konzen-

triert und eine Reihe anderer Aspekte der Titelthematik absichtlich oder gar unabsichtlich übergangen.

Abgesehen von dieser Bemerkung aber ist Fischers Buch bzw. die Tatsache, daß es erschienen ist, von großer Bedeutung; vor allem deswegen, weil der Verfasser es verstanden hat, sich vollständig von nationalistischen Vorurteilen frei zu machen, die immer noch bei einem beträchtlichen Teil der polnischen und deutschen Historiker, die sich mit einer Interpretation der deutsch-polnischen Beziehungen befassen, herumgeistern. Vor Jahren sind dem deutschen Leser in ähnlicher Weise die Mechanismen eines anderen Aspekts der deutschen Ostpolitik in der Zwischenkriegszeit — die Finanzierung der deutschen Minderheit in Polen — nahegebracht worden, zuerst von Felix Heinrich Gentzen und später von Norbert Krekeler. Fischers Buch ist eine gute Fortsetzung und Weiterentwicklung dieser Tendenz in der deutschen Historiographie.

Przemysław Hauser, Posen

**Romuald Gelles, Sprawy polskie w szkole niemieckiej w latach 1919–1939 („Polen“ im deutschen Schulunterricht der Jahre 1919–1939). Wrocław (u.a.): Ossolineum 1991, 228 S.**

Die Untersuchung will anhand von gedrucktem Material des deutschen Schulunterrichts — vor allem im Fach Geschichte —, aber auch auf der Grundlage von Berichten der an der deutschen Wahrnehmung Polens interessierten polnischen Diplomatie klären, welches Bild von Polen die deutsche Schule der Jahre 1919–1939 tradiert hat. Die Zäsurbildung leitet sich also aus der polnischen Geschichte ab, nicht aus der deutschen. Aus polnischer Sicht mag das schlüssig sein. Aber die Weimarer Republik und die Vorkriegsphase des Dritten Reiches auf die Periodik der Zweiten Polnischen Republik zu heften, hat nicht nur formale, sondern auch inhaltliche Bedeutung. Schon durch die Zäsurbildung wird in dieser Studie entschieden, die Weimarer Republik sei als bloßer Durchgang zum Nationalsozialismus zu bewerten.

Andererseits: Da die Untersuchung mit Kriegsbeginn endet, wird die 1939 erst einsetzende, 1942/43 durch den Krieg sistierte Entwicklung genuin nationalsozialistischer Geschichtslehrbücher ausgespart. Horst Gies (1992) hat gezeigt, wie dramatisch sich die seit der Weimarer Republik entwickelten adversativen Urteile über Polen gerade in der eigentli-

chen nationalsozialistischen Unterrichtsliteratur verschärft haben. Wenn Walter Gehl nur mit einer didaktischen Schrift von 1922 zitiert wird, nicht aber mit seinem Lehrbuch „Geschichte“ (Klasse 4) von 1939, wenn Lehrbuch-Autoren wie Heinrich Blume und Fritz Stoll als Bearbeiter des notorischen „Volk und Führer“ (1943) und andere ausgespart sind, liegt eine empfindliche Verkürzung nicht nur im Material vor. Es hätte sich also empfohlen, den Gegenstand entweder breiter oder kürzer anzusetzen. Dennoch sind die Ergebnisse dieser Studie signifikant.

Nach einer etwas flüchtig geratenen Skizze des Bildungswesens im Wilhelminischen Reich (Kap. 1) werden im zweiten Kapitel die internationalen Versuche zur Schulbuch-„Entgiftung“ in den 20er und 30er Jahren dargestellt, einschließlich des Scheiterns der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche in den 30er Jahren. Das dritte Kapitel behandelt die Thematisierung polnischer Belange in der Schule der Weimarer Republik. Das vierte Kapitel setzt die Untersuchung für das deutsche Schulwesen des „Dritten Reiches“ fort. Der Verfasser beobachtet an einem konzisen Gegenstand, wie explizite politische Vorgaben und ein allgemeines Klima politischer Mentalität auf die Inhalte, Ziele und Urteilsweisen von Pädagogik durchschlagen. Da der Verlust deutschen Territoriums an die Zweite Polnische Republik auf deutscher Seite nicht akzeptiert wurde, geriet die Losung „Die Wunde offenhalten!“ auch zu einer pädagogischen Maxime.

Im dritten Kapitel adressiert der Verfasser ausdrückliche Vorwürfe an die Lehrerschaft als die eigentlichen Inhaber von Definitionsmacht im pädagogischen Prozeß: sie sei ohnehin monarchistisch gesinnt gewesen, ihre Ausbildung habe in der nationalistischen Atmosphäre deutscher Universitäten stattgefunden, und sie sei zu allem Überfluß noch vermehrt worden durch die aus den abgetretenen Gebieten zugewanderten Lehrer, deren nationale Gesinnung durch persönliche Verbitterung bestärkt worden sei. Mit dieser Argumentation verbleibt der Verfasser zwar im Bereich von Plausibilität; aber er liefert keine empirische Sicherheit: Wie viele Lehrer kamen aus den abgetretenen Gebieten, wo wurden sie eingesetzt, in welchen Positionen? Außerdem wird an diesem Punkt sehr deutlich, daß der Verfasser „Deutschland“ mit den Schulverhältnissen in Preußen identifiziert. Durch die „Verpreußung“ im Ansatz konzentriert sich die Studie auf die Konfliktregion und erhält damit schärfere Konturen, als sie „reichsweit“ für die Weimarer Zeit erhoben werden könnten.

Bei der Analyse von Materialien der Schulverwaltung — 1921 etwa eine Vorform der „Perlenschnur“ (S. 89, Anm. 146), die die deutsch-polnische Schulbuchkommission 1970 und später in Atem halten sollte — und der Schule legt der Verfasser eine eindrucksvolle, nach Chronologie und Sach-

gesichtspunkten geordnete Sammlung nationaler Stereotypen vor (S. 96-115). „Deutscher Kulturboden“, „deutscher Schicksalsboden“, der „ostdeutsche Volksboden“ — „Fluren, unserm Pflug entrissen, in der Polen Lotterhand“ (Streifbilder aus der Kaschubischen Schweiz. o.O. o.J.) — kontrastieren mit der Behauptung politischer Unfähigkeit der Polen in der Teilungsepoche und münden in das Verdikt der „blutigen Grenze“, des „Genfer Schmachdiktats“, des „Gewaltfriedens von Versailles“, während doch die Polen „abgesehen von der Sprache, fast ihren gesamten Kulturbesitz“ ([Teubners] Erdkundliches Unterrichtswerk. [Bd. 7: Politische und Wirtschaftsgeographie. Leipzig] 1929) den Deutschen verdanken.

Der Verfasser sieht freilich nur das Empörende, den nationalen Besitzgestus, in solchen — übrigens häufig fehlerhaft zitierten — Urteilen, nicht jedoch die außerordentliche Verführungskraft des Plakativen. Auch ist die Sammlung solcher Urteile sowohl politisch unterbelichtet wie etwa im Falle der Minderheitsfrage, die eigentümlich apokryph bleibt (S. 113), als auch historisch blaß. Solche Denkmuster wie die vom Verfasser zitierten entstammen ja nicht originär der nationalen Verletztheit von 1919, sondern sie haben viel tiefere Wurzeln. Das Urteil einer politischen Unfähigkeit der polnischen Nation bildet sich schon seit 1848 in deutschen Schulgeschichtsbüchern aus und ist in denen des Wilhelminischen Reiches vielleicht sogar stärker betont als in denen der Weimarer Republik.

Nicht eigentlich einen Wandel der Konditionen (erstaunlicherweise auch keine Beschwichtigung durch den deutsch-polnischen Vertrag 1934) als vielmehr ihre strukturelle Verschärfung (S. 116-143) durch die Konsolidierung nationalsozialistischer Herrschaftsmodi in der deutschen Schule beobachtet der Verfasser im vierten Kapitel. Hier mündet die Deformation der Tradierung polnischer Geschichte in ihre „Degradierung“ (S. 168). Nunmehr geht es gar nicht mehr um Polen, sondern es geht um den „deutschen Ostraum als Frage der Nation“, wie sich schon 1933 die „Monatsschrift für höhere Schulen“ äußerte. „Ostfragen als Mittel der Nationalerziehung“ (K. Loesch) wandelten sich nunmehr vom Klageruf in Kampfgeschrei; Pädagogik erhielt das politische Telos und den nationalen Auftrag der „Rückeroberung“ (Bonwetsch, 1933); und den Materialien für die Hand der Schüler sekundierten nunmehr weitere Medien, die der Verfasser sorgfältig ermittelt hat — von Bild- und Filmserien (S. 183-190), die als dramatische Erweiterung der Unterrichtsmedien zutreffend erkannt werden, über die Massenmedien von Rundfunk und Presse bis hin zur Führer-Rede: „Wir wollen (...) den ganzen Ostraum wieder, weil wir ihn brauchen, weil er unser ist auch vor dem Richtstuhl der Geschichte und der Menschheit“ (o.D. [1933?]).

Der Verfasser hat in seiner Studie eine dramatische Phase der deutschen Pädagogik gegenüber Polen ebenso nüchtern wie eindrucksvoll beschrieben und aus guter Quellenkenntnis belegt. Offen bleibt freilich die Frage, ob der Gesamtansatz heute noch ausreicht. Läßt sich die Valenz solcher Urteile fassen, wenn man keine Vergleichsebene einzieht, wenn man also nicht gleichzeitig nach der Darstellung Polens und (etwa) der Darstellung Frankreichs fragt? Fördern wir unsere Erkenntnis wirklich, wenn wir innerhalb unilateraler oder bilateraler Betrachtungsweisen bleiben? Klären wir durch Inselbildung auf, oder leisten wir damit nicht möglicherweise neuer Vorurteilsbildung Vorschub? Und reicht es aus, wenn wir, wie hier der Verfasser, keine Historisierung von Befunden aus der Schulbuch-Analyse anstreben? — Diese Fragen sollen den Wert der Studie nicht mindern, wohl aber zeigen, daß wir uns in einer Phase des Übergangs zu geschärften Anforderungen bei der Analyse pädagogischen Materials befinden.

Wolfgang Jacobmeyer, Münster

**Stefan Kowal, Społeczeństwo Wielkopolski i Pomorza Nadwiślańskiego w latach 1871–1914. Przemiany demograficzne i społeczno-zawodowe (Die Gesellschaft Großpolens und Pommerellens 1871–1914. Demographische und beruflich-soziale Veränderungen).** Poznań: Uniwersytet im. Adama Mickiewicza 1982, 278 S., 99 Tabellen.

Die regionalgeschichtliche Forschung zu den preußischen Ostprovinzen des Deutschen Reiches, in denen zu einem beträchtlichen Anteil eine polnischsprachige Bevölkerung lebte, entwickelte sich in den letzten 30 Jahren vor allem in Polen. Neben Arbeiten zur nationalpolnischen Bewegung lag dabei der Schwerpunkt auf Arbeiten zur Wirtschafts-, Sozial- und Strukturgeschichte mit einem besonderen Akzent auf quantitativen Arbeiten zur Entwicklung der Bauern- und Arbeiterschaft. Stefan Kowals Monographie zur demographischen und gesellschaftlichen Entwicklung Großpolens und Westpreußens steht in dieser Tradition, ja bildet durch den quantitativen Vergleich der Entwicklung zweier Provinzen geradezu einen Abschluß, der auf den statistischen Berechnungen zeitgenössischer deutscher wie neuerer polnischer Autoren fußt. Gerade die von Kowal vorgeführte vergleichende Perspektive bildet einen vielversprechenden

Ansatz und rechtfertigt auch noch geraume Zeit nach Erscheinen der Arbeit eine Besprechung.

Ausgehend von der demographischen Entwicklung der Provinz Posen und Westpreußens (der vom Autor verwandte Terminus „Pomorze Nadwiślańskie“ ist wie seine Pendants „Pomorze Gdanskie“ oder „Pomorze Wschodnie“ eher unpräzise; es gäbe auch für die polnische Historiographie Gründe, den auch im Polnischen gängigen Begriff „Prusy Zachodnie“ zu verwenden) schildert Kowal nach einem kurzen Seitenblick auf die verspätet und zögerlich einsetzende Industrialisierung beider Provinzen ihre Auswirkungen auf die Berufsstruktur und die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung. Anhand zahlreicher Indikatoren (höhere Säuglingssterblichkeit, niedrigere Lebenserwartung und medizinische Versorgung, niedrigerer Urbanisierungsgrad, niedriger Grad der Mechanisierung, verlangsamte Umstrukturierung des Arbeitsmarkts mit einem Anteil von über 50% in der Landwirtschaft Beschäftigter noch vor 1914) wird die relative Unterentwicklung der östlichen Provinzen im Vergleich zum durchschnittlichen Entwicklungsniveau im Deutschen Reich sichtbar.

Eigene Abschnitte sind der wachsenden räumlichen Mobilität gewidmet, die bei dem begrenzten Arbeitsplatzangebot rasch in eine Massenemigration umschlug. Die Auswanderung zunächst vor allem nach Übersee in die USA und seit den 1880er Jahren nach Berlin und ins Ruhrgebiet, die vor dem Ersten Weltkrieg ein Drittel der in beiden Provinzen geborenen Bevölkerung erfaßte, wird bis in die berufliche und soziale Gliederung der Auswanderung verfolgt. Zugleich wird auch die vielfach unterschlagene Binnenwanderung in die großen Städte am Beispiel von Danzig und Posen dargestellt.

Ein knapp gehaltenes Kapitel zu „Nationalität und gesellschaftlicher Struktur“ beider Provinzen beschließt die Darstellung. Kowal greift hier aufgrund fehlender Quellen auf die Trennung nach Konfessionen zurück. Für Westpreußen übersieht er dabei die Ergebnisse der Volkszählung von 1905, die sehr wohl Angaben zur Berufs- und Sozialstruktur der Nationalitäten ermöglicht hätten (Deutsche, Polen, Masuren und Kaschuben der Provinz Westpreußen. Berlin 1910). Trotz des begrenzten Aussagewertes der Konfessionsangaben wird (ähnlich wie bei den Arbeiten Kazimierz Wajdas) deutlich, daß der nationalen Trennung auch eine soziale Schichtung entsprach. Einer zu über zwei Dritteln agrarisch strukturierten polnischen Gesellschaft stand eine deutsche Bevölkerung gegenüber, die wesentlich von der städtischen Bevölkerung und Intelligenz bestimmt wurde. Erst vor diesem Hintergrund wird der Zusammenprall zwischen deutscher „Kulturträger“-Ideologie und polnischen Emanzipierungsbe-

strebungen verständlich, der die interethnischen Beziehungen in beiden Provinzen prägte.

Als Ursachen der relativen Unterentwicklung, die jedoch nicht näher analysiert werden, führt Kowal die agrarische Struktur konservierende preußische Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Randlage beider Provinzen in Preußen wie im Deutschen Reich an. Die — angesichts der beiderseitigen Schutzzölle an der deutsch-russischen Grenze und der überlegenen Konkurrenz durch die Industrie der anderen deutschen Provinzen — nur begrenzten Möglichkeiten zur Förderung einer durchgreifenderen Industrialisierung werden allerdings nicht ausgelotet. Vor die Alternative gestellt, ob von einer „wachsenden Rückständigkeit“ oder einem „Nachhinken“ (S. 259 f.) der Entwicklung in Großpolen und Westpreußen gesprochen werden könne, entscheidet sich Kowal für die zweite Möglichkeit, da relative Fortschritte unverkennbar seien.

Hierbei scheint die gewählte Vergleichsperspektive maßgebend: Kowal beschreibt die sozio-ökonomische Entwicklung beider Ostprovinzen vor dem Hintergrund der Tendenzen in Preußen bzw. im Deutschen Reich; als regionaler Vergleichsmaßstab wird zudem vielfach die Entwicklung in Westfalen und Schlesien herangezogen. Es erhebt sich die Frage, ob diese Anordnung sinnvoll gewählt ist, denn Westfalen wie Schlesien besaßen mit einem Teil des Ruhrgebiets bzw. mit Oberschlesien Territorien intensiver industrieller Durchdringung und hohen Wachstums. Ein Vergleich mit den preußischen Provinzen Hannover und Pommern oder den südwestdeutschen Staaten böte einen realistischeren Vergleichsmaßstab für die Entwicklung der preußischen Ostprovinzen.

Völlig fehlt ein Vergleich mit der Entwicklung im benachbarten russischen Teilungsgebiet; zwar wird wiederholt eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung im ehemaligen Königreich Polen konstatiert, doch fehlen statistische Vergleiche. Kowal wird hier seinem selbst gesetzten Maßstab, Großpolen und Westpreußen in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Geschichte Polens zu behandeln (S. 6), nicht gerecht. Erst eine nicht ausschließlich am unverkennbaren West-Ost-Gefälle im Deutschen Reich orientierte Darstellung ermöglichte präzisere Aussagen über den tatsächlichen Grad des „Nachhinkens“ in Großpolen und Westpreußen im europäischen Maßstab.

Regional erweist sich der Vergleich zwischen Großpolen und Westpreußen als durchaus fruchtbar: Beide Provinzen weisen in ihrer agrarisch geprägten Struktur ein breites Feld unübersehbarer Gemeinsamkeiten auf, die bis in die ländliche Besitzstruktur und die Berufsstatistik reichen. Einzelne Unterschiede treten um so deutlicher hervor: Die westpreußischen Großbauern mit Betrieben zwischen 20 und 100 ha fehlen in diesem Um-

fang im stärker mittelbäuerlich geprägten Großpolen. Auf industriellem Sektor fehlte in Großpolen ein Pendant zu den Danziger und Elbinger Maschinenbau- und Werftbetrieben, die an der Spitze der Industrialisierung beider Städte standen.

Die solide statistische Untermauerung und die Fülle des ausgewerteten Materials machen Kowals Arbeit so zu einer Grundlage, auf die zukünftige regionalgeschichtliche Arbeiten zurückgreifen sollten. Gerade die — bereits unter den Zeitgenossen heftig umstrittenen — Ursachen für das relative wirtschaftliche und soziale Zurückbleiben der preußischen Ostprovinzen verdienen eine erneute kritische Analyse.

Hans-Jürgen Bömelburg, Mainz

**Jerzy Krasuski, Między wojnami. Polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej (Zwischen den Kriegen. Die Außenpolitik der Zweiten Republik).** Warszawa: Państwowy Instytut Wydawniczy 1985, 216 S.

Jerzy Krasuski gehört neben Henryk Batowski zweifellos zu den profiliertesten Diplomatiehistorikern Polens und hat sich vor allem mit zahlreichen Arbeiten zum deutsch-polnischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert einen Namen gemacht. Seine schon 1985 vorgelegte Synthese zur Außenpolitik der Zweiten Republik darf inzwischen als Standardwerk bezeichnet werden und soll daher auch noch einige Jahre nach ihrem Erscheinen dem deutschen Leser als eine Darstellung vorgestellt werden, die durch die Klarheit und Präzision ihrer Analyse besticht. Krasuskis Beschäftigung mit den internationalen Beziehungen im ausgehenden 19. Jahrhundert und zwischen den beiden Weltkriegen erstreckt sich inzwischen über Jahrzehnte und hat einige gewichtige Studien entstehen lassen, die sich im Gegensatz zu manchen Publikationen aus den benachbarten „sozialistischen Bruderländern“ schon sehr bald der damals herrschenden Ideologie höchstens noch marginal verpflichtet wußten.

Der hier vorzustellende Abriss der Außenpolitik der Zweiten Republik zeichnet sich dadurch aus, daß er weder die gesamteuropäische Entwicklung jener Zeit aus dem Auge verliert noch die jeweils innenpolitischen Voraussetzungen jeder Außenpolitik unberücksichtigt läßt. Der Autor hat seine Studie in drei große Abschnitte unterteilt, die zugleich die wichtigsten Problemfelder bezeichnen, deren sich die polnische Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit gegenüber sah: „Der Kampf um die Grenzen



1919–1923“ (S. 5-93), „Die polnische Politik im Zeitraum der internationalen Entspannung“ (S. 94-147) und „Von der Kooperation zum Konflikt mit Hitler“ (S. 147-201). Innerhalb dieser drei Kapitel geht der Verfasser im allgemeinen chronologisch vor, richtet aber sein Augenmerk jeweils auf einzelne Problemkreise, die er in Unterabschnitten geschlossen abhandelt, so daß eine Mischung aus narrativer und diskursiver Darstellungsweise entsteht.

Im Mittelpunkt des ersten Abschnitts steht mit Recht der „Streit der Ideologien“ zwischen dem Sozialisten Józef Piłsudski und seinem nationaldemokratischen Gegenspieler Roman Dmowski um die zukünftige territoriale Gestalt Polens und die aus ihr resultierende außenpolitische Option. Während ersterer zunächst eine österreichisch-ungarisch-polnische Orientierung favorisierte, suchte Dmowski aufgrund seiner gegen das Deutsche Reich und vor allem seine Vormacht Preußen gerichteten Konzeption von Anfang an die enge Anlehnung an den russischen Nachbarn im Osten. Erst als sich die Agonie des von Revolutionswirren paralyisierten Russischen Reiches und die Niederlage der Mittelmächte abzeichneten, traten an deren Stelle die westlichen Alliierten mit Frankreich an der Spitze, dessen obsessives Sicherheitsbedürfnis gegenüber dem deutschen Nachbarn vor allem in Polen einen Ersatz für den auf absehbare Zeit ausgefallenen russischen Verbündeten suchte.

Grenzkämpfe mit fast allen Nachbarn und schließlich der Krieg gegen die junge Sowjetrepublik mit seinem für Polen siegreichen Ausgang führten im Frieden von Riga zu einer geopolitischen Konstellation, an deren Ende die „jagiellonische Idee“ Piłsudskis, der der Verfasser spürbare Sympathien entgegenbringt, mit den Vorstellungen Dmowskis und seiner Anhänger von einem geschlossenen Nationalstaat eine Synthese eingehen mußte. „Föderalismus und Streben nach Inkorporation“ (S. 27) haben sich seitdem nicht mehr zur Deckung bringen lassen. So entstand schließlich ein Polen, das sich zwar als Nationalstaat empfand, in Wahrheit jedoch ein beinahe „klassischer“ Nationalitätenstaat war und an allen seinen Grenzen mit schweren Minderheitenproblemen konfrontiert wurde, die auf die Dauer auch die Außenbeziehungen des Landes nachhaltig belasten mußten.

Der Verfasser referiert denn auch die Ergebnisse des Friedens von Versailles sehr distanziert, dessen Schwäche er im Hinblick auf Polen mit Recht darin sieht, daß nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten in die selbstgewählte Isolation und angesichts der ostensiblen Reserve Großbritanniens gegenüber allen polnischen Großmachtambitionen schließlich nur noch der französische Verbündete die Integrität des jungen Staates zu garantieren vermochte. Eine tödliche Bedrohung der jungen Republik

aber mußte eintreten, wenn Polens Nachbarn Deutschland und die Sowjetunion nach der Überwindung der Kriegsfolgen wieder erstarken und sich trotz ihrer weltanschaulichen Gegensätze annähern würden, wie sich dies im Jahre 1922 in Rapallo bereits andeutete. Darüber machte man sich in Warschau offenbar keine Illusionen. Wie man diesen für Polen fatalen Konsequenzen begegnen wollte, wird vor allem in dem glänzend geschriebenen Abschnitt über die „Gestaltungszentren der polnischen Außenpolitik in den Jahren 1919–1923“ (S. 71–76) umrissen. Breiten Raum widmet der Autor schließlich der Kirchenpolitik (S. 76–93), die er keineswegs als allenfalls subsidiär, sondern als sich durchaus dem Dienst an der „polnischen Staatsräson“ verpflichtet wissend beschreibt.

Den zweiten Abschnitt seiner Darstellung eröffnet Krasuski mit einer beeindruckenden Skizze der internationalen Lage nach dem Abschluß der Pariser Friedenskonferenz und kommt dabei u.a. zu dem Ergebnis, daß das Deutsche Reich trotz seiner soeben erlittenen schweren Niederlage im östlichen Europa infolge des Ausfalls Rußlands eine weitaus günstigere Position als vor dem Kriege eingenommen habe, nachdem an seiner Ostflanke statt eines kompakten, mit Frankreich verbündeten Russischen Reiches eine Reihe schwacher und untereinander zerstrittener Staaten entstanden sei. Daher hat seiner Auffassung nach auch die Konferenz von Locarno von 1925 keine dauerhafte Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen eingeleitet, auf die sich die Darstellung von nun an mehr und mehr konzentriert, indem nun auch die außenpolitische Instrumentalisierung der Minderheitenfrage in beiden Ländern ins Blickfeld gerät. Den Abschluß dieses hier nur ganz knapp zusammengefaßten Kapitels bildet eine konzise Skizze der „Danziger Frage“ bis zum Jahre 1934.

Im dritten Teil seiner Arbeit bestätigt Krasuski, daß man die Nachricht von der „Machtergreifung“ Hitlers in Warschauer Regierungskreisen mit einiger Erleichterung aufgenommen habe, da man sich von ihm als einem gebürtigen Österreicher eine Abkehr von der bisherigen, auf eine Revision der deutschen Ostgrenze fixierten Außenpolitik der Weimarer Republik erhoffte. Daher räumt er der Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 und ihrer Vorgeschichte breiten Raum ein, deren Hauptschwäche er in der fehlenden Garantie der bestehenden Grenzen erblickt. Deswegen habe man sich auch zumindest auf polnischer Seite über deren Vorläufigkeit keinerlei Illusionen hingeeben. Wenige Tage später folgte der Nichtangriffspakt Polens mit der Sowjetunion. Beide Abkommen konnten der Republik nach Piłsudskis Worten jedoch lediglich die notwendige Atempause verschaffen, um ihr politisches Leben aufzubauen und zu konsolidieren, doch werde das Land seine Existenz schon sehr bald mit der Waf-

fe in der Hand verteidigen müssen: „Es gibt für uns keine Alternative.“ (S. 152)

In der Folgezeit trat die Ostpolitik Polens in den Vordergrund, die sich aber infolge von massiven Assimilierungsversuchen vor allem gegenüber den Ukrainern, die der Autor sehr mit Recht als ungemein kurzichtig und in ihren Ergebnissen vollständig verfehlt charakterisiert, sehr bald dramatisch verschärfte. Ebenso deutlich spricht er von der „Wegnahme“ (zagarnięcie) Wilnas, aber auch von der „Verdrängung“ (wypierzenie) der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen.

Der Wiederaufrüstung Deutschlands und der deutschen Besetzung des Rheinlandes habe Warschau durch eine erneute Annäherung an Frankreich entgegenzuwirken versucht, doch habe Polens Außenminister Józef Beck, mit dessen „Schaukelpolitik“ Krasuski scharf ins Gericht geht, auch jetzt noch geglaubt, zwischen beiden Mächten lavieren und sie gegeneinander ausspielen zu können. Bis zuletzt habe er sein Land ungeachtet seiner strukturellen Schwäche und seiner prekären sicherheitspolitischen Lage als eine europäische Macht von beträchtlichem Gewicht angesehen, die ihr vom Dritten Reich her drohende Gefahr sträflich unterschätzt und sich schließlich der Tschechoslowakei gegenüber sogar noch zu dessen Komplizen herabgewürdigt. Becks illusionäre Pläne, Polen als „dritte Kraft“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu etablieren, hätten nicht anders als im Fiasko enden können.

Wie stets bei Krasuski ist es die knappe und klare, bisweilen fast karge Diktion, die sich nahezu aller schmückenden Epitheta enthält und sich auf eine präzise Tatsachenbeschreibung beschränkt, die die Lektüre seines Buches zu einem Genuß werden läßt, wenn man auch mit einigen seiner Ansichten (z.B. zu den Plebisziten der Jahre 1920 und 1921 oder den drei oberschlesischen Aufständen) nicht immer ohne weiteres übereinstimmen kann. Überhaupt fällt auf — und das ist dann allerdings doch ein gravierendes Manko —, daß von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen das außerpolnische Schrifttum über die Außenpolitik Polens zwischen 1919 und 1939 nirgends berücksichtigt wird, so daß wir gewissermaßen nur deren „Innenseite“ kennenlernen.

Wenn sich dennoch trotz des genannten Defizits deutsche und polnische Standpunkte in den entscheidenden Fragen bereits erstaunlich angenähert haben, so ist dies nicht zuletzt auch Krasuskis Verdienst, der sich in seinen Arbeiten schon lange vor dem „Umbruch“ nicht gescheut hat, von liebgewordenen Wunschvorstellungen Abschied zu nehmen und auch so brisante Themen wie die — vor allem im östlichen Polen gegenüber Ukrai-

nen, Weißrussen und Litauern praktizierte — Minderheitenpolitik Warschau aufzugreifen und sehr kritisch zu beleuchten.

Ein knappes, aber alle wichtigen Titel enthaltendes Literaturverzeichnis beschließt einen für ein derart komplexes Thema recht schmalen Band, der es m.E. durchaus verdient hätte, ins Deutsche übersetzt zu werden, schon um seine Ergebnisse auch deutschen Fachleuten zugänglich zu machen und die internationale Diskussion zu beleben. Solange freilich nach wie vor gilt: „Polonica non leguntur“, wird der Geschichtswissenschaft hierzulande noch mancher wertvolle polnische Beitrag zur europäischen Politik der Zwischenkriegszeit entgehen.

Hans-Werner Rautenberg, Marburg

**Marian Mroczo, Polska myśl zachodnia 1918–1939 (Kształtowanie i upowszechnianie) (Der polnische West-Gedanke 1918–1939 <Entwicklung und Verbreitung>). Poznań: Instytut Zachodni 1986, 429 S., Ill.**

Die vorliegende Arbeit ist eine Gesamtdarstellung der polnischen Überlegungen und Konzepte bezüglich der eigenen Westgebiete bis 1939. Diese umfaßten — entgegen dem deutschen Verständnis — aus einer in Polen verbreiteten Sicht auch schon vor 1945 nicht nur Posen-Pommerellen, sondern den gesamten einst preußischen Raum zwischen Oder und Prosa, Ostsee und Sudeten. Dabei geht der Autor im ersten Teil des Buches vor den im Titel gesetzten zeitlichen Rahmen zurück.

Er definiert den Gegenstand seiner Untersuchung als „Konzeption zur Verteidigung des Polentums der polnischen Westgebiete, der umfassenden Begründung polnischer Rechte auf diese Gebiete und der Hebung ihres zivilisatorischen Niveaus“. Dieses polnische „Westgebiets-Programm“, wie „myśl zachodnia“ sinngemäß am besten übersetzt wird, entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter den Bedingungen der Teilungszeit.

Von Anfang an stand das polnische Westgebiets-Programm im Gegensatz zum preußisch-deutschen Ostmarkenprogramm, wie man analog die deutschen Bestrebungen zur Festigung des Deutschtums in den preußischen Ostprovinzen, der Begründung des deutschen Anspruchs auf dieselben und die Bemühungen um ihre Entwicklung bezeichnen kann. Von Anbeginn ist auch kennzeichnend für diese teilweise erbitterte Auseinandersetzung zweier Nationen um Land und Menschen eines bestimmten

Raumes, daß jede Seite sich als Verteidiger historischer Rechte ansah, welche gegen die Expansionsbestrebungen eines Erbfeindes zu schützen waren. Dem „Deutschen Drang nach Osten“ in der Vorstellung der Polen stand der „Andrang des Slawentums“ in deutschen Köpfen gegenüber. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das Verhältnis zu den Deutschen für die polnische Nation stets einen sehr viel größeren Stellenwert hatte als umgekehrt für die Deutschen das Verhältnis zu den Polen. Der propagandistische Lärm um die sogenannte „Polenfrage“, den u.a. nach 1886 der deutsche Ostmarkenverein verursachte, läßt leicht vergessen, daß im 19. Jahrhundert für die Mehrheit der Deutschen in erster Linie das Verhältnis zum „Erbfeind“ Frankreich entscheidend war, während man die Polen, auch in Preußen, keineswegs als ebenbürtigen Gegner betrachtete. Die eigene Position erschien den Deutschen dank der uneingeschränkten Unterstützung durch die Machtmittel des Staates kaum ernsthaft zu gefährden, die polnischen Hoffnungen auf Wiedererlangung der Staatlichkeit angesichts der Teilung durch drei Großmächte als unrealistisch. Während auf deutscher Seite nur ein Teil der Nation, vor allem die Bewohner der preußischen Ostprovinzen, und auch hier längst nicht alle, in die Auseinandersetzung einbezogen war, kämpfte auf polnischer Seite eine ganze Nation mit allen Kräften um das nationale Überleben.

Der Politik, welche für die Polen zunächst in der Bewahrung der nationalen Identität und der Schaffung der Voraussetzungen für eine künftige polnische Staatlichkeit bestand, ordneten sich alle Kräfte der polnischen Gesellschaft unter, neben den politischen Orientierungen und Parteien auch Wissenschaft und Künste. Ihre Legitimation und ihre Kraft schöpfte diese Politik aus der Geschichte der polnischen Nation vor den Teilungen. Dabei gab es zwei unterschiedliche Orientierungen: die piastische, zurückgreifend zu den Anfängen polnischer Staatlichkeit im Westen des polnischen Siedlungsgebiets, und die jagiellonische, anknüpfend an die Ostexpansion des polnisch-litauischen Großreiches.

Entsprechend wurde das Westgebiets-Programm vor allem von den Anhängern der piastischen Orientierung wie den Nationaldemokraten unter Roman Dmowski vertreten und war besonders im preußischen Teilgebiet populär. Von dort strahlte es aber auch in die anderen Teilgebiete aus. Zu seiner Entwicklung und Verbreitung trugen polnische Intellektuelle aller Teilungsbereiche bei, die als Historiker, Geographen, Archäologen, Sprachwissenschaftler, Publizisten und Schriftsteller bemüht waren, das ethnische Polentum sowohl der seit den Teilungen preußischen polnischen Westgebiete Posen/Großpolen, Ermland und Westpreußen, aber auch Schlesiens, Pommerns und Masurens, teilweise sogar Brandenburgs und des gesamten Elbe-Oder-Raums zu beweisen. Vor dem Hinter-

grund der preußisch-deutschen Polenpolitik des 19. Jahrhunderts mit ihren Diskriminierungsmaßnahmen wurde rückblickend die Einbeziehung dieser Gebiete in den deutschen Kulturbereich seit dem Mittelalter und die damit einhergehende völlige oder teilweise Germanisierung derselben als Folge von Zwang und Unterdrückung, also als Unrecht angesehen. Aus polnischer Sicht änderte das jedoch nichts am urslawischen bzw. urpolnischen Charakter des Landes und verlangte letztlich nach Wiedergutmachung.

In der zeitgenössischen deutschen Sicht dagegen knüpfte die mittelalterliche deutsche Ostbewegung an die germanische Vorbesiedelung des Elbe-Oder-Weichsellandes an, die slawische Besiedelung der Gebiete erschien gleichsam als Episode. Die Wissenschaften beider Seiten standen wie selbstverständlich im Dienste der jeweiligen nationalen Interessen, hatten durch ihre Forschungsergebnisse die Argumente der eigenen Seite zu bestätigen.

Mit der Neuentstehung eines polnischen Staates als Folge des Ersten Weltkrieges gewann das polnische Westgebiets-Programm konkrete politische Bedeutung, als es um die Festlegung der künftigen deutsch-polnischen Grenzen ging. Die polnischen Forderungen gingen dabei, entsprechend den geschilderten Konzeptionen, über die Westgrenzen von 1772 hinaus und verlangten den Anschluß auch der „bereits früher verlorenen Gebiete mit polnischer Bevölkerung“ wie Masuren, östliches Hinterpommern und Oberschlesien. Die endgültige Festlegung der polnisch-deutschen Grenzen nach Durchführung von Volksabstimmungen im südlichen Ostpreußen, den westpreußischen Kreisen östlich der Weichsel sowie Oberschlesien stellte weder die deutsche noch die polnische Seite zufrieden. Aus polnischer Sicht waren historisch polnische Gebiete mit polnischer Bevölkerung bei Deutschland verblieben, aus deutscher Sicht deutsches Land mit deutscher Bevölkerung teils ohne, teils entgegen den Ergebnissen einer Volksabstimmung an Polen gefallen. Beide Seiten führten vor allem das Unrecht für die betroffene Bevölkerung der eigenen Nationalität als Grund für die Ablehnung der Friedensbedingungen an, jedoch ging es beiden Seiten auch und nicht zuletzt um wirtschaftliche und militärische Probleme als Folge der neuen Grenzen.

Entscheidend für die künftige Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses war eine Anfang der 20er Jahre stattfindende tiefgreifende Umorientierung der deutschen Politik vom Westen zum Osten. Während man sich mit den Gebietsabtretungen im Westen trotz anderslautender Propaganda überraschend schnell abfand, wurde die Revision der Ostgrenze zu einem Anliegen der gesamten Nation. Dabei spielten eine gewichtige Rolle das Fortbestehen des traditionellen deutschen Überle-

genheitsgefühls, das sich in der Formel vom Saisonstaat Polen äußerte, aber auch Befürchtungen, vor allem in dem und um das durch den „polnischen Korridor“ vom übrigen Deutschland getrennte Ostpreußen. Diese waren angesichts der Überlegenheit der polnischen Armee gegenüber dem 100 000 Mann-Heer der Reichswehr bis Mitte der 30er Jahre durchaus nicht völlig unbegründet.

Im neuen polnischen Staat machte das Westgebiets-Programm eine Wandlung durch, teilte sich gewissermaßen in zwei Ebenen. Auf der praktischen, defensiv bestimmten Ebene ging es um die Sicherung und Entwicklung der polnischen Westgebiete in den Versailler Grenzen vor dem Hintergrund der deutschen Revisionspolitik. Auf der zweiten, theoretischen und offensiv geprägten Ebene knüpfte man an die früheren Forderungen nach Anschluß der „noch nicht befreiten Gebiete“ wie Südostpreußen und Opper Schlesien an.

Es ist das Verdienst des Autors, diese Entwicklung des polnischen Westgebiets-Programms während der Zwischenkriegszeit anschaulich und informationsreich nachzuzeichnen. Dabei wird deutlich, daß insbesondere seit Locarno auch in Polen allmählich eine Umorientierung stattfand. Die jagiellonische Ostorientierung verlor zugunsten des piastischen Westgebiets-Programms an Bedeutung. Letzteres wurde schließlich vom Großteil der polnischen Gesellschaft übernommen. Deutlich wird dabei auch die Abhängigkeit dieser Entwicklung vom polnisch-deutschen Verhältnis, insbesondere von der Revisionspolitik des Reiches und der eng damit verbundenen deutschen „Ostforschung“.

Mroczo weist auf die integrative Rolle des Westgebiets-Programms für die aus drei Teilgebieten mit unterschiedlichem Entwicklungsstand zusammenwachsende polnische Gesellschaft hin. Auch hier drängt sich wieder die Parallele zur deutschen Seite auf: Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze gehörte in der Zwischenkriegszeit zu den wenigen Fragen von gesamt-nationalem Konsens.

Bei der Darstellung der kirchlichen Unterstützung und Verbreitung des Westgebiets-Programms konzentriert sich Mroczo auf die römisch-katholische Kirche. Hier hätte er jedoch auch auf die Rolle der Evangelisch-Augsburgischen Kirche Polens eingehen müssen. Diese versuchte mit ihrer polnischen Leitung unter Julius Bursche, innerhalb des mehrheitlich deutsch geprägten Protestantismus in Polen das Westgebiets-Programm durchzusetzen, indem sie eine Polonisierung der Gemeinden anstrebte. Hierüber kam es mit der Unierten Evangelischen Kirche in Posen-Pommern und Ostoberschlesien zu erbitterten Auseinandersetzungen. Aber auch nach außen, beispielsweise durch ihre Versuche, die

evangelischen Masuren für das Polentum zu gewinnen, leistete sie ihren Beitrag zum Westgebiets-Programm.

Dem Autor muß der Vorwurf gemacht werden, einseitig nur vom polnischen Standpunkt aus zu beschreiben und zu beurteilen. So sind in seiner Schilderung nur die deutsche Politik und die deutschen Vorstellungen stets revanchistisch und expansiv, die polnischen dagegen defensiv und am status quo orientiert. Die auch von ihm genannten zahlreichen polnischen Forderungen, beispielsweise nach Liquidierung Ostpreußens als Teil des Deutschen Reiches, dem Anschluß von Danzig oder dem Opperler Schlesien an Polen waren nach Mroczko nur als Ausdruck nationalistischer Kompensation angesichts der deutschen Ostforschung und Ostpolitik zu verstehen. Er entschuldigt sie auch als Reaktion auf die für Polen ungünstigen Entscheidungen von Versailles und mißt ihnen keine konkrete politische Bedeutung zu. Daß dies schon vor 1939 so nicht stimmte, zeigt der Autor selbst im Zusammenhang mit der polnischen Annexion des Olsa-Gebiets im Kielwasser des Münchener Abkommens. Diese Annexion war von den Vertretern des Programms für die Westgebiete, zu denen aus ihrer Sicht auch das Olsa-Gebiet zählte, geistig vorbereitet und begrüßt worden.

Die im Rahmen des Westgebiets-Programms auch von prominenten Wissenschaftlern verbreitete Vorstellung der „polnischen Mutterlande“, die zumindest bis zu Oder und Lausitzer Neiße, teilweise sogar noch weiter nach Westen reichen sollten, sowie die eindrucksvollen Schilderungen einer dort lebenden, millionenstarken polnischen, von Germanisierung bedrohten Bevölkerung hatten zur Folge, daß in großen Teilen der polnischen Gesellschaft tatsächlich die Überzeugung von der Notwendigkeit einer großzügigen Revision der Versailler Westgrenze zugunsten Polens bei entsprechender Gelegenheit gefestigt wurde.

Die deutsche Geschichtsschreibung bzw. Wissenschaft insgesamt war nach Mroczko tendenziös, die Tatsachen verfälschend und politischen Zielen untergeordnet. Ihren „angeblichen“ und „propagandistischen“ Argumenten (S. 124) und „pseudowissenschaftlichen“ (S. 109), „von äußerstem Chauvinismus gekennzeichneten“ (S. 181) Erträgen stellte in seiner Darstellung die polnische Wissenschaft ruhig und seriös ihre auf intensiver Forschung beruhenden, anderslautenden Ergebnisse entgegen, „widerlegte“ die polnische Seite „auf überzeugende Weise alle deutschen Argumente“ (S. 85).

Hier soll kein falscher Eindruck erweckt werden: Die deutsche Ostforschung war vielfach tendenziös und politisch instrumentalisiert, auch wenn einzelne Wissenschaftler dennoch beachtenswerte und teilweise bis heute gültige Ergebnisse präsentierten. Man sollte aber nicht, wie dies bei



Mroczo der Fall ist, den Eindruck erwecken, hierbei habe es sich um ein spezifisch deutsches Phänomen gehandelt. Mit gleicher Elle gemessen, schneidet die damalige polnische Wissenschaft nicht viel besser ab, und auch bei manchem in Polen bis heute hochgeschätzten Wissenschaftler jener Zeit waren damals die Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik fließend bzw. kaum oder gar nicht vorhanden. Mroczo, der die einschlägigen polnischen Arbeiten und vor allem die zeitgenössische Presse auswertete, hat zwar auch entsprechende Zitate angeführt, doch zeigen andere deutsche und polnische Arbeiten, beispielsweise über die in Posen tätigen Wissenschaftler, daß deren Aussagen teilweise noch wesentlich extremer, chauvinistischer und revisionistischer waren, als es bei Mroczo den Anschein hat.

Er rechtfertigt die polnische Tendenzforschung mit der Notwendigkeit, die nationalistischen Argumente der deutschen Seite zu widerlegen und die polnische Staatsräson zu verteidigen. „Die politische Motivation trat stark in der polnischen Geschichtswissenschaft hervor. Es war dies jedoch ein ganz natürliches Phänomen.“ (S. 191) Mroczo übersieht aber, daß damit gerade der deutschen Seite wieder Argumente geliefert wurden, die mit derselben Rechtfertigung ihrer Arbeit nachging. Auf diese Weise stachelten sich die nationalistischen Auswüchse beider Seiten immer wieder gegenseitig an.

Die Bewertung der deutschen Ostforschung ist u.a. auch deshalb härter, weil man heute aus der Rückschau ihre Rolle bei der geistigen Vorbereitung der NS-Besatzungspolitik in Polen während des Zweiten Weltkrieges voll ermessen kann. Jedoch sollte gerade auch von polnischer Seite die Verantwortung des damaligen Westgebiets-Programms für die heute in Polen sehr beklagten Fehler bei der Behandlung der einheimischen Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete nach 1945 nicht übersehen werden.

Die Vertreter des Westgebiets-Programms gingen von einer deutsch-polnischen Erbfeindschaft aus, die früher oder später wieder zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führen werde. In dieser Vorstellung war die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen eine ständige Bedrohung. Die Verdrängung der deutschen Minderheit aus den am meisten gefährdeten Gebieten Posen-Pommerellen und Ostoberschlesien (Assimilierung schien aussichtslos, die Deutschen, vor allem in Westpolen, waren die wirtschaftlich und politisch stärkste Minderheit der Zweiten Republik, mit ausgeprägtem Nationalbewußtsein) war deshalb stets einer der wichtigsten Punkte des Westgebiets-Programms.

Teilweise ist kaum erkennbar, ob der Autor nur die Meinung zeitgenössischer Vertreter des Westgebiets-Programms oder seine eigene wiedergibt, etwa, wenn er bereits die bloße Existenz und Tätigkeit der deutschen

Minderheitenorganisationen in Posen-Pommerellen und Ostoberschlesien unter revisionistische, antipolnische Betätigung subsumiert (S. 110), immer wieder betont, daß die deutsche Minderheit die vollen Rechte und staatsbürgerlichen Freiheiten genoß (S. 243) und diese wie auch „die tolerante Haltung der polnischen Behörden“ oft sogar mißbrauchte (S. 265), weshalb polnische Organisationen beispielsweise „das antipolnische Gesicht und die geradezu Spionage zu nennende Tätigkeit des (ostoberschlesischen deutschen, J.R.) Volksbundes und seiner Führer demaskieren“ konnten (S. 120). Der für ihn „angeblichen“ Diskriminierung der deutschen Minderheit in Polen stellt er das Los der polnischen Minderheit im Reich gegenüber, das nach Mroczo nur von Schikanen und Terror gekennzeichnet war. „Die Antwort auf die von den deutschen Behörden angewendeten Schikanen waren die vom Polnischen Westverband vorgebrachten Forderungen nach Anwendung entsprechender Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit in Polen. Sie wurden allerdings nicht eingeführt.“ (S. 270)

Man könnte noch sehr viele entsprechende Beispiele für diesen Mangel an Distanz zum Forschungsgegenstand anführen, der sich in die einfache Formel „deutsch = böse, polnisch = gut“ fassen läßt. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Arbeit (1986) mag die Einseitigkeit der Darstellung erklären, inzwischen wird in Polen sowohl die polnische Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit wie die Tätigkeit der Vertreter des Westgebiets-Programms teilweise erheblich kritischer und objektiver beurteilt.

Abschließend sei gesagt, daß es sich trotz dieser ärgerlichen Tendenz insgesamt um eine sehr interessante und materialreiche Arbeit handelt. Besser als die vorhandenen Einzelstudien — beispielsweise über das Westgebiets-Programm im Posener Milieu — läßt sie die Entwicklung und den Einfluß des Westgebiets-Programms erkennen, das schließlich mehr oder weniger stark alle Teile der polnischen Gesellschaft und des polnischen Staates erfaßte. Es ermöglichte nach 1945 den kommunistischen Machthabern Polens, durch Anknüpfung an dieses Programm zumindest bezüglich der Westgrenze die Mehrheit der Nation unter ihren Fahnen zu versammeln.

Gerade heute ist die Kenntnis dieser Entwicklung zum Verständnis des polnischen Nachbarn und seines Verhältnisses zu den Deutschen außerhalb und innerhalb der polnischen Grenzen wichtig.

Joachim Rogall, Mainz

**Oberschlesien als Brücke zwischen Polen und Deutschen. Symposium vom 8.-9. Mai 1990 in Opole/Polen. Mülheim/Ruhr: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr 1990, 203 S. (Begegnungen. 3/90.).**

Unter dem Rahmenthema „Oberschlesien als Brücke zwischen Polen und Deutschen“ fand am 8. und 9. Mai 1990 in Oppeln ein Symposium statt, an dem sich Wissenschaftler und Politiker aus Polen und Deutschland beteiligten. Die im folgenden besprochene Publikation dokumentiert dieses von der Evangelischen Akademie (Mülheim/Ruhr) zusammen mit dem Instytut Śląski (Oppeln) veranstaltete Symposium, das von Dieter Bach (Direktor der Evangelischen Akademie, Mülheim) und Janusz Kroszel (Direktor des Schlesischen Instituts, Oppeln) geleitet wurde. Sie enthält Referate, welche die „ethnischen Beziehungen“, die „kulturellen Prägungen“ und die „sozialen Strukturen“ in Oberschlesien vor allem im 20. Jahrhundert behandeln. Zu jedem Themenblock kommt jeweils ein polnischer und ein deutscher Autor zu Wort, zwei Beiträge über die „Ansiedlung der Schlesier in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945“ und das Schlußforum mit dem genannten Rahmenthema beenden den Tagungsband. Ein Anhang dokumentiert den Reflex der Veranstaltung in der deutschen und in der polnischen Presse.

Das Symposium fand zu einer Zeit statt, in der sich die Politiker mit der deutschen Vereinigung beschäftigten, die ja mit der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnischer Grenze verbunden war. In der Woiwodschaft Oppeln bahnte sich damals die Auseinandersetzung zwischen der Solidarność-Kandidatin und dem Vertreter der deutschen Minderheit um den freigewordenen Senatorensitz an. Diese politische Dimension des Themas ist in den einzelnen Referaten zu spüren: Kroszel weist in seiner Einführung darauf hin, daß die Bevölkerung im Opper Schlesien die „typischen Merkmale eines ethnischen und kulturellen Grenzgebietes“ aufweise: Sie sei in Gruppen mit polnischem Nationalbewußtsein, mit deutscher Orientierung und in eine dritte mit „schwach auskristallisierten Nationalorientierungen“ gegliedert. Für die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen sei das Opper Schlesien „ein Prüfstein für die Intentionen beider Seiten“. Wenn Einmischungen von außen unterblieben, könne diese Region „zum Vorbild für eine moderne Gemeinschaft werden, die aus dem Kulturgut beider Länder schöpft. Sie könnte zu einer Art von Laboratorium für die gesellschaftlichen Beziehungen im zukünftigen vereinten Europa werden.“

Im ersten Referat über die ethnischen Beziehungen akzentuiert Wiesław Lesiuk (Oppeln) die polnische Perspektive. Er stellt eingangs fest,

daß Oberschlesien durch die über 600jährige Trennung von Polen „unvergleichlich mehr benachteiligt (war) als andere Teile Polens“. Ausgehend von der Feudalzeit behandelt Lesiuk die Politik Preußens gegenüber Oberschlesien: die preußische Kolonisation, die „Verstärkung der Germanisierungsbestrebungen“ nach den Napoleonischen Kriegen und den polnischen Widerstand dagegen, die nationalen Auseinandersetzungen nach dem Ersten Weltkrieg und die anschließende Teilung Oberschlesiens. Dabei diskutiert Lesiuk das bekannte Problem der Aussagekraft der preußischen Volkszählungen und der Volksabstimmungen in Oberschlesien, deren Ergebnis — etwa 60% zu 40% für Deutschland — einer „wissenschaftlichen Kritik“ nicht standhalte. Die Weimarer Republik und das Dritte Reich seien „auf die Denationalisierung der polnischen Minderheit“ ausgerichtet gewesen. Während der Zwischenkriegszeit gebe es aber auch Beispiele für das Zusammenwirken der Volksgruppen, wie den gemeinsamen Widerstand gegen den Nationalsozialismus von Deutschen, Polen und Böhmen im Grenzgebiet Oberschlesien-Troppau. Die versuchte Verifikation der nationalen Zugehörigkeit nach 1945 und die kontroverse Interpretation des Verifikationsergebnisses bilden den Abschluß von Lesiuks Referat. Grundsätzlich sei aber sowohl die „Emigration (nach 1945) als auch die gegenwärtige Bewegung für die Bildung der deutschen Minderheit im Milieu derselben ethnisch polnischen Bevölkerung“ verlaufen.

Georg Strobel (Groß-Umstadt) befaßt sich zunächst kritisch mit den Ausführungen Lesiuks, dem er „methodologische und terminologische Ungereimtheiten“ vorwirft: Der bis ins 10. Jahrhundert zurückgreifende historische Ansatz, „aus dem die ethnische Entwicklung (...) abgeleitet wird, die beide dann zur Legitimation der staatlichen Übernahme dieses Gebietes nach 1945 instrumentalisiert werden, entspringt den gleichen Argumentationswurzeln wie der den aus diesen Gebieten Vertriebenen unterstellte Revisionismus; allerdings mit dem sehr wesentlichen Unterschied, daß er bereits erfolgreich war“. Im anschließenden Referat plädiert Strobel eindringlich dafür, alle belastenden Nationalismen in der Historiographie zu beseitigen. Politische Fiktionen in Deutschland und Polen seien bisher von einer nicht vorhandenen eindeutig deutschen bzw. polnischen Prägung Oberschlesiens ausgegangen. Historisch-politisch seien die ethnischen Verhältnisse in Wirklichkeit ungemein komplex: Das umstrittene Abstimmungsergebnis von 1921 zugunsten Deutschlands sei beispielsweise nicht nur durch die deutschen Wahllaufrufe an emigrierte Oberschlesier im Ruhrgebiet beeinflußt worden. Auch nach Polen Ausgewanderte seien zur Stimmabgabe in ihre Heimat zurückgebracht worden. Die deutsche Propaganda habe auch kontraproduktiv gewirkt, denn

gerade aus dem Ruhrgebiet seien polnische Oberschlesier mit deutschen Reisezuschüssen in ihr Ursprungsland gekommen, um dort für Polen zu stimmen, „so kompliziert waren eben die Verhältnisse (...), so ungemein weit entfernt von den griffigen simplifizierenden Urteilen“ von heute.

Strobel erinnert an die leidvolle Geschichte des 20. Jahrhunderts, die weniger aus der unterschiedlichen Nationalität der Bewohner, sondern vor allem aus der Durchgangsfunktion Oberschlesiens für mannigfaltige politische Interessen ohne Rücksicht auf die Menschen resultiert habe. Oberschlesien heute eine Brückenfunktion „zuzudenken“ oder „zuzumuten“, setze nicht nur „Einsicht in das Falschgemachte hüben und drüben voraus, sondern auch den endgültigen Verzicht auf nationale Stereotypen“. In Übereinstimmung mit den Eingangsausführungen von Janusz Kroszel fordert Strobel alle Beteiligten auf, die Versuche der nationalen Vereinnahmung zu beenden, in „Oberschlesien ganz einfach Oberschlesier sein zu lassen (...)“.

Der zweite Themenblock des Tagungsbandes über die „kulturellen Prägungen“ wird mit dem Beitrag von Maria Smiełowska (Oppeln) eröffnet: Ähnlich wie in anderen Kulturräumen hätten Arbeit und Religion auch in Oberschlesien einen hohen Stellenwert. Smiełowskas Beitrag behandelt die besondere Funktion der schlesischen Familien und die Struktur der Dorfgemeinschaften. Ausführlich berichtet sie über das tradierte Brauchtum an kirchlichen Feiertagen. Die hier auftretende Symbolik habe Parallelen in anderen Teilen Polens, was ein Anzeichen für deren polnischen Ursprung sei. Bis zum heutigen Tag habe sich in Oberschlesien „das Gefühl einer eigenen Identität erhalten, sowohl gegenüber der national-polnischen als auch gegenüber der national-deutschen Kultur“.

Horst Hillermann (Düsseldorf) stellt das Thema der kulturellen Prägungen in Oberschlesien dagegen in den Kontext der Geschichtsreflexion in Deutschland seit 1945. Im zeitgeschichtlichen Bewußtsein der Bundesrepublik seien zwei Momente besonders im Hintergrund geblieben: „1. Die Dimension der Zerstörung Polens im Zweiten Weltkrieg; 2. Der Umfang und die Bedeutung der traditionellen politischen und kulturellen Verbindungen Deutschlands mit den Staaten Osteuropas.“ Wichtig sei es zunächst, daß die Deutschen ihren Blick „sowohl an den eigentlichen Ort der Zerstörung (...) als auch an den Ort einer großen zivilisatorischen Leistung“ lenkten. Die Politik habe sich in Wirklichkeit weder mit den Konsequenzen der nationalsozialistischen Verbrechen in Polen noch mit dem Verlust des deutschen Ostens beschäftigt. Es dürfe nicht dabei bleiben, daß „eine der radikalen Konsequenzen des Nazismus zur Sache von Vertriebenenverbänden (...) gemacht“ werde. Mit der Frage nach der früheren oder heutigen deutschen oder polnischen Lebenskultur der „geschlosse-

nen Gemeinschaften“ im Grenzbereich zwischen Deutschland und Polen werde der Blick für eine Kultur des Dialogs zum Teil auch versperrt. Dabei könnten sich Deutsche und Polen gerade hierin gemeinsam auf die Traditionen ihrer jeweiligen europäisch bestimmten Hochkulturen stützen.

Danuta Berlińska (Oppeln) behandelt die sozialen Strukturen. Ihre Aussagen über die kulturelle Identität, über die Stellung der Schlesier in der polnischen Gesamtgesellschaft und die Nationalitätenbewegung im Oppelner Schlesien beruhen auf einer Erhebung der Soziologieabteilung des Schlesischen Instituts von 1987. Auch sie konstatiert unter den Schlesiern eine ausgeprägte Gruppensolidarität mit intensiver Weitergabe der Tradition, vor allem der typischen Mundart, und eine starke Bindung an das Land. Insbesondere zwischen alteingesessenen Schlesiern und den nach 1945 zugewanderten Polen, welche die höheren Posten in Wirtschaft und Verwaltung erhalten hätten, bestünden tiefe Differenzen. Deshalb sei auch die Identifikation der Oberschlesier mit dem polnischen Staat nach 1945 relativ gering geblieben. Aufgrund der persönlichen Kontakte sei vielmehr der Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland gezogen worden, der vor allem unter der Jugend das Bild von einem „verheißenen Land“ geprägt habe. Neben der Hoffnung auf materielle Vorteile beruhe der Erfolg der 1989 ins Leben gerufenen Vereinigung der deutschen Minderheit auf dieser Tatsache. Vor allem die ältere, noch stark von der nationalsozialistischen Propaganda geprägte Generation sei heute am „meisten anfällig für Thesen, die in revisionistischen Zentren in der Bundesrepublik z.B. durch die ‚Schlesischen Nachrichten‘ verbreitet“ würden.

Margot Nohr (Bottrop) weist in ihrem Korreferat ebenfalls auf Merkmale der Identität und auf die „geschlossene Gemeinschaft“ der Oberschlesier hin. Ihr Fazit ist, daß gerade jetzt „durch die neue Organisation der deutschen Minderheit in Schlesien dieses Bewußtsein für die kulturelle Identität der Oberschlesier wieder zerstört wird“.

In einem detaillierten Beitrag stellt Volker Ackermann (Düsseldorf) „Die Ansiedlung der Schlesier in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945“ dar, wobei er den Begriff „Ansiedlung“ für das Resultat verschiedener Vorgänge verwendet: Evakuierung durch die deutschen Behörden, Flucht aus eigenem Entschluß, Vertreibung sowie Zwangsaussiedlung infolge polnischer Maßnahmen. Neben einer kritischen Überprüfung der ‚offiziellen‘ Gesamtzahl der Schlesier in der Bundesrepublik untersucht Ackermann ihre Verteilung auf die Bundesländer, ihre Zuwanderung in einzelne Gegenden und ihre Integration in Räumen mit ähnlichem Gefüge. So habe die Struktur des Ruhrgebiets die Integration der Oberschlesier begünstigt, während die Landwirte aus dem früheren Osten Deutschlands

sich in die westliche Industriegesellschaft nur schwer einfügen konnten. Die Gründung der Landsmannschaften, die Übernahme von Patenschaften durch Länder und Gemeinden sowie die politische Arbeit der Vertriebenenverbände bis zu dem geplanten umstrittenen Motto des Schlesiertreffens von 1985 „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser“ und dem steten Rückgang des politischen Einflusses der Verbände in den letzten Jahren werden in einem Überblick gestreift.

Mit der verstärkten Aussiedlungsbewegung seit 1980 und ebenfalls mit den Problemen der Integration in die Bundesrepublik beschäftigt sich Aleksandra Trzcielińska-Polus (Oppeln): Tatsächlich handele es sich bei den Aussiedlern eher um Polen, die sich aber gemäß Artikel 116 des Grundgesetzes auf die deutsche Staatsbürgerschaft berufen könnten. Dementsprechend werde die Integration durch die Sprachbarriere, durch den „Kulturschock“ infolge der Verschiedenartigkeit der Kulturräume und durch soziale Probleme wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt durch die Abneigung der Deutschen, welche die Aussiedler als Ausländer behandelten, erschwert.

Peter Caesar (Mainz), Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz, und Józef Musiol (Warschau), polnischer Vizejustizminister, behandeln zum Abschluß nochmals das Rahmenthema: „Oberschlesien als Brücke zwischen Polen und Deutschen“. Caesar zeigt Verständnis für die veränderte Situation Polens, das sich nun wiederum zwischen zwei Großmächten befinde. Er kündigt die baldige endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland an, „die auch den völkerrechtlichen Gegebenheiten gerecht“ werde. Nur eine verschwindende Minderheit in Deutschland, „die der Lauf der Geschichte isoliert zurückgelassen hat“, vertrete noch eine andere Meinung. Caesar erinnert an die großen unumkehrbaren Bevölkerungsbewegungen von Deutschen, Polen und Russen als Folgen der Westverschiebung Polens nach 1945. Eine Konsequenz der Grenzankennung werde auch eine zurückhaltendere Regelung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts sein: An der Oder-Neiße-Grenze werde künftig die Geltung des deutschen Rechts enden. Der auf Regierungsebene bereits angekündigte kulturelle Austausch zwischen Deutschen und Polen weise den Weg in die Zukunft. Gerade Oberschlesien mit seinen vielschichtigen Aspekten des deutsch-polnischen Verhältnisses könne dann zur „Begegnungslandschaft“ werden.

Die Beziehungen von Musiol zu Schlesien sind durch seine persönliche Lebensgeschichte geprägt: Er selbst ist Sohn eines schlesischen Aufständischen, der 1919 bis 1921 für die „Wiedervereinigung Schlesiens mit Polen“ gekämpft hat. Als Kind hatte er den September 1939 erlebt, ein Bruder, der 1945 zur deutschen Wehrmacht eingezogen werden sollte, wurde erschos-

sen, nachdem er den Dienst verweigert hatte, ähnlich wie andere Angehörige seiner Familie, die von ihrem Hof vertrieben wurde. Trotzdem gelte er, Musiol, nach den Gesetzen der Bundesrepublik als Deutscher, sofern er die Auswanderung beantrage. Musiol erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus und an die „Umsiedlung der deutschen Bevölkerung (...) in den Folgen der Ausführung der Potsdamer Beschlüsse“. Die Verbrechen der Roten Armee in Schlesien dürfe man dem polnischen Volk aber ebensowenig anlasten wie die Opfer der „von den Verantwortlichen des Dritten Reiches“ angeordneten Evakuierung, als die Frontlinie heranrückte. Inhaltlich stimmt Musiol mit Caesar überein, indem er die künftige Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft anstrebt, so daß Schlesien zu einem dem Saarland ähnlichen Status gelangen könne, „wo eine Grenze kaum noch eine Grenze ist“. Darüber hinaus kann sich Musiol auch die Entwicklung in Richtung einer Autonomie Schlesiens vorstellen.

Überlegungen von Andreas Lawaty (Darmstadt) über das Problem der nationalistischen Geschichtswissenschaften in Deutschland und Polen, die vor wie nach 1945 weniger kritische Fragen gestellt hätten als auf die „Bestätigung der eigenen Standpunkte“ ausgerichtet gewesen seien, schließen den Band inhaltlich ab. Die Bereitschaft, die deutsch-polnischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der gegenseitigen Durchdringung und Bereicherung, die Geschichte Schlesiens als eine gemeinsame von Polen und Deutschen zu sehen, müsse unterstützt werden. Wer Schlesien fördern wolle, der müsse nun die Ausbildung „eines ökonomischen Gefälles nach ethnischen Gesichtspunkten“ vermeiden. Deshalb solle auch ein künftiges wirtschaftliches Engagement Deutschlands der gesamten Region und nicht nur einer Gruppe zugute kommen.

Die in den Einzelbeiträgen geäußerten Meinungen, historischen Bewertungen und Urteile, die zum Teil nach wie vor nicht frei sind von Nationalismen, sollen im einzelnen nicht kommentiert werden. Bei der Lektüre des Tagungsbandes stellt sich aber insgesamt die Frage, ob das Bild der „Brücke“, die Charakterisierung Schlesiens als „Brückenlandschaft“, ein Begriff, der für viele Länder und Regionen nicht nur in Ostmitteleuropa beansprucht wurde und wird, zukunftsweisend ist. Deutschland und Polen stehen in einer alten gemeinsamen europäischen Tradition und benötigen eigentlich keine Brückenkonstruktion. In vielen der im Tagungsband diskutierten historischen Themen, die nicht erst seit heute umstritten sind, wird ein Gleichklang kaum möglich sein, und zwar nicht wegen der historischen gegenseitigen Schuld, sondern weil die Fragestellungen als solche eine Einigung ausschließen. Nicht die *Nation*, sondern die



*Region* mit den jeweils auf sie und in ihr wirkenden Kräften, unabhängig von nationalen Zuordnungen, sollte noch stärker ins Zentrum des Interesses gerückt werden — das Denken in nationalen Kategorien ist zum erheblichen Teil ein Denken in Stereotypen und deshalb unergiebig und entbehrlich. Bei der Analyse der „*Region Oberschlesien*“ würde sich eine eng verflochtene deutsch-polnische Dimension zeigen, auf der Grundlage der gemeinsamen mitteleuropäisch-abendländischen Geschichte. Das große Verdienst des vorliegenden Tagungsbandes ist der Hinweis darauf, daß der Umgang mit der Geschichte in Deutschland und Polen das Erbe des 19. Jahrhunderts noch nicht überwunden hat; er bietet darüberhinaus Ansätze eines zeitgemäßen Verständnisses der historischen *regio* Oberschlesien.

Matthias Weber, Oldenburg

**Polacy i Niemcy. Z badań nad kształtowaniem heterostereotypów etnicznych. Zbiór studiów pod redakcją Kazimierza Wajdy (Polen und Deutsche. Forschungen zur Herausbildung ethnischer Heterostereotype. Eine Sammlung von Studien, hrsg. v. Kazimierz Wajda). Toruń: Wydawnictwo Adam Marszałek 1991, 118 S.**

Seitdem mentale Faktoren immer mehr in den Gesichtskreis der Geschichtswissenschaft rücken, gewinnt auch die historische Stereotypenforschung stärkeres Gewicht. Das kollektive Bild vom „anderen“, vom Nachbarn, stellt ebenso wie das kollektive Selbstbild eine beziehungs-geschichtliche Dimension dar, deren aktuelle und historische Relevanz offensichtlich ist. „L’image de l’autre“ war dementsprechend eines der „Grands Thèmes“ des Stuttgarter Internationalen Historikerkongresses 1985. Auch im deutsch-polnischen Historikerdialog wird der Erforschung der wechselseitigen Perzeption zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet.

Das hier vorzustellende schmale Bändchen präsentiert erste Ergebnisse eines an der Kopernikus-Universität Thorn angesiedelten Forschungsprojekts, das sich unter der Leitung des angesehenen Sozialhistorikers Kazimierz Wajda mit dem deutschen Polen- und dem polnischen Deutschlandstereotyp befaßt. Es enthält drei Beiträge unterschiedlichen Gewichts.

Kazimierz Maliszewski behandelt das Bild der Deutschen in Polen vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, und zwar unter zwei Aspekten: Zum einen wird die Entwicklung des Deutschen-Stereotyps als „heimatlicher Ausländer“ behandelt, also der auf dem Gebiet der Adelsrepublik lebenden ethnisch deutschen Bevölkerung. In seinem die bisherige Fachliteratur zusammenfassenden Überblick legt der Autor besonderes Gewicht auf die Rolle der gegenreformatorischen Propaganda. Zum anderen beschreibt er das Deutschlandbild im „sarmatischen Kollektivbewußtsein“, wie es uns in den bisher noch wenig als Quelle benutzten handschriftlichen Zeitungen des 17./18. Jahrhunderts begegnet.

Der Herausgeber Kazimierz Wajda schildert die gegenseitigen Völkerbilder in der Publizistik beider Länder während des Kaiserreichs (1871–1914). Während das deutsche Polenbild nur kurz auf relativ schmaler Quellenbasis (einge Zeitschriften) skizziert wird, liefert der Autor eine sehr differenzierte Beschreibung des polnischen Deutschenbildes auf der Grundlage der polnischen Presse aller drei Teilungsgebiete, wobei er die Korrelation von schärferer negativer Stereotypisierung und der Anheizung des deutsch-polnischen Antagonismus in Posen sowie der sich steigenden preußisch-deutschen Germanisierungspolitik herausarbeitet. Die „fortschreitende Uniformierung“ des polnischen Deutschenstereotyps in diesem Zeitraum stellt sicherlich keine unerwartete Erkenntnis dar; jedoch ist es das Verdienst des Autors, den „Rückkoppelungseffekt“ zwischen dem Deutschenbild und der Perzeption preußisch-deutscher Polenpolitik einmal im Detail beschrieben zu haben, wobei interessanterweise die sich langsam verwischenden Unterschiede sich eher auf die politische Richtung der Presseorgane beziehen, als daß sie davon abhingen, in welchem Teilungsgebiet sie erschienen.

Jacek Banach steuert eine regionalgeschichtliche Untersuchung über „das Bild der deutschen Polenpolitik in der polnischen Presse Westpreußens 1900–1914“ bei. Hier handelt es sich um eine recht traditionelle Schilderung von Pressereaktionen auf konkrete Regierungspolitik; infolgedessen ist auch von Stereotypen recht selten die Rede.

Alle drei Autoren betonen, daß man nicht von *dem* polnischen Deutschlandbild sprechen kann, sondern daß sich bei genauerem Hinsehen erhebliche Unterschiede und im zeitlichen Ablauf auch Veränderungen feststellen lassen. Vor allem Wajda schildert, wie das traditionell dichotomische polnische Deutschenbild (mit sowohl positiven als auch negativen Werturteilen) sich wandelt, zum einen hin zum Stereotyp deutscher Heuchelei und Unaufrichtigkeit (*dwulicowość*), zum anderen, daß vorher positiv beurteilte Züge des angeblichen deutschen Nationalcharakters (Pflichtgefühl, Disziplin, Solidität u.ä.) zunehmend negativ gewertet

werden; schließlich verschwinden auch mit dem wachsenden Antagonismus solche Unterscheidungen wie Preußen — Deutsche oder protestantische Deutsche — katholische Deutsche.

Nichtsdestoweniger stellt der konfessionelle Aspekt ein Kontinuum in der Evolution des polnischen Deutschlandbildes dar. Maliszewski betont nachdrücklich, wie sehr das Bild der Deutschen und Deutschlands durch die Gegenreformation geprägt wurde und wie die „sarmatisch-katholische Optik“ die Vorstellungen bestimmte. Nach Banach war für die polnischsprachige Presse Westpreußens um 1906 während der Auseinandersetzungen um das Schulwesen Germanisierung gleichbedeutend mit Protestantisierung. Auch in Wajdas Quellen tauchen häufig konfessionell geprägte Stereotypen auf.

Trotz des recht deskriptiven Duktus finden sich in den materialreichen Untersuchungen Wajdas und Maliszewskis auch interessante interpretatorische und methodische Überlegungen. Beide unterstreichen mehrfach, daß nicht bzw. nur sehr schwer zu entscheiden sei, ob die Presse bzw. die handschriftlichen Zeitungen schon vorhandene Bilder, Werturteile und Stereotypen wiedergeben, oder ob hier Stereotypen erst aktiv gebildet und verbreitet werden. Wajda stellt dabei die Frage, inwieweit die aktive Herausbildung eines Feindstereotyps eine Integrationsfunktion für das sich zusammenschließende polnische Gemeinwesen im Deutschen Reich erfüllte. Gelegentlich klingt bei beiden Autoren an, in welchem Wechselverhältnis Heterostereotyp und Autostereotyp zueinander stehen. Daß es einen Zusammenhang zwischen der Ausbildung xenophober Stereotypen und Bedrohungsängsten gibt, ist wohl unbestreitbar — allerdings wird man hier mit Rückschlüssen auf reale Bedrohungen vorsichtiger sein müssen, als es Maliszewski in seinen einleitenden Bemerkungen ist: Daß ein direkter Bezug zwischen Bedrohungsangst und dem Objekt des Stereotyps nicht existieren muß, dafür liefert die Geschichte des Antisemitismus zahlreiche Beispiele.

Das beachtliche Problembewußtsein der Autoren ist allerdings nicht immer begleitet von einer stringenten Begrifflichkeit. Wajda betont in einer kurzen theoretischen Einleitung, die jeweiligen Bilder, die er beschreibt, „setzen sich zusammen aus Vorstellungen, Meinungen und Werturteilen, die über das Nachbarvolk formuliert werden, und lassen sich also nicht auf bloße ethnische Stereotypen reduzieren“. Diese begriffliche Unterscheidung von Bild und Stereotyp wird aber nicht immer durchgehalten. Wajda benutzt den Begriff Stereotyp oft als Synonym für Werturteil, und Maliszewski hat die Tendenz, überall, wo es um Perzeption geht, von Stereotypen zu reden. Sicherlich ist nicht jede Perzeption der „anderen“ schon stereotyp — das würde eine wohl kaum zulässige

Inflationierung des Begriffs bedeuten —, und ob jedes Werturteil über andere schon als Stereotyp gelten soll, darüber läßt sich trefflich streiten. Die Autoren befinden sich da in guter Gesellschaft: Da die bisherige wissenschaftliche Literatur verschiedener Disziplinen sich noch nicht auf eine verbindliche Definition des Stereotyps hat einigen können, ist allenthalben eine gewisse Beliebbarkeit der Begrifflichkeit festzustellen. Der Rezensent plädiert hier für einen bewußteren und damit auch reduzierteren Umgang mit dem Begriff Stereotyp, etwa im Sinne von Adam Schaff, der vor allem auf die emotionale Geladenheit und den apriorischen, keine Korrektur durch Erfahrung zulassenden Charakter des Stereotyps abhebt (Adam Schaff, *Stereotypen und das menschliche Handeln*. Wien 1980).

Hans Henning Hahn, Oldenburg

**Hugo Rasmus, *Pommerellen/Westpreußen 1919–1939*. München/Berlin: Herbig 1989, 415 S.**

Der Titel des rezensierten Buches ist leider irreführend, da er suggeriert, es handle sich um eine Darstellung der Geschichte der Wojewodschaft Pommerellen in der Zeit der Zweiten Polnischen Republik. In der Tat ist jedoch der Bereich der in diesem Buch erörterten Fragen begrenzter, als man es nach dem Titel erwarten könnte. Der Verfasser selbst formuliert, daß der „Gegenstand dieser Betrachtung (...) das Schicksal des deutschen Bevölkerungsanteils im 1920 abgetrennten Teil Westpreußens in der Auseinandersetzung mit der polnischen Nationalitätenpolitik“ (S. 11) sei. Der Leser jedoch erhält nur wenige Informationen über die Zahl der Deutschen in Pommerellen, über die Berufs- und Sozialstruktur wie auch über das Wirtschafts- und Vereinsleben dieser Volksgruppe in der Zeit der Zweiten Republik. Die Unterdrückung und die Verfolgung der Deutschen durch Polen, insbesondere im September 1939, bilden den Schwerpunkt der Darstellung. Dieser Frage ist sowohl der Hauptteil mit einer allgemeinen Darstellung der Ereignisse, Teil B mit einer Darstellung der Vorfälle im September 1939 in einzelnen Kreisen Pommerellens und Teil C mit einer entsprechenden Dokumentation gewidmet.

Von einer wissenschaftlichen Darstellung sollte man erwarten, daß sie auch die tieferen Gründe und Ursachen des polnisch-deutschen Konflikts aufzeigt, die sowohl mit dessen Vergangenheit als auch mit der Entwicklung der Beziehungen beider Nationen bzw. Staaten in den Jahren 1919–

1939 verbunden sind. Dies muß nicht unbedingt eine Rechtfertigung der Schattenseiten der polnischen Minderheitenpolitik bzw. eine Verharmlosung der Mordtaten an Deutschen bedeuten, kann aber die Ursachen der antideutschen Stimmung der Polen weitgehend erläutern. Der Verfasser jedoch blendet diesen breiteren Zusammenhang prinzipiell aus. Dies findet seinen Ausdruck beispielsweise in folgender Formulierung: „Die polnische Minderheitenpolitik gegenüber den Deutschen in Posen/Pommern ist natürlich auch in einem gewissen Zusammenhang mit der Epoche des allgemeinen europäischen Nationalismus, mit der vorherigen preußischen Politik, der Weimarer Ostpolitik und Hitlers Machtpolitik zu sehen. Doch eine solche Betrachtung ist nicht Thema dieser Darstellung.“ (S. 23) Was die preußisch-deutsche Polenpolitik in der Zeit vor 1919 angeht — ohne deren Kenntnis z.B. die Popularität der antideutsch gesinnten Nationalen Partei (Stronnictwo Narodowe) in Pommern nicht zu verstehen ist —, beschränkt sich der Verfasser auf eine pauschale Feststellung: „Die preußische Polenpolitik war nicht auf Verdrängung, sondern defensiv auf Stärkung des Deutschtums gerichtet.“ (S. 23) Eine solche Formulierung entspricht der Begründung, die von Trägern dieser Politik vor 1919 gegeben wurde. Um reine Schönfärberei handelt es sich, wenn der Verfasser in einem anderen kurzen Exkurs zu dieser Polenpolitik feststellt, daß „der Gebrauch der polnischen Sprache unter der einstigen preußischen Verwaltung keiner Beschränkung unterlag“ (S. 57). Steht diese Aussage im Einklang mit Tatsachen wie der Verdrängung des Polnischen als Fach und Unterrichtssprache aus den Volksschulen, verschiedenen Verwaltungsverboten gegen die polnische Sprache und zuletzt dem Sprachparagrafen des Reichsvereinsgesetzes von 1908? Die Ursachen der polnischen Haltung sucht der Verfasser in der seit vielen Jahrhunderten bestehenden polnischen Feindschaft den Deutschen gegenüber zu finden, die er aus dem veralteten und tendenziösen Buch von Kurt Lück aus dem polnischen Minderwertigkeitskomplex ableitet (S. 146 f.). Demgegenüber zeigt die neuere Forschung — u.a. die Arbeit des Verfassers dieser Rezension<sup>1</sup> —, daß noch am Ende des 19. Jahrhunderts das polnische Bild vom Deutschen sehr differenziert und keinesfalls nur negativ war.

---

<sup>1</sup> Kazimierz Wajda, *Polski obraz Niemców i niemiecki obraz Polaków w publicystyce obu krajów w latach 1871–1914* (Das polnische Deutschenbild und das deutsche Polenbild in der Publizistik beider Länder 1871–1914), in: *Polacy i Niemcy. Z badań nad kształtowaniem heterostereotypów etnicznych (Polen und Deutsche. Zur Forschung über die ethnischen Heterostereotype)*. Toruń 1991.

Eine Geschichte der Deutschen in der Wojewodschaft Pommerellen während der Zeit der Zweiten Polnischen Republik, die nur eine Darstellung der Unterdrückung und Verfolgung durch die Polen bietet, wobei die benutzte deutsche Literatur immer positiv, die polnischen Arbeiten pauschal negativ gewertet werden, führt dazu, daß andere, vor allem soziale Aspekte des Lebens dieser Volksgruppe so gut wie überhaupt nicht behandelt werden. Bei seiner äußerst knappen Besprechung der politischen Organisation der Deutschen erwähnt der Verfasser die nationalsozialistische Gleichschaltung des deutschen Vereinswesens in Pommerellen, die vom Dritten Reich aus gesteuert wurde, nur sehr allgemein (S. 54 f.). An anderer Stelle jedoch stellt er mit voller Überzeugung fest: „Weite Kreise der Volksdeutschen in Pommerellen standen in ihrem preußischen Bewußtsein dem Radikalismus der Nationalsozialisten zweifellos fern oder ihnen indifferent gegenüber.“ (S. 78)

Bei der Darstellung der Ereignisse im September 1939 übernimmt der Verfasser oft Angaben wie auch Wertungen propagandistischer Veröffentlichungen aus der Kriegszeit, ohne irgendwelche Quellenkritik zu üben. So teilt er z.B. die Meinung von Kurt Lück aus dessen Buch „Volksdeutsche Soldaten unter Polens Fahnen“, die Mehrzahl der gefallenen Volksdeutschen im polnischen Heer sei von Polen erschossen worden, obwohl Rasmus selbst nur einzelne Beispiele für solche Taten beibringen kann (S. 135-139). Ebenfalls aufgrund von Einzelbeispielen, u.a. aufgrund von Aussagen von vom Sondergericht in Bromberg verhörten Personen, kommt der Verfasser zu der Überzeugung, die meisten polnisch-katholischen Geistlichen hätten als Anstifter oder selbst als Anführer der Mordtaten an Deutschen in Pommerellen und in der Wojewodschaft Posen zu gelten (S. 68 f.).

Man muß unterstreichen, daß der Verfasser die NS-Politik gegen die Polen in Pommerellen scharf verurteilt. Doch bleibt die Darstellung der Lage der Polen unter der NS-Herrschaft nicht ohne gewisse Schönfärberei, insbesondere wenn es um eine angebliche Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation der polnischen Arbeiterbevölkerung geht (S. 156). Unannehmbar ist auch die Meinung des Verfassers, die Diversionsakte der Wehrmacht- und SD-Kommandos im September 1939 seien völkerrechtlich vertretbar, wenn man berücksichtigt, daß es sich um eine Aggression gegen Polen seitens des Dritten Reiches handelte (S. 94 f.).

Die Ausführungen des Hauptteils seines Buches schließt der Verfasser mit dem Fazit, die Polen sollten auf dem Wege zur beiderseitigen Annäherung ihre Haltung zu den polnisch-deutschen Beziehungen in der Vergangenheit überdenken (S. 162). Auch ich bin der Meinung, daß es von polnischer Seite noch viel in dieser Hinsicht zu tun gibt, insbesondere was eine

von alten nationalistischen und auch neueren kommunistischen Klischees befreite Forschung zu diesen Beziehungen betrifft. Andererseits sei nach der Lektüre des Buches von Rasmus und den in dieser Rezension erwähnten Beispielen der vom Verfasser geübten Betrachtungsweise zu den polnisch-deutschen Beziehungen die Feststellung erlaubt, daß auch bei ihm ein Umdenkungsprozeß in bezug auf diese Beziehungen, die eben nicht nur auf einen bestimmten Zeitabschnitt und auf ein bestimmtes Gebiet zu begrenzen sind, noch nicht endgültig abgeschlossen sein möge.

Kazimierz Wajda, Thorn

**Bastiaan Schot, Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära. Marburg/Lahn: J.G. Herder-Institut 1988, 299 S. (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien. 4.).**

**Bastiaan Schot, Stresemann, der deutsche Osten und der Völkerbund. Stuttgart: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH 1984, 74 S. (Institut für Europäische Geschichte Mainz. Vorträge. 79.).**

Die Probleme nationaler Minderheiten und damit eng verknüpft die Politik des Völkerbundes gegenüber den verschiedenen Nationalitäten stellen eine immer wieder kontrovers diskutierte Frage der europäischen Politik der Zwischenkriegszeit dar. Im Rahmen von Regional- und Einzelstudien sind dabei ebenso wie in Untersuchungen zur Außenpolitik der Staaten Europas in den 20er und 30er Jahren diverse interessante Details angesprochen worden. Es gibt wohl keinen ernsthaften Zweifel mehr an der Absicht der Staaten und zu großen Teilen an der daraus resultierenden Realität, Minderheiten für staatliche Innen- und Außenpolitik zu benutzen, als Objekte im diplomatischen Verkehr zwischen Staaten einzusetzen.

Wenig Greifbares jedoch ist über die Beweggründe bekannt, die die einzelnen Staaten und Regierungen sehr unterschiedlicher politischer Struktur und Ausrichtung in der Zwischenkriegszeit bewogen haben, Minderheiten als Spielbälle der großen politischen Auseinandersetzungen so massiv zu benutzen. Wenig substantiell in ihren Antworten war daher bisher die Frage nach der Wertigkeit der Politik des Völkerbundes in bezug auf das Minderheitenschutzverfahren. Die Brille einer nationalen Sehweise

wurde oft genug auch unter Historikern aufgesetzt, wenn es um die Bewertung der Ergebnisse der Völkerbundspolitik ging: Fühlten sich die einen stellvertretend für einen der Staaten Ostmitteleuropas gleichsam angegriffen, weil die konstituierenden Mächte des Völkerbundes die Staatsbildung mit Minderheitenschutzverträgen verknüpft hatten, so blieben gerade die deutschen Historiker oft genug in den Denkschemata einer gegen Versailles und damit gegen dieselben Mächte gerichteten Stimmung stecken. Beide Richtungen verhinderten eine objektive, d.h. an den Quellen orientierte Arbeit und Wertung der Minderheitenpolitik des Völkerbundes und jener Staaten Europas, die das Minderheitenproblem als einen Bestandteil ihrer territorialen Grundlage zu verarbeiten hatten.

Mit einem Aspekt dieser Minderheitenpolitik befaßt sich der Leidener Professor Bastiaan Schot in seiner Habilschrift, die in leicht veränderter Form dem Leser vorliegt. Der Vortrag, den Schot im Institut für Europäische Geschichte in Mainz bereits im Jahre 1981 hielt, stellt einige der Hauptthesen des Autors dar, liest sich gleichsam als verlängertes Resumé seiner größeren Arbeit. Schon der Titel der Untersuchung zeigt eine der thematischen Kontroversen, die der Minderheitenfrage zwischen den Weltkriegen innewohnt: Die Alternative der beiden Pole Nation oder Staat — eine gleichsam rhetorische Frage — konnte sich so in der Realität der politischen Entwicklung kaum stellen, wurde aber auf publizistischer Ebene scharf kontrovers diskutiert. Die Zeitschrift des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa „Nation und Staat“ nahm die Frage im Titel auf, schaffte es jedoch niemals während ihrer Existenz, eine ausgleichende Position zwischen den beiden Begriffen einzunehmen.

Schot sieht die Pole Nation und Staat nun als Ausgangspunkt auf der Suche nach den Grundlagen Stresemannscher Minderheitenpolitik und damit auch nach den Beziehungen reichsdeutscher Außenpolitik auf diesem speziellen Felde gegenüber dem Völkerbund. Er stellt auf einer breiten Quellenbasis und einer dichten Auswertung von vor allem zeitgenössischer Literatur das organisatorische und konzeptionelle Umfeld der Minderheitenpolitik der Republik von Weimar dar. Dabei bezieht er sich — schon im Titel beider Publikationen — stark auf die Person des Reichsaußenministers Stresemann als des Handlungsträgers. Dieser bleibt jedoch als Persönlichkeit im Hintergrund und tritt nur als Inhaber einer Funktion auf.

Schot analysiert die Minderheitenfrage Ostmitteleuropas aus der Situation und der Sehweise vornehmlich der deutschen Minderheiten nach dem Ersten Weltkrieg, d.h. aus einer Situation, in der die Alliierten dieses Krieges über klare Handlungsvorstellungen lediglich in bezug auf die Wiedererrichtung eines polnischen Staates verfügten — weder über Details noch



ber eine Gesamtkonzeption der politischen Landschaft Ostmitteleuropas. Schot diskutiert breit verschiedene minderheitentheoretische Ansätze, verfällt jedoch z.T. der wirklich verlockenden Möglichkeit, Minderheitenpolitik und die politische Position von Minderheiten simplifizierend aus der Sicht der mit Sicherheit stärksten und auch am vernehmlichsten operierenden Minderheiten in Europa — nämlich der deutschen — zu schildern. So behandelt er ausführlich die — primär auf deutsche Ansätze zurückgehende — These vom Personenverbandsstaat als Ideal einer gemischtnationalen Konstitution, die jedoch in der reinen Form und Begründung, in der Schot sie herausarbeitet, auch unter den deutschen Minderheiten in den ostelbischen, an Polen abgetretenen Gebieten des Reiches keinen Niederschlag fand. Eine ausführliche Würdigung dieses hochinteressanten Ansatzes würde den Rahmen einer Rezension sprengen und tief in die Bereiche moderner Sozialgeschichte führen.

Schot übersieht völlig, daß die bürgerlich-liberale Position z.B. Schiemannscher Prägung durchaus eine Rolle im Rahmen der Minderheitenpolitik der Weimarer Republik spielte — zumindest im Bereich der publizistischen Auseinandersetzung. Nicht die Uninformiertheit der Leser, wie Schot meint, sondern die virtuose Beherrschung des Mediums Presse durch die publizistischen Vertreter oder Gegner der Minderheiten führte zu der Möglichkeit der Manipulation der öffentlichen Meinung in den 20er Jahren auf diesem Felde (und selbstverständlich auch danach).

Er übernimmt auch die Floskel von der Bedrohung des europäischen Friedens durch eine ungelöste Minderheitenfrage unkommentiert und läßt damit die interessante Frage nach der Instrumentalisierung dieses Begriffes für bestimmte politische Zielsetzungen — Grenzrevisionen u.a. — außerhalb der Betrachtung. Die Verschiedenheit minderheitlicher Konzeptionen einer europäischen Friedensordnung oder einer idealen Minderheitenpolitik und -lebenssituation findet bei ihm keine Beachtung. So bleibt die Forderung des Verbandes deutscher Volksgruppen in Europa nach Gewährung der Kulturautonomie für die in Deutschland lebenden Minderheiten auch bei Schot (möglicherweise wegen fehlender Quellen) ohne ausreichende Klärung. Den Stresemannschen Vorstoß im Völkerbund 1929 als die Antwort des Auswärtigen Amtes auf die Ablehnung der Länderregierungen im Deutschen Reich zu interpretieren, eine reformierte Schulgesetzgebung für die preußischen Ostprovinzen zu erlassen und damit den Anregungen des Verbandes und anderer Deutschtumsorganisationen zu folgen, erscheint doch recht kühn.

Insgesamt bewegt Schot eine grundsätzliche These: Er lehnt es ab, die Absicht einer Revision der Ostgrenze als einen breiten, vielleicht einen entscheidenden gesellschaftlichen und politischen Konsens Weimars zu

sehen, welcher auch für die deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa eine ganz wesentliche Bedeutung besaß. Schot lokalisiert die Grundlagen Stresemannscher Minderheitenpolitik primär und fast ausschließlich auf innenpolitischer Ebene. Er muß damit zwangsläufig den Minderheitenvorstoß Deutschlands 1929 innenpolitisch begründen — als Antwort auf und Zugeständnis an die DNVP, deren Umkreis die jungkonservative „Ringbewegung“ mit Georg Cleinow, Max Hildebert Boehm, Carl Georg Bruns und als Mentor und Finanzier Hugenberg angehörte.

Die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg der Minderheitenpolitik des Völkerbundes und des Deutschen Reichs wird damit reduziert auf die Ergebnisse einer deutschen Minderheitenpolitik, die als Teil der Reichsaußenpolitik allein innenpolitisch geprägt gewesen wäre. Der Revisionskonsens, von dem doch wohl in starkem Maße die Außenpolitik Stresemanns getragen wurde, wird damit argumentativ nicht mehr benötigt. Handlungsspielräume für die gesamte Reichsaußenpolitik Richtung Ostmitteleuropa erschließen sich für Schot aus der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Stresemann und der DNVP bzw. ihr nahestehender Organisationen.

Die aus dieser Argumentation resultierenden Organisationsschemata und einige Kurzbiographien und Organisationsbeschreibungen weisen zwar kleine Unsicherheiten und Lücken in Auswahl und Gewichtung sowie — gerade die Schemata — inhaltlicher Art auf, sind aber sonst äußerst informativ.

Kaum haltbar ist jedoch die These Schots, die auch aus der strikten Verneinung des Revisionskonsenses resultiert, daß die Subventionierung des deutschen Großgrundbesitzes in Posen nach 1920/22 primär separatistischen Kräften genützt habe, die dem Oststaat-Plan angehangen, d.h. im Sinne der Abgrenzung von Deutschland separatistischen Neigungen gefrönt hätten. Separatistische Bestrebungen sind dieser Großgrundbesitzerschaft mit Sicherheit nicht absprechbar, ebenso sicher gelten diese jedoch dem polnischen Staat und sind auch kaum für die Deutschen in anderen Teilen Polens mit ihrer jeweils spezifischen sozialen Schichtung verallgemeinerbar.

Die Abhängigkeit der Reichspolitik von den „halbprivaten“ Verbänden wie dem Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, durch die Stresemann und auch seine Nachfolger bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung zu immer neuen Schritten im Rahmen der Minderheitenpolitik aus innenpolitischer Rücksichtnahme und Kalkül gezwungen gewesen seien, kann in dieser Ausschließlichkeit auch von Schot aus der Parteiengeschichte der Weimarer Republik kaum belegt werden. Dieser innenpolitische Aspekt der Außenpolitik des Reiches ist

von Schot fälschlicherweise nahezu völlig übersehen worden. Eine Relativierung und Gewichtung desselben mit außenpolitischen Bestrebungen wäre jedoch zukünftig vonnöten.

Sabine Bamberger, Lüneburg

**Jerzy Tomaszewski, Rzeczpospolita wielu narodów (Die Republik der vielen Völker). Warszawa: Czytelnik 1985, 286 S.**

Daß Bücher ihre Geschichte und ihre Schicksale haben, ist schon fast ein Gemeinplatz; wenn sie aber Geschichte *machen* oder jedenfalls geschichtliche Entwicklungen mit vorbereiten und beeinflussen, bedarf dies schon eher der Hervorhebung. Tomaszewskis Buch, unter den Bedingungen des Kriegsrechts erschienen, beweist einmal mehr, daß es in Polen nicht einer jäh politischen „Wende“ bedurfte, ehe eine größere Zahl von Staatsbürgern von der Möglichkeit freien Denkens Gebrauch machte. Gegenüber „liebgewordenen“ Mythen und Stereotypen des polnischen Geschichtsbewußtseins ist das Buch erklärtermaßen aufklärerisch-kritisch, wodurch implizit auch die unheilige Allianz zwischen Nationalismus und Kommunismus getroffen wird. So konnte durch eine Art von „Vergangenheitsbewältigung“ zur Grundlegung der nachkommunistischen Republik Polen beigetragen werden, die zwar kein Minderheitenproblem mehr hat, das sich mit dem der Vorkriegszeit auch nur annähernd vergleichen ließe, deren demokratischer Kultur es aber nur guttun kann, wenn sie sich auch durch selbstkritische historische Reflexion für die Lösung neuartiger Minderheitenfragen (einschließlich ihrer außenpolitischen Konsequenzen) wappnet.

Tomaszewski, Professor am Historischen Institut der Universität Warschau, ist durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert, insbesondere auch in der Zeit zwischen den Weltkriegen, hervorgetreten. Den engsten thematischen Zusammenhang mit dem hier zu rezensierenden Buch weist die gemeinsam mit Zbigniew Landau verfaßte, 1977 erschienene Studie „Druga Rzeczpospolita. Gospodarka, społeczeństwo, miejsce w świecie“ (Die Zweite Republik. Wirtschaft, Gesellschaft, Stellung in der Welt) auf. Dem Interesse am Nationalitätenproblem im Vorkriegspolen, vor allem auch an der Geschichte des Judentums, ist der Autor, wie es scheint, zunächst eher außerhalb seiner akademischen Verpflichtungen gefolgt.

„Rzeczpospolita wielu narodów“ geht auf eine Artikelserie zurück, die 1981 in der (in jiddischer und polnischer Sprache erscheinenden) Zeitschrift „Folks-Sztyme“ zu lesen war. Das Buch ist im April 1983 in Satz gegangen, aber erst im September 1985 gedruckt worden. Im selben Jahr hat Tomaszewski in Warschau eine weitere Schrift unter dem Titel „Ojczyzna nie tylko Polaków. Mniejszości narodowe w Polsce w latach 1918–1939“ (Ein Vaterland nicht nur der Polen. Nationale Minderheiten in Polen in den Jahren 1918–1939) herausgebracht. Beide Bücher hatten die relativ hohe Erstauflage von 30 000 Exemplaren, die aber wohl vornehmlich für schon „aufnahmebereite“ Leser und Multiplikatoren bestimmt war. Anlage und Anliegen beider Veröffentlichungen sind ähnlich, doch wendet sich „Ojczyzna nie tylko Polaków“ vor allem an junge Leser und ist infolgedessen noch ein wenig populärer gehalten als seine publizistische Schwester. Es enthält keine Anmerkungen, dafür eine Auswahlbibliographie, ein kommentiertes Namensregister sowie 52 Abbildungen.

„Rzeczpospolita wielu narodów“ nimmt unausgesprochen Bezug auf einen älteren, in Polen sehr bekannten Titel: „Rzeczpospolita obojga narodów“ (Die Republik der beiden Völker) von Paweł Jasionica, 1986 in 4. Auflage in Warschau erschienen. Die geringfügig veränderte Formulierung bringt den geschichtlichen Wandel prägnant zum Ausdruck. Die Republik der *beiden* Völker, oder hier wohl besser: Nationen, war die Union des Königreichs Polen („Korona“) und des Großfürstentums Litauen vor den Teilungen. Der Nationsbegriff ist hier, so könnte man paradox sagen, noch vernational, jedenfalls anders zu verstehen als im Zeitalter des Nationalstaats und des Nationalismus. Die beiden Nationen sind die beiden Reichshälften; diese werden zwar von jeweils dominierenden Völkern (Polen, Litauern) geprägt, doch gibt es neben und unter diesen schon die ganze Vielfalt von Völkerschaften, mit denen wir es noch in diesem Jahrhundert zu tun haben: Ukrainer, Weißrussen, Juden, Deutsche und etliche kleinere Gruppen. Die bekannte Formel „natione Polonus, gente Ruthenus“ bezeichnet zutreffend den gravierenden Unterschied des Nationsbegriffs in der Ersten und in der Zweiten Republik: War dort zwar ein Bewußtsein ethnischer Besonderheit vorhanden (gens), so meinte „natio“ doch nicht nur Reichszugehörigkeit, sondern vor allem Zugehörigkeit zum Adelsstand und seiner kulturellen Prägung. Ganz anders die Situation nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit: Staatsnation und Volkstum sollten nach dem Willen der Mehrheit (der Polen) möglichst übereinstimmen, während die einstigen „gentes“ nicht nur für sich reklamierten, ebenfalls Nationen (narody) oder zumindest Nationalitäten (narodowości) zu sein, sondern vielfach auch nur widerstrebend die pol-

nische Staatsbürgerschaft annahmen oder diese sogar heftig zurückwiesen.

Die geschichtliche Entwicklung des Minderheitenproblems in Ostmitteleuropa skizziert Tomaszewski in einem Eingangskapitel („Narody Europy Środkowej“), wobei er bezeichnenderweise nur von „Mitteleuropa“ spricht, das für ihn östlich der Elbe beginnt (S. 13 u. 21). Den Hauptteil beginnt er mit Erwägungen über „Statistik und Politik“; sein besonderes Anliegen ist es, die Unterschätzung des ukrainischen und des weißrussischen Elements in den östlichen „Grenzmarken“ (kresy) zu korrigieren. Die eigenen, hier allerdings nicht näher belegten Schätzungen des Autors liegen im Fall dieser beiden Nationalitäten, wie auch in dem der Juden, deutlich über den Ergebnissen der amtlichen Statistik. Demnach gab es 1931 bei einer Gesamtbevölkerung von 32 Mio. Einwohnern nicht 22, sondern nur etwa 20,6 Mio. Polen (im ethnischen Sinn), aber mehr als 5 (nicht nur 4,4) Mio. Ukrainer, über 3 (nicht nur 2,7) Mio. Juden und 2 Mio. Weißrussen, nicht nur eine Million. Die Angaben für die deutsche Bevölkerung setzt Tomaszewski nur maßvoll um 40 000 auf 780 000 herauf, bleibt damit also weit unter deutschen Schätzungen, was vor allem auf eine unterschiedliche Wertung von Personen „schwebenden“ Volkstums, besonders in Oberschlesien, zurückgehen dürfte. Die Daten für die kleineren Minderheitsgruppen — Russen (139 000), Litauer (83 000), Tschechen (38 000), „andere“ (11 000) — will der Verfasser nicht in Zweifel ziehen, oder es stehen ihm keine Quellen für eigene Berechnungen zur Verfügung. Die weitgehende Identifikation der Kategorien „Nationalität“ und „Muttersprache“ ist nicht gegen Einwände gefeit;<sup>1</sup> auch ist das verbreitete Phänomen fehlenden, entstehenden oder unentschiedenen Nationalbewußtseins, das Tomaszewski durchaus sieht und analysiert, kaum in einer tabellarischen Übersicht transparent zu machen.

Je zwei Kapitel sind den Polen, den Ukrainern, den Weißrussen, den Deutschen und den kleineren, „vergessenen“ und „kaum bekannten“ Minderheiten gewidmet, sechs den Juden. Unter der Überschrift „Die Polen — das wiedergeborene Volk“ wird versucht, Verständnis für die schwierige Lage der Mehrheitsnation nach Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit zu wecken. Infolge der Zersplitterung während der Teilungszeit und der sozialökonomischen Rückständigkeit des größten Teils der Bevölkerung erwies sich die Entwicklung eines einheitlichen

---

<sup>1</sup> Maria Turlejska, O mniejszościach narodowych inaczej (Über die nationalen Minderheiten einmal anders), in: Przegląd Powszechny 10 (782) (1986), S. 102-117, hier S. 112 ff.

Nationalbewußtseins auch für das Staatsvolk als Problem; zunächst überwiegend regionalistisches Selbstverständnis. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung wird man die Strukturprobleme, vor die sich Polen auf wirtschaftlichem Gebiet gestellt sah — die Integration bislang getrennter, unterschiedlich entwickelter Landesteile, den Verlust traditioneller Märkte, die Schaffung eines neuen Wirtschaftsraumes —, hierzulande in Zukunft vielleicht mit größerem Einfühlungsvermögen betrachten und bewerten. Der Verfasser verschweigt nicht, daß der Ausgleich auf einem Niveau erfolgte, das unter dem der am weitesten fortgeschrittenen Landesteile lag, und daß diese „einen hohen ökonomischen Preis für die nationale Befreiung zahlten“ (S. 45).

Aufschlußreich sind seine Bemerkungen zur politischen Physiognomie der Teilgebiete: Der rechte Flügel der Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe <PSL> „Piast“) operierte zunächst vor allem in Kleinpolen, der linke (PSL „Wyzwolenie“) in Kongreßpolen; Oberschlesien war eine Hochburg der Christdemokraten (Korfanty!), in Großpolen und Pommern gaben die Nationaldemokraten den Ton an. Galizien brachte — dank der „Wiener Schule“ — Polens bedeutendste Parlamentarier hervor, das preußische Teilgebiet Aktivisten der „organischen Arbeit“, vor allem auf lokaler Ebene; die russische Herrschaft erzog so unterschiedliche Charaktere wie Dmowski, Piłsudski und die stets illegal kämpfenden Kommunisten zur Konspiration. Die Überzeugung vieler Polen von der Überlegenheit der eigenen Kultur sei — gegenüber ihrer Geringschätzung durch die Teilungsmächte — „auch eine Form der Selbstverteidigung gewesen“. Auf diesem Boden habe sich jedoch der Nationalismus ausbreiten können, „der die Verletzung der Rechte der nationalen Minderheiten bedeutete, den Versuch, einigen von ihnen die polnische Sprache und Kultur aufzuzwingen“ (S. 51).

Das zweite den Polen gewidmete Kapitel zeigt diese selbst als Minderheit in den meisten Nachbarländern; dabei vermag die Begründung, daß deren Anwesenheit „vor allem auf die komplizierte Geschichte des polnischen Volkes vor 1918“ zurückging, mehr zu überzeugen als der Hinweis auf die „ungünstig gezogenen Grenzen des polnischen Staates“ (S. 53). Die größte Gruppe des europäischen Auslandspolentums stellte demnach die polnischsprachige Bevölkerung in Deutschland dar, ungeachtet der Tatsache, daß hier die amtlichen Angaben (803 000 im Jahre 1925) von polnischen Schätzungen (1,5 Mio.) ebensoweit differieren wie umgekehrt im Falle der deutschen Minderheit in Polen. Erst an zweiter Stelle folgten die Polen in der Sowjetunion, nach den Ergebnissen der Volkszählungen 1926 788 000 und 1939 630 000 Menschen. Eine beträchtliche polnische Bevölkerung blieb trotz der Annexion des Wilna-Gebiets in Litauen zurück,

66 000 nach offiziellen Angaben von 1923, „ungefähr 200 000“ nach Auffassung des Autors. Etwa 60 000 Polen, ebenfalls mehrheitlich der besitzenden Schicht angehörend und nicht ganz zu Unrecht der Irredenta verdächtig, lebten in Lettland (S. 57). Um die 100 000 Polen wurden, vor allem infolge der Teilung des Teschener Schlesiens, Bürger der Tschechoslowakei. Eine kleinere Gruppe polnischer Kolonisten befand sich in Rumänien (Bukowina).

Als „unterworfenen Volk“ und als „Volk am Scheideweg“ werden die Ukrainer vorgestellt. Tomaszewski erinnert zunächst an die bewegte Geschichte des Raumes, die Kosakenaufstände, die Unterwerfung der Kosaken unter den Zaren (1654), die Teilung ihres Siedlungsgebiets zwischen Polen und Rußland, die komplizierte Überlagerung ethnischer und sozialer Antagonismen im Zusammenleben von Polen, Kosaken (Ukrainern) und Juden. Als Polen selbst geteilt war, begann ukrainisches Nationalbewußtsein aufzukeimen, das die Selbstherrschaft rücksichtslos niederzuhalten versuchte, im allgemeinen nur das Ventil antisemitischer Emotion und Aktion als „legitime“ Äußerungsform offenlassend. Wesentlich günstiger war — wie auch für die Polen — die Situation unter der Habsburger Monarchie, doch strebte das hier selbst eine gesellschaftliche und politische Elite darstellende Polentum danach, die von Österreich eingeräumte Autonomie zur Diskriminierung seiner (ost-)slawischen Brüder zu nutzen. Ukrainischer Polenhaß, der fatale Folgen haben sollte, hat hier seine Wurzeln. Das unabhängige Polen tat wenig, um an diesem unheil drohenden Feindbild etwas zu ändern. Mag man den Kommunismus beurteilen wie man will — ihre staatliche Existenz als solche verdankt die Ukraine der Sowjetmacht, und so ist es vielleicht auch nicht allzu verwunderlich, daß der erste Präsident der heute unabhängigen Republik vor kurzem noch ein für Ideologie zuständiger KP-Sekretär war. Demgegenüber ist festzustellen, daß vom Polen des Marschalls eine neue Teilung der Ukraine ausging; den Vorzug, dadurch zum „Westen“ zu gelangen und von Bolschewisierung, Russifizierung und Kollektivierung verschont zu bleiben, hat offenbar nur ein geringer Teil der Ukrainer polnischer Staatsangehörigkeit zu schätzen gewußt. Tomaszewski, dessen Darstellung entschieden „antinationaldemokratisch“ ist, läßt auch von Piłsudskis angeblich jagiellonisch-föderalem Konzept nichts übrig. Zustimmend zitiert er Józef Lewandowski: „Obwohl Piłsudski für ein föderatives Programm eintrat, engagierte er sich dafür nie ohne Vorbehalt. Viele Dokumente belegen, daß der Föderalismus für ihn nicht wichtig war wegen des darin enthaltenen Postulats der Selbstbestimmung der Völker, sondern einzig als günstige Losung im Krieg um die Ostgebiete.“ (S. 110 f.)

Zur polnischen Minderheitenpolitik (vor und nach 1926) sagt der Autor: „Ein polnischer Historiker, der die Geschichte des Kampfes um Bildung in der Muttersprache kennt, der in allen Teilungsgebieten geführt wurde, kann nur mit Scham die Dokumente über die Lage des ukrainischen Schulwesens in der Republik Polen studieren, die — nach den Träumen vieler ihrer Gründer — ein Staat der Gerechtigkeit für alle Bürger hatte werden sollen.“ (S. 95) Die politische Haltung, die auch bei Gutwilligen aus ungewollter Einverleibung in den polnischen Staat und fortwährender Diskriminierung durch dessen Organe erwuchs, wird durch einen bemerkenswerten Vergleich erhellt: 1886 habe Bismarck im preußischen Landtag die polnischen Abgeordneten als loyale Untertanen auf Widerruf bezeichnet, deren Loyalität innerhalb von 24 Stunden aufgekündigt werden könne. Auf den Protest von den polnischen Bänken habe der Kanzler „offenbar treffsicher“ geantwortet, falls ihm einer der Herren widersprechen wolle, so bitte er um dessen Ehrenwort, daß er sich nicht den polnischen Reihen anschließen werde, sobald erst der Kampf um die Unabhängigkeit Polens begonnen habe. Hierauf habe keiner der polnischen Abgeordneten etwas zu entgegnen gewußt (S. 81). Tomaszewski meint, eine ähnliche Szene könne er sich im Sejm der Zweiten Republik zwischen dem Ministerpräsidenten und den ukrainischen Abgeordneten vorstellen, bezweifelt allerdings den Wert des Ehrenworts im 20. Jahrhundert. — Wird nicht auch das viel diskutierte Problem der Loyalität der meisten *deutschen* Bürger der Republik Polen und ihrer politischen Repräsentanten mit dieser Analogie recht gut erfaßt?

Aus der Tatsache, daß die Mehrzahl der Ukrainer in Polen nicht der terroristischen „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) folgte, sondern der kompromißbereiten, nationalkonservativen „Ukrainischen Nationaldemokratischen Vereinigung“ (UNDO), die es zu beträchtlichen Erfolgen auf dem Gebiet der „organischen Arbeit“ brachte, vermochte die polnische Innenpolitik keinen Nutzen zu ziehen (vgl. bes. S. 99 ff.). Recht eingehende Ausführungen sind der kommunistischen Bewegung, vornehmlich in der Westukraine (= Ostgalizien!) und in den von Weißrussen bewohnten Woiwodschaften, gewidmet. Dies dürfte sich weniger aus der seinerzeit wohl noch gegebenen Notwendigkeit erklären, diese politische Richtung ausreichend zu berücksichtigen, als vielmehr daraus, daß es sich hierbei im Hinblick auf die „konnationalen“ Sowjetrepubliken jenseits der Grenze tatsächlich um einen relevanten Faktor handelte. Anerkennung verdient das Bemühen des Autors, die Linke nicht dem Verdikt des völligen Anachronismus und damit einer Tabuisierung anderer Art auszusetzen, sondern sie gerade wegen ihrer Haltung zur „nationalen Frage“ als diskussionswürdig darzustellen. Vorsichtig scheint sich dabei eine Diffe-



renzierung zwischen dem sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Zweig der Arbeiterbewegung (unter den polnischen Parteien hatte die PPS wohl die respektabelste Position in der Minderheitenfrage) und dem kommunistischen anzudeuten, dessen Liquidation gerade die Sowjetunion Stalins in zynischer Zusammenarbeit mit dem „faschistischen“ Regime des Marschalls und der Obristen betrieb. Den Nachweis des tragischen Schicksals gerade auch der kommunistischen (und nichtkommunistischen) Aktivisten Westweißrusslands und der Westukraine kann Tomaszewski führen, indem er Rehabilitierungsartikel zitiert, die in den 60er Jahren im KPdSU-Organ „Kommunist“ veröffentlicht wurden (S. 83 u. 124 f.). Was die antisemitische („antizionistische“) Kampagne betrifft, die im selben Jahrzehnt in Polen entfacht wurde, so stand Anfang der 80er Jahre noch keine offizielle Distanzierung zur Verfügung, so daß der Verfasser sich hier mit Andeutungen und dem Hinweis auf sich wiederholende Argumentationsmuster begnügen mußte (S. 161 f.).<sup>2</sup>

Die Weißrussen wurden vom polnischen Nationalbewußtsein weithin nicht als Volk anerkannt (*naród nie uznawany*); ihre Sprache galt als Bauerndialekt einer bestimmten Region. In der Tat gelangte das unter polnischen, litauischen und russischen Einflüssen geformte ostslawische Volk, das einer eigenen Führungsschicht weitgehend entbehrte, erst an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einem klareren Bewußtsein seiner selbst, das dann in den Revolutionen am Ende des Ersten Weltkriegs auch zur Tat drängte. 1918 erschien die erste Grammatik der weißrussischen Sprache, verfaßt von dem damals 26jährigen Bronisław (Branisław) Taraszkiewicz, dem bedeutendsten Gelehrten, Schriftsteller und Politiker dieses Volkes im 20. Jahrhundert; der polnische Sejm, polnische Gefängnisse, Exil in der Sowjetunion, dort Anklage und Hinrichtung 1938 waren Stationen seines auf traurige Weise „jahrhunderttypischen“ Lebens (S. 108 u. 124 f.).

Die junge weißrussische Politik suchte, soweit sie nicht von der Sowjetmacht eine Überwindung des Nationalismus erwartete, zunächst bei Deutschland, dann bei Polen Unterstützung für ihren Versuch, sich von der russischen Bevormundung zu befreien. Groß waren deshalb auch die auf Piłsudski gesetzten Hoffnungen, und es scheint, daß von allen Minderheiten die Weißrussen am ehesten bereit gewesen wären, sich mit einer Autonomie innerhalb der *Rzeczpospolita* zufrieden zu geben. In Warschau erkannte man aber wohl nicht einmal die sich bietende Chance, und

---

<sup>2</sup> Vgl. die eindeutigen Zensurvermerke in der Rezension von Turlejska, *O mniejszościach* (wie Anm. 1), bes. S. 104.

schon während des polnisch-sowjetischen Krieges wurden die Illusionen gründlich zerstört. So wurde aus den eben erst „erwachten“ Weißrussen ein „Volk der Radikalen“, das zwischen den Weltkriegen bemerkenswerterweise von jenen beiden Hauptforderungen erfüllt war, die die russischen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts vergeblich in die breite Bevölkerung hineinzutragen versucht hatten: Land und Freiheit. Als autochthone politische Bewegung, die die nationale und soziale Befreiung auf ihre Fahnen schrieb, entstand 1925 die „Hromada“, die schnell an Einfluß gewann. Obwohl die Vereinigung sich zu legalen Kampfmitteln bekannte, reagierte die aufgeschreckte polnische Politik schon 1927 mit ihrem Verbot, 1928 mit dem Prozeß gegen ihre Führer. Was blieb, war der Versuch der Pazifizierung und Polonisierung der nordöstlichen Woiwodschaften mit Hilfe spezieller Grenzschutzeinheiten (Korpus Ochrony Pogranicza), der katholischen Kirche und der polnischen Schule. Erstaunlich angesichts dessen, daß die weißrussische Gesellschaft im allgemeinen weder im nationalistischen noch im antisemitischen Exzeß verzweifelte Remedur suchte (S. 126 u. 130).

Auf die Minderheitsgruppe, der Tomaszewski den meisten Raum widmet, die Juden (S. 135-207), soll hier nur vergleichsweise kurz eingegangen werden. Die polnischen Juden waren — im Unterschied zur Mehrzahl der deutschen — durch Sprache, Kultur und Alltagsleben eindeutig als Nationalität, nicht nur als Religionsgemeinschaft erkennbar. Jedoch wichen sie von den anderen großen Ethnien in Polen wiederum dadurch ab, daß sie keinen konnationalen Bezugspunkt jenseits der Grenze hatten. Als Volk in der Diaspora, in der Zerstreuung (*naród rozproszony*) waren die Juden nach Polen gekommen, das allerdings schon vor langer Zeit (die Bewahrung des Mittelhochdeutschen im Jiddischen ist noch an den Parteinamen des 20. Jahrhunderts abzulesen). Der Autor, dessen Begabung zum Selbstspott und zur Selbstironie auch eine polnische Rezensentin anerkennend hervorhebt,<sup>3</sup> erwähnt einfühend, daß die Aufnahme der Legende von dem Juden Abraham Prochownik, der Piast zum polnischen Herzog vorgeschlagen haben soll, in ein Schulbuch 1938 zu einer parlamentarischen Anfrage führte, des Inhalts, ob dadurch in den jüdischen Kindern die Überzeugung genährt werden solle, daß die Juden schon seit den Anfängen der Geschichte Polens entscheidenden Einfluß auf die Berufung der höchsten Staatsorgane genommen hätten (S. 135).

Zerstreut waren die Juden in Polen auch im Hinblick auf ihre soziale Lage, ihre Prägung durch die verschiedenen Teilungsmächte, ihre politi-

---

<sup>3</sup> Turlejska, *O mniejszościach* (wie Anm. 1), S. 112.

schen Orientierungen, ihr Verhältnis zu Tradition und Aufklärung in religiösen Dingen, den Grad ihrer Akkulturation an das polnische Umfeld und nicht zuletzt ihre Verbreitung im ganzen Staatsgebiet, „wenn auch im geringsten Maße in dessen westlichem Teil. Auf diese Weise konnte sie (die jüdische Bevölkerung bzw. Minderheit, v. E.) nie zu einer politischen Bedrohung werden, vielmehr war sie interessiert an der Gestaltung eines Systems gleicher Rechte für alle Staatsbürger“ (S. 150). Die jahrhundertlange Symbiose mit der polnischen Kultur hatte viele Juden sogar zu Polen aus Überzeugung und Leidenschaft (wörtlich: Polak-amator) werden lassen (S. 141).

Obwohl es auch jüdische Bauern gab, waren sie doch ein vornehmlich städtisches Volk (*naród miejski*). 1931 stellten sie 27,2% der Bevölkerung in den Städten der Republik Polen, 26,4% in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern, 28,8% in den kleineren Städten. Allein in der Hauptstadt waren 30% der Einwohner Juden, fast 50% in den Städten der Woiwodschaften Polesien und Wolhynien, hingegen nur 0,8% in Posen, 0,9% in Pommerellen, 3,9% in Schlesien. Handel und Handwerk bescheidenster Art ernährten die meisten mehr schlecht als recht (vgl. Tabelle S. 154), während sich nur bei 14 von 92 Personen, die als Finanzoligarchie der Zweiten Republik anzusehen sind, jüdische Herkunft vermuten läßt (S. 158). Keineswegs nur um eines gerechten *historischen* Urteils willen betont der Verfasser: „Alle (...) Konzeptionen nationalistischer Kreise, die in der These gipfelten, daß eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes möglich sei nach seiner Befreiung von ‚fremden Elementen‘, waren eine Absurdität. Das wirkliche Problem war der Mangel an Arbeitsplätzen, hervorgerufen durch die Schwäche der Kapitale und die Not des Dorfes, und diese Faktoren hatten nichts zu tun mit der nationalen Struktur der Bevölkerung der Republik Polen.“ (S. 166)

Unter den Überschriften „Die Juden — das konservative Volk — das Volk der Revolutionäre — das Volk auf der Suche nach (s)einem Vaterland“ (*naród konserwatywny, naród rewolucjonistów, naród poszukający ojczyzny*) werden die drei ideologisch-politischen Hauptrichtungen des polnischen Judentums vorgestellt: die orthodoxe, politisch indifferente und insofern staatsreue „Agudas Jisroel“ (Bund Israels), die laizistisch-sozialistische Arbeiterbewegung, insbesondere in Gestalt des „Bund“ (Algemajner Jidiszer Arbeter Bund), und die zionistischen Kräfte, ihrerseits wieder in verschiedene Parteien und Gruppen zersplittert. Tomaszewski warnt davor, angesichts der grausamen Auslöschung der alten jüdischen Welt während des Zweiten Weltkriegs die Wirklichkeit des „Shtetl“ romantisch zu verklären, und kritisiert den Versuch der Orthodoxen, „das gewohnte jüdische Ghetto zu verewigen, die polnischen

Juden vom zeitgenössischen politischen Bewußtsein abzuschneiden“ (S. 175). Seine Sympathie liegt auch in diesem Fall eher bei den Parteien der Linken, die er gegen das in Polen gängige Stereotyp der „Judenkommune“ (żydokomuna) verteidigt.

Was die Zionisten betrifft, so weist er zwar, gestützt auf Nahum Goldman, auf die Beispiellosgkeit der Absicht hin, nach 2000 Jahren wieder in das ursprüngliche Siedlungsgebiet zurückzukehren (S. 191), bemüht sich aber, die Entstehung eines jüdischen Nationalismus als Reaktion auf die Erfahrung ständiger Verfolgung und Heimatlosigkeit einerseits, als zeitzytische Erscheinung andererseits verständlich zu machen und Gruppierungen, denen er Utopismus und die Bereitschaft zu neuem Unrecht (an den palästinensischen Arabern) vorwirft, von solchen zu unterscheiden, die an der realen Lage der jüdischen Bevölkerung in Polen interessiert blieben. In diesem Zusammenhang erwähnt der Autor die Gruppe „Al Hamiszmaz“ (Auf Wacht), die die Förderung der Auswanderung nach Palästina mit dem Engagement in der polnischen Politik verband und deren Führer Izaak Grünbaum zu den Initiatoren des „Blocks der nationalen Minderheiten“ bei den Parlamentswahlen der 20er Jahre zählte (S. 193 f.); dies ist offenbar die einzige Stelle des Buches, an der die Zusammenarbeit der Minderheiten untereinander thematisiert wird (wenn man von der Kollaboration während des Krieges absieht, die auf ganz anderen Voraussetzungen fußt).

Das letzte den Juden gewidmete Kapitel spricht von den polnischen Juden in Deutschland; Mitte der 30er Jahre besaßen von etwa 500 000 Einwohnern mosaischen Bekenntnisses im Reich 56 000–70 000 Personen die polnische Staatsbürgerschaft. Neben der durch diplomatische Rücksichten kaum gehemmten Verfolgung dieser Bevölkerungsgruppe behandelt Tomaszewski die dem deutschen Geschichtsbewußtsein als unmittelbare Vorgeschichte der „Reichskristallnacht“ immer noch viel zu wenig bekannte Abschiebung von Tausenden dieser Menschen in den letzten Oktobertagen 1938. Was die Zeit der Weimarer Republik betrifft, so wäre jetzt die große Arbeit von Trude Maurer<sup>4</sup> heranzuziehen.

Es ist wohl keine Unterstellung, wenn man vermutet, daß dem Verfasser eine gerechte Würdigung der Deutschen schwerer gefallen ist als die jeder anderen Minderheit, von der er berichtet.<sup>5</sup> Dies liegt weniger an der durch

<sup>4</sup> Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*. Hamburg 1986 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden. 12.).

<sup>5</sup> Diese Auffassung bestätigt auch Tomaszewskis Beitrag: *Deutsche in Polen*, in: *Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe*, hrsg. v. Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty u. Rüdiger Stephan. München/Zürich 1992, S. 500–508.

die Erfahrung der Okkupation bestimmten Perspektive und der, vorsichtig gesagt, fragwürdigen Haltung der Polendeutschen in den 30er Jahren und während des Krieges als vielmehr daran, daß sie die einzige Minderheit waren, die als Überbleibsel und Expositur einer Teilungsmacht angesehen wurde: Soweit Österreicher nach 1918 in Polen blieben, wurden sie entweder den Deutschen zugeschlagen oder aber als vergleichsweise angenehmste „zaborcy“ (Annexionisten) erinnert, die keine bedrohliche Absicht mit dem in die Ferne gerückten Donaustaat verband; die russischen Einwohner und Emigranten hingegen träumten vom Fall der Sowjetmacht und mischten sich nicht in polnische Belange ein (vgl. S. 241 ff.). Treffend charakterisiert Tomaszewski daher die Deutschen zunächst als „enthronetes Volk“ (naród zdetronizowany) und schreibt: „Das Jahr 1919 bedeutete einen wahren Umsturz im Leben der deutschen Bevölkerung, die die Länder des ehemaligen preußischen Teilungsgebiets bewohnte. Der Anschluß (włączenie) Großpolens und Pommerellens an die wiedergeborene Republik Polen kraft des Versailler Vertrags führte dazu, daß die Deutschen — bis dahin das herrschende Volk (naród panujący) — zu einer Minderheit wurden, und zwar zu einer sogar im Maßstab des ganzen Landes nicht allzu zahlreichen.“ (S. 208)

Der Rezensent ertappt sich bei dem Reflex (der es wohl wert wäre, methodologisch befragt zu werden), daß er die preußisch-deutsche Polenpolitik zwar ebenfalls kritisch sieht, aber vom Verfasser differenziertere und konkretere Ausführungen hierzu erwartet hätte. Ist „Herrenvolk“ (naród panów; S. 208 in Anführungsstrichen, S. 263 auch deutsch) wirklich dasselbe wie „herrschendes Volk“ (s.o.), und kann man die — zweifellos weithin chauvinistische — Haltung der Deutschen vor 1918 in dieser Weise gleichsetzen mit der, die sie zwischen 1939 und 1945 einnahmen? Tomaszewski bemüht sich erkennbar, die deutsche Minderheit im Zwischenkriegspolen als heterogen in regionaler, sozialer und politischer Hinsicht darzustellen; daß die Deutschen insgesamt ein Volk von Nationalisten (gewesen) seien, zieht er entschieden in Zweifel (Niemcy — naród nacjonalistów?). Dennoch will es so scheinen, als ähnele sein methodisches Herangehen an das „deutsche Problem“ ein wenig der Anekdote, die er von den Juden erzählt (S. 167, nach Horacy Safrin): „Fragt einen Gutsherrn nach den Juden, und er antwortet: ‚Das ist das schlimmste Volk in der Welt! Die reinen Betrüger!‘ Fragt ihn aber nach einem konkreten Dawid oder Szmul (, so lautet die Antwort): ‚Das ist eine wahre Perle, eine Ausnahmeerscheinung, ein Mensch von makelloser Ehrlichkeit!‘ Auf dieselbe Frage antwortet ein Jude anders: ‚Die Juden? Das ist das auserwählte Volk, das Volk der Propheten und Weisen! Dawid? Das ist ein Spitzbube

und Dieb! Szmul? Soll' ihn die Hölle verschlucken (Hol' ihn der Teufel)!"

Trifft das Bild relativ friedlichen deutsch-polnischen Zusammenlebens in Oberschlesien, scharfer nationaler Gegensätze in Posen und Pommerellen (zu preußischer Zeit) zu? Führte nicht gerade die Existenz einer breiten Schicht schwankender nationaler Orientierung zu heftigen Auseinandersetzungen? Ist nicht nach 1918 eine von Süden nach Norden abnehmende Intensität und Aggressivität der Kämpfe festzustellen? Kann es überzeugen, wenn der polnische Nationalismus nur in bezug auf die Deutschen als defensiv bezeichnet wird (S. 210)? Wieviel erklärt die — keineswegs nur von diesem Autor verwendete — Dichotomie zwischen defensivem und offensivem (aggressivem) Nationalismus, die eine Einteilung in „gut (gerecht)“ und „böse“ suggeriert? Es wäre wohl besser, der — in diesem Fall klareren — Umgangssprache zu folgen und zwischen Nationalbewegungen als legitimen *Freiheitsbewegungen* und Nationalismus als *Hybris per definitionem* zu unterscheiden,<sup>6</sup> denn der Anspruch auf *Gleichheit* wird durch die Behauptung der *Überlegenheit* diskreditiert. Aller Ehren ist es wert, wenn der Verfasser dazu auffordert, deutschen Nationalismus (man könnte wohl sagen: Nationalkonservatismus) und Hitlerismus (Nationalsozialismus) nicht für ein und dasselbe zu halten, wenn er die (wenigen) deutschen Antifaschisten, aber auch die „Stillen im Lande“ würdigt und abschließend urteilt, es habe gewiß mehr als „zehn Gerechte“ unter den Deutschen in Polen gegeben (S. 236). Aber die Geschichtswissenschaft (hier wie dort) wird seiner Darstellung, die auf dem bis dahin erreichten Forschungsstand fußt, vor allem auch die Aufgabe weiterer Detailstudien zu entnehmen haben, mögen diese nun als Beitrag zur „Alltagsgeschichte“ bezeichnet werden oder eine andere Flagge zeigen.

Der gemeinsame Nenner, besser: der Grundton dieses Buches ist die Trauer um den Verlust der kulturellen Vielfalt, die die Anwesenheit so vieler und so verschiedenartiger Minoritäten für das Polen der Vorkriegszeit bedeutete. Der deutsche Leser kann sich in manchen Auffassungen bestätigt sehen, muß sich aber vergegenwärtigen, daß nicht das Versagen der polnischen Politik und Gesellschaft den Untergang dieser Welt herbeigeführt hat, sondern die von Deutschland entfesselte Furie des Krieges und des Völkermords (vgl. den Abschnitt „Holocaust“ des Epilogs „Nach

<sup>6</sup> Vgl. jetzt Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland, 1770–1990*. München 1993, bes. S. 18 f.

dem tragischen September“). Der Feststellung, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst keine Grundlage mehr für den erneuten Versuch eines Zusammenlebens von Deutschen und Polen innerhalb eines Landes gab (S. 268), kann kaum widersprochen werden.

Horst-Dieter von Enzberg, Lüneburg

**Die Autoren der Abhandlungen**

**Stud.-Prof. Dr. Peter Böhning, Bündler Str. 21, 33613 Bielefeld.**

Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik in Freiburg, Göttingen und Bochum, wiss. Assistent in Göttingen und Bochum, seit 1971 Studienprofessor der Universität Bielefeld, 1985–1988 Mitarbeit an den deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker, 1989 Gastprofessur an der University of Wisconsin. Ausgewählte Veröffentlichungen: Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871. Ein Beitrag zum Integrationsprozeß der polnischen Nation. Marburg 1973; Agrarische Organisation und nationale Mobilisierung in Westpreußen, in: Modernisierung und nationale Gesellschaft im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert, hrsg. v. W. Conze, G. Schramm und K. Zernack. Berlin 1979; Revolutionen (zus. mit Helga Jung-Paarmann). 2. Aufl., Paderborn 1992. Publikationen zur Didaktik der Geschichte/Materialien zum Geschichtsunterricht; Publikationen im Rahmen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen; Mitautor von Schulbüchern.

**Prof. Dr. Jerzy Holzer, Uniwersytet Warszawski, Krakowskie Przedmieście, PL-00-325 Warszawa.**

Professor für Zeitgeschichte am Historischen Institut der Universität Warschau und Leiter der Abteilung für Deutschlandsforschung, Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Ausgewählte Veröffentlichungen: Parteien und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928–1930. Wiesbaden 1975; Solidarität. Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen. München 1985, sowie zahlreiche Bücher in polnischer Sprache.

**Prof. Dr. Wolfgang Jacobmeyer, Institut für Didaktik der Geschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Pferdegasse 1, 48143 Münster/Westf.**

Arbeitsgebiete: Zeitgeschichte unter Betonung der deutsch-polnischen Beziehungen. Ausgewählte Veröffentlichungen: Heimat und Exil. Die Anfänge der polnischen Untergrundbewegung im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1973; Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, eingel. u. hrsg. zus. mit Werner Präg. Stuttgart 1975; Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation. Braunschweig 1979; Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985. Daneben



**Die Autoren der Abhandlungen**

**Stud.-Prof. Dr. Peter Böhning, Bündler Str. 21, 33613 Bielefeld.**

Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik in Freiburg, Göttingen und Bochum, wiss. Assistent in Göttingen und Bochum, seit 1971 Studienprofessor der Universität Bielefeld, 1985–1988 Mitarbeit an den deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker, 1989 Gastprofessur an der University of Wisconsin. Ausgewählte Veröffentlichungen: Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871. Ein Beitrag zum Integrationsprozeß der polnischen Nation. Marburg 1973; Agrarische Organisation und nationale Mobilisierung in Westpreußen, in: Modernisierung und nationale Gesellschaft im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert, hrsg. v. W. Conze, G. Schramm und K. Zernack. Berlin 1979; Revolutionen (zus. mit Helga Jung-Paarmann). 2. Aufl., Paderborn 1992. Publikationen zur Didaktik der Geschichte/Materialien zum Geschichtsunterricht; Publikationen im Rahmen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen; Mitautor von Schulbüchern.

**Prof. Dr. Jerzy Holzer, Uniwersytet Warszawski, Krakowskie Przedmieście, PL-00-325 Warszawa.**

Professor für Zeitgeschichte am Historischen Institut der Universität Warschau und Leiter der Abteilung für Deutschlandsforschung, Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Ausgewählte Veröffentlichungen: Parteien und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928–1930. Wiesbaden 1975; Solidarität. Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen. München 1985, sowie zahlreiche Bücher in polnischer Sprache.

**Prof. Dr. Wolfgang Jacobmeyer, Institut für Didaktik der Geschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Pferdegasse 1, 48143 Münster/Westf.**

Arbeitsgebiete: Zeitgeschichte unter Betonung der deutsch-polnischen Beziehungen. Ausgewählte Veröffentlichungen: Heimat und Exil. Die Anfänge der polnischen Untergrundbewegung im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1973; Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, eingel. u. hrsg. zus. mit Werner Präg. Stuttgart 1975; Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation. Braunschweig 1979; Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985. Daneben

zahlreiche Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften. Arbeit an Themen der Erforschung von Schulgeschichtsbüchern sowie am Projekt der Erfassung deutscher Schulgeschichtsbücher von 1700 bis 1945.

**Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Fachbereich Geschichte, Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam.**

Professor für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam, 1967–1970 Mitarbeiter des Ostkollegs Köln; 1970–1976 wiss. Assistent an der Universität Bochum, 1976–1993 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld. Ausgewählte Veröffentlichungen: Die Selbstbehauptung einer Nation. NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung. Düsseldorf 1971; Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Göttingen 1978; Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. 5. erw. Aufl., Bonn/Göttingen 1991; Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970. Bonn/Göttingen 1988; als Herausgeber: September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen. Göttingen 1989. Daneben Aufsätze zur deutschen und polnischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

**Adam Krzemiński, ul. Koszykowa 35 m. 2, PL-00-553 Warszawa.**

Studium der Germanistik in Warschau und Leipzig, 1967–1972 Redakteur der Wochenzeitung „Forum“, seit 1973 Redakteur der Wochenzeitung „Polityka“ in wechselnden Ressorts (Kultur, Ausland, Politik), 1986 Gastredakteur bei der Wochenzeitung „Die Zeit“, stellv. Chefredakteur des Magazins für deutsch-polnische Verständigung „Dialog“ (Hamburg). Ausgewählte Veröffentlichungen: Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay. München 1993. Essays zur Zeit- und Ideengeschichte sowie innen- und außenpolitische Leitartikel in „Polityka“ sowie den Monatszeitschriften „Twórczość“ und „Odra“; Essays und Artikel in „Die Zeit“, „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutsche Zeitung“, „Tagesspiegel“, „Merkur“, „Frankfurter Hefte“.

**Dr. Andreas Lawaty, Deutsches Polen-Institut, Alexandraweg 28, 64287 Darmstadt.**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut Darmstadt. Ausgewählte Veröffentlichungen: Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Berlin/New York 1986; Die kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, in: Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicher-

heit und Zusammenarbeit in Europa. XIX. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker. Braunschweig 1987, S. 179-189; Polnische Reflexionen im Jahr der deutschen Einheit, in: Deutsch-polnische Ansichten zur Literatur und Kultur. Jahrbuch 1990. Darmstadt 1991, S. 13-29.

**Prof. Dr. Czesław Madajczyk, Instytut Historii PAN, Rynek Starego Miasta 29/31, PL-00-272 Warszawa.**

U.a. Chefredakteur der Vierteljahresschrift „Dzieje Najnowsze“, seit 1992 im Ruhestand. Arbeits- und Tätigkeitsbereiche: Komparative Geschichte der Weltkriege, Kulturgeschichte Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Deutsch-polnische Beziehungen, Zeitgeschichte Polens, Geschichte des Holocaust. Ausgewählte Veröffentlichungen: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945. Berlin 1987; Faszyczm i okupacje 1938-1945. Wykonywanie okupacji przez państwa Osi w Europie (Faschismus und Okkupationen. Okkupationsausübung durch die Achsenmächte in Europa). 2 Bde., Poznań 1983; Generalny Plan Wschodni. Zbiór dokumentów (Generalplan Ost. Quellensammlung). Warszawa 1990.

**Prof. Dr. Tomasz Szarota, ul. Madalińskiego 69 m. 4, PL-02-549 Warszawa.**

1962-1966 wiss. Mitarbeiter im Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, nach Promotion und Habilitation seit 1977 außerordentlicher Professor, seit 1985 ordentlicher Professor, Stipendiat der Alexander v. Humboldt-Stiftung, Vizedirektor der Zeitschrift „Acta Poloniae Historica“. Ausgewählte Veröffentlichungen: Niemiecki Michel. Dzieje narodowego symbolu i autostereotypu (Der deutsche Michel. Geschichte eines nationalen Symbols und Autostereotyps). Warszawa 1988.

Vytautas Žalys

## Ringen um Identität

Warum Litauen zwischen 1923 und 1939  
im Memelgebiet keinen Erfolg hatte

## Kova dėl identiteto

Kodėl Lietuvai nesisekė Klaipėdoje  
tarp 1923–1939 m.

Nach mehreren hundert Jahren getrennter Entwicklung fanden sich 1923 mit der Eingliederung des Memellandes in das litauische Staatsgebiet erstmals Deutsche, Groß- und Kleinlitauer in einem selbständigen litauischen Staat.

Die vorliegende Arbeit analysiert das Verhältnis dieser Bevölkerungsgruppen untereinander sowie die von Kaunas und Berlin ihnen gegenüber verfolgte Politik. Beide Seiten gingen von einseitig nationalistisch geprägten Vorstellungen aus, denen das politische und soziale Verhalten der Bevölkerung nur teilweise ent-

sprach. Das Scheitern des Zusammenlebens in einer nationalen Konfrontation und schließlich die Erfahrungen und Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges führten zum Ende der gemeinsamen kleinlitauischen und deutschen Prägung des Memelgebietes.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Buches ist in der weiteren Diskussion deutscher und litauischer Historiker über die Geschichte des Memelgebietes die Frage nach Alternativen der Entwicklung zwischen 1923 und 1939 neu zu stellen.

Dr. Vytautas Žalys, geb. 1956 in Klaipėda, studierte 1974–1979 an der Historischen Fakultät der Universität Vilnius. 1989 Dissertation „Litauen und die Baltische Entente 1934–1940“. Er veröffentlichte Beiträge zu Fragen der litauischen Außenpolitik und der Diplomatiegeschichte. Seit 1992 stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte Litauens.

104 Seiten, 10 Abb., Preis: 20 DM.  
ISBN 3-922296-70-X

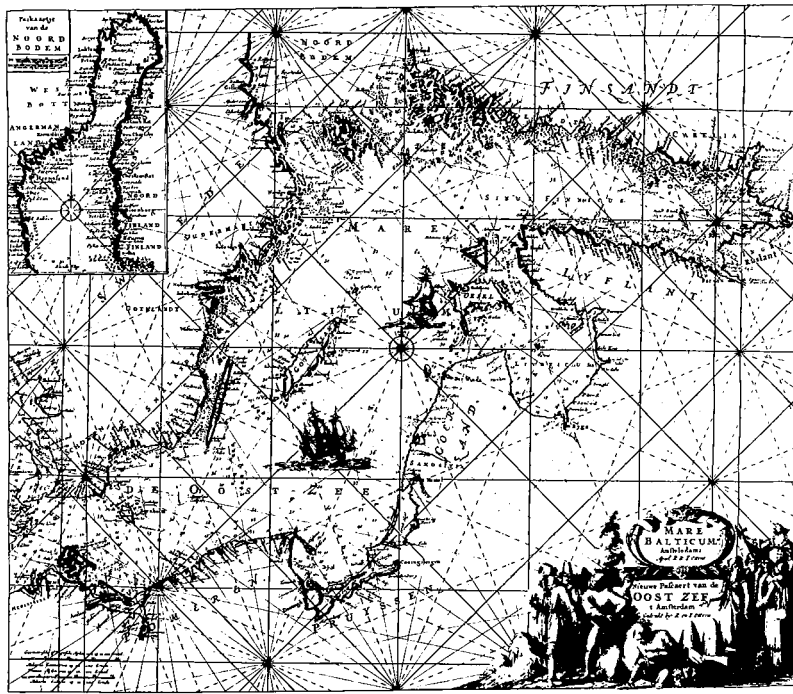
---

Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk  
Lüneburg 1993

Klaus Zernack

# NORDOSTEUROPA

Skizzen und Beiträge  
zu einer Geschichte der Ostseeländer



Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk

288 Seiten, 10 Abbildungen und Karten, Format 17 x 24 cm.  
Gebunden 70,— DM. ISBN 3-92226-67-X